

MÖGLICHKEITEN
UND
GRENZEN
DER HILFEN
FÜR
DAS FLACHE LAND

1954
Dissertation von Kurt W. Reinhold



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554408_0080

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER HILFEN FÜR DAS FLACHE LAND

16 Gemeinden im Einflußbereich (Umland) einer Großstadt

DISSERTATION

vorgelegt der

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der

Johannes Gutenberg-Universität

in Mainz

zur Erlangung des Grades eines Doctors

der Staatswissenschaften

(Dr. rer. pol.)

von

Diplom-Volkswirt Kurt W. Reinhold, Darmstadt

1960

Erster Referent: Professor Dr. A. Montaner

Zweiter Referent: Professor Dr. W. Bosch

Tag der mündlichen Prüfung: 27. Februar 1961

Datum des Diploms 17. Mai 1961



Vorwort

Seit einigen Jahren sind Klagen darüber zu hören, daß die Landgemeinden ihren Bürgern noch viele Dienste und Einrichtungen verwehren, deren sich die Großstädter schon immer erfreuten. Seitdem — vor allem dank der modernen Verkehrsmittel — die Bewohner der Dörfer die städtische Lebensweise aus eigener Ansicht kennen und die städtischen Lebensgewohnheiten den überlieferten Sitten vorziehen, werden die seit Jahrhunderten üblichen Unterschiede in der öffentlichen Daseinsvorsorge für Stadt und Land als unerträglich empfunden.

Die Politiker in Bund, Ländern und Gemeinden wollen sich um den Landbewohner Verdienste erwerben, sie wollen der unerwünschten Abwanderung aus den Dörfern und der weiteren Ballung der Bevölkerung in den Großstädten abhelfen. Die meisten Vorschläge und Pläne gipfeln in Finanzreformen, die den Rathäusern auf dem Lande mehr Geld in die Kassen bringen sollen, damit diese großzügiger arbeiten können. Bei allen diesen Überlegungen wird mit globalen Zahlen und Angaben argumentiert. Diese Vereinfachung kann zu folgenschweren Fehlern verleiten. Mit mehr Steuereinnahmen allein ist den Landgemeinden nicht richtig geholfen. Auch außerhalb der Städte ist das Leben von Ort zu Ort heute differenzierter denn je. Der gleiche Plan kann hier helfen und dort schaden.

Die vorliegende Arbeit hat sich mit 16 in ihrer Struktur und Größe verschiedenen Gemeinden im Einflußbereich einer Großstadt befaßt. Damit wurden konkrete Angaben erarbeitet, mit denen sich die verschiedenen Vorschläge und Möglichkeiten in ihren Wirkungen und Aussichten beurteilen ließen.

Die Arbeit, die tunlichst so geschrieben wurde, daß sie auch dem Praktiker verständlich ist, schließt mit einem Bekenntnis zur Selbsthilfe der Gemeindebürger. Dies sollte die Kommunalpolitiker nicht entmutigen. Auf privater Initiative beruht unsere Gesellschaftsordnung, ihre Zukunft hängt von der Bereitschaft der Bürger ab, gemeinsame Aufgaben mit persönlichen Opfern zu lösen.

Die Arbeit wäre nicht möglich gewesen ohne die freundliche und hilfsbereite Unterstützung zahlreicher Angehöriger der kommunalen und staatlichen Verwaltung. Der besondere Dank des Verfassers gilt den Bürgermeistern der 16 Untersuchungsgemeinden und den zuständigen Landratsämtern, den Fachreferenten im Hessischen Ministerium des Innern und im Hessischen Ministerium der Finanzen, im Bundesministerium des Innern und der Finanzen. Über das bei Behörden übliche Maß der Förderung wissenschaftlicher Arbeiten weit hinaus ging die Unterstützung des Leiters der Bezirksplanungsstelle beim Regierungspräsidium in Darmstadt, Dr. Johann-Friedrich Paulssen, des Direktors des Hessischen Gemeindetages, Hans Muntzke, des Landrates des Landkreises Darmstadt, Georg Wink, und seines Regierungsamtmannes Heinz Schneider. Ihre praktischen Ratschläge waren für die Arbeit ebenso unentbehrlich wie die wissenschaftlichen Anleitungen, die Professor Dr. Antonio Montaner und sein Assistent, Dr. Karl Sammel, gaben. Allen sei für ihre hilfsbereite Mitarbeit herzlich gedankt.

Darmstadt, Juni 1960

Inhaltsverzeichnis

A. Das flache Land braucht Hilfe	Seite
(Untersuchungsziel)	1
I. Ausgangspunkt	1
II. Vorzüge des Darmstädter Raumes	6
 B. Darmstadt und sein Einflußbereich	
(Untersuchungsraum und Untersuchungsobjekte)	8
I. Methoden der Bestimmung und Abgrenzung	8
II. Die Determinanten des Untersuchungsraumes	11
1. Wirtschaftliche Beziehungen	11
a) Darmstadt als Arbeitsmarkt	11
b) Darmstadt als Einkaufszentrum	12
2. Kulturelle Beziehungen	14
a) Darmstadt als Bildungszentrum	14
b) Darmstadt als Theaterstadt	14
3. Andere Beziehungen zwischen Stadt und Einflußbereich	15
4. Struktur des Einflußbereiches	18
III. Auswahl der Untersuchungsobjekte	19
 C. 16 Gemeinden auf dem Lande	
(Untersuchungsergebnisse)	23
I. Übersicht	23
1. Pendler	23
2. Steuereinnahmen	24
3. Bevölkerungsentwicklung	25
II. Einzelbeschreibungen	26
1. Die Gewerbegebiete	27
a) Alsbach	27
b) Eppertshausen	31
c) Gernsheim	33
d) Lichtenberg	37
e) Messel	39
f) Nieder-Ramstadt	42
g) Winterkasten	44
h) Übersicht	47

	Seite
2. Die Arbeiterwohngemeinden	47
a) Malchen	48
b) Schneppenhausen	50
c) Spachbrücken	52
d) Wixhausen	55
e) Übersicht	57
3. Die landwirtschaftlichen Gemeinden	58
a) Asbach	58
b) Berkach	60
c) Kleestadt	62
d) Leeheim	64
e) Übersicht	67
4. Die Mischgemeinde	67
a) Fränkisch-Crumbach	68
b) Übersicht	70
III. Beurteilung	70
1. Die Versorgungstabelle und ihre Auskünfte	70
2. Die Ausgaben der ordentlichen Haushalte	73
D. Hilfen für das flache Land	
(Folgerungen aus den Untersuchungsergebnissen)	96
I. Einschränkende Vorbemerkung	96
II. Finanzielle Hilfen	98
1. Heutige Steuerquellen	103
a) Grundsteuer	103
b) Gewerbesteuer und Gewerbesteuer-Ausgleich	111
c) Die kleinen Gemeindesteuern	119
2. Neue Steuern	120
a) Reine Gemeindepersonalsteuer	121
b) Wertzuwachssteuer (Baulandsteuer etc.)	124
c) Wohn- und Wohnraumsteuer	125
3. Gebühren und Beiträge, Erträge aus Vermögen und Wirtschaftsunter- nehmen	128
a) Gebühren	128
b) Beiträge	130
c) Erträge aus Vermögen und Wirtschaftsunternehmen	131
4. Kredit	133
a) Vorbemerkungen	133
b) Schulden der 16 Gemeinden	135

	Seite
5. Finanzausgleich	137
a) Vorbemerkungen	137
b) Finanzausgleich in Hessen	138
c) Zuweisungen an die 16 Gemeinden	141
6. Schlußbetrachtung, Möglichkeiten der Reform des kommunalen Finanzwesens	144
III. Selbsthilfe und bessere private Versorgung	148
1. Selbsthilfe	148
a) Gibt es heute noch Selbsthilfe?	148
b) Möglichkeiten der dörflichen Selbsthilfe	150
c) Förderung der Selbsthilfe	152
d) Hand- und Spanndienste	153
e) Zulässigkeit von Hand- und Spanndiensten	154
2. Bessere private Versorgung	156
a) Handel auf dem Lande	156
b) Geistige, kulturelle und andere Bereiche	158
IV. Staatliche Hilfen	166
1. Generelle staatliche Hilfen	166
a) Gesetzgebung	166
b) Raumordnung und Raumplanung	170
c) Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur und Hebung der Steuerkraft	171
aa) Industrieansiedlung	171
bb) Förderung des ländlichen Mittelstandes	174
cc) Maßnahmen für die Landwirtschaft	180
2. Spezielle staatliche Hilfen	185
a) Beteiligung an den Kosten für öffentliche Dienste und Einrichtungen der Gemeinden	185
b) Straßenbau	192
c) Dorfgemeinschaftshäuser	197
d) Hilfen für Sportvereine	199
V. Zusammenfassung	199
1. Wo sind die Menschen glücklicher?	199
a) Die wirtschaftliche Seite	202
b) Die politische Seite	202
c) Die kulturelle Seite	203
2. Pflichten des Staates	204
3. Schlußworte an die Frauen und Männer der Selbstverwaltung	205
Anhänge: Die Gemeinden im Einflußbereich der Stadt Darmstadt	
Der Gemeinde-Fragebogen	

A. Das flache Land braucht Hilfe (Untersuchungsziel)

I. Ausgangspunkt

Bundeskanzler Dr. h. c. Konrad A d e n a u e r forderte in seiner Regierungserklärung am 29. Oktober 1957 vor dem Deutschen Bundestag: „Das Dorf muß aus allgemeinen Staatsgründen so gestaltet werden, daß die Menschen, die dort geboren sind, im allgemeinen auch ihren Lebensunterhalt dort verdienen, daß sie aber auch Erholung und Abwechslung finden können, sonst werden die Dörfer menschenleer werden, und die Menschen sich immer mehr in den Städten zusammenballen. Hier liegt meines Erachtens eine staatspolitische Aufgabe ersten Ranges“¹⁾²⁾.

Hessens Ministerpräsident Dr. h. c. Georg August Z i n n berichtete in seiner Regierungserklärung am 19. Januar 1955 vor dem Hessischen Landtag: „Das Gleichgewicht zwischen den anziehenden Kräften von Stadt und Land ist gestört . . . Um das Eigenleben des Landes zu erhalten, muß es kulturell und sozial mit der Stadt Schritt halten können“³⁾.

Vier Jahre später versprach Z i n n bei gleicher Gelegenheit: „Ich habe in meiner Regierungserklärung vom 19. Januar 1955 bereits auf das wirtschaftliche und soziale Gefälle hingewiesen, das zwischen den einzelnen hessischen Landes-

¹⁾ Adenauer, Konrad, Regierungserklärung am 29. Oktober 1957, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 39, 1.—16. Sitzung 1957/58, S. 21.

²⁾ Die Wanderung nach Gemeindegrößenklassen in den entscheidenden Jahren von 1950 bis 1956 wurde vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht in: Wirtschaft und Statistik, Stuttgart, Heft 3, März 1958, S. 157—160. Danach hat die Bevölkerung vom 13. September 1950 bis 25. September 1956 in Gemeinden unter 2000 Einwohnern um 8,8 v. H. abgenommen. In allen anderen Größenklassen nahm sie zu. In der Gruppe von 2000 bis unter 5000 um 2,7 v. H., von 5000 bis unter 20 000 um 7,2 v. H., in Gemeinden und Städten von 20 000 bis unter 100 000 um 11,2 v. H. Die Einwohnerzahlen in Großstädten über 100 000 wuchsen in der gleichen Zeit um 15,2 v. H. Allerdings ist bei Beurteilung dieser Angaben zu beachten, daß in den Jahren 1950 bis 1956 eine Reihe von Gemeinden in die höheren Größenklassen aufgerückt ist. Auch aus diesem Grunde nahm die Wohnbevölkerung in den Gemeinden bis unter 2000 Einwohner erheblich ab. Nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamtes waren es vor allem die Vertriebenen, die den kleinen Gemeinden den Rücken kehrten.

³⁾ Zinn, Georg August, Regierungserklärung am 19. Januar 1955, Verhandlungen des Hessischen Landtages, Wiesbaden, 3. Wahlperiode, Stenographischer Bericht über die 3. Sitzung am 19. Januar 1955, S. 20.

teilen und zwischen Stadt und Land besteht. Ich habe die Notwendigkeit eines Ausgleichs betont. Der Hessenplan, dessen Ziel es war, zunächst einmal die Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Arbeitslosen in das wirtschaftliche Leben einzugliedern, wird nach und nach zu einem Landesentwicklungsplan erweitert⁴⁾.

Der Hessische Minister des Innern, Heinrich Schneider, begründete die Maßnahmen seiner Kommunalabteilung zur Förderung des flachen Landes vor dem Hessischen Landkreistag in Waldeck am 6. Juni 1957: „Zum andern folgt die Neigung zum Verlassen der ländlichen Wohngebiete daraus, daß trotz erfreulicher Fortschritte auf diesem Gebiet das zivilisatorische Gefälle von der Stadt zum Land immer noch sehr groß ist“⁵⁾.

Aber nicht allein bei den Regierungen, auch bei den Überlegungen von Behörden und Organisationen, die sich mit der Raumordnung beschäftigen, spielt die unterschiedliche öffentliche Daseinsvorsorge in Stadt und Land seit Jahren eine Rolle. Generalsekretär Friedrich Halstenberg vom Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung in Köln berichtete 1956 vor dem Internationalen Kongreß für Wohnungswesen und Städtebau in Wien über die Situation in Deutschland: „Die Gesundung der Verhältnisse zwischen der wachsenden Großstadt und ihrem Umland stellt offensichtlich eine der schwierigsten Aufgaben der Stadt- und Landesplanung dar . . . Der in zunehmendem Maße sich ausprägenden Problematik widmet die deutsche Fachwelt ihre volle Aufmerksamkeit. Theorie und Praxis bemühen sich in gleicher Weise um die Lösung der gestellten Aufgaben. Jedoch ist deren Tragweite noch nicht genügend in das Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere der zur Mitwirkung berufenen Bevölkerungskreise gedrungen“⁶⁾.

Diese wünschenswerte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gewinnen, ist seit Jahren das besondere Ziel der in Bund und Ländern organisierten Gemeinde- und Landkreistage. Präsidium und Hauptausschuß des Hessischen Gemeindetages gingen Ende des Jahres 1957 so weit, einen besonderen Rechtsschutz für ihre Landbürgermeister zu fordern, die tätlich angegriffen würden, weil der Bürger seinen Unmut über unbefriedigende Verhältnisse an der ihm unmittelbar bekannten Person staatlicher Hoheit auslasse⁷⁾.

⁴⁾ Zinn, Georg August, Regierungserklärung am 28. Januar 1959, Verhandlungen des Hessischen Landtages, Wiesbaden, 4. Wahlperiode, Stenographischer Bericht über die 3. Sitzung am 28. Januar 1959, S. 18.

⁵⁾ Rede des Hessischen Ministers des Innern, Heinrich Schneider, auf der Jahresversammlung des Hessischen Landkreistages am 6. Juni 1957 in Waldeck, in: Der Gemeindetag, Mühlheim/Main, Heft 7/8, Juli/August 1957, S. 139.

⁶⁾ Halstenberg, Friedrich, Bericht des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Köln, in: „Die Stadt und ihr Umland“, Protokoll des Internationalen Kongresses für Wohnungswesen und Städtebau, Wien 1956, S. 96.

⁷⁾ Vgl. Gemeindetag fordert Rechtsschutz für Bürgermeister, Rüsselsheimer Echo, Rüsselsheim, Nr. 292, 17. Dezember 1957, S. 4.

Die Forderung, die öffentliche wie auch die private Versorgung des flachen Landes zu verbessern, wird von Jahr zu Jahr lauter. Die vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen zu diesem Fragebereich beschäftigen sich aber im allgemeinen nur mit der politischen und gesellschaftlichen Bedeutung der kleinen Gemeinden für den Staat; sie erläutern die veränderte soziologische und wirtschaftliche Struktur von Landgemeinden, und sie fordern schließlich — global — ein größeres Maß an Gleichberechtigung der Landbewohner bei der Versorgung mit öffentlichen Diensten und Einrichtungen⁸⁾.

Fachzeitschriften und Tageszeitungen vertiefen und erläutern diese Gedankengänge wissenschaftlicher Untersuchungen und Abhandlungen. Zuweilen

⁸⁾ Der besseren Übersicht halber seien an dieser Stelle einige der wichtigsten Untersuchungen aus der jüngsten Zeit genannt, die diesem Fragenkreis gewidmet sind: Beck, Hansjürg, Der Kulturzusammenstoß von Stadt und Land in einer Vorortgemeinde, Zürich 1952. — von Dietze, C., Rolfes, M., Weippert, G., Lebensverhältnisse in kleinbürgerlichen Dörfern, Hamburg und Berlin 1953. — Egger, Martin, Die Integration eines Dorfes im sozialen Wandel, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1956, Sonderheft 1: Soziologie der Gemeinde, S. 65 ff. — Geiger, Theodor, Soziale Umschichtungen in einer dänischen Mittelstadt, Bd. 1, 2, Kopenhagen 1951. — Grüneisen, Karl-Günther, Landbevölkerung im Kraftfeld der Stadt, Darmstadt 1952. — Hallenbeck, Wilbur C., American Urban Communities, New York 1951. — Hess, G., Wandlung im Leben eines bayerischen Dorfes durch Krieg und Nachkriegszeit, in: Archiv der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Bd. 4, Hannover 1949. — Hesse, Paul, Grundprobleme der Agrarverfassung, Stuttgart 1949. — Ipsen, Gunther, und Mitarbeiter, Standort und Wohnort, Ökologische Studien aus der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, in: Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Nordrhein-Westfalen, Dortmund 1957. — Kiehn-Möllenberg-Schrewe, Wirtschaft und Schule, Darmstadt 1954. — König, René, Artikel „Gemeinde“, Lexikon der Soziologie, Hrsg.: René König, Frankfurt 1958. — Kötter, Herbert, Struktur und Funktion von Landgemeinden im Einflußbereich einer deutschen Mittelstadt, Darmstadt 1952. — Lynd, Robert S., Middletown in Transition, A Study in Cultural Conflicts, New York 1937. — Michel, Pierre, Pfaffenhofen, L'évolution des rapports fonctionnels entre un petit centre urbain et la campagne voisine, Centre de Documentation Universitaire, Paris 1954. — Müller, Josef, Ein deutsches Bauerndorf im Umbruch der Zeit, Sulzthal in Mainfranken, Würzburg 1939. — Müller, Josef, Niederschrift über die Tagung Stadt und Umland am 6. Mai 1954 im Rathaus der Stadt Offenbach am Main (Manuskript). — Müller, Josef, Strukturwandel des Dorfes, in: Material- und Nachrichtendienst der Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände, 7. Jg., Darmstadt, Nr. 77, 1. Dezember 1956. — Rumpf, Max, Deutsches Bauernleben, Stuttgart 1936. — Teiwes, Gerhard, Der Nebenerwerbslandwirt und seine Familie im Schnittpunkt ländlicher und städtischer Lebensform, Darmstadt 1952. — Weippert, G., Die gegenwärtige Lage des Landvolks, in: Archiv der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Hannover 1950, Heft 4. — Weiss, Hans, Die Industrialisierung auf dem Lande, Bericht über eine Gemeindestudie aus der Schweiz, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1956, Sonderheft 1: Soziologie der Gemeinde, S. 51 ff. — von Wiese, Leopold, Das Dorf als soziales Gebilde, Leipzig 1928. — Wurzbacher, Gerhard, Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart, 1954. — Zimmermann, Carle C., The Changing Community, New York 1938.

werden hierbei auch konkrete Vorstellungen über mögliche Verbesserungen der Verhältnisse laut, aber es bleibt bei diesen Ansätzen. Übereinstimmend jedoch kommen die Arbeiten der letzten Jahre zu folgendem Ergebnis: Das flache Land ist nicht mehr ausschließlich das agrarische Versorgungsgebiet der Stadt, es ist vielmehr dank der modernen Verkehrsmittel Wohngebiet vieler industrieller Arbeitskräfte und in wachsendem Maße auch selbst Standort wichtiger Gewerbebetriebe⁹⁾.

Wurzbacher schreibt: „Die Verkehrsaufschließung der ländlichen Gebiete und die Industrialisierung der Gesellschaft bedingten sich gegenseitig“¹⁰⁾. Immer mehr Bauern mit wenig Ackerland suchen Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft und stehen nur noch mit einem Fuß auf dem Acker¹¹⁾. Das Dorf selbst beherbergt heute keine „geschichtslosen Menschen“¹²⁾ mehr, bei denen die „Kräfte der Beharrung“ überwiegen¹³⁾. Der Dörfler, der sein Leben lang nicht über die Grenzen seines Kirchspiels hinauskam, gehört der Geschichte an¹⁴⁾. Das Land ringt um Gleichberechtigung mit der Stadt¹⁵⁾.

Dabei hat sich die kommunale Selbstverwaltung die wichtigste Aufgabe gestellt: Sie will ihren Bürgern möglichst die gleichen Dienste und Einrichtungen bieten, deren sich die Städter seit Jahr und Tag erfreuen¹⁶⁾. Privatwirtschaftlich haben die Landbewohner zu einem beachtlichen Teil Anschluß an den Städter gefunden, aber die öffentliche Daseinsvorsorge hinkt hinterher, dies wird be-

⁹⁾ Vgl. „Wechselwirkungen zwischen Stadt und Land“, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 13, 21. Januar 1959, S. 120. — Lerner, Franz, „Bäuerliche Kleinbetriebe veröden“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a. M., Nr. 275, 24. November 1956, S. 36. — Priebe, Hermann, Wer wird die Scheunen füllen? Sozialprobleme der deutschen Landwirtschaft, Düsseldorf 1955, S. 9. — Siebecke, Horst, „Vergebliche Suche nach Einsamkeit“, in: Frankfurter Rundschau, Frankfurt a. M., Nr. 15, 18. Januar 1958, S. 33.

¹⁰⁾ Wurzbacher, Gerhard, Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart 1954, S. 17.

¹¹⁾ Reinhold, Kurt W., „Mit einem Fuß auf dem Acker“, in: Junge Wirtschaft, Bonn, Nr. 9, September 1957, S. 397—398.

¹²⁾ Spengler, Oswald, Der Untergang des Abendlandes, Zweiter Band: Welthistorische Perspektiven, München 1922, S. 113.

¹³⁾ Riehl, Heinrich Wilhelm, Die bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart 1861, S. 51/52.

¹⁴⁾ Müller, Josef, Strukturwandel des Dorfes, in: Material- und Nachrichtendienst der Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände, Darmstadt, Nr. 77, 1. Dezember 1956, S. 5—15.

¹⁵⁾ Grüneisen, Karl-Günther, Landbevölkerung im Kraftfeld der Stadt, Darmstadt 1952, S. 87—89. — Kötter, Herbert, Struktur und Funktion von Landgemeinden im Einflußbereich einer deutschen Mittelstadt, Darmstadt 1952, S. 158—160.

¹⁶⁾ Delvos, Hubert, Mehr Ausgaben bei weniger Einnahmen. Das Parlament, Bonn, Nr. 43, 24. Oktober 1956, S. 1.

sonders im Einflußbereich der Städte als ungerecht empfunden¹⁷⁾). Die Politiker befürchten soziale Spannungen zwischen Stadt und Land und führen die Abwanderung auf diese unterschiedliche Behandlung zurück¹⁸⁾¹⁹⁾).

In der Beurteilung der Situation sind sich alle weitgehend einig. Weniger Einigkeit besteht über die Möglichkeiten und Mittel, dem Landbewohner durch staatliche Aktivität auf der zivilisatorischen Stufenleiter aufwärts zu helfen. Allen Programmen und Publikationen, die sich für eine bessere Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand zugunsten der Landbevölkerung einsetzen, fehlt überdies die nötige Überzeugungskraft, weil sie mit globalen Zahlen und Durchschnittsgrößen operieren. Vermutlich brauchen doch die verschiedenen Gemeindegruppen je nach ihrer Größe und wirtschaftlichen Struktur, je nach ihrer bisherigen Entwicklung, ihrer Lage und Bevölkerung unterschiedliche Hilfe und Förderung. Nicht alle Gemeinden sind arm, nicht jeder muß geholfen werden²⁰⁾. Diese Tatsache hat der vorliegenden Untersuchung ihre eigentliche Aufgabe gestellt:

Eine repräsentative Auswahl von Landgemeinden verschiedener Größen und Struktur in der Umgebung Darmstadts wird auf Umfang und Qualität der in ihren Mauern gebotenen privatwirtschaftlichen und öffentlichen Versorgung untersucht. An Hand der Ergebnisse werden die Grenzen und Möglichkeiten erörtert, der Bevölkerung dieser Gemeinden das Leben mit staatlichen und kommunalen Diensten und Einrichtungen zu erleichtern.

¹⁷⁾ Dresbach, August, Veränderungen und Unterschiede, Das Parlament, Bonn, Nr. 43, 24. Oktober 1956, S. 2.

¹⁸⁾ Vgl. auf S. 1 und 2 zitierte Textstellen aus den Regierungserklärungen Adenauers und Zinns.

¹⁹⁾ Unter „Land“ oder „flachem Land“ sind in der vorliegenden Arbeit im Gegensatz zur üblichen Klassifizierung in der Statistik alle Gemeinden zusammengefaßt, die weniger als 10 000 Einwohner haben und im Einflußbereich mindestens einer Großstadt liegen. Die „Landbevölkerung“ dieser Arbeit sind die Einwohner der Dörfer und Kleinstädte unter 10 000. Unter „Gemeinden“ versteht die vorliegende Arbeit Ortsgemeinden im üblichen Sinne des Wortes. Vgl.: Elster, Ludwig, Gemeindefinanzen, in: Hdw. der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Jena 1927, S. 784 und 787.

²⁰⁾ Das Bonner Institut „Finanzen und Steuern“ veröffentlichte im Februar des Jahres 1959 eine Schrift „Am Rande des Defizits“, Heft 57, Bd. 1 der Schriften des Instituts „Finanzen und Steuern“, Bonn 1959, in der es auf S. 64 heißt: „Der Mangel an repräsentativen Gruppen- und Einzelerhebungen für die 24 163 Gemeindehaushalte innerhalb der Bundesrepublik veranlaßte die Beschränkung unserer Untersuchung auf dem Gemeindegesamthaushalt. Es ist selbstverständlich, daß die Prüfung der Gemeindegesamthaushalte Abweichungen nach oben wie nach unten nicht erkennen läßt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es Gemeinden gibt, deren finanzielle Lage wesentlich günstiger als das Gesamtbild ist, daß ihnen gegenüber aber auch arme und notleidende Gemeinden vorhanden sind.“

II. Vorzüge des Darmstädter Raumes

Womit ist begründet, daß Dörfer und Kleinstädte um Darmstadt für die Untersuchung ausgewählt wurden? Bei der Lektüre der bisherigen Literaturhinweise fällt auf, daß Darmstadt verhältnismäßig oft im Haupt- oder Untertitel erwähnt ist. Über die Stadt und ihr Umland oder ihren Einflußbereich liegt eine Reihe anerkannter wissenschaftlicher Untersuchungen vor, unter denen außer einigen Dissertationen und geographischen Arbeiten²¹⁾ die Monographien des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung in Darmstadt eine entscheidende Rolle spielen, das in den ersten Jahren nach dem Kriege in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialforschung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. und dem Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre der Justus Liebig-Hochschule Gießen im Darmstädter Raum soziologische Gegenwartsuntersuchungen vornahm²²⁾.

Was die Sozialwissenschaftler seinerzeit bewog, sich ausgerechnet in Darmstadt niederzulassen, begründet auch die Wahl der Stadt und ihres Einflußbereiches für die hier vorliegende Arbeit: Darmstadt und sein Raum sind für einen großen Teil der Bundesrepublik repräsentativ.

²¹⁾ Ackermann, Johannes Georg, Die Entwicklung und berufliche Gliederung der Bevölkerung im nördlichen Starkenburg in den letzten 150 Jahren, Arbeiten der Anstalt für Hessische Landesforschung an der Universität Gießen, Geographische Reihe, Hrsg. F. Klute, Heft 8, Gießen 1932. — Büttner, Heinrich, Die landwirtschaftlichen Betriebsformen im Ried, an der Bergstraße und im vorderen Odenwald in ihrer geographischen Bedingtheit, in: Rhein-Mainische Forschungen, Frankfurt 1934. — Maccario, Ruth, Die verkehrsmäßige Erschließung eines städtischen Siedlungsraumes und seines Hinterlandes (durchgeführt am Beispiel Darmstadts), Diss., vorgelegt bei der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Marburg (Manuskript), Marburg 1951. — Michel, Georg Karl, Die Entwicklung der Bevölkerung und ihre berufliche Gliederung im südlichen Starkenburg in den letzten 150 Jahren, Arbeiten der Anstalt für Hessische Landesforschung an der Universität Gießen, Geographische Reihe, Hrsg. F. Klute, Heft 7, Gießen 1930. — Reinhold, F., Der Landkreis Darmstadt, Eine Strukturanalyse (Manuskript), Darmstadt 1951. — Schilling, Maria, Analytische Untersuchung der wirtschaftlichen und kulturellen Einflußsphäre der Stadt Darmstadt, Darmstadt 1935.

²²⁾ Zu den Gemeindestudien des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung gehören folgende für die vorliegende Arbeit interessierende Monographien: Baumert, Gerhard, Jugend der Nachkriegszeit, Lebensverhältnisse und Reaktionswesen, Darmstadt 1952. — Grüneisen, Karl Günther, Landbevölkerung im Kraftfeld der Stadt, Darmstadt 1952. — Kötter, Herbert, Struktur und Funktion von Landgemeinden im Einflußbereich einer deutschen Mittelstadt, Darmstadt 1952. — Lindemann, Klaus A., Behörde und Bürger, das Verhältnis zwischen Verwaltung und Bevölkerung in einer deutschen Mittelstadt, Darmstadt 1952. — Mausolf, Anneliese, Gewerkschaft und Betriebsrat im Urteil der Arbeitnehmer, Darmstadt 1952. — Teiwes, Gerhard, Der Nebenerwerbslandwirt und seine Familie im Schnittpunkt ländlicher und städtischer Lebensform, Darmstadt 1952.

Die Stadt selber, die kurz vor dem Kriege als jüngste deutsche Großstadt die Hundertausender Grenze überspringen konnte, liegt in ihrem Zerstörungsgrad wie in ihrem Aufbau in der Mitte.

Die Wirtschaft Darmstadts und seines Bezirks ist ausgewogen²³⁾. Insgesamt sind hier 35 Industriegruppen vertreten. Es finden sich große, mittlere und kleinere Betriebe der Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie, der Investitions- und Verbrauchsgüterherstellung. Gegenüber den großen Betrieben überwiegen an Zahl wie an Bedeutung insgesamt die Klein- und Mittelbetriebe, was im übrigen auch für das gesamte Bundesgebiet zutrifft. Einen industriellen Schwerpunkt bildet der am Westen angrenzende Kreis Groß-Gerau, der am stärksten industrialisierte Kreis des Landes Hessen. Hier wächst die Einwohnerzahl von Tag zu Tag. Der südliche Teil des Einflußbereiches dagegen, der Kreis Erbach, meldet bei überwiegend land- und forstwirtschaftlich tätiger Bevölkerung seit Jahren starke Abwanderungen.

Verkehrsgeographisch ist der Darmstädter Raum verhältnismäßig gut gelegen und dementsprechend von modernen Beförderungsmitteln erschlossen. Neben wichtigen Nord-Süd-Verbindungen durch die Bundesbahn und Autobahn besteht ein gut ausgebauter Rheinhafen in Gernsheim, aber auch an kleinen Häfen an Main und Neckar hat das Gebiet engen Anschluß. Eine unmittelbare wirtschaftliche Abhängigkeit von den benachbarten Großstädten, vor allem Frankfurt und Mannheim, ist nicht festzustellen, das Darmstädter Wirtschaftsgebiet bildet inmitten dieser mächtigen Ballungszentren einen eigenen, abgerundeten Wirtschaftsraum.

In unmittelbarer Nähe der Stadt Darmstadt finden sich noch bis zum heutigen Tage überwiegend land- und forstwirtschaftlich orientierte Gemeinden, die sich in enger Nachbarschaft mit Gewerbezentren halten. In den Darmstädter Bereich gehören reine Notstandsgemeinden, Abwanderungs- wie Zuwanderungsgebiete, Gemeinden, die zu den reichsten des Landes zählen, und andere, die von der Landesregierung als notleidend anerkannt sind. Dank seiner Vielfalt schien der Darmstädter Raum für die vorliegende Untersuchung ein besonderes geeignetes Arbeitsgebiet zu sein.

²³⁾ Nach Auskünften der Industrie- und Handelskammer Darmstadt und der Handwerkskammer Darmstadt.

B. Darmstadt und sein Einflußbereich (Untersuchungsraum und Untersuchungsobjekte)

I. Methoden der Bestimmung und Abgrenzung

Der Einflußbereich der Stadt Darmstadt ist der Untersuchungsraum. Wie groß ist dieser Bezirk? Wie sind die Grenzen des Einflußbereiches oder des Umlandes einer Stadt zu bestimmen? Staatswissenschaftler, Geographen und Raumordner haben sich um Antworten auf diese Fragen bemüht, jedoch noch keine allgemein anerkannten Regeln aufgestellt. Die bisherigen Anstrengungen gaben aber für die Arbeit wertvolle Hinweise.

Das Geographische Institut der Universität Frankfurt hat während der dreißiger Jahre innerhalb der Rhein-Mainischen Forschungen den Einflußbereich einer Reihe von Städten abgegrenzt. Maria Schilling kam dabei in ihrer Darmstädter Untersuchung zu dem Schluß: „Der Einflußbereich einer Stadt wird bestimmt durch die Reichweite der Wechselbeziehungen zwischen den ihn zusammensetzenden Orten und ihrem Wirtschafts- und Kulturzentrum“²⁴⁾. Zu diesem Wechselbeziehungen zählten nach Maria Schilling auf wirtschaftlichem Gebiet die Lebensmittelversorgung, im kulturellen Bereich der auswärtige Besuch von Bildungsanstalten der Stadt und der Zeitungsbezug. Eine Grenzstellung nahm die Pendelwanderung ein, sie wurde — nach Schilling — aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen unternommen²⁵⁾.

In einer Untersuchung Hermann Klemts, der das Umland von Hanau zu bestimmen versuchte²⁶⁾, wird außer der Lebensmittelversorgung auch die Bedeutung des Hinterlandes als Rohstoffbasis für das einheimische Gewerbe der Stadt hervorgehoben. Klemt ermittelte außerdem die Größe des wirtschaftlichen Absatzgebietes der Stadt, die Reichweite der Versorgung des Hinterlandes durch den Hanauer Großhandel und der Lieferung von Strom und Gas. Zu den Hilfsmitteln, mit denen Klemt die Grenzen des Umlandes zog, gehörte auch die Bedeutung des Hinterlandes als Quelle der Arbeitskraft für das Gewerbe der Stadt. Um die kulturellen Wechselbeziehungen zu ermitteln, wurden die Her-

²⁴⁾ Schilling, a. a. O., S. 1.

²⁵⁾ Ebenda, S. 2.

²⁶⁾ Klemt, Hermann, Die Stadt Hanau und ihr Umland, eine geographische Untersuchung, Heft 24 der Rhein-Mainischen Forschungen des Geographischen Instituts der Universität Frankfurt a. M., Frankfurt a. M., 1940, S. 1 f.

kunftsorte der Hanauer Schüler und auswärtiger Theaterbesucher festgehalten. Weitere Aufschlüsse über die Beziehungen der Stadt zu ihrem Einflußbereich gaben: das Verbreitungsgebiet der Hanauer Presse, die Auswirkungen der sozialen Einrichtungen auf das Hinterland und Bedeutung der Stadt als Sitz der auch für das Hinterland wirkenden zentralen Behörden.

Das sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut Darmstadt mußte für seine Untersuchungen ebenfalls den Einflußbereich der Stadt Darmstadt kennen. Um ihn festzulegen, beschränkten sich die Sozialwissenschaftler gemäß amerikanischen Vorbildern auf vier Kriterien:

das Milcheinzugsgebiet der Stadt;

das Einzugsgebiet anderer landwirtschaftlicher Frischprodukte;

den Einflußbereich der Pendelwanderer;

die kulturelle Einflußsphäre (Verbreitungsgebiet der Zeitungen, Herkunftsorte der Schüler höherer Lehranstalten, Besuchergebiet des Landestheaters).

Alle diese Zonen wurden zusammen auf einer Karte eingetragen. Damit kam das Forschungsinstitut zu einem sogenannten mittleren Einflußbereich²⁷⁾.

In dem Bericht, den der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung Köln durch seinen Generalsekretär Friedrich Halstenberg 1956 dem Internationalen Kongreß für Wohnungsbau und Städtebau „Die Stadt und ihr Umland“ in Wien vorlegen ließ, heißt es: „Hinsichtlich der räumlichen Begrenzung des Großstadt-Umlandes befinden sich verschiedene Vorschläge in der noch schwebenden fachlichen Diskussion. Die überwiegende Meinung dürfte dahingehen, daß für die Begrenzung des Umlandes im wesentlichen auf das Gebiet des städtischen Arbeitsmarktes abzustellen ist. Das Umland umfaßt danach jedenfalls — neben der industriellen Ballung außerhalb der städtischen Verwaltungsgrenzen — die Gemeinden, in denen die Arbeiter der Industriezentren wohnen („Arbeiterwohngemeinden“)²⁸⁾. Einige Sätze weiter heißt es in dem gleichen Bericht einschränkend: „Eine allgemein als gültig anerkannte Abgrenzungsmethode besteht in Deutschland noch nicht“²⁹⁾.

In den Protokollen des obengenannten Kongresses in Wien legte die deutsche Vertretung eine Übersicht über „Deutsche Literatur zum Thema Stadt-Umland“ vor, die rund 150 Publikationen umfaßt, von denen eine ganze Reihe der Abgrenzung von Stadt und Umland gewidmet ist³⁰⁾.

²⁷⁾ Kötter, a. a. O., S. 14.

²⁸⁾ Halstenberg, a. a. O., S. 96.

²⁹⁾ Ebenda, S. 97.

³⁰⁾ „Die Stadt und ihr Umland“, Protokoll des Internationalen Kongresses für Wohnungswesen und Städtebau, Wien 1956, S. 110—115. Weitere Literatur zur Abgrenzung von Stadt und Umland findet sich in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Hrsg.: Bundesanstalt für Landeskunde, Zentralarchiv für Landeskunde in Deutschland, Remagen, Bd. 14, April 1955, S. 195.

Besonders die Arbeiten von Meynen, Hoffmann³¹⁾ und Boustedt³²⁾ haben die Erkenntnisse auf diesem weiten Felde erheblich bereichert. Im wesentlichen unterscheiden sie alle einen differenzierten Einflußbereich der beherrschenden Großstadt: Rings um das städtische Kerngebiet ziehen sich — wie schon bei Thünen — Kreise, in denen die Intensität unterschiedlicher Wechselbeziehungen mit der Entfernung abnimmt³³⁾. Dabei wird der Begriff „Umland“ bald für einen weiteren, bald für einen engeren Bereich verwandt.

Die vorliegende Arbeit hatte das Ziel, im Darmstädter Raum Landgemeinden unterschiedlicher Struktur und Zonenlage zu untersuchen. Dazu war die langwierige Aufteilung und Analyse des gesamten Gebietes gemäß den Methoden von Boustedt, Meynen, Hoffmann und anderen neuzeitlichen Raumordnern nicht nötig. Es genügte, zunächst den Untersuchungsraum insgesamt zu erfassen. Ihn „Einflußbereich“ zu nennen, schien aus folgenden Gründen zweckmäßiger als der Gebrauch von Bezeichnungen wie Hinterland (Kühne)³⁴⁾, Einzugsgebiet (Calmes)³⁵⁾ oder Ergänzungsgebiet (Christaller)³⁶⁾: Das Gebiet um Darmstadt liegt zwischen den Kraftfeldern des Rhein-Main- und Rhein-Neckar-Gebietes, es ist reichlich durchsetzt mit bedeutenden Zwischenzentren, die — wie beispielsweise Rüsselsheim³⁷⁾ — als Arbeitsmärkte eine mit der Stadt

³¹⁾ Meynen, E., und Hoffmann, F., Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland, in: Geographisches Taschenbuch, Wiesbaden 1954/55, S. 418—424.

³²⁾ Boustedt, Olaf, Die Stadt und ihr Umland, in: Raumerfassung und Raumordnung. Hrsg.: Institut für Raumforschung, Bonn, Heft 1, 1953, S. 20—25.

³³⁾ Sirp, E., Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland. Ergebnisse und Versuche im Kölner Raum, in: Bericht zur Deutschen Landeskunde, Hrsg.: Bundesanstalt für Landeskunde und Zentralarchiv für Landeskunde von Deutschland, Remagen, Bd. 14, April 1955, S. 38—46. — Meynen und Hoffmann, a. a. O., S. 423 f., unterscheiden gemäß Vorschlägen der Bundesanstalt für Landeskunde zur Vereinfachung der Terminologie im Bereich der Stadtregion: städtisches Kerngebiet, verstädterte Zone, Randzone der Stadtregion. — Boustedt, a. a. O., S. 22 f., unterscheidet Kerngebiet, Kernstadt, Ergänzungsgebiet, verstädterte Zone, Randzone, Außenzone, Trabanten und ganz außen erst das Umland.

³⁴⁾ Kühne, Georg, Die Stadt Kamenz in den Beziehungen zu ihrem Hinterland, Heft 12 der Dresdener Geographischen Studien, Dresden 1937.

³⁵⁾ Calmes, Heinrich, Das wirtschaftliche Einzugsgebiet der Stadt Mainz, Dissertation (staatsw.), Gießen 1934.

³⁶⁾ Christaller, Walter, Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933.

³⁷⁾ Auf Grund der Pendlerauszählung vom 25. September 1956, veröffentlicht in: Statistische Mitteilungen der Stadt Darmstadt vom 14. Mai 1958, S. 1. wurden für Darmstadt 23 885 Einpendler ermittelt; Rüsselsheim, wo nur die Zahl der Einpendler bekannt ist, die in gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen beschäftigt waren, zahlte nach Angaben des Städtischen Steueramtes im gleichen Jahr für 20 325 Einpendler Gewerbesteuer ausgleich.

Darmstadt vergleichbare Rolle spielen. Die Verkehrsverbindungen sind vielfältig, starke Versorgungslinien gehen quer durch das Gebiet. Viele hier ansässige Betriebe des Gewerbes, des Handels oder der Landwirtschaft sind beim Absatz ihrer Produkte keinesfalls auf den heimischen Raum angewiesen. Deshalb schienen Begriffe wie Umland und Ergänzungsgebiet, Hinterland und Einzugsgebiet von zweifelhaftem Wert.

Der der Arbeit zugedachte Untersuchungsraum umschließt das Gebiet, innerhalb dessen die Stadt Darmstadt als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum beherrschenden Einfluß ausübt.

Er wurde abgesteckt mit Hilfe einiger bereits erprobter und heute noch vertretbarer Kriterien, wie sie auch Schilling, Klemm und das sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut verwandt hatten.

II. Die Determinanten des Untersuchungsraumes

1. Wirtschaftliche Beziehungen

a) Darmstadt als Arbeitsmarkt

Über Zahl und Herkunft der in Darmstadt beschäftigten Berufspendler gaben Auskunft: die Unterlagen des Steueramtes der Stadt Darmstadt für den Gewerbesteuerausgleich und eine Veröffentlichung des Statistischen Amtes der Stadt Darmstadt auf Grund der Pendlerauszählung vom 25. September 1956³⁸⁾.

Da das Gesetz über den Gewerbesteuerausgleich zwischen Betriebsgemeinden und Wohngemeinden vom 23. April 1956 (GVBl. S. 99) die Zahlung der Ausgleichsbeträge nicht für alle Pendelwanderer verlangt, sind die Zahlen des Städtischen Steueramtes allein nicht ausreichend. Die Ergebnisse der Pendlerauszählung zur Ermittlung des Einpendlerbereiches sind bedeutend genauer, sie wurden deshalb zu Rate gezogen. Aber auch die Angaben des Steueramtes boten eine wesentliche Hilfe, weil sie Jahresvergleiche ermöglichten und damit Aufschluß über die Entwicklung Darmstadts als Arbeitsmarkt gaben.

Die Zahl der Berufspendler ist von 1948 bis 1959 von Jahr zu Jahr gewachsen. Doch bei den Herkunftsorten der Pendler haben sich bemerkenswerte Verschiebungen ergeben: In den Randgebieten des Einpendlerbereiches geht die Zahl der in Darmstadt tätigen Arbeitskräfte zurück. Die Anmarschwege verkürzen sich. Dies ist ein erfreuliches Zeichen für eine wünschenswerte Normalisierung: Arbeitskräfte, die früher weit draußen auf dem Lande saßen, haben Wohnung in der Stadt oder in ihrer unmittelbaren Nähe gefunden; andere konnten den großstädtischen Arbeitsplatz mit einem günstiger gelegenen auf dem Lande selbst

³⁸⁾ Statistische Mitteilungen der Stadt Darmstadt vom 14. Mai 1958, S. 1—10.

vertauschen. Die Zahl der Pendlerwanderer nach Darmstadt hat sich vermehrt, die Entfernungen jedoch haben sich im großen und ganzen vermindert.

Bei der Festlegung des Einpendlerbereiches wurden einige weit abseits liegende Randgemeinden unberücksichtigt gelassen, aus denen — wie die Steuerunterlagen und die Auszählung von 1956 ergaben — weniger als ein Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung zu Arbeitsstellen in der Stadt pendelt.

Im übrigen ist wegen der besonderen Verhältnisse im gesamten Rhein-Main-Gebiet auch mit der Hereinnahme einer Gemeinde in den Arbeitsmarktbereich der Stadt keineswegs gesagt, daß Darmstadt für den betreffenden Ort in dieser Hinsicht tatsächlich die beherrschende Rolle spielt. Abgesehen von den gewerblichen Zwischenzentren — es sei wieder an die überragende Bedeutung des Opelwerkes in Rüsselsheim erinnert — ist Frankfurt Betriebsgemeinde für einige hundert Darmstädter. Doch kann gesagt werden: Die Grenze des Einpendlerbereiches auf Karte 1 umschließt Orte, für deren gewerbliche Bevölkerung Darmstadt als Arbeitsgebiet eine wesentliche Rolle spielt.

b) Darmstadt als Einkaufszentrum

Großstädte sind Einkaufszentren. Für die hier gestellte Aufgabe — den Einflußbereich der Stadt Darmstadt festzustellen — schien es deshalb richtig, die Bedeutung der Stadt als Einkaufszentrum räumlich zu erfassen. Dies erwies sich als schwierig, weil Erhebungen der amtlichen Statistik auf diesem Felde fehlen. Ein Versuch der schon erwähnten Kreisbeschreibung für den Landkreis Darmstadt³⁹⁾, die Größe der Einkäufe in Darmstadt zu messen, führte zu einem sehr umstrittenen Ergebnis, weil man sich mangels anderer Quellen auf Befragungen der Bevölkerung, auf persönliche Schätzungen und Überlegungen verließ.

Die Landbevölkerung deckt heute den wesentlichsten Teil ihres täglichen Bedarfs in der Heimatgemeinde selbst oder im nächst benachbarten Ort. Der Lebensmitteleinzelhandel ist dank der Organisation von Genossenschaften und freiwilligen Ketten auch auf dem Lande sehr leistungsfähig geworden⁴⁰⁾. Selbst Gegenstände des gehobenen Bedarfs können stellenweise heute auch auf dem Lande erworben werden. Zumindest in den Kreisstädten und in den gewerblichen Zentren sind Fachhändler aller Branchen vertreten. Schließlich spielt auch die Vielfalt des modernen Versandhandels eine wesentliche Rolle⁴¹⁾.

Mit ihrem größeren Angebot, das Preis- und Qualitätsvergleiche zuläßt, ziehen die Großstädte auch heute noch einen bestimmten Teil der Kauflustigen aus den umliegenden Kleinstädten und Landgemeinden an. Der zunehmende Wohlstand

³⁹⁾ Reinhold, F., Der Landkreis Darmstadt. Eine Strukturanalyse (Manuskript), Darmstadt 1951, S. 10.

⁴⁰⁾ Vgl. Gross, Herbert, Der Handel geht neue Wege, Düsseldorf 1957, S. 230—233.

⁴¹⁾ Vgl. Gerardi, Alfred, Kunden in jedel Haus, Düsseldorf 1959, S. 7—15.

ermöglicht es den Landbewohnern größere Einkäufe als früher in der Stadt zu tätigen, aber sie sind nicht mehr auf die Geschäftszentren der Metropole angewiesen.

Es galt festzustellen, in welchen Gemeinden Darmstadt bis zum heutigen Tage noch als das beherrschende Einkaufszentrum für Textilien, Schuhe, Haushaltsgegenstände, elektromechanische Geräte und Möbel betrachtet wird. Ein Versuch, bei den Kreditabteilungen der Sparkassen, Bankinstitute und Kaufhäuser Unterlagen über die Herkunft der Warenkreditnehmer zu erhalten, scheiterte, weil die Sparkassen in allen größeren Orten des Darmstadt umschließenden Raumes Filialen unterhalten, die der ortsansässigen Bevölkerung mit ihren Diensten zur Verfügung stehen, ohne über das weitere Schicksal der kreditierten Geldmittel in jedem Falle orientiert zu sein. Die Kaufhäuser glaubten, aus Loyalität ihren Kunden gegenüber die Karteikästen verschlossen halten zu müssen.

Schließlich gelang es, dank der freundlichen Unterstützung der Bundesbahn und der ortsansässigen Omnibus-Unternehmen einen aussichtsreichen Weg zu beschreiten: Für die verkaufsoffenen Sonntage im Dezember des Jahres 1957 zählten im gesamten Umkreis Bundesbahn und Omnibusunternehmen die verkauften Sonntagsrückfahrkarten nach Darmstadt. Dieser Zählung war eine andere am 1. Dezember vorausgegangen, an einem Sonntag, an dem die Läden in Darmstadt geschlossen blieben. Aus den Differenzen ließ sich ablesen, in welchem Maße die verkaufsoffenen Sonntage Landbewohner nach Darmstadt gelockt hatten.

Allerdings waren auch diese Ergebnisse nur mit Vorbehalt zu verwenden. Die Zahl der verkauften Fahrkarten eines bestimmten Bahnhofes der Bundesbahn besagt nicht, daß alle diese Fahrgäste aus der dem Bahnhof zugehörigen Gemeinde kommen. Sie können ebenso gut in einer benachbarten Ortschaft wohnen, die weder Bahn- noch einen günstigen Omnibusanschluß hat. Weiterhin ist bei dem heutigen Stand der Motorisierung damit zu rechnen, daß ein wesentlicher Teil der Kauflustigen vom Lande mit privaten Kraftfahrzeugen nach Darmstadt kam und damit der Zählung entging. Schließlich reiste aus der unmittelbaren Nachbarschaft der Stadt eine sehr große Anzahl Menschen zum Weihnachtseinkauf mit der Straßenbahn heran, die bei der Zählung außer Betracht bleiben mußte. Der Strom der Kauflustigen ließ sich also nicht in seiner vollen Stärke messen, doch konnte die Grenze des Gebietes abgesteckt werden, innerhalb dessen Darmstadt als Einkaufszentrum Bedeutung hat.

Der Darmstädter Einkaufsbereich (siehe Karte 1) ist wesentlich kleiner als das Einzugsgebiet der Pendelwanderer, obgleich in beiden Fällen die Verkehrsverbindungen eine wesentliche Rolle spielen. Nicht zuletzt wegen der eingangs geschilderten günstigen Entwicklung des Handels auf dem Lande schwächen weite Anmarschwege die Stellung der Stadt als Einkaufszentrum.

2. Kulturelle Beziehungen

a) Darmstadt als Bildungszentrum

Die Technische Hochschule Darmstadt hat auf diesem Gebiet wohl die größte überörtliche Bedeutung. Aber hier geht der Einflußbereich der Stadt weit über die durch übliche Merkmale gekennzeichneten Grenzen hinaus. Studenten aus allen deutschen Ländern zählen zu den Hörern der TH, hinzu kommen rund 600 ausländische Studenten⁴²⁾. Eine Ermittlung der Herkunftsorte der Darmstädter Studenten schien aus diesem Grunde für die beabsichtigte Untersuchung wertlos.

Auch Ermittlungen über die Herkunft der Gymnasiasten halfen nicht weiter. Eine Abgrenzung mit diesen Angaben hätte den Einflußbereich der Stadt über Gebühr verkleinert, weil sich in einer ganzen Reihe von Zwischenzentren des Darmstädter Einflußbereiches bis zum Abitur führende Oberschulen befinden, die selbstverständlich die Schüler des ihnen benachbarten Raumes auf sich ziehen.

Anders dagegen lagen die Verhältnisse bei den Berufsschulen, vor allem den Berufsfach- und Fachschulen, von denen Darmstadt eine beachtliche Reihe aufzuweisen hat. An Hand der Unterlagen des Städtischen Schulamtes war es möglich, den Einflußbereich der Stadt dank ihrer Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen festzulegen.

Die Untersuchung ergab: Auch bei den Berufsschulen hat die Stadt ihre Vorrangstellung durch die der berufsbegleitenden Bildung dienenden Kreisberufsschulen der Kreisstädte verloren. Die meisten der heute noch nach Darmstadt pendelnden Berufsschüler kommen aus dem die Stadt umschließenden Landkreis. Aber für alle Lehrlinge, die in den Kreisberufsschulen keine Fachausbildung erhalten, hat die Stadt als Bildungszentrum große Bedeutung. Die Ermittlungen der Herkunftsorte Darmstädter Berufsfachschüler führte zu einer Ausweitung des Darmstädter Einflußbereiches, der sich in diesem Falle stellenweise sogar mit dem nur selten erreichten Verwaltungsgebiet des in Darmstadt ansässigen Regierungspräsidenten deckt (Karte 2).

b) Darmstadt als Theaterstadt

Der Ruf des Darmstädter Landestheaters geht über den örtlichen Bezirk hinaus. In der näheren Umgebung erfreut sich die Darmstädter Bühne bemerkenswert großen Ansehens. Die weitverbreitete Vorliebe für das Darmstädter Landestheater zu nutzen, ist Aufgabe des innerhalb der Verwaltung des Landestheaters organisierten Theaterringes Odenwald-Bergstraße-Ried. In den ersten Jahren nach dem Kriege war das Darmstädter Theater in die umliegenden Kleinstädte zu Gastspielen gereist, die anfänglich auch stark besucht waren. Aber

⁴²⁾ Nach Angaben des Rektorats der Technischen Hochschule Darmstadt waren dort zum 1. Juni 1959 4021 Studenten immatrikuliert, darunter 593 aus dem Auslande.

nach der Währungsreform ließ das Interesse nach. Die Darmstädter Theaterleute mußten erfahren, daß ein wesentlicher Teil ihres Publikums es vorzog, den weiten Anmarschweg nach Darmstadt oder zu einer der Bühnen in den benachbarten Großstädten zu unternehmen, um dort Aufführungen zu sehen, die technisch den gehobenen Ansprüchen besser gerecht wurden, als die in den Mehrzweckhallen oder Gaststätten der Landstädte. Die Darmstädter entschlossen sich, auf die Aufführungen außer Hause zu verzichten und dafür die Anfahrt auswärtiger Theaterfreunde zu erleichtern.

Zu Beginn der Spielzeit 1950/51 wurde der Theaterring geschaffen. Er ist nach Meinung der Verwaltung des Darmstädter Landestheaters bis zum heutigen Tage ein voller Erfolg. Seine Mitglieder kommen — je nach der Qualität der Verkehrsverbindungen — aus Entfernungen von 30 bis 50 Kilometer, er umfaßt mehr als 80 Besuchergruppen in etwa 100 Gemeinden. Bei diesen Besuchern handelt es sich um Abonnenten, die am Laufe der Spielzeit eine vorher festgelegte Zahl von Aufführungen (10 bis 15) besuchen. Die Anfahrten werden von örtlichen Omnibusunternehmen bewältigt, die Gesellschaftsfahrten direkt zum Theater veranstalten.

Die Zahl der Mitglieder des Darmstädter Theaterringes wächst, die Bedeutung der Stadt Darmstadt als Kulturzentrum wird damit größer. In seinen Randgebieten konkurriert der Darmstädter Theaterring mit ähnlichen Organisationen der Mainzer, Heidelberger, Mannheimer und Frankfurter Bühnen. Dennoch geht im Norden der kulturelle Einflußbereich der Stadt Darmstadt mit einer beachtlichen Zahl Theaterringmitglieder in der Stadt Langen näher an die Stadt Frankfurt heran, als dies für die wirtschaftliche Sphäre Darmstadts jemals denkbar wäre (Karte 2).

An Hand der auf den Karten 1 und 2 eingezeichneten Grenzen wurde der eigentliche Einflußbereich festgelegt, dessen Grenzen in Zweifelsfällen durch Untersuchungen an Ort und Stelle berichtigt wurden. Die Karte 3 gibt dieses Gebiet an, in ihm wird Darmstadt als beherrschende Großstadt anerkannt. Dieser Einflußbereich deckt sich übrigens nach den Angaben der Vertriebsabteilung völlig mit dem engeren Verbreitungsgebiet des „Darmstädter Echo“, der größten Darmstädter Tageszeitung. Zur Methodik der vorliegenden Arbeit bleibt noch zu erklären, warum sich andere Kriterien, wie sie auch von Schilling, K l e m t und dem sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut zur Ermittlung des Einflußbereiches und Umlands angewandt werden, als ungeeignet erwiesen.

3. Andere Beziehungen zwischen Stadt und Einflußbereich

Das Hinterland als Versorgungsgebiet der Stadt mit Lebensmitteln zu erfassen, ist bei den besonderen Verhältnissen im Rhein-Main-Gebiet sehr schwierig. Auf den Darmstädter Wochenmarkt beispielsweise kommen Händler nur aus

wenigen Gemeinden der Umgebung. Es sind ein paar Familien, die — meist auch aus guter Tradition — zweimal in der Woche auf dem Markt in Darmstadt ihre Waren anbieten⁴³⁾. Eine größere Zahl von Gemeinden dient der Milchversorgung der Stadt. Doch gehört zum Sammelgebiet der in Darmstadt ansässigen Starkenburger Milchvereinigung nur ein Teil des Einflußbereiches. Die Molkereien der Kreisstädte spielen eine bedeutende Rolle.

Die unmittelbaren Beziehungen zwischen der Stadt und ihrem Umland sind mit den modernen Verkehrsmitteln und besseren Versandmöglichkeiten bei der Lebensmittelversorgung sehr schwach geworden. Sammelhandel, Großhandel und Verteiler sind heute von räumlichen Gegebenheiten weitgehend unabhängig. Die Bauern liefern ihre Produkte den örtlichen Genossenschaften, die je nach Marktlage auch an sehr fernegelegene Großmarkthallen oder Verarbeiter weiterverkaufen. Die direkte Beziehung zur nächsten Großstadt geht zwar nicht verloren, aber marktgerechte, d. h. preisliche Überlegungen und die Aufnahmefähigkeit des Marktes sind weitaus wichtiger als die räumliche Nachbarschaft.

Aus den gleichen Gründen ist es — umgekehrt — schwierig, das Hinterland als Absatzgebiet für die in Darmstadt ansässigen Industriebetriebe zu erfassen. Auch hier haben die heutigen Verkehrsverbindungen die Märkte beträchtlich erweitert. In Darmstadt sitzt kein bedeutendes Unternehmen, das sich beim Absatz seiner Güter allein auf das umliegende Gebiet verlassen würde. Der Markt geht oft noch über die nationalen Grenzen hinaus.

Was für die in der Stadt ansässigen Produzenten zutrifft, gilt auch für die Großhändler, die sich — in Darmstadt sind es meist Spezialhändler — ein weit- aus größeres Absatzgebiet als das Umland gesichert haben. Selbst im Lebensmittelhandel sind dank der zentralen Einrichtungen freiwilliger Ketten entscheidende Wandlungen zu erkennen. Die Ketten haben den Ehrgeiz, möglichst in jeder größeren Gemeinde ein Mitglied zu werben. Auch liegt ihr nächstes Auslieferungslager heute nicht mehr in der Großstadt selbst, sondern wegen der leichteren Beschaffung von Grundstücken für Lagerhallen an einer verkehrsgünstigen Stelle draußen auf dem Lande. Die regionalen Märkte der Produktion und der Großhändler wachsen und überschneiden sich.

Auch die Versorgung des flachen Landes mit Gas und Elektrizität knüpft Verbindungen zwischen der Stadt und ihrem Einflußbereich. Darmstadt ist Sitz der

⁴³⁾ Nach Auskünften des Aufsichtsamtes der Stadtverwaltung Darmstadt waren im November 1958 für den Darmstädter Wochenmarkt 76 Stände zugelassen. Davon waren Obststände aus: Darmstadt (5), Haingrund (1), Nieder-Kainsbach (3), Kirch-Beerfurth (1), Nieder-Kinzig (1), Brensbach (1); Gemüsestände aus: Darmstadt (3), Griesheim (43), Nieder-Modau (1), Groß-Umstadt (1), Roßdorf (1); Blumenstände aus: Darmstadt (6), Heppenheim (1); Eier-, Butter-, Käsestände aus: Darmstadt (1), Roßdorf (1), Goddelau (1), Oberhessen (1); Geflügel-, Wild-, Fleisch- und Wurstwarenstände aus: Groß-Zimmern (2), Hering (1), Goddelau (1).

Hessischen Elektrizitäts-AG (HEAG), deren Versorgungs- und Verkehrsnetz weite Teile der Umgebung erfaßt. Aber zur Ermittlung einer allgemeinen Einflußgrenze der Stadt ist der Leistungsbereich der HEAG nur eine bedingte Hilfe, weil beispielsweise schon an der vorderen Bergstraße eine Reihe von Gemeinden als Zweckverband ein eigenes Elektrizitätswerk betreibt, obgleich in dieser Gegend Darmstadt unbedenklich als beherrschende Großstadt anerkannt wird. Auf der anderen Seite gehen die Lieferungen der HEAG aus absatzwirtschaftlichen und historischen Gründen über den eigentlichen Bereich der Stadt Darmstadt hinaus bis vor die Tore Heidelbergs.

Eine große Anzahl der Gemeinden in der Umgebung Darmstadts erhält Leuchtgas aus der Stadt. Die Südhessische Gas- und Wasser-AG hat ihr Absatzgebiet in den letzten Jahren erheblich erweitert. Auch hier bestehen Beziehungen zwischen Stadt und Umgebung, doch zur Umgrenzung der Einflußsphäre Darmstadts ist der Versorgungsbereich des städtischen Gaswerkes nur sehr bedingt geeignet. Während auf der einen Seite Darmstädter Gas bis in die Stadt Hanau geliefert wird, haben Gemeinden in unmittelbarer Nähe der Stadt Darmstadt noch keinen Anschluß an die Gasversorgung.

Als völlig unergiebig erwies sich der Versuch, die Grenzen des Wirkungsbereiches in Darmstadt ansässiger Behörden zu Hilfe zu nehmen. Darmstadt ist Sitz eines Regierungspräsidenten, dessen Gebiet weit über den südhessischen Raum hinausgeht, und das Ergebnis einer langen und wenig übersichtlichen historischen Entwicklung ist. Außer den Landkreisen Darmstadt, Dieburg, Groß-Gerau, Bergstraße und Erbach, die der Ermittlung des Einflußbereiches zugrunde gelegt wurden, gehören zum Regierungspräsidium Darmstadt: die Landkreise Alsfeld, Büdingen, Friedberg, Gießen, Lauterbach, Offenbach und die kreisfreien Städte Darmstadt, Offenbach und Gießen. Abgesehen davon, daß mit der wachsenden Normalisierung des öffentlichen Lebens die Bedeutung der Mittelbehörden für die Bevölkerung zurückgeht, spielt in den dem Darmstädter Regierungspräsidenten unterstellten nordhessischen Kreisen die Stadt selbst kaum eine Rolle. Hier ist die ehemalige Landeshauptstadt oder Theaterstadt Darmstadt auch heute noch weit eher ein Begriff als die Verwaltungsstadt Darmstadt. Die in Darmstadt ansässige Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer tragen den tatsächlichen wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Beziehungen mehr Rechnung, weil sie sich nur auf die Darmstadt unmittelbar benachbarten Kreise beschränken.

Mitten in einem dicht besiedelten, vom Verkehr erschlossenen und von einigen Großstädten beherrschten Industriegebiet bestehen eindeutige Beziehungen zwischen Stadt und umgebendem Land nur noch in unmittelbarer Nachbarschaft der Großstadt. Schon wenige Kilometer weiter draußen muß sich die Stadt ihren Einfluß mit nachbarlichen Konkurrenten und den erstarkenden Zwischenzentren

teilen. Die modernen Verkehrsmittel haben die Beziehungen zwischen Stadt und Land zwar erweitert und in vielerlei Hinsicht gewandelt, sie haben aber auch gleichzeitig die früher beherrschende Stellung eines städtischen Zentrums erschüttert. Der Verwaltungsbereich in Darmstadt ansässiger zentraler Behörden deckt sich nicht mehr mit den wirtschaftlichen und kulturellen Einflusssphären der Stadt, was zur Zeit des Großherzogtums Hessen undenkbar gewesen wäre. Im liberalen Industriestaat verlieren Verwaltungs- und auch Staatsgrenzen ihre einstige Bedeutung. Wichtiger sind die Regeln ökonomischer Zweckmäßigkeit. Diese Entwicklung wird der weiteren Integration Europas eines Tages entscheidende Impulse geben.

4. Struktur des Einfluszbereiches

Es war nicht möglich, die öffentliche Daseinsvorsorge in allen Gemeinden des Einfluszbereiches der Stadt Darmstadt zu untersuchen, eine repräsentative Auswahl mußte genügen. Hierzu galt es, das gesamte Gebiet erst einmal zu analysieren. Als Unterlage dienten Angaben des Hessischen Statistischen Landesamtes und des Landesplanungsamtes.

Zunächst wurde eine Liste aller Gemeinden aufgestellt, die innerhalb des Einflussbereichs liegen. Es handelte sich um 201 Gemeinden mit insgesamt 342 309 Einwohnern⁴⁴⁾. Mit den Einwohnerzahlen versehen, wurden die Gemeinden dann sechs Größenklassen zugeteilt.

Als nächster Schritt wurde festgestellt, welche wirtschaftliche Struktur der sogenannte Hessenatlas den einzelnen Gemeinden des Einfluszbereiches zuerkannt hatte⁴⁵⁾. Auch hier wurden die Gemeinden gleicher Struktur zusammengefaßt. Diese Analyse des Einfluszbereiches der Stadt Darmstadt ergab folgendes Bild:

Im Einflussbereich der Stadt Darmstadt wohnten zum 31. 12. 1955 342 309 Menschen. Davon 20 680 (6 v. H.) in 82 Gemeinden bis zu 500 Einwohnern; 24 701 (7,2 v. H.) in 35 Gemeinden von 501 bis 1000 Einwohnern; 48 532 (14,2 v. H.)

⁴⁴⁾ Liste der Gemeinden: Siehe Anhang 1 dieser Arbeit, Stichtag für Einwohnerzahl 31. Dezember 1955, aus: Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes, Wiesbaden, 28. März 1956, S. 7 ff.

⁴⁵⁾ Der Hessenatlas, Hrsg.: Hessischer Ministerpräsident, Landesplanung, bearbeitet im Hessischen Statistischen Landesamt, Wiesbaden 1952. Auf der Karte 22 „Wirtschaftliche Gemeindetypen 1950“ auf Grund der Zählung vom 13. September 1950 werden unterschieden: Arbeiterwohngemeinden: Beschäftigte betragen weniger als 60 v. H. der Erwerbspersonen (bei allen anderen Gemeinden 60 v. H. und mehr). Gewerbegebiete: Mehr als 55 v. H. der Beschäftigten sind in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten. Gewerblich-landwirtschaftliche Mischgemeinden: 45—55 v. H. der Beschäftigten sind in landwirtschaftlichen bzw. nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten. Landwirtschaftsgemeinden: Mehr als 55 v. H. der Beschäftigten sind in landwirtschaftlichen Betrieben.

in 35 Gemeinden von 1001 bis 2000 Einwohnern; 100 474 (29,4 v. H.) in 32 Gemeinden von 2001 bis 5000 Einwohnern; 124 279 (36,3 v. H.) in 16 Gemeinden von 5001 bis 20 000 Einwohnern und 23 643 (6,9 v. H.) in einer Gemeinde (Bensheim) von 20 001 bis 50 000 Einwohnern⁴⁶⁾.

Nach der wirtschaftlichen Struktur ihrer Wohngemeinden (gemäß Hessenatlas) lebten von den 342 309 Menschen 225 537 (65,9 v. H.) in 56 Gewerbe-
gemeinden, 53 727 (15,7 v. H.) in 32 Arbeiterwohngemeinden, 42 434 (12,4 v. H.) in 96 Land-
wirtschaftsgemeinden und 20 611 (6 v. H.) in 17 gewerblichen und landwirtschaft-
lichen Mischgemeinden.

III. Auswahl der Untersuchungsobjekte

Es wurde versucht, aus jeder Größenklasse etwa 10 v. H. zu erfassen.
In der Größenklasse bis 500 wurden die Gemeinden

Asbach	407 Einwohner
Berkach	479 Einwohner
Lichtenberg	466 Einwohner
Malchen	462 Einwohner

ausgesucht. Sie hatten am 31. 12. 1955 1 814 Einwohner

oder 8,8 v. H. von insgesamt 20 680 der Größenklasse bis 500.

In der Größenklasse 501—1000

Kleestadt	801 Einwohner
Schneppenhausen	934 Einwohner
Winterkasten	768 Einwohner

zusammen 2 503 Einwohner

Das sind 10,1 v. H. von 24 701.

In der Größenklasse 1001—2000

Lecheim	1 756 Einwohner
Messel	1 689 Einwohner
Spachbrücken	1 537 Einwohner

zusammen 4 982 Einwohner

Das sind 10,3 v. H. von 48 532.

⁴⁶⁾ Siehe Anhang 1 dieser Arbeit.

In der Größenklasse 2001—5000

Alsbach	2 525 Einwohner
Eppertshausen	2 884 Einwohner
Fränkisch-Crumbach	2 349 Einwohner
Wixhausen	3 460 Einwohner
zusammen	<u>11 218 Einwohner</u>

Das sind 11,2 v. H. von 100 474.

In der Größenklasse 5001—20 000

Gernsheim	6 614 Einwohner
Nieder-Ramstadt	5 434 Einwohner
zusammen	<u>12 048 Einwohner</u>

Das sind 9,7 v. H. von 124 279.

Die Größenklasse 20 001—50 000 blieb unberücksichtigt, fand sich hier doch nur eine Gemeinde, die Stadt Bensheim, die als starkes Zwischenzentrum ihr Eigenleben führt und für den Zweck der Untersuchung uninteressant schien.

Die ausgewählten 16 Gemeinden verteilten sich in ihrer wirtschaftlichen Struktur (gemäß Hessenatlas) auf die vier Typen: Gewerbe Gemeinden, landwirtschaftliche Gemeinden, Arbeiterwohngemeinden, Mischgemeinden.

Auch hierbei wurde versucht, etwa 10 v. H. zu erreichen. Zu den Gewerbe Gemeinden zählen:

Lichtenberg	466 Einwohner	(Größenklasse bis 500)
Winterkasten	768 Einwohner	(Größenklasse 501— 1 000)
Messel	1 689 Einwohner	(Größenklasse 1 001— 2 000)
Alsbach	2 525 Einwohner	(Größenklasse 2 001— 5 000)
Eppertshausen	2 884 Einwohner	
Gernsheim	6 614 Einwohner	(Größenklasse 5 001—20 000)
Nieder-Ramstadt	5 434 Einwohner	

Das sind zusammen 20 380 Einwohner

oder 10,1 v. H. der 201 894 Einwohner der hier interessanten Gewerbe Gemeinden.

(Von den insgesamt 225 537 Einwohnern der 56 gewerblichen Gemeinden blieben nach Abzug der Bevölkerungszahl Bensheim (Gewerbe Gemeinde) von 23 643 = 201 894.)

Von den Landwirtschaftsgemeinden wurden in den einzelnen Größenklassen untersucht:

Asbach	407 Einwohner	}	(Größenklasse bis 500)
Berkach	479 Einwohner		
Kleestadt	801 Einwohner		(Größenklasse 501—1000)
Leeheim	1 756 Einwohner		(Größenklasse 1001—2000)

Das sind zusammen 3 443 Einwohner

oder 8,1 v. H. von 42 434.

Von den Arbeiterwohngemeinden wurden in den einzelnen Größenklassen untersucht:

Malchen	462 Einwohner	(Größenklasse bis 500)
Schneppenhausen	934 Einwohner	(Größenklasse 501—1000)
Spachbrücken	1 537 Einwohner	(Größenklasse 1001—2000)
Wixhausen	3 460 Einwohner	(Größenklasse 2001—5000)

Das sind zusammen 6 393 Einwohner

oder 11,9 v. H. von 53 727.

Von den Mischgemeinden

Fränkisch-Crumbach	2 349 Einwohner	(Größenklasse 2001—5000)
--------------------	-----------------	--------------------------

das sind 11,4 v. H. von 20 611.

Danach waren also zu untersuchen:

Lfd. Nr.	Gemeinde	Einwohner am 31. 12. 1955	Größenklasse	Kreis	Struktur
1.	Alsbach	2 525	IV	Darmstadt-Land	G
2.	Asbach	407	I	Darmstadt-Land	L
3.	Berkach	479	I	Groß-Gerau	L
4.	Eppertshausen	2 884	IV	Dieburg	G
5.	Fränkisch-Crumbach	2 349	IV	Dieburg	M
6.	Gernsheim	6 614	V	Groß-Gerau	G
7.	Kleestadt	801	II	Dieburg	L
8.	Leeheim	1 756	III	Groß-Gerau	L
9.	Lichtenberg	466	I	Dieburg	G
10.	Malchen	462	I	Darmstadt	A
11.	Messel	1 689	III	Darmstadt	G
12.	Nieder-Ramstadt	5 434	V	Darmstadt	G
13.	Schneppenhausen	934	II	Darmstadt	A
14.	Spachbrücken	1 537	III	Dieburg	A
15.	Winterkasten	768	II	Bergstraße	G
16.	Wixhausen	3 460	IV	Darmstadt	A
		<u>32 565</u>			

Größenklassen: I = bis 500; II = 501—1000; III = 1001—2000;
IV = 2001—5000; V = 5001—20 000.

Struktur: A = Arbeiterwohngemeinde; G = Gewerbe­gemeinde;
L = landwirtschaftliche Gemeinden;
M = Mischgemeinden.

In diesen Gemeinden lebten zum Stichtag zusammen 32 565 Menschen oder 10 v. H. von 318 666 (342 309 abzüglich Bevölkerung Bensheim: 23 643).

C. 16 Gemeinden auf dem Lande (Untersuchungsergebnisse)

I. Übersicht

Der Einflußbereich der Stadt Darmstadt war — wie beschrieben — festgelegt, da veröffentlichte das Hessische Statistische Landesamt seine Hessische Gemeindestatistik 1958⁴⁷⁾ und gab damit die Ergebnisse der Wohnraum- und Handwerkszählung 1956 bekannt. Sie erleichterten die Analyse der Untersuchungsobjekte, ermöglichten aber auch eine Nachprüfung, ob die repräsentative Auswahl einigermaßen geglückt war.

1. Pendler

Für die hessischen Gemeinden veröffentlichte das Statistische Landesamt u. a. die Wohnbevölkerung 1956 und die Zahl der Auspendler 1956⁴⁸⁾. Diese Angaben wurden für die 16 Gemeinden herangezogen und der Vohundertersatz der Auspendler ausgerechnet. Es ergab sich folgende Tabelle:

Gemeinde	Einwohner (25. 9. 1956)	Auspender (25. 9. 1956)	Auspender je 100 Einwohner
Alsbach	2 454	607	24,7
Asbach	405	86	21,2
Berkach	466	108	23,2
Eppertshausen	2 908	706	24,3
Fränkisch-Crumbach	2 262	295	13,0
Gernsheim	6 723	968	14,4
Kleestadt	790	183	23,2
Leeheim	1 748	330	18,9
Lichtenberg	471	102	21,7
Malchen	441	123	27,9
Messel	1 779	551	31,0
Nieder-Ramstadt	5 278	1 091	20,7
Schneppenhausen	908	319	35,1
Spachbrücken	1 505	335	22,3
Winterkasten	703	85	12,1
Wixhausen	3 407	1 064	31,2
	<u>32 248</u>	<u>6 953</u>	—

⁴⁷⁾ Hessische Gemeindestatistik 1958, Hrsg.: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden 1958.

⁴⁸⁾ Ebenda S. 2 ff.

In den 16 Gemeinden pendelten von insgesamt 32 248 Einwohnern 6953, das sind 21,6 v. H. Im Einflußbereich der Stadt Darmstadt wohnten — außer Bensheim — nach Ausrechnungen, die sich aus den gleichen Unterlagen ergaben, zu diesem Zeitpunkt 316 152 Menschen, davon waren 61 184 Auspendler. Das sind 19,3 v. H.

2. Steuereinnahmen

In der zitierten Gemeindestatistik 1958 gab das Landesamt auf Grund der Erhebungsbogen der Gemeindefinanzstatistik auch Auskunft über die Entwicklung der Gemeindesteuereinnahmen. Dazu waren für 1950 und 1955 die Steuereinnahmen pro Kopf der Bevölkerung ausgerechnet. Sie ergaben für die 16 Untersuchungsgemeinden folgendes Bild:

Steuereinnahmen der 16 Gemeinden 1950

Gemeinde	Steuereinnahmen (DM)	Einwohner 13. 9. 1950	Einnahmen pro Kopf (DM)
Alsbach	71 839	2 337	30,74
Asbach	7 139	434	16,45
Berkach	21 165	545	38,83
Eppertshausen	84 223	2 576	32,76
Fränkisch-Crumbach	70 893	2 373	29,87
Gernsheim	269 018	6 378	42,18
Kleestadt	19 773	774	25,55
Leeheim	56 097	1 833	30,60
Lichtenberg	11 561	510	22,67
Malchen	17 460	427	40,89
Messel	54 306	1 710	31,76
Nieder-Ramstadt	179 124	5 271	33,98
Schneppenhausen	17 744	940	18,88
Spachbrücken	40 523	1 607	25,22
Winterkasten	24 289	881	27,57
Wixhausen	81 262	3 321	24,47
	1 026 416	31 917	32,16

Steuereinnahmen der 16 Gemeinden 1955

Gemeinde	Steuereinnahmen (DM)	Einwohner 30. 9. 1955	Einnahmen pro Kopf (DM)
Alsbach	175 866	2 511	69,65
Asbach	8 196	417	20,14
Berkach	31 513	487	65,79
Eppertshausen	199 457	2 842	69,16
Fränkisch-Crumbach	92 926	2 353	39,56
Gernsheim	623 960	6 549	95,70
Übertrag:	1 131 918	15 159	—

Fortsetzung: Steuereinnahmen der 16 Gemeinden 1955

Gemeinde	Steuereinnahmen (DM)	Einwohner 30. 9. 1955	Einnahmen pro Kopf (DM)
Übertrag:	1 131 918	15 159	—
Kleestadt	24 783	796	30,94
Leeheim	81 935	1 754	46,66
Lichtenberg	13 614	467	28,60
Malchen	22 896	455	49,56
Messel	74 788	1 701	44,28
Nieder-Ramstadt	431 731	5 389	79,45
Schneppenhausen	23 201	920	24,84
Spachbrücken	57 560	1 548	37,45
Winterkasten	27 863	776	36,28
Wixhausen	126 255	3 449	36,49
	2 016 544	32 414	62,22

In den 201 Gemeinden des Einflußbereiches (außer Bensheim) kamen 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 36,69 DM; 1955 waren es 59,22 DM. In den 16 Untersuchungsgemeinden kamen im Durchschnitt auf den Kopf des Einwohners: 1950: 32,16 DM; 1955: 62,22 DM; die Auswahl konnte also auch in dieser Hinsicht als repräsentativ gelten.

3. Bevölkerungsentwicklung

Die Hessische Gemeindestatistik 1958 berichtete auch über die Bevölkerungsentwicklung von 1950 bis 1956. In den 16 Untersuchungsgemeinden ergaben sich folgende Veränderungen:

Gemeinde	Einwohner 13. 9. 1950	Einwohner 25. 9. 1956	Zunahme Abnahme v. H. 1950—1956
Alsbach	2 337	2 454	5,0
Asbach	434	405	—6,7
Berkach	545	466	—14,5
Eppertshausen	2 576	2 908	12,9
Fränkisch-Crumbach	2 373	2 262	—4,7
Gernsheim	6 378	6 723	5,4
Kleestadt	774	790	2,1
Leeheim	1 833	1 748	—4,6
Lichtenberg	510	471	—7,6
Malchen	427	441	3,3
Messel	1 710	1 779	4,0
Nieder-Ramstadt	5 271	5 278	0,1
Schneppenhausen	940	908	—3,4
Spachbrücken	1 607	1 505	—6,3
Winterkasten	881	703	—20,2
Wixhausen	3 321	3 407	2,6
	31 917	32 248	—

Die Bevölkerung der 16 ausgesuchten Gemeinden hat also von 1950 bis 1956 insgesamt um nur 331 auf 32 248 Einwohner zugenommen. Dies entsprach einer Zunahme von 1,03 v. H. In der gleichen Zeit wuchs die Bevölkerung im gesamten Einflußbereich der Stadt Darmstadt — ohne Bensheim — von 310 777 im Jahre 1950 auf 316 152 im Jahre 1956; dies entsprach einer Zunahme von 1,73 v. H.

Die Angaben über Auspendler, Steuereinnahmen und Bevölkerungsentwicklung der 16 Gemeinden ergaben bei einem Vergleich mit den Gesamtwerten für den Einflußbereich, daß die ausgewählten Gemeinden als repräsentativ betrachtet werden konnten.

Die Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes aus dem Jahre 1958 boten auch einen interessanten Ansatzpunkt, dem Problem dieser Untersuchung näherzukommen. Gemeinden mit einem verhältnismäßig geringen Steueraufkommen pro Kopf der Einwohner müßten doch auch schlechter versorgt sein, was sich dann auch in einer relativ hohen Abwanderungsquote auswirken sollte. Es wurde untersucht, ob eine Abhängigkeit zwischen der Bevölkerungsentwicklung und dem steuerlichen Pro-Kopf-Aufkommen bestehe. Aber die Korrelationsrechnungen ergaben: Zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der in den Pro-Kopf-Steuereinnahmen ausgedrückten Leistungsfähigkeit der Gemeindekasse besteht kein klar ersichtlicher Zusammenhang. Zwar haben sich Gemeinden mit überdurchschnittlichen Steuereinnahmen nicht über Bevölkerungsverluste zu beklagen, während andere mit geringen Einnahmen zumeist zu den sich verkleinernden Gemeinden gehören, aber eine deutlich erkennbare Korrelation besteht nicht. Die Gründe für die Zu- oder Abwanderung klarer zu erkennen, war nur mit Hilfe einer Einzelanalyse der jeweiligen Gemeinden möglich, die zu allgemein gültigen Erkenntnissen führen sollte. Erst die Untersuchungen an Ort und Stelle konnten Klarheit darüber schaffen, wo die Gemeinden verschiedener Größe und Struktur der Schuh drückt und wie ihnen geholfen werden könnte.

II. Einzelbeschreibungen

Im Laufe der Untersuchungen und Befragungen an Ort und Stelle wurde offenbar, daß seit der Zählung vom 13. 9. 1950, die dem Landesplanungsamt als Unterlage für die wirtschaftliche Klassifizierung der Gemeinden gedient und auch der Auswahl der Sechzehn zugrunde gelegen hatte, sich in einigen Gemeinden tiefgreifende Strukturveränderungen vollzogen haben. Da aber dem Charakter dieser Wandlungen nach mit Sicherheit anzunehmen war, daß diese Veränderungen den gesamten Einflußbereich erfaßt haben, konnten die 16 Gemeinden noch immer als hinreichend repräsentativ betrachtet werden. Die Untersuchungen haben diese Annahme bestätigt.

Bei den folgenden Einzelanalysen der Gemeinden wurden Unterlagen des Statistischen Landesamtes, des Landesplanungsamtes, der Bezirksplanung beim Regierungspräsidenten Darmstadt, der Kreisbehörden, die Angaben der Bürgermeistereien und die aktuelle Berichterstattung in den sechs Provinzausgaben des Darmstädter Echo zu Hilfe genommen. Für die Recherchen in der Gemeinde erwies es sich bald als zweckmäßig, einen Fragebogen zu entwerfen⁴⁹⁾, um für alle Gemeinden auch die gleiche Bereiche berührenden Auskünfte zu erhalten und so zu vergleichbaren Ergebnissen zu kommen. Die Fragen wurden jeweils mit dem Bürgermeister Punkt für Punkt durchgesprochen. Ein Besuch genügte nicht, um alle Unterlagen zu erhalten. Zahlreiche Fahrten in die Gemeinden waren unerlässlich. Dabei konnte auch festgestellt werden: Erfolgreich arbeitende Verwaltungen sind weitaus auskunftsfreudiger als leistungsschwache. Die Untersuchungen erstreckten sich notgedrungen über einen längeren Zeitraum. Wo inzwischen Veränderungen möglich sein könnten, wurde deshalb die jeweilige Angabe mit dem Zeitpunkt genannt, zu dem sie zutraf. Die Beschreibung der einzelnen Gemeinden folgt einem gewissen Schema, um von Anfang an Vergleiche zu erleichtern. Zunächst interessieren Lage, Bevölkerungsentwicklung und Steuerkraft der Gemeinde, dann folgen die Beschreibungen der wirtschaftlichen Struktur, der privatwirtschaftlichen Versorgung und schließlich der öffentlichen Dienste und Einrichtungen. Hinzu kommen Angaben aus der Gemeindefinanzstatistik. Das Ende jeder Einzeluntersuchung bringt die Vorstellungen des Landesplanungsamtes über die Zukunft der Gemeinde⁵⁰⁾ und die Wünsche der Gemeindeverwaltungen selbst. Die nötigen Analysen und Vergleiche folgen am Schluß.

1. Die Gewerbegemeinden

Als erstes war die repräsentative Auswahl der Gewerbegemeinden zu untersuchen, weil ihnen im Einflußbereich der Stadt Darmstadt die größte Bedeutung zukommt. Sieben Gewerbegemeinden unterschiedlicher Größe und Lage waren ausgewählt worden:

Alsbach	Gernsheim	Messel
Eppertshausen	Lichtenberg	Nieder-Ramstadt
	Winterkasten	

a) **Alsbach**, an der Bergstraße, 15 Kilometer südlich von Darmstadt gelegen, zählte am 31. 12. 1956 2454 Einwohner. Nach den Angaben des Statisti-

⁴⁹⁾ Siehe Anhang 2 dieser Arbeit.

⁵⁰⁾ Nach: Vorläufiger Raumordnungsplan für das Land Hessen, Region Starkenburg, Hrg.: Der Hessische Minister des Innern, Landesplanung, Wiesbaden 1957.

schen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (2337) bis 31. 12. 1956 um 5 v. H. zugenommen⁵¹⁾).

Dieser Zuwachs liegt über dem Durchschnitt der 16 Untersuchungsgemeinden (1,03 v. H.).

Gleichfalls nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Alsbach 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 30,74 DM und 1955 69,65 DM. Die Gemeinde bewegte sich damit um den Durchschnitt der 16 Gemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Die Mehrheit im Gemeinderat hat die SPD, sie stellte während der Dauer der Untersuchung (1956—1960) auch den Bürgermeister.

Ein kleiner Teil der Bevölkerung lebt noch von der Landwirtschaft (etwa 16 Vollbauernstellen), ein anderer, größerer, von den in der Gemeinde ansässig gewordenen Industrie- und Handwerksbetrieben oder vom Fremdenverkehr. Verhältnismäßig viele Alsbacher müssen außerhalb ihrer Heimatgemeinde Arbeit suchen.

Bei der Volkszählung 1950 wurden 412 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 schon 607. Damit pendelten in diesem Jahr 24,7 v. H. der gesamten Einwohnerschaft bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H. In der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Auspendler weiter erhöht, weil Alsbach dank seines guten Klimas, der guten Lage, der ländlichen Ruhe und der relativ günstigen Verkehrsbedingungen zur bevorzugten Wohngemeinde wird.

Alsbach ist heute schon groß genug, um privatwirtschaftlich gut versorgt zu sein. Neben einigen neu angesiedelten kleinen Gewerbebetrieben (mechanische Weberei, Baugeschäft, Süßmosterei, chemisches Unternehmen) hat sich das ansässige Handwerk gut entwickelt. Alsbachs Einzelhandel ist durchweg fortschrittlich gesinnt. Das heimische Gewerbe hat sich gut entwickelt, aber es kann auch noch manche Chance nutzen. Die Alsbacher können in ihrer eigenen Gemeinde alles kaufen, was sie für den täglichen und den gehobenen Bedarf brauchen. Doch wird auch außerhalb — vorwiegend in Darmstadt — eingekauft, aber dies vor allem wegen der traditionellen Bevorzugung des großstädtischen Angebotes. Das wirtschaftliche Erscheinungsbild der Gemeinde Alsbach zeigt viele städtische Züge. Noch um die Jahrhundertwende war Alsbach reine Agrargemeinde. Die wenigen verbliebenen landwirtschaftlichen Betriebe passen sich mehr und mehr der allgemeinen Entwicklung an, die eine intensive Bewirtschaf-

⁵¹⁾ Hessische Gemeindestatistik 1958, a. a. O., S. 5. Von hier an in der Arbeit im Zusammenhang mit „Nach Ausrechnungen . . .“ oder „nach Unterlagen des Statistischen Landesamtes“ nur noch im Text genannt.

tung des knapper werdenden Bodens mit Qualitätsprodukten wie Spargel und Obst verlangt, die dank der klimatischen Verhältnisse auch möglich ist.

Wie die privatwirtschaftliche, so ist auch die öffentliche Versorgung der Gemeinde gut. Alsbach besitzt zentrale Trinkwasserversorgung und bezieht Energie vom Gruppengas- und -elektrizitätswerk Bergstraße. Die Straßenbeleuchtung ist ausreichend. Die Kanalisation wird vorbereitet. Die Gemeindeverwaltung unterhält eine kleine Grünanlage am Kriegerdenkmal. Der Fußballplatz gehört der Gemeinde, auch eine Turnhalle ist vorhanden. Der Kindergarten ist eine gemeindlich-kirchliche Stiftung; Bürgermeister und Pfarrer teilen sich den Vorsitz, die Gemeindekasse trägt die finanziellen Lasten. Im Oktober 1959 wurde der erste Kinderspielplatz eröffnet.

Die schnell wachsende Bevölkerung (Bevölkerungszuwachs seit dem 17. Mai 1939 von 1576 auf rund 2750 Anfang 1959) macht die Erweiterung der örtlichen Volksschule notwendig. Zunächst entschloß sich die Gemeindeverwaltung zu einem Umbau des vorhandenen Gebäudes, 1961 soll eine neue Schule gebaut werden. Anfang des Jahres 1959 standen für 270 Schüler sechs Klassenräume zur Verfügung, in denen fünf Lehrkräfte unterrichteten.

Eine Volkshochschule oder etwas ähnliches besteht (1959) in Alsbach nicht. Das Vereinsleben ist überaus rege und vielseitig (Gesang-, Sport-, Turn- und Schützenverein, Freiwillige Feuerwehr, Kegelklub usw.). Die ortsansässigen Vereine werden hin und wieder mit kleinen Aufwendungen aus der Gemeinde in Höhe von etwa 100 DM gefördert. Alsbach besitzt eine Volksbücherei mit rund 500 Bänden.

Die Ortsstraßen wurden seit 1950 zum Teil vorbildlich ausgebaut. Die Gemeinde hat dazu aus eigenen Mitteln etwa eine Viertelmillion DM aufgebracht. Allerdings fehlen noch Straßen in den Neubaugebieten. Die Gemeindevertreter haben sich bisher nicht bereit gefunden, die Bauherren in diesen neuen Wohnvierteln an der Aufbringung der Straßenbaukosten direkt zu beteiligen. Dies ist um so überraschender, weil viele neue Ansiedler von außerhalb nach Alsbach kommen.

Die Verkehrsverbindungen nach Darmstadt könnten besser sein. Die Straßen sind in ausgezeichnetem Zustand, aber die Gemeinde liegt weder direkt an der Bundesbahn noch geht die Darmstädter Straßenbahn der HEAG — wie früher beabsichtigt — über Jugenheim nach Alsbach hinaus. Die Alsbacher müssen erst mit dem Omnibus nach Jugenheim fahren und dort in die Straßenbahn umsteigen. Sie hoffen, mit Linienbussen direkt Verbindung nach Darmstadt zu bekommen, wenn im Zuge der allgemeinen Verkehrsmodernisierung die Straßenbahn nach Jugenheim einmal eingestellt werden sollte.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Alsbach für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht⁵²⁾. Danach wuchs das Gesamtvolumen des Alsbacher Haushaltes wie folgt (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	272 987	332 567	385 191
Ausgaben	281 204	334 322	388 727

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen in den drei Haushaltsjahren wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	28 518	24 574	23 773
Grundsteuer B	17 726	17 291	18 029
Gewerbesteuer	86 403	120 369	147 455
Gewerbesteuer-Ausgleich erhalten	8 775	10 350	17 710
Finanzzuweisungen	4 834	21 154	—

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes⁵³⁾ kann Alsbach bis zum Jahre 1971 maximal 3200 Einwohner haben, als „Richtwert“¹⁾ nahm die Planung 2500 Einwohner an, als „erwünschte Funktion“¹⁾ nennt der Raumordnungsplan des Hessischen Ministers des Inneren für Alsbach: „Gewerbliches Zentrum und ein Schwerpunkt mit primärer Kur und Erholung“.

Um den Bedürfnissen der wachsenden Zahl der Einwohner gerecht werden zu können, hat die Alsbacher Gemeindeverwaltung in den nächsten Jahren eine Reihe kostspieliger Projekte zu verwirklichen: Kanalisation, Schulbau, Straßen in den neuen Wohngebieten. Hierbei wird die relativ günstige Finanzlage der Gemeinde sehr angespannt werden. Die Gewerbesteuereinnahmen werden nicht ausreichen. Die Gemeinde muß nach Wegen suchen, ihre Einnahmen aus der Grundsteuer B zu erhöhen; sie wird zumindest in den Neubaugebieten die Bauherren an den Straßenkosten beteiligen müssen. Nach Auskünften des Bürgermeisters reichen die derzeitigen Einnahmen aus der Grundsteuer A nicht einmal aus, die Ansprüche der ortsansässigen Bauern aus dem Grünen Plan zu verwirklichen. „Die Bauern sind Kostgänger des Gewerbes geworden.“ Der Bürgermeister wendet sich gegen einen Finanzausgleich bei den Gewerbesteuereinnahmen, weil damit die Initiative der Verwaltung zur Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe schlecht belohnt werde.

⁵²⁾ Detaillierte Vergleiche aus diesen Untersuchungen folgen am Ende dieses Abschnittes.

⁵³⁾ Angaben aus: Vorläufiger Raumordnungsplan für das Land Hessen, a. a. O., Beilage. Der „Richtwert“ gibt die optimale Einwohnerzahl, für die die Planungen aufzustellen sind. Die „erwünschte Funktion“ ist das Planungsziel.

b) E p p e r t s h a u s e n, 20 Kilometer nordöstlich von Darmstadt am Rande des Einflußbereiches gelegen, zählte am 31. 12. 1956 2925 Einwohner. Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (2576) bis 31. 12. 1956 um 12,9 v. H. zugenommen.

Dieser Zuwachs liegt weit über dem Durchschnitt der 16 Untersuchungsgemeinden (1,03 v. H.).

Gleichfalls nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Eppertshausen 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 32,76 DM und 1955 69,16 DM. Die Gemeinde lag damit knapp über dem Durchschnitt der 16 Gemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Die Mehrheit im Gemeinderat hatte während der Dauer der Untersuchung die CDU, sie lag nur knapp vor der SPD, stellte aber den Bürgermeister.

Warum wuchs die Bevölkerung so schnell? Von den 1950 gezählten 353 Heimatvertriebenen sind viele in Eppertshausen geblieben; durch die Ansiedlung von Ostflüchtlingen hat sich die Zahl der Neubürger noch erhöht, schließlich kamen auch alteingesessene Hessen aus der Umgebung nach Eppertshausen, weil sie dort in guter Wohnlage günstige Beschäftigungsmöglichkeiten entweder am Orte selbst oder in den benachbarten Industriezentren von Frankfurt, Offenbach und Darmstadt finden. Außerdem hat die in Eppertshausen ansässige Industrie neue Arbeitskräfte aus der gesamten Bundesrepublik angezogen.

Die früher vorherrschende Landwirtschaft spielt heute fast ausschließlich nur noch in Nebenerwerbsbetrieben eine Rolle. Brauchbare Tonvorkommen begünstigten schon früh die Ansiedlung und Entwicklung des Töpferhandwerks. Noch um die Jahrhundertwende existierten in Eppertshausen rund 25 Töpfereien, heute sind nur noch zwei Betriebe übrig geblieben. Die Tonvorkommen — sie gehören der Gemeinde — werden noch von einem Schamottewerk ausgebeutet. Gute Tradition besitzt in Eppertshausen auch das lederverarbeitende Hausgewerbe, das mit den ansässigen Lederfabriken und mit Betrieben der Branche in Offenbach zusammenarbeitet. Daneben existieren in Eppertshausen noch zahlreiche Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe. Dennoch muß ein großer Teil der Bevölkerung außerhalb der Gemeinde seine Arbeit nachgehen.

Bei der Volkszählung 1950 wurden 563 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 706. Damit pendelten in diesem Jahr 24,3 v. H. der gesamten Einwohnerschaft bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H. In der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Auspendler noch erhöht. Allerdings registrierte die Gemeindeverwaltung 1950 bereits 116 Einpendler, 1956 knapp über 150, die in den ortsansässigen Gewerbebetrieben (Schamottewerke und Lederwaren) Beschäftigung fanden.

In privatwirtschaftlicher Hinsicht sind die Eppertshäuser hinreichend versorgt. Die ansässigen Einzelhändler können den täglichen und den gehobenen Bedarf der Bevölkerung decken. Doch wird auch auswärts — in Darmstadt und in Frankfurt — gekauft, vor allem Textilien und Möbel.

Wie die privatwirtschaftliche, so trägt auch die öffentliche Versorgung der Gemeinde Eppertshausen städtische Züge. Die Gemeinde besitzt zentrale Trinkwasserversorgung, sie bezieht ihre elektrische Energie von der HEAG und Gas von der Südhessischen Gas- und Wasser-AG, beide in Darmstadt. Die Straßenbeleuchtung ist neuzeitlichen Erfordernissen angepaßt. Bis auf einige kleinere Neubaugebiete wurde die Gemeinde in den Jahren 1950 bis 1958 vollständig kanalisiert. Doch fehlen von der Gemeinde unterhaltene zentrale Einrichtungen wie: Sportanlagen oder Dorfgemeinschaftshaus. Der Kindergarten gehört der katholischen Kirchengemeinde.

Nach der Vollendung des ersten Bauabschnittes für eine neue Volksschule standen im März 1959 für 314 schulpflichtige Kinder acht Unterrichtsräume zur Verfügung, in denen acht Lehrkräfte wirkten. In Eppertshausen bestehen (1959) keine Möglichkeiten öffentlicher Erwachsenenbildung. In den ersten Jahren nach dem Kriege konnte die Bevölkerung fortbildende Vorträge hören, auf die in der Zwischenzeit verzichtet wurde, weil sich — nach Angabe des Bürgermeisters — die Dorfgemeinschaft nicht ausreichend interessiert zeigte. Das Vereinsleben ist sehr rege und vielseitig (Gesang-, Fußball-, Turnverein, Freiwillige Feuerwehr, Geflügelzüchter-, Schach- und Odenwaldklub). Die ortsansässigen Vereine werden hin und wieder mit kleinen Aufwendungen aus der Gemeindekasse und auch mit Darlehen in Höhe von 1000 bis 2000 DM unterstützt.

Die Ortsstraßen sind vorbildlich. Aus laufenden Haushaltsmitteln werden jedes Jahr neue Straßenbauarbeiten bestritten, Rückstände sind noch in den Neubaugebieten zu bewältigen. Bei den Ermittlungen für die vorliegenden Untersuchungen bedauerte der Bürgermeister, daß sich seine Gemeinderäte noch nicht entschlossen haben, die notwendige Satzung zu verabschieden, um Straßenanliegerbeiträge zu erheben. Die Verkehrswege zur Kreisstadt Dieburg und nach Darmstadt befinden sich in gutem Zustand. Eppertshausen liegt an der Bundesbahnstrecke Dieburg — Frankfurt und wird von einer Omnibuslinie mit dem gleichen Kurs berührt.

Anhand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Eppertshausen für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Danach wuchs das Gesamtvolumen des Eppertshäuser Haushaltes wie folgt (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	288 290	382 019	593 021
Ausgaben	285 365	393 377	480 131

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen in den drei Haushaltsjahren wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	40 069	39 977	37 621
Grundsteuer B	9 682	9 057	12 398
Gewerbesteuer	111 751	117 301	112 597
Gewerbesteuer-Ausgleich erhalten	23 550	26 338	41 774
Finanzzuweisungen	—	12 424	5 872

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes soll Eppertshausen bis zum Jahre 1971 höchstens 4000 Einwohner haben. Als „Richtwert“ wurden 3000 angenommen, als „erwünschte Funktion“ nennt der Raumordnungsplan des Hessischen Ministers des Innern für Eppertshausen: „Gewerbliches Zentrum und Schwerpunkt ohne erhebliche Kur und Erholung und Wohngemeinde“.

Um den Bedürfnissen der noch weiterhin wachsenden Zahl der Einwohner gerecht werden zu können, hat die Eppertshäuser Selbstverwaltung große Pläne. Vor allem sollen weitere Neubauviertel erschlossen werden. Bei der Förderung des Wohnungsbaues hat die Gemeinde Eppertshausen besondere Leistungen aufzuweisen. Sie beschaffte Bauplätze, die von Baulustigen gegen günstige Ratenzahlungen erworben werden konnten. Aus dem Gemeindewald wurde Bauholz zu Dreiviertel des Grundpreises abgegeben, zahlbar in fünf Jahresraten. Für die Zukunft plant die Gemeindeverwaltung den Bau einer Leichenhalle und eines Zentralklärbeckens.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde könnte nach Ansicht des Bürgermeisters gehoben werden, wenn sich der Gemeinderat bereitfände, den Gebühren- und Beitragshaushalt in Ordnung zu bringen. Vor allem ist hier an eine Beteiligung bei den Straßenkosten gedacht. Grundsätzlich setzt sich der Bürgermeister der Gemeinde Eppertshausen für eine größere Beteiligung der Bürger an den Gemeindelasten ein; er würde deshalb auch eine gemeindliche Personalsteuer wie die Bürgersteuer begrüßen.

c) Gernsheim, 20 Kilometer südwestlich von Darmstadt am Rande des Einflußbereiches gelegen, gehört zu den großen Gewerbegemeinden, deren privates Wirtschaftsleben und öffentliche Versorgung großstädtisches Niveau nahezu erreicht haben. Gernsheim erhielt Stadtrechte im Jahre 1356, Mitte des 17. Jahrhunderts lebten hier schon über 1000 Menschen, im Jahre 1806 waren es 2243, um die Jahrhundertwende 4133. Das Lebenselement der Stadt Gernsheim ist der Rhein. Gernsheim ist die größte der 16 Untersuchungsgemeinden.

Am 31. 12. 1956 zählte die Stadt 6723 Einwohner. Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (6378) bis 31. 12. 1956 um 5,4 v. H. zugenommen.

Dieser Zuwachs liegt über dem Durchschnitt der 16 Untersuchungsgemeinden (1,03 v. H.).

Gleichfalls nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Gernsheim 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 42,18 DM und 1955 95,70 DM. Die Stadt Gernsheim bewegte sich damit weit über dem Durchschnitt der 16 Gemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Die relative Mehrheit im Stadtrat hatte während der Dauer der Untersuchung (1955—1960) die SPD, doch stellte die stärkere Koalition von CDU und Wählergemeinschaften den Bürgermeister.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung der Stadt Gernsheim hat sich in den letzten Jahren beständig gehalten, spielt aber im Verhältnis zu der im Gewerbe tätigen Einwohnerschaft eine verhältnismäßig geringe Rolle (fünf Vollbauernstellen mit mehr als 20 Hektar). In den letzten Jahren wurde ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe vor die Stadt ausgesiedelt. Die Gernsheimer waren seit eh und je Schiffer und Fischer. Als gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts mit dem Ausbau eines Versorgungshafens für Darmstadt und den Odenwald begonnen wurde und sich eine Reihe bedeutender Industriebetriebe in der Stadt ansiedelte, waren die Voraussetzungen für die weitere gewerbliche Entwicklung geschaffen. In den jüngsten Jahren ist es einer tüchtigen Stadtverwaltung gelungen, einige neue große Betriebe in Gernsheim anzusiedeln. (Insgesamt bestehen 18 Betriebe mit über 10 Beschäftigten, die im März 1959 1184 Arbeiter und Angestellte beschäftigten.)

Gernsheim könnte nach Ansicht des Bürgermeisters noch mehr Industrie aufnehmen, wäre die Gemeinde in der Lage, auch ausreichenden Wohnraum sicherzustellen. Die Stadt ist für die Aufnahme neuer Unternehmen besonders geeignet, weil sie am Rhein, nahe der Autobahn (mit eigenem Zubringer) und an einer Hauptstrecke der Bundesbahn gelegen, günstige Verkehrsverhältnisse anbieten kann. Hinzu kommt, daß Gernsheim als Zwischenzentrum zwei große Ballungsräume — das Rhein-Main- und das Rhein-Neckar-Gebiet — verbindet. Das in Gernsheim ansässig gewordene Gewerbe zeichnet sich durch besondere Vielseitigkeit aus, die Gemeindeverwaltung braucht keine sozialen Rückwirkungen bei einem Niedergang bestimmter Wirtschaftszweige zu erwarten. (In Gernsheim stehen u. a. chemische Industrien, Mälzereien, Baustoffindustrien, metallverarbeitende Betriebe, Holz- und Kohlenhandel.)

Trotz der Vielseitigkeit des heimischen Wirtschaftslebens suchen viele Gernsheimer außerhalb ihrer Heimatgemeinde Beschäftigung. Bei der Volkszählung 1950 wurden 781 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 968.

Damit pendelten in diesem Jahr 14,4 v. H. der Einwohnerschaft bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,5 v. H. Die Gernsheimer

Stadtverwaltung registrierte allerdings 1950 bereits 291 Einpendler; auf Grund der Ansiedlung neuer Industriebetriebe nahm ihre Zahl in den letzten Jahren in großem Maße zu. Nach Auskünften der Stadtverwaltung im Frühjahr 1959 wurden damals 660 Einpendler gezählt bei 1300 Auspendlern und 1250 in der Heimatgemeinde selbst beschäftigten Gernsheimern.

Die relativ große Einwohnerzahl und die günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung haben die Voraussetzungen für eine nahezu großstädtische privatwirtschaftliche Versorgung geschaffen. Das Gernsheimer Geschäftsleben hat besonders nach dem Kriege starken Auftrieb erhalten. Handel und Handwerk der Stadt sind in der Lage, auch den gehobenen Bedarf der Bevölkerung zu decken. Einzelhandelsgeschäfte konkurrieren in allen Branchen — Textilien, Schuhe, Möbel, Haushaltsgeräte — um das Vertrauen der heimischen Kundschaft. Aus umliegenden kleineren Gemeinden kommen Käufer nach Gernsheim; allerdings decken die Gernsheimer selbst noch immer einen — wenn auch kleinen Teil — ihres gehobenen Bedarfs in den umliegenden Großstädten, vor allem in Darmstadt, aber auch in Mannheim und Frankfurt. Der Gernsheimer Einzelhandel sucht Anschluß an die großstädtische Konkurrenz; beispielsweise hat eine Reihe von Lebensmittelhändlern in jüngster Zeit auf Selbstbedienung umgestellt.

Wie im privaten, so ist auch im öffentlichen Bereich die Versorgung der Bevölkerung vorbildlich. Die Gemeinde besaß bis vor wenigen Jahren sogar ein eigenes Elektrizitätswerk, das aber aufgegeben werden mußte, weil die Mittel für die nötig gewordene Kapazitätsausweitung fehlten. Gernsheim bezieht jetzt seinen Strom vom EWR Worms. Die Stadt ist allerdings nicht an die Gasversorgung angeschlossen. Gernsheim unterhält eigene Parkanlagen am Rheinufer und am Bahnhof, die Straßenbeleuchtung ist großstädtischen Verhältnissen angepaßt. Ein städtisches Altersheim wurde mit einem Aufwand von 130 000 DM modernisiert und erweitert, so daß 30 Menschen aufgenommen werden konnten. Zu den gemeindeeigenen Sportanlagen gehören eine Turnhalle, ein Fußball- und ein Tennisplatz. Außerdem verfügt die Stadt über ein öffentliches Wannenbad. Es besteht ein unter der Regie der Gemeinde betriebener Kindergarten. Vollständig kanalisiert ist die Stadt Gernsheim noch nicht, bisher sind etwa 60 Prozent der Häuser an das Kanalnetz angeschlossen (Frühjahr 1959). Die Stadtverwaltung baut eine eigene Kläranlage, im Zuge der laufenden Baumaßnahmen wird das gesamte Straßennetz kanalisiert.

Für die gute schulische Tradition der Stadt Gernsheim spricht, daß hier — im Jahre 1865 — die erste Oberschule des Kreises Groß-Gerau gegründet wurde. Nach dem Kriege hat die Gemeinde eine vorbildliche neue Volksschule gebaut und eine andere mit erheblichem Aufwand erweitert. Für 987 Volksschüler standen Ende des Jahres 1958 25 Klassenräume zur Verfügung, in denen 23 Lehrer unterrichteten. Es bestehen Mittelschulklassen. Die inzwischen vom Staat über-

nommene, bis zur Reifeprüfung ausgebaute Oberschule erhielt 1959 einen muster-gültigen Neubau.

Das kulturelle Leben der Stadt ist vielseitig. Im Rahmen eines sehr gut aus-gebauten Volksbildungs- und Volkshochschulwerkes werden fortbildende und berufsbildende Vorträge gehalten. Die Stadt leistet hierzu einen kleinen finan-ziellen Zuschuß, sie stellt Schulräume, Licht und Heizung. Auch das Vereins-leben Gernsheims ist sehr vielfältig (zwei Gesang-, vier Turn- und Sportvereine, acht Tierzuchtvereine, Freiwillige Feuerwehr, Schiffer-, Obst- und Gartenbau-, Wirtschafts- und Verkehrsverein und andere). Die Vereine werden von Zeit zu Zeit aus der Gemeindekasse mit kleinen Zuschüssen unterstützt, die vor allem den Jugendgruppen zugute kommen. Gernsheim hat eine gemeindeeigene Biblio-thek mit 2000 Bänden.

Der Ausbau der Gernsheimer Straßen ist in den letzten Jahren mit großen Mitteln und viel Umsicht vorangetrieben worden. Vor allem die Neubauviertel erhielten vorbildliche Asphaltdecken, in den älteren Stadtteilen wurden die Straßen ausgebessert und durch die bisher noch fehlenden Bürgersteige ergänzt. Die Verkehrswege zur Kreisstadt Groß-Gerau und nach Darmstadt sind gut aus-gebaut. Gernsheim liegt an der Bundesstraße, wird von einigen Omnibuslinien berührt und hat einen eigenen Zubringer zur vier Kilometer entfernten Auto-bahn. Nur die Brücke zum linksrheinischen Ufer — ursprünglich aus strategischen Gründen errichtet und 1945 gesprengt — wird heute vermißt. Inzwischen hält eine moderne, leistungsfähige Motorfähre die Verbindung zum linksrheinischen Ufer aufrecht.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Ge-meindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Stadt Gernsheim für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Danach wuchs das Gesamtvolumen des Gerns-heimer Haushaltes wie folgt (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	1 180 421	1 106 148	1 709 358
Ausgaben	1 185 555	1 240 995	1 554 509

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen in den drei Haushaltsjahren wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	76 092	81 371	76 082
Grundsteuer B	55 101	75 112	79 824
Gewerbesteuer	532 370	419 248	975 589
Gewerbesteuer-Ausgleich	23 750	27 940	31 407

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes soll Gernsheim bis zum Jahre 1971 höchstens 8000 Einwohner haben. Als „Richtwert“ wurden 7000 an-genommen, als „erwünschte Funktion“ nennt der Raumordnungsplan des Hessi-

schen Ministers des Innern für Gernsheim: „Gewerbliches Zentrum und Schwerpunkt ohne erhebliche Kur und Erholung“.

Gernsheim wird weiter wachsen, seine künftige Bedeutung als Zwischenzentrum ist lediglich von der Tüchtigkeit der Stadtverwaltung abhängig. Die Hauptaufgabe der Gernsheimer Stadtverwaltung für die nächsten Jahre ist die Ansiedlung neuer Industriebetriebe und die Erschließung von Bauland für die Wohnungen zusätzlicher Arbeitskräfte. Gernsheim ist übrigens von allen Untersuchungsgemeinden die einzige, die schwere Kriegszerstörungen zu beklagen hatte, aber sie wurden in der Zwischenzeit vollständig beseitigt. Neubauten für Einfamilienhäuser haben zusätzlich ganze Stadtviertel entstehen lassen.

Die Stadtverwaltung ist mit der derzeitigen finanziellen Lage Gernsheims zufrieden. Von der Einführung einer Bürgersteuer hält man nichts, weil sie neue Belastungen für jeden mit sich bringen würde.

d) **L i c h t e n b e r g**, 25 Kilometer südöstlich von Darmstadt auf einer Höhe des Odenwaldes gelegen, gehörte nach den Angaben des Hessischen Landesplanungsamtes auf Grund der Unterlagen von 1950 zu den Gewerbegemeinden des Kreises Dieburg. Deshalb wurde es für die Untersuchung ausgewählt. Aber bei den Erhebungen ergab sich: Lichtenbergs Gewerbe hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren, der Ort ist heute eine Wohngemeinde, deren Bevölkerung abwandert.

Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung der Gemeinde vom 13. 9. 1950 (510) bis 31. 12. 1956 (471) um 7,6 v. H. abgenommen. Die 16 Untersuchungsgemeinden haben dagegen insgesamt im Durchschnitt zugenommen (Zuwachs: 1,03 v. H.).

Gleichfalls nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Lichtenberg 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 22,67 DM und 1955 28,60 DM. Die Gemeinde blieb auch damit weit unter dem Durchschnitt der 16 Gemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Im Gemeinderat waren während des Untersuchungszeitraumes (1956—1960) nur zwei Wählergemeinschaften vertreten.

Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung lebt heute von der Landwirtschaft, die um die Jahrhundertwende noch das Gesicht der Gemeinde prägte. Doch haben sich in Lichtenberg bemerkenswert viele kleine Handwerksbetriebe erhalten (Füllhalterdreherei, Steinbruch, Schneider, Schreiner, Friseur). Außerdem bestehen bekannte Fremdenverkehrsbetriebe. Aber ein großer Teil der Bevölkerung muß außerhalb der Gemeinde Arbeit suchen. Bei der Volkszählung 1950 wurden 75 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 102. Damit pendelten in Lichtenberg in diesem Jahr 21,7 v. H. der gesamten Einwohnerschaft bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H.

Ein deutliches Zeichen für den Wandel der Struktur ist die unterschiedliche Entwicklung der Steuereinnahmen. In Lichtenberg gehen die Gewerbesteuer-einnahmen zurück, während die Einnahmen aus dem Gewerbesteuerausgleich zu-nehmen. Die Abnahme der Bevölkerungszahl ist in erster Linie darauf zurück-zuführen, daß Evakuierte, die in Lichtenberg Zuflucht gefunden hatten, wieder in ihre Heimatstädte zurückkehrten und vorübergehend angesiedelte Neubürger die Gemeinde verließen, weil sie dort keine Arbeitsmöglichkeiten fanden. Trotz der geringen Bevölkerungszahl ist Lichtenberg dank der ansässigen Handwerks-betriebe privatwirtschaftlich erträglich versorgt. Allerdings besteht nur ein Lebensmittelgeschäft, mit Backwaren werden die Bewohner von außerhalb ver-sorgt. Wer mit dem Angebot des Hausierer- oder Versandhandels nicht zufrieden ist, muß alle Güter des gehobenen Bedarfs entweder in dem fünf Kilometer ent-ferten Groß-Bieberau oder aber in Darmstadt kaufen.

Wie die privatwirtschaftliche, so ist auch die öffentliche Versorgung der Ge-meinde wegen der geringen Steuerkraft und Bevölkerungszahl mangelhaft. Es besteht zentrale Trinkwasserversorgung, ihre elektrische Energie bezieht die Gemeinde von der HEAG in Darmstadt; an die Gasversorgung ist Lichtenberg nicht angeschlossen. Die Gemeinde besitzt keinen eigenen Kindergarten und keine anderen Gemeinschaftseinrichtungen. Mit einer Reihe benachbarter Ge-meinden hat sich Lichtenberg zu einem Zweckverband zusammengeschlossen, der ein kleines, gemeinsames Freischwimmbad unterhält. Öffentliche Abwässer-anlagen bestehen nicht. Die teilweise neue Straßenbeleuchtung ist gerade aus-reichend.

Für die 60 Kinder der Grundschule standen 1958 zwei Klassenräume zur Verfügung, in denen ein Lehrer und eine Hilfskraft unterrichteten. Eine Mittel-schulklasse bestand im fünf Kilometer entfernten Groß-Bieberau. Fortbildende Vorträge werden nicht gehalten. Die beiden ortsansässigen Vereine (Gesang- und Turnverein) werden finanziell aus der Gemeindekasse nicht unterstützt.

Der Zustand der Dorfstraßen läßt zu wünschen übrig. Die Gemeinde liegt an keiner Bundesstraße, aber die Verbindungswege zur Kreisstadt Dieburg und nach Darmstadt sind verhältnismäßig gut ausgebaut. Eine private Omnibuslinie verbindet Lichtenberg mit der Umgebung.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Ge-meindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Lichtenberg für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Danach kam das Gesamtvolumen des Lichtenberger Haushalts auf folgende Summen (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	31 574	29 880	36 240
Ausgaben	30 953	30 527	38 375

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen in den drei Haushaltsjahren wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	4 952	4 973	5 032
Grundsteuer B	3 345	3 345	3 500
Gewerbsteuer	3 364	3 215	3 089
Gewerbsteuer-Ausgleich	—	1 375	2 590
Finanzzuweisungen	3 916	4 606	2 997

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes soll Lichtenberg bis zum Jahre 1971 die Einwohnerzahl von 350 zu halten versuchen. Als „Richtwert“ wurden 400 angenommen, als „erwünschte Funktion“ nennt der Hessische Minister des Innern für Lichtenberg: „Fremdenverkehrsgemeinde“. Dazu wären allerdings auch außerhalb der schon bereits ansässigen Betriebe des Fremdenverkehrs größere Investitionen aus der Gemeindekasse notwendig. Vor allem müßte das Ortsstraßennetz besser ausgebaut werden. Auch sollten wenigstens einige kulturelle Veranstaltungen möglich sein. Wird die Gemeindeverwaltung hierbei nicht von ihren Bürgern oder von außen unterstützt, besteht Gefahr, daß das ortsansässige Gewerbe weiterhin zurückgeht und der Fremdenverkehr nicht den gewünschten Aufschwung nimmt, um diesen Rückgang zu kompensieren. Lichtenbergs Bevölkerung wird dann weiter abnehmen.

e) M e s s e l, am Nordostrand der Stadt Darmstadt gelegen, gehört nach den Angaben des Hessischen Landesplanungsamtes zu den Gewerbegemeinden des Landkreises Darmstadt. Zwar wird den Messeler Bürgern großer Gewerbefleiß nachgesagt, zwar gedeihen in ihrer Gemeinde Handwerk und Einzelhandel, aber nennenswerte Industriebetriebe moderner Prägung bestehen in Messel nicht. Am 31. Dezember 1956 zählte die Gemeinde 1779 Einwohner.

Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 30. September 1950 (1710) bis 31. Dezember 1956 (1779) um 4 v. H. zugenommen.

Dieser Zuwachs liegt über dem Durchschnitt der 16 Untersuchungsgemeinden (1,03 v. H.).

Gleichfalls nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Messel 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 31,76 DM und 1956 44,28 DM. Die Gemeinde blieb damit unter dem Durchschnitt der 16 Gemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Während der Untersuchung hatte die SPD die Mehrheit im Gemeinderat, sie stellte auch den Bürgermeister.

Früher war Messel eine vorwiegend landwirtschaftliche Gemeinde. Heute sind nur noch wenige Vollbauern ansässig, auch die Nebenerwerbslandwirtschaft leidet. In der Gemarkung liegen Felder brach, obgleich vier Flüchtlingsbauern

angesiedelt wurden. Weitaus die meisten Messeler müssen außerhalb ihrer Gemeinde Arbeit suchen. Bei der Volkszählung 1950 wurden 324 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 551. Damit pendelten in diesem Jahr 31 v. H. der gesamten Einwohnerschaft bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H. In der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Auspendler noch weiter erhöht. Messel benachbart liegt ein bedeutendes Unternehmen der Bergbauproduktion (Gruppe Messel), das allerdings verwaltungsmäßig nicht zur Gemeinde gehört. Messel ist aber am Gewerbesteueraufkommen dieses Betriebes nach einem bestimmten Schlüssel beteiligt, der sich nach dem Gemarkungsanteil errechnet, den die Grube für den Abbau benutzt.

In privatwirtschaftlicher Hinsicht ist die Gemeinde durchschnittlich versorgt. Hier in Messel läßt sich gut beobachten, wie Einzelhändler und Bäcker dazu übergehen, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen. Die Bäcker übernehmen Lebensmittel in ihr Sortiment, die Spezereigeschäfte bieten frische Backwaren an.

Das heimische Handwerk hat sich nach dem Kriege günstig entwickelt. Trotz der nahen Großstadt wurde auch eine Möbelhandlung eröffnet, die mit dem Darmstädter Angebot konkurrieren kann. Doch werden die meisten größeren Einkäufe für den gehobenen Bedarf im nahen Darmstadt getätigt. Die vielen stattlichen Häusern, in denen auch eine Reihe guter Gastwirtschaften großstädtisches Publikum anzieht, geben schon äußerlich ein vorteilhaftes Bild von der Gemeinde.

Auch die Versorgung mit öffentlichen Diensten und Einrichtungen ist verhältnismäßig gut. Messel besitzt zentrale Trinkwasserversorgung und bezieht seine elektrische Energie von der HEAG in Darmstadt. Anschluß an die Gasversorgung besteht nicht. Die Straßenbeleuchtung wurde modernisiert und ist ausreichend. Nahezu alle Gebäude sind an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen; aus laufenden Mitteln wird die Kanalisation noch weiter ausgebaut. Die Gemeinde besitzt eine eigene Sporthalle mit fester Bühne, der Sportplatz gehört der Turn- und Sportgemeinschaft. Es besteht kein Dorfgemeinschaftshaus und kein gemeinde-eigener Kindergarten.

Mitte des Jahres 1958 wurden 198 Schulkinder in fünf Klassenräumen von vier Lehrern unterrichtet. Auf Grund des großen Bevölkerungszuwachses (Messel hatte am 17. 5. 1939 1178 Einwohner) mußte nach dem Kriege die alte Volksschule mit Staatshilfe erweitert werden. Von den dazu erforderlichen 100 000 DM brachte der Staat 40 000 DM auf, den Rest trug die Gemeinde aus ihren laufenden Haushaltsmitteln und durch eine Schuldübernahme. Dank der Initiative eines einheimischen Lehrers besteht ein Volksbildungswerk, das zusammen mit der Organisation des Kreises fort- und berufsbildende Vorträge abhält, an denen

zuweilen mehr als 200 Zuhörer teilnehmen⁵⁴⁾. Die Gemeinde stellt Schulsaal, Licht und Heizung, sie leistet dazu einen finanziellen Beitrag von etwa 300 DM im Jahr. Messel verfügt in der Schule über eine kleine, gemeindeeigene Bibliothek. Der Leiter des Volksbildungswerkes hat die Geschichte der Gemeinde in einem ansprechenden Band herausgebracht. Das Vereinsleben ist rege (Turn- und Sportgemeinschaft, Arbeitergesangverein, Arbeiterradfahrerverein, Geflügelzucht-, Karneval- und Tischtennisverein, dazu Freiwillige Feuerwehr).

Mit großem Aufwand hat die Gemeinde versucht, ihre Ortsstraßen auszubauen. Sie lassen stellenweise sehr zu wünschen übrig, sind aber im Neubauviertel vorbildlich. Die Verbindungsstraße nach Darmstadt wurde in letzter Zeit ausgebaut. Der nächste Bahnhof der Bundesbahn ist zwei Kilometer entfernt. Eine private Omnibuslinie verbindet die Gemeinde direkt mit der Großstadt.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Messel für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Dabei kam das Gesamtvolumen des Messeler Haushaltes auf folgende Summen (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	169 722	227 734	195 355
Ausgaben	183 826	225 531	197 652

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen in drei Haushaltsjahren wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	17 200	17 400	17 197
Grundsteuer B	10 282	10 487	10 950
Gewerbesteuer	33 761	24 631	22 137
Gewerbesteuer-Ausgleich erhalten	12 435	19 040	24 963
Finanzzuweisungen	6 513	11 894	3 691

⁵⁴⁾ Das Volksbildungswerk des Landkreises Darmstadt ist ein eingetragener Verein. Die Initiative liegt bei den Gemeinden, d. h. in den Kommunen sollen Volksbildungswerke gegründet werden, die sich dann der Kreisvolkshochschule anschließen. Auf Grund eines Erfahrungsschlüssels werden die Mittel des Kreises, die noch durch Hilfen des Landes verstärkt werden, an die Volksbildungswerke der Gemeinden verteilt. Diese stellen für ihre vermutlichen Einnahmen und Ausgaben eine Haushaltsrechnung auf. Auf Grund ihrer finanziellen Möglichkeiten und praktischen Erfahrungen wählen sie aus der Referentenliste, die der Kreis vorlegt, Vorträge aus, für die sie sich in ihrer Gemeinde Interesse erwarten. Viele Gemeinden des Kreises sind dem Volksbildungswerk nicht angeschlossen, weil sich in ihnen niemand findet, der die organisatorische Arbeit übernimmt. Zur Kreisvolkshochschule Darmstadt-Land gehören: A s b a c h, Balkhausen, Bickenbach, Brandau, Braunshardt, Ernsthofen, Erzhausen, Frankenhausen, Gräfenhausen, Hähnlein, Hahn, Jugenheim, Lützelbach, M e s s e l, Neutsch, Nieder-Modau, Ober-Ramstadt, Pfungstadt, Rohrbach, Roßdorf, S c h n e p p e n h a u s e n, Waschenbach, Weiterstadt, Wembach, W i x h a u s e n. (Gespernte Gemeinden sind Untersuchungsgemeinden.)

Das Landesplanungsamt erwartet, Messel werde bis zum Jahre 1971 mindestens 1500 Einwohner haben, „Richtwert“ ist die Zahl 1600. Der Vorläufige Raumordnungsplan des Hessischen Ministers des Innern weist Messel als erwünschte Funktion die einer „Landwirtschafts- und Wohngemeinde“ zu.

Messel hat heute schon mehr als 1700 Einwohner, die Gemeinde liegt nahe am Arbeitsmarkt Darmstadt, sie wächst deshalb schnell. Als Wohngemeinde wird Messel vor allem viel Baugelände brauchen. Die Dorfbevölkerung wird an die Verwaltung immer höhere Ansprüche stellen. Es ist deshalb wichtig, so bald wie möglich alle Ortsbewohner am Gemeindegeschehen noch stärker zu interessieren und Aktionen der Selbsthilfe einzuleiten, für die sich in Messel sicherlich gute Ansatzpunkte finden.

f) N i e d e r - R a m s t a d t, 12 Kilometer südöstlich von Darmstadt im Mühlal des Odenwaldes gelegen, hat dank des Gewerbefleißes seiner Bürger schon seit langem eine bodenständige Industrie und städtische Züge angenommen. Am 31. 12. 1956 zählte die Gemeinde 5278 Einwohner. Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (5271) bis 31. 12. 1956 um 0,1 v. H. zugenommen. Dieser Zuwachs liegt zwar unter dem Durchschnitt der 16 Untersuchungsgemeinden (1,03 v. H.), aber in Nieder-Ramstadt waren viele Evakuierte aus Darmstadt untergekommen, die in den Jahren nach 1950 in die Stadt zurückkehrten.

Nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Nieder-Ramstadt 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 33,98 DM und 1955 79,45 DM. Die Gemeinde liegt damit knapp über dem Durchschnitt der 16 Gemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Während der Untersuchung war die SPD die relativ stärkste Partei im Gemeinderat, aber die Koalition von CDU und Wählergemeinschaft stellte den Bürgermeister.

Nur noch ein kleiner Teil der Nieder-Ramstädter Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft (knapp 20 Vollbauernstellen), allerdings sind der Bürgermeisterei noch rund 50 Nebenerwerbslandwirte bekannt. Seit Jahrhunderten schon wohnen in der Gemeinde neben den Bauern tüchtige Handwerker; in zahlreichen Mühlenbetrieben blühte schon sehr früh bodenständiges Gewerbe. Heute dienen diese Mühlen modernen Industriebetrieben als Unterkunft. Nieder-Ramstadt erfreut sich einer Reihe entwicklungsfähiger Industriebetriebe, in denen Papier, Folien, Kunststoffe, elektrotechnische, Radio- und Funkgeräte hergestellt werden.

Allerdings müssen noch immer sehr viele Nieder-Ramstädter im nahegelegenen Darmstadt, aber auch in Rüsselsheim, Frankfurt und Mainz Beschäftigung suchen. Bei der Volkszählung 1950 wurden 903 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 schon 1091. Damit

pendelten in diesem Jahr 20,7 v. H. der gesamten Einwohnerschaft bei einem Durchschnitt in den 16 Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H.

Nahe bei Darmstadt gelegen, wird Nieder-Ramstadt dank seiner natürlichen Lage mehr und mehr als Wohnort bevorzugt. Deshalb wird seine Bevölkerung in den nächsten Jahren weiter wachsen.

Privatwirtschaftlich fühlen sich die Nieder-Ramstädter ausreichend und gut versorgt. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich in allen Branchen des Einzelhandels neue Geschäfte aufgetan, die Vergleiche mit ihren großstädtischen Konkurrenten aushalten. Es gibt genug Einzelhändler, selbst den gehobenen Bedarf der Gemeindegewohner an Ort und Stelle zu befriedigen. Dennoch verlockt die Nähe der Großstadt, bei besonderen Käufen nach Darmstadt oder gar nach Frankfurt zu fahren.

Der überaus guten, vielseitigen privaten Versorgung steht die öffentliche nicht nach. Rund 35 hauptamtliche Bedienstete wachen über das Wohl der Gemeindegewohner, für die in vielerlei Hinsicht gesorgt wird. Nieder-Ramstadt hat eine zentrale Trinkwasserversorgung; elektrische Energie bezieht es von der HEAG Darmstadt. An die Gasversorgung ist die Gemeinde nicht angeschlossen. Die Straßenbeleuchtung ist modernisiert und ausreichend. Weit aus die meisten Privathäuser sind an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen. Nieder-Ramstadt unterhält einen Sportplatz und einen Kindergarten.

Anfang des Jahres 1959 wurden 417 Kinder in 16 Klassenräumen von 16 Lehrern unterrichtet. Nach dem Kriege haben die Nieder-Ramstädter ein neues, vorbildliches Gebäude errichtet. Die Schulverhältnisse sind ausgezeichnet. Es besteht ein Mittelschulzug. Nieder-Ramstadt hat keine Volkshochschule. Die interessierten Bürger nehmen aktiv am geistigen und kulturellen Leben Darmstadts teil. Außerdem veranstaltet eine rege Ortsgruppe des Odenwaldklubs Vorträge bildenden Charakters. Das kulturelle Leben bestreiten im übrigen verhältnismäßig viele Vereine (vier Sportvereine, zwei Gesangsvereine, Gewerbe-, Verkehrs-, Versicherten-, Gartenbauverein, Odenwaldklub, Taubenzüchter- und Karnevalverein) mit über 1250 Mitgliedern. Den Vereinen wird aus der Gemeindekasse keine finanzielle Unterstützung gezahlt.

Mit gemeindeeigenen Mitteln wurde das Ortsstraßennetz in den vergangenen Jahren ausgebaut. Abgesehen von einem typischen Wohngebiet (Trautheim), das auch noch nicht kanalisiert ist, sind die Dorfstraßen jetzt in Ordnung, soweit die Gemeinde für sie zuständig ist. Der Zustand der Verbindungsstraße nach Darmstadt befriedigt. Die Gemeinde wird von der Bundesbahn und von zwei Omnibuslinien berührt. Von einem Teil der Pendelwanderer, der täglich nach Darmstadt muß, wird bedauert, daß die Omnibuslinie nur an den Stadtrand von Darmstadt führt, wo sie in die Straßenbahn umsteigen müssen.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Nieder-Ramstadt für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Danach wuchs das Gesamtvolumen des Nieder-Ramstädter Haushaltes wie folgt (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	548 117	577 265	638 455
Ausgaben	577 944	574 774	662 769

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen laut Gemeindefinanzstatistik in den Haushaltsjahren 1954, 1955 und 1956 wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	20 064	20 205	21 925
Grundsteuer B	68 123	68 581	74 429
Gewerbesteuer	261 433	313 175	369 072
Gewerbesteuer-Ausgleich	19 858	20 766	26 833
Finanzzuweisungen	25 740	—	459

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes soll Nieder-Ramstadt bis zum Jahre 1971 höchstens 6000 Einwohner haben, als „Richtwert“ wurden 5800 angenommen, als „erwünschte Funktion“ nennt der Raumordnungsplan des Hessischen Ministers des Innern: „Zentrum und Schwerpunkt mit sekundärer Kur und Erholung.“ Als Gesamtfunktion ist für Nieder-Ramstadt außerdem noch in Aussicht genommen, „Wohn-, Gewerbe- und Fremdenverkehrsgemeinde“ zugleich zu sein.

Jede dieser Funktionen bringt für die Gemeindeverwaltung zusätzliche Pflichten und Ausgaben, die im wesentlichen aus den Gewerbesteuereinnahmen gedeckt werden müssen. Um hier die bisherigen Leistungen zu vergrößern, wäre es nötig, mehr Gewerbe in Nieder-Ramstadt anzusiedeln. Aber dazu fehlen die Grundstücke. Die Gemeindeverwaltung sucht nach einem Weg, zu größeren Einnahmen zu kommen, ohne die Bürger deshalb höher zu belasten. Die gemeindliche Personalsteuer wird als eine mit zu hohem Verwaltungsaufwand belastete Einnahmequelle abgetan. Doch verlangt die Verwaltung mit Nachdruck, daß der Bund für die gesetzlichen Grundsteuervergünstigungen einen Ausgleich leisten müsse.

g) Winterkasten, 35 Kilometer südwestlich von Darmstadt, am äußersten Rande des Einflußbereiches gelegen, gehört nach den Unterlagen des Landesplanungsamtes auf Grund der Zählung von 1950 zu den Gewerbegemeinden des Kreises Bergstraße. Die Untersuchung an Ort und Stelle ergab aber, daß die tatsächlichen Verhältnisse diese Eingruppierung wenig rechtfertigen. Zwar bestehen einige Handwerksbetriebe, aber Unternehmen der Industrie und große Fremdenverkehrsbetriebe (von einer Lungenheilstätte der Landesversicherungsanstalt abgesehen) haben sich in Winterkasten nicht niedergelassen.

Am 31. 12. 1956 zählte die Gemeinde 703 Einwohner. Nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (881) bis 31. 12. 1956 um 20,2 v. H. abgenommen. Während die 16 Untersuchungsgemeinden im Durchschnitt wuchsen (Zunahme 1,03 v. H.), hat Winterkasten prozentual am meisten abgenommen. Vor allem Evakuierte, Heimatvertriebene und Flüchtlinge haben Winterkasten wieder verlassen, weil sie in der abseits gelegenen, gewerbearmen Gemeinde und in der nächsten Umgebung keine ordentliche Arbeit fanden.

Nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Winterkasten 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 27,57 DM und 1955 von 36,28 DM. Damit blieb Winterkasten erheblich unter dem Durchschnitt der 16 Gemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Im Untersuchungszeitraum war die SPD stärkste Partei im Gemeinderat, sie stellte auch den Bürgermeister.

In Winterkasten spielt noch immer die Landwirtschaft eine große Rolle. Selbst bei den Steuereinnahmen überwiegen die aus der Grundsteuer A. Auch der Bürgermeister des ehemaligen Waldhufendorfs ist Landwirt. Es bestehen allein noch acht Betriebe mit über 20 Hektar Fläche. Rund 60 Bauern bewirtschaften weniger als 20 Hektar. Auch die Tätigkeit der Nebenerwerbslandwirte ist noch beachtlich. Als Fremdenverkehrsgemeinde hat Winterkasten in den letzten Jahren einen erheblichen Aufschwung erlebt. In fünf Gaststätten stehen heute rund 60 Betten zur Verfügung, die während des gesamten Sommers voll belegt sind.

Viele Einwohner müssen außerhalb Winterkastens Beschäftigung suchen. Bei der Volkszählung 1950 wurden 68 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 85. Allein dieser Zuwachs macht klar, welche Veränderung die wirtschaftliche Struktur Winterkastens seit der Zählung 1950 erfahren hat. 1956 pendelten 12,1 v. H. der gesamten Einwohnerschaft bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H. Vermutlich kämen aus Winterkasten mehr Auspendler, könnte die vorwiegend landwirtschaftlich orientierte Bevölkerung in der näheren Umgebung eine ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung finden.

Die Gemeinde ist zu klein, um im privatwirtschaftlichen Bereich ausreichend versorgt zu sein. Zwar gibt es an Ort und Stelle verschiedene unentbehrliche Handwerker und einige gut eingerichtete Lebensmittelhändler, aber dennoch werden bis zum heutigen Tage Lebensmittel, namentlich Gemüse von „fliegenden Händlern“ nach Winterkasten gebracht. Ihren gesamten gehobenen Bedarf muß die Bevölkerung in Lindenfels, Bensheim oder Darmstadt befriedigen.

Die öffentliche Versorgung ist die schlechteste in allen untersuchten 16 Gemeinden. In Winterkasten besteht nicht einmal zentrale Trinkwasserversorgung. Ihr Wasser erhalten die Einwohner über vier private Wassergesellschaften und

aus dem Brunnen im eigenen Hof. Elektrische Energie bezieht die Gemeinde von der HEAG in Darmstadt, an die Gasversorgung ist sie nicht angeschlossen. Öffentliche Abwässeranlagen bestehen keine. Zum Nutzen des Fremdenverkehrs wurde ein kleines, gemeindeeigenes Freischwimmbad errichtet. Ein Sportplatz ist im Bau (Frühjahr 1959). Im übrigen fehlen aber alle Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergarten, Gemeindebibliothek, Dorfgemeinschaftshaus usw.

Ostern 1959 standen für 65 schulpflichtige Kinder zwei Klassenräume zur Verfügung, in denen zwei Lehrer unterrichteten. Im übrigen waren in der Gemeinde keine öffentlich geförderten kulturellen Anstrengungen zu registrieren. Auch auf fortbildende Vorträge wird verzichtet. Es bestehen jedoch einige Vereine (Gesang-, Geflügel- und Sportverein), die sich eines guten Mitgliederstandes erfreuen.

Winterkasten ist ein Waldhufendorf, dessen Gehöfte heute den mittleren Teil des Ortes bilden, der obere und untere wurden erst später angebaut. Jeder Bauer hatte früher ein zusammenhängendes Stück Land direkt beim Hof. Deshalb gibt es bis zum heutigen Tage so gut wie keine öffentlichen Feldwege, was die Gemeindekasse sehr entlastet. Allerdings ist die Hauptstraße des Ortes mittlerweile zweieinhalb Kilometer lang geworden. An ihr wurden seit 1954 mit Kreis- und Gemeindemitteln Verbesserungen für insgesamt 50 000 DM vorgenommen. Für weitere Straßenbauprojekte fehlt noch das Geld. Die Verbindungswege zur Kreisstadt Heppenheim wie nach Darmstadt sind in gutem Zustand. Winterkasten hat keinen Anschluß an die Bundesbahn, wird aber von einer Omnibuslinie der Bundespost berührt.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Winterkasten für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Das Gesamtvolumen des Haushaltes ergab folgende Summen (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	57 570	121 600	62 216
Ausgaben	56 457	123 257	61 378

Das Jahr 1955 brachte starken Windbruch im gemeindeeigenen Wald und deshalb unerwartet hohe Einnahmen aus dem Holzverkauf, die dem Straßenbau zufließen.

Die Steuereinnahmen entwickelten sich wie folgt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	15 082	15 892	15 469
Grundsteuer B	3 935	4 353	4 410
Gewerbesteuer	5 883	6 821	9 168
Gewerbesteuer-Ausgleich erhalten	—	—	2 994
Finanzzuweisungen	7 282	7 471	7 069

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes soll Winterkasten bis zum Jahre 1971 wenigstens noch 450 Einwohner haben. Als „Richtwert“ wurden 750 angenommen, als „erwünschte Funktion“ nennt der Raumordnungsplan des Hessischen Ministers des Innern für Winterkasten: „Landwirtschaftliche Gemeinde und künftiger Erholungsort.“

Tatsächlich hat Winterkasten als Fremdenverkehrsgemeinde dank seiner günstigen Höhenlage und Abgeschiedenheit Zukunftsaussichten. Aber dazu werden spezielle Hilfen von außerhalb notwendig. Aus eigener Kraft sind die Winterkastener dazu kaum in der Lage. Auch bedarf das geistige Leben einiger kräftiger Impulse. Der Gemeindeverwaltung wäre zu raten, Aktionen der Selbsthilfe anzuregen und zu fördern.

h) Übersicht

Die echten Gewerbegemeinden sind — wenn ihre Einwohnerzahl eine bestimmte Größe erreicht hat — privatwirtschaftlich und mit öffentlichen Diensten und Einrichtungen beinahe städtisch versorgt. Alsbach, Eppertshausen, Gernsheim und Nieder-Ramstadt, sie alle haben über 1000 Einwohner, entwickeln sich günstig: ihre Bevölkerungszahl wächst, ihre Steuereinnahmen sind verhältnismäßig am höchsten.

Von Bedeutung ist die Struktur des ansässigen Gewerbes. Fremdenverkehrs- und Handwerksbetriebe verhelfen der Gemeindekasse nur zu geringen Einnahmen. Ungesund ist auch die Abhängigkeit des gesamten Gemeindefinanzwesens von einem Großbetrieb, der einer strukturellen Krise leichter erliegen kann als eine Mischung von Klein- und Mittelbetrieben der verschiedensten Fabrikationszweige.

Die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe ist regelmäßig nur möglich, wenn schon bestimmte Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge bestehen, die Gemeinde muß bestimmte Vorleistungen bewältigen, ehe sie neue Betriebe anlocken kann. Es sei denn, sie hat das Glück, einen unternehmungslustigen Bürger in ihren eigenen Mauern zu besitzen, der in seiner Heimat einen erfolgreichen Gewerbebetrieb gründet. Regelmäßig haben die Gewerbegemeinden wachsende Einwohnerzahlen. Deshalb reichen auch ihnen die Steuereinnahmen nicht aus, zumal die Bevölkerung immer größere Ansprüche anmeldet.

2. Die Arbeiterwohngemeinden

Als nächstes war die repräsentative Auswahl der Arbeiterwohngemeinden zu untersuchen, die im Einflußbereich ihrer Bedeutung nach an zweiter Stelle stehen. In alphabetischer Reihenfolge handelt es sich um folgende Gemeinden:

Malchen	Spachbrücken
Schneppenhausen	Wixhausen

Das Verfahren wie auch das Frageschema war das gleiche wie bei den Gewerbe Gemeinden. Bei den Wohngemeinden ergab sich als besondere Schwierigkeit, daß die jeweiligen Ortsverwaltungen über ihre finanzielle Situation besonders verbittert schienen und sich nur zögernd zu Auskünften und zur Mitarbeit bereit fanden. „Uns hilft doch keiner“, war das Schlagwort der Bürgermeister in Wohngemeinden.

a) Malchen, am Südrand der Stadt Darmstadt gelegen, zählte am 31. Dezember 1956 441 Einwohner. Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (427) bis 31. 12. 1956 um 3,3 v. H. zugenommen.

Tatsächlich war der Zuwachs noch größer, weil während dieser Zeit viele Ausgebombte aus Darmstadt wieder zurückwanderten. Aber Malchen liegt auch mit 3,3 noch über dem Durchschnitt der 16 Untersuchungsgemeinden (1,03 v. H.).

Gleichfalls nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Malchen 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 40,89 DM und 1955 von 49,56 DM. Die Gemeinde hatte sich also 1950 noch über dem Durchschnitt der 16 Gemeinden gehalten, war aber 1956 dann abgesunken (Durchschnitt 1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Während der Untersuchung saßen im Gemeinderat nur Vertreter von Wählergemeinschaften, sie stellten auch gemeinsam den Bürgermeister.

Selbständige Landwirte gibt es in Malchen keine mehr. Schon immer mußten die Einwohner außerhalb ihrer Gemeinde lohnende Beschäftigung suchen. Da der Boden nicht ausreichte, sannen die ortsansässigen Bauern schon zu früher Zeit auf Nebenerwerbsmöglichkeiten. Die sonnigen Hügel der heimischen Gemarkung am Anfang der Bergstraße boten sich als Bleichplätze für Leinenweber an. Die Malchener Bauern übernahmen das Bleichen des in Darmstadt und Umgebung gesponnenen Leinens. Später wurden aus den Bleichereien Wäschereien, die Bauersfrauen wuschen zu Hause die Wäsche für die Kunden, die der Bauer bei seinen Fahrten in die Stadt versorgte. Anfangs des Jahrhunderts waren fast alle Malchener Bauern im Nebenerwerb Wäscher. Inzwischen ist die Zahl der Wäschereien erheblich zurückgegangen. Heute arbeitet in Malchen ein halbes Dutzend hochmechanisierter Wäschereien, von denen einige in Darmstadt seit vielen Jahren bekannt sind. Im wesentlichen jedoch ist die Einwohnerschaft auf Arbeit außerhalb der Gemeinde angewiesen.

Bei der Volkszählung 1950 wurden 92 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 123. Damit pendelten in diesem Jahr 27,9 v. H. der gesamten Einwohnerschaft, bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H. In der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Auspendler noch weiter erhöht.

Die Nähe der Großstadt läßt Malchen mehr und mehr zur reinen Wohn-gemeinde werden. Schon heute liegen in der Gemeinde Äcker brach, weil sie bereits als Bauland verkauft sind. Hier sehen viele ausgezeichnete Möglichkeiten, nahe der Großstadt ein stilles Glück im Winkel oder ein repräsentatives Eigenheim im Bungalow-Stil zu bauen. Aber die Bauherren müssen sich damit abfinden, noch viele Jahre über Feldwege zu ihren repräsentativen oder bescheidenen Häusern zu gelangen. Die kommunalen Dienste und Einrichtungen der Gemeinde wie schließlich auch ihre privatwirtschaftliche Versorgung stehen in krassem Widerspruch zu der Vollkommenheit einiger in jüngster Zeit in Malchen errichteter Einfamilienhäuser, die als Burgen des privaten Wohlstandes mitten in der öffentlichen Armut prangen.

Die Nähe der Großstadt und die soziale Lage der meisten Einwohner ließen in Malchen kein nennenswertes eigenes Gewerbe entstehen, wenn wir von den Wäschereien absehen. Es besteht ein Lebensmittelgeschäft mit erweitertem Sortiment, aber Bäcker und Metzger fehlen. Nicht einmal einen Friseur haben die beinahe 500 Einwohner. Drei Gaststätten können sich behaupten.

Wie im privaten, so ist auch im öffentlichen Bereich die Versorgung der Malchener Einwohner sehr schlecht. Malchen besitzt zentrale Trinkwasserversorgung und bezieht seine elektrische Energie von der HEAG in Darmstadt. Die Gemeinde ist nicht an die Gasversorgung angeschlossen. Die Beleuchtung der Hauptstraße ist gerade ausreichend. Malchen kommt ohne öffentliche Abwasseranlagen aus, auch die herrschaftlichen Häuser am Hügel sind auf Sickergruben angewiesen. Die Gemeinde hat keinen Kindergarten, keine nennenswerten Sportanlagen und auch sonst keine Gemeinschaftseinrichtungen.

Ende des Jahres 1958 stand für 44 schulpflichtige Kinder ein Klassenraum zur Verfügung, in dem ein Lehrer unterrichtete. Fortbildende Vorträge werden nicht gehalten, es besteht keine Volkshochschule oder etwas Ähnliches. Die ortsansässigen Vereine (Gesang-, Obst- und Gartenbauverein und Freiwillige Feuerwehr) erhalten keine Hilfe aus der Gemeindekasse.

Die Ortsstraßen sind meist schlecht. Unter großen Anstrengungen hat sich die Gemeindeverwaltung in den letzten Jahren bemüht, Wandel zu schaffen. Ein Stück der Hauptstraße erhielt eine feste Decke. Hierzu brachte die Gemeinde (bis 1959) auf dem Darlehenswege 45 000 DM auf, 8000 DM kamen aus den Mitteln des Kreises. Ein wesentlich höherer Betrag als der bisher aufgebrachte wäre nötig, um wenigstens die Hauptstraße den Bedürfnissen entsprechend auszubauen. Die Gemeinde liegt nahe der Straßenbahnhaltestelle der HEAG-Linie Darmstadt—Jugendheim.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Malchen für die Jahre

1954, 1955 und 1956 untersucht. Danach wuchs das Gesamtvolumen des Malchener Haushaltes wie folgt (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	37 813	37 258	39 568
Ausgaben	36 719	37 344	40 303

Laut Gemeindefinanzstatistik hat sich das Steueraufkommen in den Haushaltsjahren 1954, 1955 und 1956 wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	1 600	1 600	1 580
Grundsteuer B	3 715	4 018	3 811
Gewerbesteuer	14 420	13 508	16 040
Gewerbesteuer-Ausgleich erhalten	2 950	2 700	4 200
Finanzzuweisungen	2 420	1 455	3 200

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes soll Malchen bis zum Jahre 1971 maximal 550 Einwohner haben. Als „Richtwert“ wurden 450 angenommen. als „erwünschte Funktion“ nennt der Raumordnungsplan des Hessischen Ministers des Innern für Malchen: „Landwirtschaftliche und Wohngemeinde.“

Sollen in Malchen rein landwirtschaftliche Betriebe entstehen, muß eine großzügige Zusammenlegung und Modernisierung erfolgen. Besser wäre es vermutlich, die Nebenerwerbslandwirtschaft auszubauen und noch mehr auf die Erzeugung hochwertiger Produkte (Obst und Gemüse) zu konzentrieren. Für Malchen als Wohngemeinde spricht bisher nur seine günstige Lage. Nicht einmal die Nebenstraßen können ausgebaut werden, wenn die Ansiedler hierzu keine besonderen finanziellen Opfer bringen. Es wäre denkbar, daß sich die Einwohner Malchens (ähnlich wie in Schneppenhausen, über das als nächstes berichtet wird) zu einer Gemeinschaftsleistung zusammenfänden, ihrer Wohnheimat zu einem besseren Platz auf der zivilisatorischen Stufenleiter zu verhelfen.

b) **Schneppenhausen**, 10 Kilometer nordwestlich von Darmstadt gelegen, zählte am 31. 12. 1956 908 Einwohner. Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (940) bis zum 31. 12. 1956 um 3,4 v. H. abgenommen.

Die 16 Untersuchungsgemeinden haben im Durchschnitt zugenommen (Zunahme 1,03 v. H.).

Gleichfalls nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Schneppenhausen 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 18,88 DM und 1955 von 24,84 DM. Schneppenhausen war damit von den Arbeiterwohngemeinden die steuerärmste (Durchschnitt der 16 Gemeinden 1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Während der Untersuchung war die SPD stärkste Partei im Gemeinderat, sie stellte auch den Bürgermeister.

Schneppenhausens Gemarkung ist mit 275 Hektar überaus klein, doch existieren noch etwa 15 Vollbauern und 60 Nebenerwerbslandwirte. Es gibt einige kleine Handwerksbetriebe.

Weitaus die meisten erwerbstätigen Schneppenhäuser müssen außerhalb ihrer Heimatgemeinde Beschäftigung suchen. Bei der Volkszählung 1950 wurden 258 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 schon 319. Damit pendelten in diesem Jahr 35,1 v. H. der gesamten Einwohnerschaft. Die Schneppenhäuser kamen damit auf die höchste Auspendlerquote innerhalb der 16 Untersuchungsgemeinden; der Durchschnitt betrug 21,6 v. H.

In der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Auspendler noch weiter erhöht. Wer in Schneppenhausen bleiben will oder an seinem Arbeitsplatz nicht unterkommen kann, muß als Pendler werktäglich nach Darmstadt, Frankfurt oder Rüsselsheim reisen. Die Möglichkeit des Nebenerwerbs in der Landwirtschaft bewegt viele Schneppenhäuser, ihrer Heimatgemeinde die Treue zu halten. Aber auch Neubürger blieben in Schneppenhausen.

Die privatwirtschaftliche Versorgung ist trotz der Nähe der Großstadt relativ gut. Das ortsansässige Handwerk und der Einzelhandel sind in der Lage, den normalen Bedarf der Einwohner zu decken. Kleider und Hausrat werden in Darmstadt gekauft.

In Anbetracht der geringen Steuereinnahmen der Gemeindekasse, die hier nicht einmal durch Erträge aus eigenem Waldbesitz aufgebessert werden können, sind die Schneppenhäuser mit öffentlichen Einrichtungen und Diensten relativ gut versorgt. Es besteht zentrale Trinkwasserversorgung, elektrische Energie bezieht Schneppenhausen von der HEAG in Darmstadt. Öffentliche Abwasseranlagen gibt es nicht, die Straßenbeleuchtung ist unzureichend. Allerdings hat die Gemeinde einen eigenen Kindergarten, einen Handballplatz mit einer Leichtathletikkampfbahn; seit einiger Zeit wird mit dem Landratsamt wegen der Errichtung eines Dorfgemeinschafts- oder Bürgerhauses verhandelt.

Für rund 100 schulpflichtige Kinder standen Anfang 1958 drei Klassenräume zur Verfügung, in denen zwei Lehrer unterrichteten. Die Schule soll erweitert werden, allerdings fehlen dazu die finanziellen Mittel. Im Volksbildungswerk Schneppenhausen werden alljährlich acht bis zehn fortbildende Vorträge gehalten. Hinzu kommen Schreibmaschinen- und Stenografiekurse. Die Gemeinde stellt dazu Schulsaal, Licht und Heizung und einen geringen finanziellen Beitrag. Eine gemeindeeigene Bibliothek gibt es nicht. Das Vereinsleben wird im wesentlichen von der Sport- und Kulturgemeinde und der Freiwilligen Feuerwehr bestritten.

Eine bemerkenswerte Leistung hat die Bürgerschaft der Gemeinde beim Ausbau ihrer Ortsstraßen vollbracht. Die Schneppenhäuser gaben hier ein Muster-

beispiel gemeindlicher Selbsthilfe. In einem Rundschreiben und in zwei Einwohnerversammlungen wies der Bürgermeister auf den notwendigen Ausbau der Ortsstraßen hin und forderte alle zur Mithilfe auf. So brachte die Bürgerschaft freiwillige Spenden auf und leistete Hand- und Spannhilfe. Der Ausbau der Ortsstraßen kostete die Gemeinde 52 000 DM, von denen die Schneppenhäuser 38 000 DM als Eigenkapital selbst aufbrachten. Die Gemeinde liegt nicht an der Bundesbahn, doch sind die Straßen nach Darmstadt in gutem Zustand. Die Verbindung hält eine Omnibuslinie aufrecht, auch zur Firma Opel AG in Rüsselsheim, der wichtigsten Arbeitsstätte der Schneppenhäuser, führt eine regelmäßige Omnibuslinie.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Schneppenhausen für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Danach wuchs das Gesamtvolumen des Schneppenhäuser Haushaltes wie folgt (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	56 020	61 942	79 794
Ausgaben	55 519	62 429	79 722

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen laut Gemeindefinanzstatistik in den Haushaltsjahren 1954, 1955 und 1956 wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	6 856	6 972	6 738
Grundsteuer B	3 429	3 485	3 370
Gewerbesteuer	4 378	2 038	3 555
Gewerbesteuer-Ausgleich erhalten	8 550	8 795	14 875
Verwaltungskostenzuschuß	778	515	552
Finanzzuweisungen	8 611	12 271	14 863

Das Landesplanungsamt erwartet, Schneppenhausen werde bis zum Jahre 1971 mindestens noch 900 Einwohner haben, als „Richtwert“ werden 950 angenommen. Die „erwünschte Funktion“ Schneppenhausens wäre die einer „Landwirtschaftlichen Gemeinde“. Wie dieses Ziel praktisch verwirklicht werden soll, ist angesichts der heutigen Verhältnisse in der Gemeinde unerklärlich. Innerhalb dieser überaus kleinen Gemarkung ist es einfach nicht denkbar, daß die 900 Schneppenhäuser vorwiegend mit landwirtschaftlicher Arbeit befriedigend versorgt werden können.

Schneppenhausen wird eine Arbeiterwohngemeinde bleiben, der am besten zu helfen ist, wenn die zweifellos guten Ansätze der gemeindlichen Selbsthilfe von Kreis und Land angeregt und gefördert werden. Schneppenhausen braucht gute Verkehrsverbindungen nach Darmstadt, sein eigenes kulturelles Leben kann

es am besten entwickeln, wenn eine Art dörflicher Mittelpunkt mit Gemeinschaftseinrichtungen der verschiedensten Art geschaffen würde. Die Steuerkraft der Einwohner wäre zu heben, würde die Nebenerwerbslandwirtschaft auf kleinere Flächen beim Anbau hochwertiger Produkte konzentriert.

c) Spachbrücken, 17 Kilometer östlich von Darmstadt gelegen, zählte am 31. 12. 1956 1505 Einwohner. Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (1607) bis zum 31. 12. 1956 um 6,3 v. H. abgenommen. In den Untersuchungsgemeinden hat die Bevölkerung in der gleichen Zeit um 1,03 v. H. zugenommen. Der Bevölkerungsverlust ist in erster Linie mit der Rückkehr vieler Evakuierten zu begründen, die nach 1950 wieder nach Frankfurt und Darmstadt zogen.

Nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Spachbrücken 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 25,22 DM und 1955 von 37,45 DM. Die Gemeinde blieb damit weit unter dem Durchschnitt der 16 Gemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Während der Untersuchung war die SPD absolut stärkste Partei im Gemeinderat, sie stellte auch den Bürgermeister.

Die rein landwirtschaftliche Bevölkerung der Gemeinde nimmt weiter ab. Nach Angaben der Bürgermeisterei existiert noch ein landwirtschaftlicher Betrieb mit mehr als 20 Hektar, 23 Betriebe bewirtschaften zwischen fünf bis unter 20 Hektar. In Spachbrücken blüht die Nebenerwerbslandwirtschaft.

Im vorigen Jahrhundert befanden sich in der Gemeinde noch zahlreiche kleine Gewerbebetriebe, die ausnahmslos der Industrialisierung zum Opfer gefallen sind. Die Töpfer mußten ihre Arbeit einstellen, als das metallene Kochgeschirr eingeführt wurde; die Streichholzschachtelmacher, als schwedische Sicherheitszündhölzer auf den Markt kamen. So gehörte es in Spachbrücken schon seit langen Jahren zur Tradition, auswärts Arbeit zu suchen. Mancher Einwohner weiß zu berichten, daß sein Vater oder Großvater jeden Montagmorgen zu Fuß den 45-Kilometer-Marsch nach Frankfurt antrat, wo er die Woche über arbeitete, bis er in der Nacht zum Sonntag zu seiner Familie, dem Häuschen und den zwei Morgen Land heimkehrte.

Bei der Volkszählung 1950 wurden 334 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 355. Damit pendelten in diesem Jahr 22,3 v. H. der gesamten Einwohnerschaft bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H. Allerdings sind in dieser Zahl die Auspendler nicht registriert, die in der benachbarten Grube Messel beschäftigt sind. Auch sie müssen über Land zu ihrer Arbeitsstätte fahren, doch wird für diese Pendelwanderer kein Gewerbesteuerausgleich gezahlt, weil auf Grund

eines alten Vertrages die Gemeinde Spachbrücken am Gewerbesteueraufkommen der Grube Messel beteiligt ist.

Die Gemeinde ist groß genug, um in privatwirtschaftlicher Hinsicht ordentlich versorgt zu sein. In Spachbrücken sind genug Einzelhändler ansässig, den normalen Bedarf der Einwohnerschaft zu decken. Gegenstände des gehobenen Bedarfs werden in Darmstadt oder in dem zwei Kilometer entfernten Reinheim gekauft.

Trotz der geringen Steuereinnahmen ist die öffentliche Versorgung mit Diensten und Einrichtungen gut, weil Spachbrücken über eigenen Waldbesitz verfügt. Ihre elektrische Energie bezieht die Gemeinde von der HEAG in Darmstadt. Es besteht zentrale Trinkwasserversorgung. An das Gasnetz ist die Gemeinde nicht angeschlossen. Die Straßenbeleuchtung ist überholungsbedürftig. Gemeinschaftseinrichtungen anderer Art — wie Bibliothek und Kindergarten — bestehen nicht.

Dank einer großen Anstrengung ist es der Gemeinde in den letzten Jahren geglückt, zwei Drittel der Privathäuser an ein öffentliches Kanalnetz anzuschließen. Hierzu wurden aus eigenen Mitteln (Waldverkauf und Rücklagen) 109 000 DM aufgebracht. Weitere 100 000 DM erhielten die Spachbrücker auf dem Darlehenswege, wobei die Landesregierung durch eines ihrer Zinsverbilligungsprogramme den Effektivzins auf vier Prozent senkte.

187 Schulkindern standen Anfang des Jahres 1958 fünf Klassenräume zur Verfügung, in denen fünf Lehrer unterrichteten. Nach dem Kriege wurde die alte Schule durch einen Anbau erweitert, in dem auch eine Lehrküche untergebracht ist. Spachbrücken hat keine Volkshochschule, auf fortbildende Vorträge wird verzichtet. Das Vereinsleben ist rege (Fußball-, Kleintierzucht-, zwei Gesangsvereine, Posaunenchor, Freiwillige Feuerwehr). Die Vereine werden von der Gemeinde finanziell nicht unterstützt.

Die Dorfstraßen befinden sich zum Teil in vorbildlichem Zustand. Sobald im Jahre 1959 die Kanalisation beendet war, begannen die Arbeiten. Sie werden laufend weitergeführt. Die Gemeinde selbst hat keinen Anschluß an die Bundesbahn. Der nächste Bahnhof ist in Reinheim. Es besteht eine Omnibusverbindung nach Darmstadt, die Straßen zur Kreisstadt Dieburg wie nach Darmstadt werden als gut bezeichnet.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Spachbrücken für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Danach wuchs das Gesamtvolumen des Spachbrücker Haushaltes wie folgt (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	132 251	199 968	230 042
Ausgaben	135 646	189 768	197 338

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen laut Gemeindefinanzzstatistik in den Haushaltsjahren 1954, 1955 und 1956 wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	23 546	27 030	25 567
Grundsteuer B	4 710	6 644	7 760
Gewerbesteuer	16 038	13 800	17 398
Gewerbesteuer-Ausgleich erhalten	9 280	9 965	18 519
Gewerbesteuer-Ausgleich abgegeben	966	1 089	1 081
Verwaltungskostenzuschuß	2 104	1 353	1 346
Finanzzuweisungen	7 679	9 114	11 256

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes soll Spachbrücken bis zum Jahre 1971 mindestens noch 1300 Einwohner haben. Als „Richtwert“ wurden 1600 angenommen, als „erwünschte Funktion“ nennt der Raumordnungsplan des Hessischen Ministers des Innern für Spachbrücken: „Landwirtschaftliche und Wohngemeinde“.

Solange es nicht möglich ist, Arbeiterwohngemeinden wie Spachbrücken mit höheren Quoten aus dem Gewerbesteuerausgleich zu berücksichtigen oder aber mit finanziellen Hilfen besser zu versehen, werden Gemeinden dieser Größe gut daran tun, sich der Möglichkeiten der Selbsthilfe zu besinnen. Es liegt im Ermessen der Spachbrücker, ihr kulturelles Leben zu verbessern.

d) W i x h a u s e n, 8 Kilometer nördlich von Darmstadt gelegen, gehört zu den Arbeiterwohngemeinden des Landkreises Darmstadt, denen es gelungen ist, in den eigenen Mauern Gewerbe anzusiedeln.

Am 31. 12. 1956 zählte die Gemeinde 3407 Einwohner. Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 30. 9. 1950 (3321) bis 31. 12. 1956 um 2,6 v. H. zugenommen.

Dieser Zuwachs liegt über dem Durchschnitt der 16 Untersuchungsgemeinden (1,03 v. H.).

Gleichfalls nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Wixhausen 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 24,47 DM und 1955 von 36,49 DM. Die Gemeinde blieb damit beträchtlich unter dem Durchschnitt der 16 Gemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Während der Untersuchung war die SPD absolut stärkste Partei im Gemeinderat, sie stellte auch den Bürgermeister.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat nur noch geringe Bedeutung. (25 Vollbauern bewirtschaften zwischen fünf und 20 Hektar Ackerland.) Auch gibt es nur wenige Nebenerwerbslandwirte. Der Gemeindeverwaltung ist es geglückt, zu dem ortsansässigen Handwerk einige Industriebetriebe anzusiedeln (Vulkanisier-

anstalt, Kinderwagenfabrik, Metallveredelung, elektromechanische Werkstätte). Doch weitaus die meisten Wixhäuser müssen außerhalb ihrer Heimatgemeinde Beschäftigung suchen. Bei der Volkszählung 1950 wurden 966 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 schon 1064.

Damit pendelten in diesem Jahr 31,2 v. H. der gesamten Einwohnerschaft bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H.

In der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Auspendler noch weiter erhöht. Wixhausen hat dank seiner günstigen Lage zwischen Darmstadt und Frankfurt gute Chancen für die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe wie für seine Entwicklung als Wohngemeinde.

Die Gemeinde ist groß genug, um die privatwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung in den eigenen Mauern zu gewährleisten. Es gibt genügend Einzelhändler und Handwerker, um den normalen und einen Teil des gehobenen Bedarfs der Bevölkerung zu decken. Allerdings locken die nahen Großstädte Frankfurt und Darmstadt zu Einkaufsreisen.

Die Versorgung mit öffentlichen Diensten und Einrichtungen ist für die Größe der Gemeinde relativ unzureichend. Wixhausen besitzt zentrale Trinkwasserversorgung und bezieht seine elektrische Energie von der HEAG in Darmstadt. Anschluß an das Gasnetz besteht nicht. Die Straßenbeleuchtung ist ausreichend. Bisher wurde nichts unternommen, die Privathäuser der Gemeinde an ein öffentliches Kanalnetz anzuschließen. Hierzu wäre nach Schätzung des Bürgermeisters ein Aufwand von einer Million DM notwendig, den die Gemeindekasse nicht leisten kann. Die Gemeinde hat ein Wohnhaus errichtet und für ihre Gemeindeverwaltung ein neues Rathaus gebaut. Irgendwelche zentralen Einrichtungen anderer Art bestehen nicht. Es gibt keinen gemeindeeigenen Kindergarten, keine gemeindeeigene Sportanlage, kein Dorfgemeinschaftshaus oder etwas ähnliches.

Anfang des Jahres 1959 standen für 334 schulpflichtige Kinder sieben Klassenräume zur Verfügung, in denen zehn Lehrkräfte unterrichteten. Der Neubau einer Schule ist unerlässlich und für 1961 geplant. Die Gemeindeverwaltung hofft auf die Unterstützung des Kreises oder des Landes Hessen. Vom Volksbildungswerk des Kreises werden fortbildende und berufsbildende Vorträge gehalten. Die Gemeinde stellt hierzu Räume, Heizung und Licht und einen jährlichen Zuschuß von 500 DM. Die sieben Vereine (Turn- und Sport-, Gesang-, Geflügel-, Hunde-, Musik-, Brieftauben-, Obst- und Gartenbauverein) werden gelegentlich mit geringen Zuwendungen aus der Gemeindekasse unterstützt. Die Wixhäuser sind ein sehr lebenslustiges Völkchen, ein deutlich spürbarer Gemeindegeist erfüllt die alteingesessene Bürgerschaft.

Mit eigenen Haushaltsmitteln sowie mit Darlehen wurde der Ausbau der Ortsstraßen in den letzten Jahren vorangetrieben. Hierzu brachte die Gemeinde rund

162 000 DM auf. Vor allem im Neubaugebiet sind noch weitere Straßenbauarbeiten notwendig. Der Zustand der Verkehrswege nach Darmstadt ist zufriedenstellend. Wixhausen liegt an der Bundesbahnlinie Darmstadt—Frankfurt, bis zur Autobahn sind es drei Kilometer. Omnibusse verbinden mit Darmstadt und Frankfurt.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Wixhausen für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Danach wuchs das Gesamtvolumen des Wixhäuser Haushaltes wie folgt (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	227 257	255 777	302 436
Ausgaben	226 944	258 650	308 423

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen laut Gemeindefinanzstatistik in den Haushaltsjahren 1954, 1955 und 1956 wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	16 297	15 751	15 610
Grundsteuer B	26 589	25 689	25 468
Gewerbsteuer	48 593	43 488	52 845
Gewerbsteuer-Ausgleich erhalten	31 875	32 375	52 101
Finanzzuweisungen	41 284	47 542	60 410

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes soll Wixhausen bis zum Jahre 1971 höchstens 3900 Einwohner haben. Als „Richtwert“ wurden 3600 angenommen. Als „erwünschte Funktion“ nennt der Raumordnungsplan des Hessischen Ministers des Innern für Wixhausen: „Wohngemeinde“.

Um den Bedürfnissen der wachsenden Einwohnerschaft gerecht werden zu können, muß die Gemeindeverwaltung in den nächsten Jahren weiteres Baugelände erschließen, die Schulverhältnisse verbessern und die Ortsstraßen den Bedürfnissen anpassen. Wenn die derzeitige Verteilung der Steuerquellen bestehen bleibt, kann Wixhausen eigene Einnahmen für diese Projekte nur erhalten, wenn es gelingt, weitere Gewerbebetriebe anzusiedeln. Der ausgeprägte Wixhäuser Lokalpatriotismus ist sicherlich ein guter Ansatzpunkt für Aktionen der Selbsthilfe. Die Gemeinde wäre heute sicherlich besser versorgt, hätte sie nicht lange unter einer unzureichenden Verwaltung gelitten. Dem kulturellen Leben käme ein Dorfgemeinschafts- oder Bürgerhaus zustatten.

e) Übersicht

An öffentlichen Diensten und Einrichtungen herrscht in Wohngemeinden regelmäßig ein gewisser Mangel. Die Einnahmen der Gemeindekasse sind zu gering. Die Bevölkerungsentwicklung der Wohngemeinden ist offenbar nicht vom Ausmaß der öffentlichen Daseinsvorsorge abhängig. Entscheidend sind

die günstigen Verkehrsverbindungen zum Arbeitsplatz. In Arbeiterwohngemeinden hängt die Qualität der öffentlichen Versorgung in besonderem Maße von der Tüchtigkeit des jeweiligen Bürgermeisters ab; gelingt es ihm, die Bürgerschaft an den Kosten kommunaler Dienste und Einrichtungen zu beteiligen, kann die Gemeinde aufrücken. Aktionen bürgerlicher Gemeinschaft- und Selbsthilfe können in typischen Wohngemeinden verhältnismäßig leicht eingeleitet und zu guten Erfolgen geführt werden. Die Bevölkerung von Arbeiterwohngemeinden ist meist bodenständig und heimatverbunden.

Die fehlenden Einnahmen der Gemeindekasse sind das eigentliche Hindernis, das einer besseren öffentlichen Versorgung im Wege steht. Hier ist vermutlich Hilfe durch eine Änderung der Gemeindefinanzverfassung geboten.

3. Die landwirtschaftlichen Gemeinden

An dritter Stelle waren die repräsentativ ausgewählten landwirtschaftlichen Gemeinden des Einflußbereiches zu untersuchen: In alphabetischer Reihenfolge handelt es sich um:

Asbach	Kleestadt
Berkach	Leeheim

Im Laufe der Erhebungen an Ort und Stelle wurde offenbar, daß sich auch hier seit der Zählung vom 13. 9. 1950, deren Unterlagen dem Landesplanungsamt bei seiner Klassifizierung zur Verfügung standen, erhebliche Änderungen ergeben haben. Die Landwirtschaft geht überall zurück, auch die vier Untersuchungsgemeinden haben zwar rein äußerlich noch bäuerlichen Charakter, die Landwirtschaft bestimmt das Bild des Dorfes, aber die Zahl der Pendelwanderer und Nebenerwerbslandwirte wächst. Die Agrargemeinden werden zu Arbeiterwohngemeinden mit bäuerlichem Einschlag.

a) A s b a c h, 20 Kilometer südöstlich von Darmstadt gelegen, zählte am 31. 12. 1956 405 Einwohner. Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (434) bis zum 31. 12. 1956 um 6,7 v. H. abgenommen.

Die 16 Untersuchungsgemeinden haben im Durchschnitt einen Zuwachs von 1,03 v. H. zu verzeichnen.

Gleichfalls nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Asbach 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 16,45 DM, 1955 von 20,14 DM. Damit war die Gemeinde Asbach die steuerschwächste unter allen 16 Gemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Während der Untersuchung waren im Gemeinderat nur Wählergemeinschaften vertreten, sie stellten auch den Bürgermeister.

Auf den ersten Blick bietet Asbach noch das Bild einer rein landwirtschaftlichen Gemeinde. Aber unter den Vollerwerbstätigen ist die Zahl der gewerb-

lichen Arbeiter und Angestellten größer als die der Bauern und Handwerker. Die Gemeinde hat nur einen kleinen feinmechanischen Betrieb, der nach dem Kriege gegründet wurde und etwa 20 Menschen beschäftigt. Trotz der guten Lage der Gemeinde werden kaum Anstrengungen für den Fremdenverkehr unternommen, weil die Mittel für die dazu notwendigen Investitionen fehlen. Die Zahl der Nebenerwerbslandwirte ist in den vergangenen Jahren gewachsen.

Bei der Volkszählung 1950 wurden 70 Auspendler gezählt. Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 86. Damit pendelten in diesem Jahr 21,2 v. H. der gesamten Einwohnerschaft bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H.

Die Gemeinde ist zu klein, um privatwirtschaftlich zufriedenstellend versorgt zu sein. Der ansässige Einzelhandel kann den täglichen Bedarf der Bevölkerung gerade decken. Im übrigen aber sind die Asbacher auf den Einkauf in Ober-Ramstadt oder in Darmstadt angewiesen.

Wie im privatwirtschaftlichen, so ist auch im öffentlichen Bereich die Versorgung mit Diensten und Einrichtungen unzureichend. Es besteht zentrale Trinkwasserversorgung. Ihre Elektrizität bezieht die Gemeinde von der HEAG in Darmstadt, Anschluß an die Gasversorgung besteht nicht. Alsbach besitzt keine Kanalisation, keinen gemeindeeigenen Kindergarten oder andere zentrale Einrichtungen. Die Straßenbeleuchtung ist ausreichend.

Für 42 schulpflichtige Kinder stand im April 1959 ein Schulsaal zur Verfügung, ein Lehrer unterrichtete. In der Gemeinde werden keine fortbildenden Vorträge gehalten. Die drei Vereine (Kultur- und Sport-, Schützenverein und Ortsverband des BvD) werden gelegentlich aus der Gemeindekasse mit geringen Beiträgen gefördert.

Die Dorfstraßen befinden sich durchweg in gutem Zustand. Hier hat die Gemeinde dank eigenen Waldbesitzes mit Unterstützung des Kreises 36 000 DM investieren können. Die Gemeinde hat keinen Anschluß an die Bundesbahn. Die nächste Haltestelle des Omnibusses in Richtung Darmstadt ist zehn Minuten von Asbach entfernt. Der Zustand der Straßen nach Darmstadt ist gut. Allerdings wünscht sich die Gemeinde einen Ausbau der Verbindungsstraße in Richtung Ernsthofen, wodurch der Weg nach Darmstadt erheblich verkürzt würde.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Asbach für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Danach bewegte sich das Gesamtvolumen des Asbacher Haushaltes in folgenden Größen (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	77 209	115 003	70 482
Ausgaben	65 978	106 691	74 635

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen laut Gemeindefinanzstatistik in den Haushaltsjahren 1954, 1955 und 1956 wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	3 602	4 869	4 847
Grundsteuer B	1 808	587	587
Gewerbesteuer	1 403	1 363	990
Gewerbesteuer-Ausgleich erhalten	—	1 100	3 430
Finanzzuweisungen	3 022	3 653	4 138

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes soll Asbach bis zum Jahre 1971 mindestens noch 350 Einwohner haben. Als „Richtwert“ wurden 380 angenommen, als „erwünschte Funktion“ nennt der Raumordnungsplan des Hessischen Ministers des Innern für Asbach: „Landwirtschaftliche Gemeinde“.

Solange es nicht möglich ist, die ortsansässigen Landwirte steuerlich stärker heranzuziehen, wird Asbach einen großen Teil der üblichen kommunalen Dienste und Einrichtungen nicht leisten können. Hinzu kommt, daß die Gemeinde zu klein ist, um aus eigener Kraft größere öffentliche Leistungen zu vollbringen. Der Asbacher Bürgermeister unterstützt Bestrebungen über die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit kleiner und finanzschwacher Gemeinden der Bevölkerung zu einer besseren Versorgung zu verhelfen.

b) Berkach, 15 km nordwestlich Darmstadts gelegen, zählte am 31. 12. 1956 466 Einwohner. Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (545) bis 31. 12. 1956 um 14,5 v. H. abgenommen.

Die 16 Untersuchungsgemeinden haben in der gleichen Zeit um 1,03 v. H. zugenommen. Der Landkreis Groß-Gerau hat insgesamt einen großen Bevölkerungszuwachs, weil die zahlreichen ansässigen Industriebetriebe immer mehr Arbeitskräfte anziehen. Berkachs Bevölkerung hingegen nimmt ab, weil vor allem die Neubürger am Ort selbst keine Arbeitsmöglichkeiten finden.

Nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Berkach 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 38,83 DM und 1955 von 65,79 DM. Die Gemeinde lag damit knapp über dem Durchschnitt der Untersuchungsgemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Während der Untersuchung saßen im Gemeinderat nur Wählergemeinschaften, sie stellten auch den Bürgermeister.

Die Landwirtschaft hat in Berkach nach wie vor große Bedeutung. Der Gemeinderat genehmigt nur zögernd den Ankauf unentbehrlicher Schulmöbel, die Anschaffung neuer Zuchttiere jedoch findet schnell allgemeine Unterstützung. Nach Angabe der Bürgermeisterei haben 25 Bauern mehr als fünf bis 20 Hektar und zehn mehr als 0,5 bis fünf Hektar Acker- und Weideland. Außerdem bestehen noch sechs landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe. Die Zahl der in der Land-

wirtschaft Beschäftigten geht zurück. Es besteht in der Gemeinde ein kleiner Gewerbebetrieb (Sägewerk), im übrigen müssen die Berkacher außerhalb ihrer Gemeinde Arbeit suchen.

Bei der Volkszählung 1950 wurden 108 Auspendler gezählt. Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 ebenfalls noch 108. Damit pendelten in diesem Jahr 23,2 v. H. der gesamten Einwohnerschaft bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H.

Die privatwirtschaftliche Versorgung der Gemeindeeinwohner ist mangelhaft. Entlastend wirkt lediglich die Nähe (zwei Kilometer) der Kreisstadt, deren Händler und Handwerker mit großstädtischem Angebot konkurrieren können. Wegen dieser engen Nachbarschaft und seiner relativ geringen Einwohnerzahl konnte Berkach kein eigenständiges wirtschaftliches Leben entwickeln. Noch heute fehlt der Gemeinde ein Metzger, doch besteht ein Lebensmittelgeschäft und eine Bäckerei. Nur ein Schreiner und ein Kupferschmied bereichern das bescheidene, gewerbliche Leben.

Wie die privatwirtschaftliche, so könnte auch die öffentliche Versorgung der Gemeinde besser sein. Berkach besitzt zentrale Trinkwasserversorgung und bezieht elektrische Energie vom Überlandwerk Mainz. Anschluß an die Gasversorgung ist nicht vorhanden. Öffentliche Abwässeranlagen bestehen nicht. Die Gemeinde besitzt einen von ihr unterhaltenen, bescheidenen Sportplatz; andere Gemeinschaftseinrichtungen sind nicht vorhanden oder geplant.

Für 46 Schulkinder standen Ende des Jahres 1957 zwei Klassenräume zur Verfügung, in denen ein Lehrer unterrichtete. Einer der beiden Klassensäle wurde erst nach dem Kriege gebaut. Mittel- und Oberschule liegen in dem zwei Kilometer entfernten Groß-Gerau. Im Rahmen der Erwachsenenbildung werden in Berkach mit Unterstützung der Kreisverwaltung fortbildende Vorträge gehalten. Es bestehen zwei Vereine (Gesangverein mit 70, Freiwillige Feuerwehr mit rund 80 Mitgliedern).

Für etwa 70 000 DM wurden in den vergangenen Jahren die Ortsstraßen verbessert. Doch mußten hierzu beträchtliche Darlehen aufgenommen werden. Weitere Straßenbauarbeiten sind noch notwendig. Über die Verkehrsverbindung nach Groß-Gerau wird Klage geführt. Die Berkacher vermissen an der Seite der Bundesstraße 44 einen ausgebauten Radweg. Berkach liegt nicht an der Eisenbahn, die Omnibusverbindungen werden als unzureichend empfunden. Der ehrenamtliche Bürgermeister hält Sprechstunden montags von 20 bis 22 Uhr.

Das Gesamtvolumen des Berkacher Haushaltes wuchs in Einnahmen und Ausgaben wie folgt (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	46 214	52 688	54 291
Ausgaben	43 087	54 898	49 718

Das Steueraufkommen hat sich laut Gemeindefinanzstatistik in den Haushaltsjahren 1954, 1955 und 1956 wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	8 665	8 698	8 738
Grundsteuer B	2 961	3 834	3 843
Gewerbsteuer	13 433	15 907	16 631
Gewerbsteuer-Ausgleich	2 100	2 800	4 410
Finanzzuweisungen	1 000	—	—

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes soll Berkach bis zum Jahre 1971 mindestens noch 300 Einwohner haben. Als „Richtwert“ wurden 500 angenommen, als „erwünschte Funktion“ nennt der Raumordnungsplan des Hessischen Ministers des Innern für Berkach: „Landwirtschaftliche Gemeinde“.

Wenn die Berkacher vorwiegend von der Landwirtschaft leben sollen, muß sich die Einwohnerzahl noch erheblich verringern. Die Gemarkung ist viel zu klein, um eine ausreichende Anzahl Bauern befriedigend zu ernähren. Berkach sollte sich zu einer Wohngemeinde mit landwirtschaftlichem Einschlag entwickeln. Dazu wird es aber nötig sein, vor allem die öffentliche Versorgung zu verbessern. Bisher ist der einzige Gewerbebetrieb des Ortes, ein Sägewerk, der Rückhalt für die Gemeindefinanzen. Mit dem allgemeinen Rückgang der Holzverarbeitenden Industrie schwinden in Berkach auch die Hoffnungen auf bessere finanzielle Verhältnisse. Ein neuer Betrieb könnte in Berkach leicht angesiedelt werden. Der Gemeinde ist zu helfen, wenn die Steuerkraft ihrer Bewohner besser wird. Dazu muß schließlich auch die Landwirtschaft ertragreicher werden, die Bauern müßten sich an den öffentlichen Ausgaben stärker beteiligen. Auch Aktionen der Selbsthilfe könnten in dem kleinen Berkach leicht durchgeführt werden und zu beachtlichen Erfolgen verhelfen.

c) Kleestadt, 26 Kilometer nordöstlich von Darmstadt am Rande des Einflußbereiches gelegen, gehört nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes auf Grund der Zählung vom 13. 9. 1950 zu den landwirtschaftlichen Gemeinden des Kreises Dieburg. Aus diesem Grunde wurde die Gemeinde auch für die repräsentative Untersuchung herangezogen, in deren Verlauf sich herausstellte, daß sich seit 1950 in der wirtschaftlichen Struktur Kleestadts ein Umschwung vollzogen hat. Kleestadt ist heute mehr Arbeiterwohn- als landwirtschaftliche Gemeinde.

Am 31. 12. 1956 zählte die Gemeinde 790 Einwohner. Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (774) bis 31. 12. 1956 um 2,1 v. H. zugenommen.

Dieser Zuwachs liegt über dem Durchschnitt der 16 Untersuchungsgemeinden (1,03 v. H.).

Gleichfalls nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Kleestadt 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 25,55 DM und 1955 von 30,94 DM. Die Gemeinde blieb damit weit unter dem Durchschnitt der 16 Gemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Dennoch wuchs die Bevölkerung. Der Gemeinderat setzte sich während der Untersuchung von 1956 bis 1960 nur aus Vertretern einer Wählergemeinschaft zusammen, die auch den Bürgermeister stellte.

Die Landwirtschaft hat in Kleestadt noch Bedeutung, doch bestehen keine Betriebe mit mehr als 20 Hektar. Rund 30 sind in der Größenklasse bis 20 Hektar. Außerdem gibt es noch rund 30 landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe. In den ersten Jahren nach dem Kriege war für viele Kleestädter die Beschäftigung in der Landwirtschaft einträglicher, inzwischen aber haben sie sich gewerbliche Arbeitsplätze außerhalb ihrer Gemeinde gesucht. Bei der Volkszählung 1950 wurden 102 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 schon 183. Damit pendelten in diesem Jahr 23,2 v. H. der Einwohner bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H. In der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Auspendler weiter erhöht. Mitte des Jahres 1958 meldete die Bürgermeisterei über 200. Kleestadt wird Arbeiterwohn-gemeinde.

In Kleestadt fehlen Industriebetriebe von Bedeutung. Die Pendler fahren nach Groß-Umstadt, Babenhausen, Darmstadt und Frankfurt. Die günstige zentrale Lage bewegt viele Kleestädter, in ihrer Heimatgemeinde zu bleiben.

Die privatwirtschaftliche Versorgung der Gemeinde kann als ausreichend bezeichnet werden. Handwerker und Einzelhändler können den Bedarf der Gemeinde decken. Kleidung und Hausrat werden in Darmstadt, im benachbarten Groß-Umstadt oder im bayerischen Aschaffenburg gekauft.

Die Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen ist lückenhaft, Kleestadt hat zentrale Trinkwasserversorgung, ihre elektrische Energie bezieht die Gemeinde von der HEAG in Darmstadt. Anschluß an die Gasversorgung besteht nicht. Die Gemeinde hat keine öffentlichen Abwässeranlagen. Außer dem gemeindeeigenen Sportplatz besitzt Kleestadt keine Gemeinschaftseinrichtungen.

Für nahezu 100 Kinder standen Ende des Jahres 1958 zwei Klassenräume zur Verfügung, in denen zwei Lehrer unterrichteten. Pläne für den Schulbau bestanden nicht. Die nächste Mittelschulklasse ist in Groß-Umstadt. Einrichtungen der Erwachsenenbildung bestehen nicht. Die ansässigen Vereine (Gesang-, Geflügelzucht-, Sport-, Fußballverein und Freiwillige Feuerwehr) werden — gelegentlich und nach Bedarf — mit Zuwendungen aus der Gemeindekasse in Höhe von etwa 100 DM unterstützt.

An den Ortsstraßen wurden in den letzten Jahren keine Verbesserungen vorgenommen. Sie sind nach Ansicht der Gemeindeverwaltung — von den Neubauvierteln abgesehen — ausreichend. Vorerst werden mit Mitteln des Grünen Planes und Zuschüssen aus der Gemeindekasse die Feldwege instand gesetzt. Kleestadt liegt eine Viertelstunde Fußmarsch abseits der Bahnstrecke Hanau — Eberbach. Ein privates Omnibusunternehmen verbindet die Gemeinde mit Dieburg und Darmstadt. Diese Verkehrsverbindung wird als ausreichend empfunden.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Kleestadt für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Danach wuchs das Gesamtvolumen des Kleestädter Haushaltes wie folgt (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	83 352	103 393	108 213
Ausgaben	101 780	84 124	112 834

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen in den drei Haushaltsjahren wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	13 717	15 033	13 581
Grundsteuer B	1 680	3 580	1 605
Gewerbsteuer	2 793	—	5 798
Gewerbsteuer-Ausgleich	4 100	5 206	8 558
Finanzzuweisungen	5 656	6 697	7 747

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes soll Kleestadt bis zum Jahre 1971 höchstens 900 Einwohner haben. Als „Richtwert“ wurden 850 angenommen, als „erwünschte Funktion“ nennt der Raumordnungsplan des Hessischen Ministers des Innern für Kleestadt: „Landwirtschaftliche Gemeinde“.

Diese Vorstellung ist wirklichkeitsfremd. Wenn Kleestadt eine vorwiegend landwirtschaftliche Gemeinde werden soll, muß die Einwohnerschaft um etwa die Hälfte abnehmen. Tatsächlich aber wächst Kleestadt, weil es günstig zwischen den industriellen Zentren des Rhein-Main-Gebietes liegt. Kleestadt hat Zukunft als Arbeiterwohngemeinde mit landwirtschaftlichem Einschlag. Aber dazu müssen die öffentlichen Leistungen der Gemeinde gesteigert werden, damit den Kleestädtern ein erträgliches Minimum an kommunalen Diensten und Einrichtungen geboten werden kann. Dazu wäre auch die Steuerkraft der landwirtschaftlichen Betriebe zu heben, der Gewerbesteuerausgleich zu verbessern und zu versuchen, ob sich Kleestadt — vielleicht in Gemeinschaft mit dem benachbarten Groß-Umstadt — als Ansiedlungsraum von Industriebetrieben eignet.

d) L e e h e i m, 15 Kilometer südwestlich von Darmstadt gelegen, gehörte nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes auf Grund der Zählung vom 13. 9. 1950 zu den landwirtschaftlichen Gemeinden des Kreises Groß-Gerau. Aus

diesem Grunde wurde Leeheim auch für die repräsentative Untersuchung herangezogen, bei der sich jedoch herausstellte, daß sich in den letzten Jahren die wirtschaftliche Struktur der Gemeinde gewandelt hat. Leeheim ist inzwischen Wohnsitz für viele Arbeiter und Angestellte, die als Pendler täglich nach den gewerblichen Zentren der Umgebung fahren.

Am 31. 12. 1956 zählte der Ort 1748 Einwohner. Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (1833) bis 31. 12. 1956 um 4,6 v. H. abgenommen. Im Durchschnitt nahmen die 16 Untersuchungsgemeinden in der gleichen Zeit um 1,03 v. H. zu.

Gleichfalls nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Leeheim 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 30,60 DM und 1955 von 46,66 DM. Die Gemeinde blieb damit unter dem Durchschnitt der Untersuchungsgemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Während der Untersuchung war die stärkste Partei im Gemeinderat die SPD, dicht gefolgt von der Wählergemeinschaft. Die SPD stellte den Bürgermeister.

Die Landwirtschaft hat in Leeheim nach wie vor Bedeutung. Zwar nimmt die Zahl der Bauern ab, aber neben Nebenerwerbslandwirtschaften bestehen noch viele größere Betriebe. Es fehlt an Ackerland, um alle Wünsche der ortsansässigen Bauern zu befriedigen. Nennenswerte gewerbliche Unternehmen bestehen in Leeheim nicht. Wer weder in der ortsansässigen Landwirtschaft noch beim heimischen Handwerk Beschäftigung findet, muß außerhalb der Gemeinde Arbeit suchen.

Bei der Volkszählung 1950 wurden 291 Pendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 330. Damit pendelten in diesem Jahr 18,9 v. H. der Bevölkerung bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H. Die Zahl der Auspendler wäre noch höher, hätten nicht viele Heimatvertriebene, die nach dem Kriege in Leeheim untergekommen waren, inzwischen Wohnung an ihrem Arbeitsplatz — vor allem in Rüsselsheim — gefunden.

Leeheim ist groß genug, um in privatwirtschaftlicher Hinsicht ausreichend versorgt zu sein. Die ortsansässigen Einzelhändler können den normalen wie auch den gehobenen Bedarf der Einwohner befriedigen. Der besseren Auswahl wegen werden jedoch Schuhe, Textilien und Möbel noch in Darmstadt und Groß-Gerau gekauft. Zwei Gaststätten haben Fremdenzimmer, die Gastlichkeit der Gemeinde wird in der Umgebung gerühmt.

Wie im privaten, so ist auch im öffentlichen Bereich die Gemeinde Leeheim durchweg besser versorgt als die anderen untersuchten landwirtschaftlichen Gemeinden. Die Verwaltung beschäftigt sieben hauptamtliche Angestellte und Arbeiter. Es besteht zentrale Trinkwasserversorgung, aber kein Anschluß an die

Gasversorgung. Elektrische Energie bezieht Leeheim vom Überlandwerk Mainz. Die Straßenbeleuchtung wurde in den letzten Jahren modernisiert. Leeheim besitzt aber keine Kanalisation für die Privathäuser. Auf einem kleinen alten Friedhof unterhält die Gemeinde eine bescheidene öffentliche Parkanlage. Für die Sportvereine existiert ein gemeindeeigener Sportplatz, der Kindergarten gehört der evangelischen Kirche.

Mitte des Jahres 1958 wurden 200 Kinder in zwei ordentlichen und zweibehelfsmäßigen Sälen von sechs Lehrern unterrichtet. Inzwischen wurde noch eine neue Schule gebaut, deren vier Säle dem schlimmsten Notstand abhelfen sollen. Die nächste Mittel- oder Oberschule befindet sich in der acht Kilometer entfernten Kreisstadt Groß-Gerau. Weil die Verkehrsverbindungen zur Kreisstadt mangelhaft sind, bevorzugen die Leeheimer Oberschüler die Gymnasien in Darmstadt. Über das Volksbildungswerk des Kreises werden fortbildende Vorträge gehalten. Die Gemeinde leistet einen Zuschuß an den Kreis; sie stellt kostenlos Räume, Heizung und Licht. Die Leeheimer haben eine kleine Gemeindebücherei. Die zahlreichen ortsansässigen Vereine werden finanziell nicht aus der Gemeindekasse unterstützt.

Dringend notwendig ist der Ausbau der Ortsstraßen, die weitgehend noch auf den bäuerlichen Verkehr mit Pferdewagen eingestellt sind. Die Gemeindeverwaltung hat von 1950 bis 1959 über 100 000 DM für den Ausbau der Straßen aufgebracht. Trotzdem bleibt noch viel zu tun. Die Leeheimer Bevölkerung hat sich in starkem Maße motorisiert. Die Bauern besitzen Traktoren. Wegen der unzureichenden Verkehrsverbindungen haben sich die Pendlereigene Kraftfahrzeuge angeschafft. Leeheim hat keinen Bahnanschluß. Bessere Dorfstraßen und bessere Verkehrsverbindungen sind erforderlich.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Leeheim für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Danach zeigte das Gesamtvolumen des Leeheimer Haushaltes folgende Summen (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	150 277	142 989	154 809
Ausgaben	145 814	136 393	164 049

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen in den drei Haushaltsjahren wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	42 353	41 420	41 925
Grundsteuer B	6 050	5 917	5 944
Gewerbesteuer	23 140	20 008	31 015
Gewerbesteuer-Ausgleich erhalten	9 100	10 450	16 800
Finanzzuweisungen	7 846	9 865	8 940

Nach den Vorstellungen des Landesplanungsamtes soll Leeheim bis zum Jahre 1971 mindestens noch 1600 Einwohner haben. Als „Richtwert“ wurden 1700 angenommen, als „erwünschte Funktion“ nennt der Hessische Minister des Innern für Leeheim: „Landwirtschaftliche Gemeinde“.

Auf Grund der guten Boden- und Klimaverhältnisse hat die Landwirtschaft in Leeheim ohne Zweifel auch künftig noch große Bedeutung. Aber sie kann nicht alle Einwohner zufriedenstellend versorgen. Leeheim wird vor allem als Wohn-gemeinde eine Rolle spielen. Die Gemeinde ist groß genug, um in privatwirt-schaftlicher wie in öffentlicher Hinsicht ihre Einwohnerschaft in erträglichem Maße zu versorgen. Wichtig sind bessere Orts- und Verbindungsstraßen zu den Arbeitsstätten in der Umgebung. Die Leistung der Gemeindekasse kann gesteigert werden, wenn die Landwirtschaft höhere Steuern aufbringen und der Gewerbe-steuerausgleich verbessert würde.

e) Übersicht

Charakteristisch für die landwirtschaftlichen Gemeinden ist ihre verhältnis-mäßig mangelhafte Versorgung mit öffentlichen Diensten und Einrichtungen und ihr Verlust an Einwohnern, dem nur dann Einhalt geboten wird, wenn die von der Landwirtschaft freigesetzte Bevölkerung in der Nähe Arbeitsplätze findet. Die landwirtschaftlichen Gemeinden werden zu Wohngemeinden. Der Mangel an Aktionen der Selbsthilfe in den landwirtschaftlich beeinflussten Gebieten über-rascht. Haben sich die Bauern und mit ihnen ihre im Gewerbe beschäftigten Nach-barn daran gewöhnt, daß ihnen andere helfen?

Die Gemeindekassen der Agarar-Wohngemeinden sind schwach, es sei denn, ein ortsansässiger Gewerbebetrieb hilft sie auffüllen. Die Bevölkerungsmischung Bauern — Pendelwanderer ist bei unserer heutigen Finanzverfassung denkbar ungünstig. Zwar ist die Grundsteuer A in den Agrargemeinden noch immer von wesentlicher Bedeutung, aber solange die Steuerkraft der ansässigen Bauern-betriebe nicht verbessert wird, reichen diese Einnahmen im günstigen Falle gerade aus, die Verpflichtungen der Gemeinde zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Struktur und zur Förderung der Landwirtschaft schlecht und recht zu erfüllen. Eine einigermaßen erträgliche Versorgung können Gemeinden dieser Struktur nur dann gewährleisten, wenn sie eine bestimmte Größe erreicht haben.

4. Die Mischgemeinde

Als letztes war die repräsentative Mischgemeinde des Einflußbereiches zu untersuchen. Es handelt sich um die Gemeinde

Fränkisch-Crumbach.

Die Bedeutung der Mischgemeinden mag noch 1950 relativ gering gewesen sein, sie ist inzwischen gewachsen, sie wird noch an Gewicht gewinnen, werden

doch die ehemals landwirtschaftlichen Gemeinden gleichermaßen auch zu Wohn- und damit zu Mischgemeinden, denen allerdings meist noch das begehrte heimische Gewerbe fehlt. Fränkisch-Crumbach war als Untersuchungsobjekt besonders interessant, nimmt es doch gewissermaßen die künftige Entwicklung vorweg.

a) Fränkisch-Crumbach, 26 Kilometer südöstlich von Darmstadt gelegen, zählte am 31. 12. 1956 2262 Einwohner. Nach den Ausrechnungen des Statistischen Landesamtes hat die Bevölkerung vom 13. 9. 1950 (2373) bis 31. 12. 1956 um 4,7 v. H. abgenommen.

Im gleichen Zeitraum nahmen die 16 Untersuchungsgemeinden im Durchschnitt um 1,03 v. H. zu.

Gleichfalls nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes kamen in Fränkisch-Crumbach 1950 auf den Kopf des Einwohners Steuereinnahmen von 29,87 DM und 1955 von 39,56 DM. Die Gemeinde blieb damit weit unter dem Durchschnitt der Untersuchungsgemeinden (1950: 32,16 DM, 1955: 62,22 DM). Stärkste Partei im Gemeinderat war während der Untersuchung eine Wählergemeinschaft, sie stellte auch den Bürgermeister.

In Fränkisch-Crumbach bestehen Landwirtschaft und Gewerbe nebeneinander. Nach Angaben der Bürgermeisterei bewirtschaften 13 Bauern noch mehr als 20 Hektar, 31 Bauern mehr als 5 bis 20 Hektar. Nahezu 150 Bauern bebauen weniger als fünf Hektar; hinzu kommt noch eine große Anzahl von landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstellen. Die Zahl der Vollbauern hat sich in den letzten 50 Jahren nicht verändert. Als Gewerbebetriebe bestehen eine Möbelfabrik mit 50, eine große Polsterei mit 39 und zwei Bauunternehmen mit etwas mehr als 10 Beschäftigten. Außerdem ist das Fremdenverkehrsgewerbe mit rund 70 Betten überaus leistungsfähig. Eine große Anzahl Fränkisch-Crumbacher findet außerhalb der Gemeinde Beschäftigung. Bei der Volkszählung 1950 wurden 192 Auspendler gezählt, nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes waren es 1956 295. Damit pendelten in diesem Jahr 13 v. H. der gesamten Einwohnerschaft bei einem Durchschnitt in den Untersuchungsgemeinden von 21,6 v. H.

Fränkisch-Crumbach, auf den Höhen des Odenwaldes gelegen, hat sich zu einem Zwischenzentrum mit beachtlicher Eigenständigkeit entwickelt. Aber ohne Zweifel würde ein großer Teil der Einwohner außerhalb der Gemeinde einträglichere Arbeitsstellen suchen, wäre Fränkisch-Crumbach weniger abseits der gewerblichen Zentren gelegen.

Fränkisch-Crumbach ist groß genug, um Einzelhändler und Handwerker in ausreichender Zahl ernähren zu können. Die einheimische Bevölkerung kann in der Gemeinde den normalen und teilweise auch gehobenen Bedarf decken.

Die gemischtwirtschaftliche Struktur hat der Gemeinde im öffentlichen Lebensbereich bisher eine befriedigende Versorgung mit Diensten und Einrichtungen eingebracht. Fränkisch-Crumbach hat eigene Trinkwasserversorgung und bezieht elektrische Energie von der HEAG in Darmstadt; Anschluß an das Gasnetz besteht nicht. Die Dorfstraßen sind ausreichend beleuchtet, nahezu Dreiviertel der Wohnhäuser sind an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen. Gemeinschaftseinrichtungen — Kindergarten, Bibliothek oder Dorfgemeinschaftshaus — fehlen.

Mitte des Jahres 1959 standen für etwa 210 Schulkinder fünf Klassenräume zur Verfügung, in denen fünf Lehrer unterrichteten. Es bestand keine Mittelschulklasse. Fortbildende Vorträge wurden in der Gemeinde nicht gehalten, eine Volkshochschule oder etwas Ähnliches fehlte. Die ortsansässigen Vereine (Turn-, Gesang-, Reiter-, Geflügelzuchtverein und Odenwaldklub) vereinigen etwa 1000 Mitglieder.

Die Ortsstraßen sind in gutem Zustand. Mit Gemeindemitteln wurden Verbesserungen vorgenommen. Allerdings sind noch weitere Arbeiten notwendig. Der Zustand der Straßen zur Kreisstadt Dieburg wie auch nach Darmstadt ist verhältnismäßig gut. Der Bahnhof der Eisenbahn ist 1,5 Kilometer entfernt, eine private Omnibuslinie verbindet mit Darmstadt.

An Hand der Unterlagen des Hessischen Statistischen Landesamtes (Gemeindefinanzstatistik) wurde der Haushalt der Gemeinde Fränkisch-Crumbach für die Jahre 1954, 1955 und 1956 untersucht. Danach wuchs das Gesamtvolumen des Fränkisch-Crumbacher Haushalts wie folgt (in DM):

	1954	1955	1956
Einnahmen	191 820	221 351	222 578
Ausgaben	189 113	202 370	222 793

Im einzelnen hat sich das Steueraufkommen in den drei Haushaltsjahren wie folgt entwickelt:

	1954	1955	1956
Grundsteuer A	34 887	33 669	34 444
Grundsteuer B	8 900	9 771	11 900
Gewerbesteuer	31 666	39 388	53 397
Gewerbesteuer-Ausgleich erhalten	4 700	4 950	10 430
Finanzzuweisungen	15 337	19 540	22 381

Das Landesplanungsamt erwartet, Fränkisch-Crumbach werde bis zum Jahre 1971 mindestens 2200 Einwohner haben. Als „Richtwert“ ist die Zahl 2400. Als „erwünschte Funktion“ nennt der Raumordnungsplan des Hessischen Ministers des Innern für Fränkisch-Crumbach: „Gewerbliches Zentrum und Schwerpunkt mit primärer Kur und Erholung und Landwirtschaftsgemeinde“.

Wer Fränkisch-Crumbach zu einer besseren Versorgung verhelfen will, muß vor allem die Steuerkraft der Einwohner heben. Dies ist möglich durch die Ansiedlung weiterer Industriebetriebe und durch eine günstige Entwicklung des Fremdenverkehrs der Gemeinde. Dabei können Land und Kreis mit ihren verschiedenen Programmen die Bürger wirksam unterstützen. Außerdem braucht Fränkisch-Crumbach (1960) vor allem eine neue Schule. Aber auch die Verkehrsverbindungen sind zu verbessern. Der Zustand der Straßen Richtung Darmstadt und Dieburg läßt zu wünschen übrig. Schließlich bedarf das gesamte kulturelle Leben kräftiger Impulse. Hier wäre die Selbsthilfe der Einwohner anzuregen.

b) Übersicht

Mischgemeinden wie Fränkisch-Crumbach nehmen die Entwicklung all der Orte voraus, die Landwirtschaftsgemeinden waren, jetzt aber mehr Wohngemeinden sind und sich um die Ansiedlung von Industriebetrieben bemühen. Mischgemeinden sind fast durchweg gut versorgt. Fränkisch-Crumbach ist groß genug, um privatwirtschaftlich seinen Einwohnern einiges bieten zu können. Die öffentliche Versorgung ist zwar befriedigender als bei den in stärkerem Maße landwirtschaftlich orientierten Gemeindetypen, reicht aber nicht an die Gewerbergemeinden heran. Offenbar ist die Steuerkraft des örtlichen Gewerbes nicht groß genug. Aktionen der Selbsthilfe könnten auch in Fränkisch-Crumbach Erfolge bringen, sie könnten vor allem den Fremdenverkehr noch beleben.

III. Beurteilung

1. Die Versorgungstabelle und ihre Auskünfte

Der Abschluß der Einzeluntersuchungen drängte zu einer Schematisierung der Ergebnisse. Um schnell zu erkennen, von welchen Gegebenheiten Umfang und Qualität der öffentlichen wie auch der privaten Dienste und Einrichtungen abhängig sind, schien es notwendig, die Gemeinden nach ihrem Versorgungsgrad zu klassifizieren. Hierbei ergaben sich methodische Schwierigkeiten in der Frage der Bewertung. Was ist — beispielsweise — wichtiger: eine ordentliche Hauptstraße oder eine modern eingerichtete Schule? Wie ist zu entscheiden, wenn in der einen Gemeinde die Kanalisation vermißt wird, während sie die Bürger an anderer Stelle auch weiterhin bereitwillig entbehren wollen?

Um den wünschenswerten Überblick zu gewinnen, war aber eine Klassifizierung unvermeidlich. Sie ist deshalb — wenn auch mit größter Vorsicht — unternommen worden. Alle öffentlichen Dienste und Einrichtungen wurden dabei sorgsam gegeneinander abgewogen. Ist die in der nachstehenden Tabelle aufgeführte Reihenfolge auch notgedrungen von subjektiven Urteilen bestimmt, so

wird doch ein anderer Bewerter letzten Endes nur die eine oder andere Gemeinde um einen Platz höher oder tiefer rücken. Gemeinden am Schluß der hier aufgeführten Reihe sind in jedem Falle schlechter versorgt als der Durchschnitt, während die am Anfang mit ihren öffentlichen Diensten und Einrichtungen wie auch in ihrer privaten Versorgung unter den Sechzehn unbestritten führend sind.

Reihenfolge der Versorgung Gemeinde	Größe	Struktur	
		nach RaumAtlas	tatsächlich
1. Gernsheim	üb. 5000 Einw.	Gewerbeg.	Gewerbeg.
2. Nieder-Ramstadt	üb. 5000 Einw.	Gewerbeg.	Gewerbeg.
3. Eppertshausen	üb. 2000—5000 Einw.	Gewerbeg.	Gew'g./Wohng.
4. Spachbrücken	üb. 1000—2000 Einw.	Wohng.	Wohng.
5. Messel	üb. 1000—2000 Einw.	Gewerbeg.	Wohng.
6. Alsbach	üb. 2000—5000 Einw.	Gewerbeg.	Gew'g./Wohng.
7. Wixhausen	üb. 2000—5000 Einw.	Wohng.	Gew'g./Wohng.
8. Fränkisch-Crumbach	üb. 2000—5000 Einw.	Mischg.	Mischg.
9. Schneppenhausen	üb. 500—1000 Einw.	Wohng.	Wohng.
10. Leeheim	üb. 1000—2000 Einw.	Landw'g.	Landw'g./Wohng.
11. Kleestadt	üb. 500—1000 Einw.	Landw'g.	Landw'g./Wohng.
12. Berkach	bis 500 Einw.	Landw'g.	Landw'g./Wohng.
13. Asbach	bis 500 Einw.	Landw'g.	Landw'g./Wohng.
14. Malchen	bis 500 Einw.	Wohng.	Wohng.
15. Lichtenberg	bis 500 Einw.	Gewerbeg.	Gew'g./Wohng.
16. Winterkasten	üb. 500—1000 Einw.	Gewerbeg.	Mischg.

Die Auskünfte der Tabelle sind eindeutig: an der Spitze der Versorgung stehen die großen Gewerbegemeinden, es folgen die Wohngemeinden und dann die landwirtschaftlichen und Mischgemeinden. Die größeren Gemeinden sind regelmäßig besser versorgt als die kleinen. Von der Regel: je mehr Einwohner, desto mehr öffentliche wie private Dienste und Einrichtungen gibt es nur bescheidene Ausnahmen. Ab und zu kann eine kleinere Gemeinde eine etwas größere überflügeln, aber die Unterschiede sind dann nur gering. Ist mit dieser Feststellung allein das Problem schon gelöst? Sollen überall im Lande größere Gemeinden entstehen und diese möglichst mit Gewerbebetrieben bedacht werden, damit das Leben der Dorfbewohner allenthalben schöner wird? Dieser Gedanke mag für einseitige Planer reizvoll sein, er ist aber praktisch kaum zu erfüllen. Er widerspricht auch den üblichen politischen und soziologischen Vorstellungen, die jeder Gemeinde individuelle Züge nicht wünschen, sondern die das Eigenleben auch kleiner Dörfer nach Kräften erhalten und gefördert sehen wollen.

Bei den Untersuchungsvorschlägen — Abschnitt D — wird sich zeigen, daß manchen Gemeinden tatsächlich zu raten ist, bestimmte Verwaltungsaufgaben gemeinsam zu lösen; auch wird in einigen Fällen die Ansiedlung von Industriebetrieben empfohlen, im übrigen aber ist es Absicht auch der vorliegenden Untersuchung, jeder Gemeinde ihr Eigenleben zu sichern. Eine der wesentlichen

Begründungen der Selbstverwaltung liegt in der Vielfalt des gemeindlichen Lebens von Ort zu Ort. Wenn heute eine gewisse Ungleichheit — auch in der Versorgung der Bürger mit öffentlichen Diensten und Einrichtungen — weitgehend als soziale Ungerechtigkeit empfunden wird, so liegt dies im Zuge eines Ungeistes unserer Zeit, der zur Uniformierung drängt, dabei aber übersieht, daß unsere gesamte Ordnung letzten Endes auf der Differenzierung innerhalb erträglicher Grenzen ruht.

Es konnte festgestellt werden, wie sich die Bevölkerungszahl in den verschiedenen Gemeinden von 1950 bis 1956 entwickelt hat. Zugängen in den einen Orten stehen Abgänge in den anderen gegenüber. Spielt hierbei der Versorgungsgrad eine Rolle? Die nachstehende Tabelle bringt die Gemeinden in der Reihenfolge ihrer Versorgung mit der Angabe, in welchem Maße die Bevölkerung von 1950 bis 1956 zu- oder abgenommen hat:

Gemeinden in Reihenfolge der Versorgung	Zunahme oder Abnahme der Bevölkerung 1950—1956
Gernsheim	5,4 v. H.
Nieder-Ramstadt	0,1 v. H.
Eppertshausen	12,9 v. H.
Spachbrücken	—6,3 v. H.
Messel	4,0 v. H.
Alsbach	5,0 v. H.
Wixhausen	2,6 v. H.
Fränkisch-Crumbach	—4,7 v. H.
Schneppenhausen	—3,4 v. H.
Leeheim	—4,6 v. H.
Kleestadt	2,1 v. H.
Berkach	—14,5 v. H.
Asbach	—6,7 v. H.
Malchen	3,3 v. H.
Lichtenberg	—7,6 v. H.
Winterkasten	—20,2 v. H.

Die Gegenüberstellung zeigt, daß die Bevölkerungsentwicklung keineswegs immer vom Versorgungsgrad abhängig ist. Zwar wachsen die Gewerbegemeinden mit großer Bevölkerungszahl weiter, während die abseits liegenden kleinen Gemeinden einen bestimmten Schwund zu verzeichnen haben, aber die Wahl des Wohnortes ist von einer ganzen Reihe von Überlegungen abhängig, unter denen die öffentlichen und privaten Dienste und Einrichtungen sicherlich eine Rolle spielen, aber nicht ausschlaggebend sind. Alle 16 Gemeinden haben auch heute noch mehr Einwohner als 1939. Manche Gemeinden haben nur nicht ihre Neubürger (Heimatvertriebene und Ostzonenflüchtlinge) halten können, weil diese keine befriedigenden Arbeitsplätze in erträglicher Nähe fanden.

Eine andere Frage ist die, ob der Versorgungsgrad von den Steuereinnahmen der Gemeinde abhängig ist. Auch hier gibt eine Gegenüberstellung Auskunft:

Gemeinden in Reihenfolge der Versorgung	Steuereinnahmen pro Kopf DM		Steuereinnahmen 1950/1955 im Verhältnis zum Durch- schnitt der 16 Gemeinden
	1950	1955	
Gernsheim	42,18	95,70	überdurchschnittlich
Nieder-Ramstadt	33,98	79,45	überdurchschnittlich
Eppertshausen	32,76	69,16	überdurchschnittlich
Spachbrücken	25,22	37,45	unterdurchschnittlich
Messel	31,76	44,28	unterdurchschnittlich
Alsbach	30,74	69,65	überdurchschnittlich
Wixhausen	24,47	36,49	unterdurchschnittlich
Fränkisch-Crumbach	29,87	39,56	unterdurchschnittlich
Schneppenhausen	18,88	24,84	unterdurchschnittlich
Leeheim	30,60	46,66	unterdurchschnittlich
Kleestadt	25,55	30,94	unterdurchschnittlich
Berkach	38,83	65,79	überdurchschnittlich
Asbach	16,45	20,14	unterdurchschnittlich
Malden	40,89	49,56	unterdurchschnittlich
Lichtenberg	22,67	28,60	unterdurchschnittlich
Winterkasten	27,57	36,28	unterdurchschnittlich
Durchschnitt der 16 Gemeinden	32,16	62,22	

Bei der Beurteilung der Tabelle ist zu beachten, daß der Durchschnitt der Steuereinnahmen von einigen wenigen Gemeinden an der Spitze sehr hochgedrückt ist, wodurch die Mehrheit der übrigen unter dem Mittel bleibt. Doch ist klar zu erkennen: die Steuereinnahmen spielen zwar eine wesentliche Rolle für den Platz in der Versorgungstabelle, aber auch einigen unterdurchschnittlichen Gemeinden ist es geglückt, in die Spitzengruppe zu kommen. Sie danken dies einer überaus tüchtigen Verwaltung, die sich auch nicht scheute, ihre Bürger zur Mithilfe anzuregen.

Auf diese Erkenntnisse werden die Untersuchungsvorschläge — Abschnitt D — noch gesondert eingehen. Zum Abschluß der Einzeluntersuchungen schien es noch wichtig, außer den allgemeinen öffentlichen Diensten und Einrichtungen, die ja oft über den außerordentlichen Haushalt bewältigt werden, auch die Leistungen der Untersuchungsgemeinden über ihre ordentlichen Haushalte näher zu betrachten und zu vergleichen.

2. Die Ausgaben der ordentlichen Haushalte

Um festzustellen, was die Untersuchungsgemeinden für ihre Bürgerschaft über die ordentlichen Haushalte leisten, schien es notwendig, mindestens einen Zeitraum von drei Jahren zu erfassen. Die Unterlagen stellte das Statistische Landes-

amt in Wiesbaden mit den Erhebungsbogen der Gemeindefinanzstatistik, die den besonderen Vorteil hatten, die Istzahlen anzugeben. Auf den folgenden Seiten sind die Ausgaben der Gemeinden für einzelne Verwaltungszweige⁵⁵⁾ in den Haushaltsjahren 1954, 1955 und 1956 in ihrer absoluten Höhe angegeben. Dazu sind die Durchschnittsleistungen für drei Jahre und pro Kopf des Einwohners für jeden Verwaltungszweig errechnet worden. Hierdurch ergaben sich vergleichbare Zahlen.

Daran anschließend finden sich drei Übersichten, die allesamt die Pro-Kopf-Ausgaben im Durchschnitt dreier Jahre für die einzelnen Verwaltungszweige unter den errechneten Durchschnittszahlen für die 16 Untersuchungsgemeinden bringen, wobei die Gemeinden verschiedentlich geordnet wurden:

- nach ihrer Größenordnung,
- nach ihrer wirtschaftlichen Struktur
- und in der Reihenfolge der allgemeinen Versorgung.

Die Ergebnisse dieser dreifachen Gegenüberstellung sind im Anschluß an die Tabellen zusammengefaßt.

⁵⁵⁾ Die Gemeindefinanzstatistik unterscheidet zehn Verwaltungszweige (Einzelpläne): Allgemeine Verwaltung (0), Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1), Schulen (2), Kultur (3), Fürsorge und Jugendhilfe (4), Gesundheits- und Jugendpflege (5), Bau- und Wohnungswesen (6), Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7), Wirtschaftliche Unternehmen (8), Finanzen und Steuern (9). Für den Vergleich der Leistungen in den einzelnen Verwaltungszweigen waren nur die Einzelpläne 0 bis 7 einschließlich notwendig. Sie umfassen überall die üblichen und deshalb vergleichbaren Leistungen. Auf die Bedeutung der wirtschaftlichen Unternehmen wie auch der Finanzen und Steuern wird später gesondert eingegangen. Sie konnten deshalb an dieser Stelle außer Betracht bleiben.

ALSBACH

Einwohner 30. 9. 54:	2 475
30. 9. 55:	2 511
25. 9. 56:	2 454
	<u>7 440</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	31 498
1955:	34 980
1956:	34 652
	<u>101 130</u>

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	4 431
1955:	4 763
1956:	4 935
	<u>14 129</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 13,59

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,90

Schulen (2)

1954:	11 613
1955:	8 663
1956:	8 955
	<u>29 231</u>

Kultur (3)

1954:	2 972
1955:	11 221
1956:	8 900
	<u>23 093</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,92

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,10

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	16 187
1955:	15 053
1956:	10 779
	<u>42 019</u>

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	1 829
1955:	3 428
1956:	22 963
	<u>28 220</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 5,65

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,79

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	9 881
1955:	39 020
1956:	58 837
	<u>107 738</u>

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	44 324
1955:	59 151
1956:	66 791
	<u>170 266</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 14,48

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 22,89

ASBACH

Einwohner	30. 9. 54:	425
	30. 9. 55:	417
	25. 9. 56:	405
		<u>1 247</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	8 858
1955:	12 082
1956:	12 415
	<u>33 355</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 26,75

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	—
1955:	26
1956:	—
	<u>26</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,02

Schulen (2)

1954:	2 431
1955:	8 579
1956:	1 961
	<u>12 971</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 10,40

Kultur (3)

1954:	374
1955:	1 898
1956:	4 570
	<u>6 842</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 5,49

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	2 095
1955:	2 460
1956:	3 073
	<u>7 628</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 6,12

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	478
1955:	843
1956:	340
	<u>1 661</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,33

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	8 471
1955:	2 537
1956:	11 147
	<u>22 155</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 17,77

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	16 775
1955:	11 257
1956:	7 953
	<u>35 985</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 28,86

BERKACH

Einwohner 30. 9. 54:	484
30. 9. 55:	487
25. 9. 56:	466
	<u>1 437</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	5 565
1955:	5 857
1956:	6 469
	<u>17 891</u>

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	3 238
1955:	4 112
1956:	4 457
	<u>11 807</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 12,45

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 8,22

Schulen (2)

1954:	2 019
1955:	6 614
1956:	1 951
	<u>10 584</u>

Kultur (3)

1954:	623
1955:	578
1956:	549
	<u>1 750</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 7,37

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,22

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	550
1955:	517
1956:	41
	<u>1 108</u>

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	66
1955:	26
1956:	59
	<u>151</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,77

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,11

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	7 756
1955:	13 583
1956:	11 433
	<u>32 772</u>

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	6 796
1955:	8 585
1956:	8 851
	<u>24 232</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 22,81

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 16,86

EPPERTSHAUSEN

Einwohner 30. 9. 54:	2 807
30. 9. 55:	2 842
25. 9. 56:	2 908
	<u>8 557</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)	
1954:	28 089
1955:	31 811
1956:	37 053
	<u>96 953</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 11,33

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)	
1954:	6 436
1955:	6 309
1956:	6 904
	<u>19 649</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 2,30

Schulen (2)	
1954:	15 572
1955:	9 719
1956:	163 109
	<u>188 400</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 22,02

Kultur (3)	
1954:	1 187
1955:	1 381
1956:	2 071
	<u>4 639</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,54

Fürsorge und Jugendhilfe (4)	
1954:	6 301
1955:	9 125
1956:	10 512
	<u>25 938</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,03

Gesundheits- und Jugendpflege (5)	
1954:	4 888
1955:	1 820
1956:	2 253
	<u>8 961</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,05

Bau- und Wohnungswesen (6)	
1954:	78 595
1955:	44 809
1956:	51 568
	<u>174 972</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 20,45

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)	
1954:	15 923
1955:	106 107
1956:	16 454
	<u>138 484</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 16,18

FRÄNKISCH-CRUMBACH

Einwohner 30. 9. 54:	2 358
30. 9. 55:	2 353
25. 9. 56:	2 262
	<u>6 973</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	25 925
1955:	29 172
1956:	28 866
	<u>83 963</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 12,04

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	3 293
1955:	3 398
1956:	4 830
	<u>11 521</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,65

Schulen (2)

1954:	35 364
1955:	10 724
1956:	13 155
	<u>59 243</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 8,50

Kultur (3)

1954:	732
1955:	1 473
1956:	722
	<u>2 927</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,42

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	6 478
1955:	7 344
1956:	8 493
	<u>22 315</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,20

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	858
1955:	2 763
1956:	3 686
	<u>7 307</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,05

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	18 785
1955:	22 225
1956:	43 141
	<u>84 151</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 12,07

Öffentliche Einrichtungen und
Wirtschaftsförderung (7)

1954:	15 069
1955:	22 510
1956:	30 098
	<u>67 677</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 9,71

GERNSHEIM

Einwohner 30. 9. 54:	6 458
30. 9. 55:	6 549
25. 9. 56:	6 723
	<u>19 730</u>

A u s g a b e n (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	133 709
1955:	138 448
1956:	161 619
	<u>433 776</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 21,99

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	70 273
1955:	63 148
1956:	67 298
	<u>200 719</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 10,17

Schulen (2)

1954:	87 886
1955:	67 590
1956:	120 580
	<u>276 056</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 13,99

Kultur (3)

1954:	10 582
1955:	9 706
1956:	50 502
	<u>70 790</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,59

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	120 327
1955:	144 293
1956:	156 061
	<u>420 686</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 21,32

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	5 117
1955:	62 661
1956:	9 889
	<u>77 667</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,94

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	163 475
1955:	245 652
1956:	436 014
	<u>845 141</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 42,84

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	185 960
1955:	159 194
1956:	154 652
	<u>499 806</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 25,33

KLEESTADT

Einwohner 30. 9. 54:	785
30. 9. 55:	796
25. 9. 56:	790
	<u>2 371</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszeige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	11 062
1955:	10 806
1956:	12 838
	<u>34 706</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 14,64

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	587
1955:	510
1956:	717
	<u>1 814</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,77

Schulen (2)

1954:	2 300
1955:	3 316
1956:	3 124
	<u>8 740</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,96

Kultur (3)

1954:	135
1955:	114
1956:	304
	<u>553</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,23

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	1 254
1955:	2 132
1956:	2 458
	<u>5 844</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 2,46

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	637
1955:	563
1956:	541
	<u>1 741</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,73

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	8 401
1955:	10 211
1956:	1 647
	<u>20 259</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 8,54

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	1 317
1955:	1 422
1956:	12 946
	<u>15 685</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 6,62

LEEHEIM

Einwohner 30. 9. 54:	1 771
30. 9. 55:	1 754
25. 9. 56:	1 748
	<u>5 273</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	20 736
1955:	21 920
1956:	24 739
	<u>67 395</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 12,78

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	5 736
1955:	5 770
1956:	6 305
	<u>17 811</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,38

Schulen (2)

1954:	23 030
1955:	16 359
1956:	9 237
	<u>48 626</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 9,22

Kultur (3)

1954:	4 077
1955:	2 703
1956:	5 867
	<u>12 647</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 2,40

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	2 503
1955:	1 189
1956:	1 461
	<u>5 153</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,98

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	4 965
1955:	5 162
1956:	6 611
	<u>16 738</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,17

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	14 582
1955:	13 065
1956:	39 372
	<u>67 019</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 12,71

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	26 712
1955:	27 516
1956:	39 141
	<u>93 369</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 17,71

LICHTENBERG

Einwohner 30. 9. 54:	473
30. 9. 55:	467
25. 9. 56:	471
	<u>1 411</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	3 771
1955:	3 556
1956:	5 084
	<u>12 411</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 8,80

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	316
1955:	137
1956:	113
	<u>566</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,40

Schulen (2)

1954:	12 032
1955:	1 338
1956:	1 232
	<u>14 602</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 10,35

Kultur (3)

1954:	233
1955:	72
1956:	200
	<u>505</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,36

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	1 437
1955:	1 883
1956:	1 885
	<u>5 205</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,69

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	397
1955:	381
1956:	427
	<u>1 205</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,85

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	299
1955:	9 960
1956:	1 998
	<u>12 257</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 8,69

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	3 441
1955:	3 251
1956:	1 873
	<u>8 565</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 6,07

MALCHEN

Einwohner 30. 9. 54:	438
30. 9. 55:	455
25. 9. 56:	441
	<u>1 334</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	5 608
1955:	6 041
1956:	6 478
	<u>18 127</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 13,59

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	15
1955:	15
1956:	15
	<u>45</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,03

Schulen (2)

1954:	2 658
1955:	3 710
1956:	5 692
	<u>12 060</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 9,04

Kultur (3)

1954:	3 957
1955:	851
1956:	477
	<u>5 285</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,96

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	170
1955:	83
1956:	97
	<u>350</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,26

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	146
1955:	63
1956:	30
	<u>239</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,18

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	1 696
1955:	3 178
1956:	4 702
	<u>9 576</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 7,18

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	3 854
1955:	1 832
1956:	3 054
	<u>8 740</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 6,55

MESSEL

Einwohner	30. 9. 54:	1 680
	30. 9. 55:	1 701
	25. 9. 56:	1 779
		<u>5 160</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	22 483
1955:	24 142
1956:	25 369
	<u>71 994</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 13,95

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	1 709
1955:	1 800
1956:	1 500
	<u>5 009</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,97

Schulen (2)

1954:	12 633
1955:	12 917
1956:	12 022
	<u>37 572</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 7,28

Kultur (3)

1954:	974
1955:	4 278
1956:	2 669
	<u>7 921</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,54

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	3 280
1955:	2 235
1956:	2 128
	<u>7 643</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,48

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	1 467
1955:	1 688
1956:	8 956
	<u>12 111</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 2,35

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	18 000
1955:	59 520
1956:	27 191
	<u>104 711</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 20,29

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	29 162
1955:	28 975
1956:	24 273
	<u>82 410</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 15,97

NIEDER - RAMSTADT

Einwohner	30. 9. 54:	5 372
	30. 9. 55:	5 389
	25. 9. 56:	5 278
		<u>16 039</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszeige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	79 140
1955:	86 791
1956:	90 125
	<u>256 056</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 15,96

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	12 013
1955:	12 281
1956:	13 513
	<u>37 807</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 2,36

Schulen (2)

1954:	107 813
1955:	74 051
1956:	142 201
	<u>324 065</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 20,20

Kultur (3)

1954:	544
1955:	572
1956:	1 855
	<u>2 971</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,19

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	34 229
1955:	32 875
1956:	36 670
	<u>103 774</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 6,47

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	38 926
1955:	16 041
1956:	12 742
	<u>67 709</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 4,22

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	68 536
1955:	64 956
1956:	92 305
	<u>225 797</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 14,08

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	62 612
1955:	57 424
1956:	84 636
	<u>204 672</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 12,76

SCHNEPPENHAUSEN

Einwohner 30. 9. 54:	907
30. 9. 55:	920
25. 9. 56:	908
	<u>2 735</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	14 364
1955:	15 716
1956:	19 169
	<u>49 249</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 18,01

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	413
1955:	320
1956:	324
	<u>1 057</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,39

Schulen (2)

1954:	2 533
1955:	7 483
1956:	5 634
	<u>15 650</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 5,72

Kultur (3)

1954:	1 730
1955:	4 281
1956:	825
	<u>6 836</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 2,50

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	4 096
1955:	3 334
1956:	4 266
	<u>11 696</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 4,28

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	933
1955:	1 849
1956:	84
	<u>2 866</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,05

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	3 059
1955:	3 211
1956:	18 591
	<u>24 861</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 9,09

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	4 177
1955:	5 662
1956:	5 475
	<u>15 314</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 5,60

SPACHBRÜCKEN

Einwohner 30. 9. 54:	1 535
30. 9. 55:	1 548
25. 9. 56:	1 505
	<u>4 588</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	17 220
1955:	21 010
1956:	23 720
	<u>61 950</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 13,50

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	2 840
1955:	3 063
1956:	3 328
	<u>9 231</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 2,01

Schulen (2)

1954:	10 851
1955:	15 842
1956:	8 182
	<u>34 875</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 7,60

Kultur (3)

1954:	1 705
1955:	15 264
1956:	5 113
	<u>22 082</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 4,81

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	5 008
1955:	4 055
1956:	6 085
	<u>15 148</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,30

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	2 038
1955:	2 681
1956:	2 411
	<u>7 130</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,55

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	9 678
1955:	699
1956:	12 126
	<u>22 503</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 4,90

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	12 933
1955:	15 708
1956:	13 567
	<u>42 208</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 9,20

WINTERKASTEN

Einwohner 30. 9. 54:	790
30. 9. 55:	776
25. 9. 56:	703
	<u>2 269</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	7 725
1955:	7 528
1956:	8 760
	<u>24 013</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 10,58

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	538
1955:	589
1956:	540
	<u>1 667</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,73

Schulen (2)

1954:	7 385
1955:	12 147
1956:	11 748
	<u>31 280</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 13,79

Kultur (3)

1954:	1 433
1955:	4 761
1956:	310
	<u>6 504</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 2,87

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	2 441
1955:	3 466
1956:	1 405
	<u>7 312</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 3,22

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	1 033
1955:	1 019
1956:	1 051
	<u>3 103</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,37

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	4 938
1955:	47 334
1956:	6 286
	<u>58 558</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 25,81

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	6 860
1955:	12 277
1956:	9 191
	<u>28 328</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 12,48

WIXHAUSEN

Einwohner 30. 9. 54:	3 390
30. 9. 55:	3 449
25. 9. 56:	3 407
	<u>10 246</u>

Ausgaben (DM)

Verwaltungszweige:

Allgemeine Verwaltung (0)

1954:	36 860
1955:	53 022
1956:	94 901
	<u>184 783</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 18,03

Öffentliche Sicherheit und Ordnung (1)

1954:	4 480
1955:	6 319
1956:	6 969
	<u>17 768</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,73

Schulen (2)

1954:	35 353
1955:	18 539
1956:	22 419
	<u>76 311</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 7,44

Kultur (3)

1954:	868
1955:	1 596
1956:	2 343
	<u>4 807</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: —,47

Fürsorge und Jugendhilfe (4)

1954:	5 672
1955:	5 645
1956:	8 858
	<u>20 175</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 1,97

Gesundheits- und Jugendpflege (5)

1954:	5 595
1955:	5 737
1956:	14 645
	<u>25 977</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 2,53

Bau- und Wohnungswesen (6)

1954:	20 539
1955:	11 648
1956:	23 942
	<u>56 129</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 5,48

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (7)

1954:	25 011
1955:	62 001
1956:	35 378
	<u>122 390</u>

Durchschnitt aus drei Jahren
pro Kopf: 11,94

Gemeinden nach der Größe geordnet

Ausgaben im Durchschnitt 1954-1956 pro Kopf (in DM)	Einwohnerzahl 25. 9. 1956	Allgemeine Verwaltung	Öffentliche Sicherheit u. Ordnung	Schulen	Kultur	Fürsorge u. Jugendhilfe	Gesundheits- u. Jugendpflege	Bau- u. Wohnungswesen	Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung
Durchschnitt der 16 Gemeinden		15,99	3,62	12,19	1,86	7,25	2,71	19,30	16,09
Gernsheim	6 723	21,99	10,17	13,99	3,59	21,32	3,94	42,84	25,33
Nieder-Ramstadt	5 278	15,96	2,36	20,20	—,19	6,47	4,22	14,08	12,76
Wixhausen	3 407	18,03	1,73	7,44	—,47	1,97	2,53	5,48	11,94
Eppertshausen	2 908	11,33	2,30	22,02	—,54	3,03	1,05	20,45	16,18
Alsbach	2 454	13,59	1,90	3,92	3,10	5,65	3,79	14,48	22,89
Fränkisch-Crumbach	2 262	12,04	1,65	8,50	—,42	3,20	1,05	12,07	9,71
Messel	1 779	13,95	—,97	7,28	1,54	1,48	2,35	20,29	15,97
Leeheim	1 748	12,78	3,38	9,22	2,40	—,98	3,17	12,71	17,71
Spachbrücken	1 505	13,50	2,01	7,60	4,81	3,30	1,55	4,90	9,20
Schneppenhausen	908	18,01	—,39	5,72	2,50	4,28	1,05	9,09	5,60
Kleestadt	790	14,64	—,77	3,96	—,23	2,46	—,73	8,54	6,62
Winterkasten	703	10,58	—,73	13,79	2,87	3,22	1,37	25,81	12,48
Lichtenberg	471	8,80	—,40	10,35	—,36	3,69	—,85	8,69	6,07
Berkach	466	12,45	8,22	7,37	1,22	—,77	1,11	22,81	16,86
Malden	441	13,59	—,03	9,04	3,96	—,26	—,18	7,18	6,55
Asbach	405	26,75	—,02	10,40	5,49	6,12	1,33	17,77	28,86

Gemeinden nach ihrer wirtschaftlichen Struktur geordnet

Ausgaben im Durch- schnitt 1954—1956 pro Kopf (in DM)	Allgemeine Ver- waltung	Öffentliche Sicherheit u. Ordnung	Schulen	Kultur	Fürsorge u. Jugend- hilfe	Gesund- heits- u. Ju- gendpflege	Bau- u. Wohnungs- wesen	Öffentliche Einrich- tungen u. Wirtsch- förderung	
Durchschnitt der 16 Gemeinden	Struktur nach Raum- atlas								
Gernsheim	G	21,99	10,17	13,99	3,59	21,32	3,94	42,84	25,33
Nieder-Ramstadt	G	15,96	2,36	20,20	—,19	6,47	4,22	14,08	12,76
Alsbach	G	13,59	1,90	3,92	3,10	5,65	3,79	14,48	22,89
Eppertshausen	G	11,33	2,30	22,02	—,54	3,03	1,05	20,45	16,18
Lichtenberg	G	8,80	—,40	10,35	—,36	3,69	—,85	8,69	6,07
Wixhausen	W	18,03	1,73	7,44	—,47	1,97	2,53	5,48	11,94
Messel	G	13,95	—,97	7,28	1,54	1,48	2,35	20,29	15,97
Spachbrücken	W	13,50	2,01	7,60	4,81	3,30	1,55	4,90	9,20
Schneppenhausen	W	18,01	—,39	5,72	2,50	4,28	1,05	9,09	5,60
Malden	W	13,59	—,03	9,04	3,96	—,26	—,18	7,18	6,55
Leheim	L	12,78	3,38	9,22	2,40	—,98	3,17	12,71	17,71
Kleestadt	L	14,64	—,77	3,96	—,23	2,46	—,73	8,54	6,62
Berkach	L	12,45	8,22	7,37	1,22	—,77	1,11	22,81	16,86
Ashach	L	26,75	—,02	10,40	5,49	6,12	1,33	17,77	28,96
Fränk.-Crumbach	M	12,04	1,65	8,50	—,42	3,20	1,05	12,07	9,71
Winterkasten	G	10,58	—,73	13,79	2,87	3,22	1,37	25,81	12,48

G = Gewerbegegend, W = Wohngegend, L = Landwirtschaftsgegend, M = Mischgegend.

Gemeinden nach dem Versorgungsgrad geordnet

Ausgaben im Durchschnitt 1954—1956 pro Kopf (in DM)	Einwohnerzahl 25. 9. 1956	Allgemeine Verwaltung	Öffentliche Sicherheit u. Ordnung	Schulen	Kultur	Fürsorge u. Jugendhilfe	Gesundheits- u. Jugendpflege	Bau- u. Wohnungswesen	Öffentliche Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung
Durchschnitt der 16 Gemeinden		15,99	3,62	12,19	1,86	7,25	2,71	19,30	16,09
Gernshcim	6 723	21,99	10,17	13,99	3,59	21,32	3,94	42,84	25,33
Nieder-Ramstadt	5 278	15,96	2,36	20,20	—,19	6,47	4,22	14,08	12,76
Eppertshausen	2 908	11,33	2,30	22,02	—,54	3,03	1,05	20,45	16,18
Spachbrücken	1 505	13,50	2,01	7,60	4,81	3,30	1,55	4,90	9,20
Messel	1 779	13,95	—,97	7,28	1,54	1,48	2,35	20,29	15,97
Alsbach	2 454	13,59	1,90	3,92	3,10	5,65	3,79	14,48	22,89
Wixhausen	3 407	18,03	1,73	7,44	—,47	1,97	2,55	5,48	11,94
Fränkisch-Crumbach	2 262	12,04	1,65	8,50	—,42	3,20	1,05	12,07	9,71
Schneppenhausen	908	18,01	—,39	5,72	2,50	4,28	1,05	9,09	5,60
Leheim	1 748	12,78	3,38	9,22	2,40	—,98	3,17	12,71	17,71
Kleestadt	790	14,64	—,77	3,96	—,23	2,46	—,73	8,54	6,62
Berkach	466	12,45	8,22	7,37	1,22	—,77	1,11	22,81	16,86
Asbach	405	26,75	—,02	10,40	5,49	6,12	1,33	17,77	28,86
Malden	441	13,59	—,03	9,04	3,96	—,26	—,18	7,18	6,55
Lichtenberg	471	8,80	—,40	10,35	—,36	3,69	—,85	8,69	6,07
Winterkasten	703	10,58	—,73	13,79	2,87	3,22	1,37	25,81	12,48

Allgemeine Verwaltung, Einzelplan 0

Die Ausgaben pro Kopf innerhalb der drei Jahre schwanken erheblich um den Mittelwert. Dabei hat die gut versorgte und große Gewerbe­gemeinde Gernsheim nicht einmal die höchsten Verwaltungsausgaben. Das schlecht versorgte Asbach, eine Landwirtschaftsgemeinde, steht an der Spitze, wobei natürlich die kleine Einwohnerzahl eine Rolle spielt. Doch von dieser bemerkenswerten Ausnahme abgesehen, besteht offenbar die Tendenz, daß mit abnehmender Gemeindegröße die Ausgaben pro Kopf des Gemeindebürgers für die allgemeine Verwaltung nachlassen. Die wirtschaftliche Struktur einer Gemeinde hat keinen deutlich sichtbaren Einfluß auf die Höhe der Verwaltungsausgaben. Auch der Grad der Versorgung wird nicht direkt von der Höhe der Aufwendungen für die allgemeine Verwaltung berührt.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Einzelplan 1

Der Durchschnittswert wird hier durch die Stadt Gernsheim erheblich in die Höhe getrieben, die kommunale Polizei unterhält und hierzu besondere Leistungen aufbringen muß. Doch ist zu erkennen, daß die Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung mit der Gemeindegröße abnehmen. Eine Ausnahme bilden hier nur vorwiegend landwirtschaftliche Gemeinden, deren Gemarkungen noch so groß sind, daß sie zu besonderen Aufwendungen für Feldhüter verpflichtet sind. Im übrigen hat die wirtschaftliche Struktur der Gemeinden keinen Einfluß auf diesen Ausgabeposten. Bei der Reihenfolge der Versorgung ist zu erkennen, daß im allgemeinen die gut versorgten Gemeinden pro Kopf ihrer Gemeinde­bürger größere Summen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufwenden als die im unteren Teil der Tabelle.

Schulen, Einzelplan 2

Hier sind in jeder der drei Tabellen erhebliche Schwankungen um den Mittelwert zu erkennen. Die Ausgaben pro Kopf für die Schulen stehen offenbar in keinem erkennbaren Zusammenhang mit der Gesamtgröße der Gemeinde, doch liegen die allgemein besser versorgten Gemeinden meist mit ihren Leistungen an der Spitze und über dem Durchschnitt. Die großen Gewerbe­gemeinden wenden mehr Geld für ihre Schulen auf. Agrar- und vor allem die Wohn­gemeinden bleiben unter dem Durchschnitt.

Kultur, Einzelplan 3

Die Ausgaben pro Kopf schwanken erheblich um den Mittelwert. Nicht immer leisten die großen Gemeinden auch die höchsten Ausgaben je Gemeindebürger für ihre kulturellen Aufgaben. Wenn sich kleine Gemeinden um Volkshochschule oder Fortbildungsvorträge bemühen, sind ihre Leistungen weitaus höher. Aus der Gliederung nach der wirtschaftlichen Struktur ist ersichtlich, daß vor allem

die Wohngemeinden — von Ausnahmen abgesehen — für kulturelle Aufgaben überdurchschnittliche Leistungen aufweisen.

Fürsorge und Jugendhilfe, Einzelplan 4

Durch die Leistungen der Stadt Gernsheim wird der Durchschnittssatz so hochgetrieben, daß ihn keine andere Gemeinde erreicht. Die Ausgaben sind sehr unterschiedlich und offenbar weder von der Größe noch von der wirtschaftlichen Struktur noch vom Grade der übrigen Versorgung beeinflusst.

Gesundheits- und Jugendpflege, Einzelplan 5

Hier sind wieder Zusammenhänge zu erkennen: Die großen Gemeinden haben sich zu höheren Leistungen verpflichtet als die kleinen. Wohn- und Landwirtschaftsgemeinden bleiben zumeist unter dem Durchschnitt. Die allgemein gut versorgten Gemeinden leisten auch mehr für Gesundheits- und Jugendpflege als die schlechter versorgten.

Bau- und Wohnungswesen, Einzelplan 6

Die Größe der Gemeinde spielt offenbar keine Rolle. Bei der wirtschaftlichen Struktur ist auffallend, daß die Gewerbe- und Landwirtschaftsgemeinden in Ausnahmen, die Wohngemeinden aber nie den Durchschnittswert erreichen. Zum Versorgungsgrad stehen die Ausgaben je Gemeindebürger für Bau- und Wohnungswesen in keinem sichtbaren Zusammenhang.

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, Einzelplan 7

Die Leistungen der Gemeinde pro Kopf des Bürgers sind nicht unbedingt von der Einwohnerzahl abhängig. Die wirtschaftliche Struktur aber spielt eine Rolle. Die Ausgaben der Gewerbe- und Landwirtschaftsgemeinden liegen zumeist über dem Durchschnitt. Gut versorgte Gemeinden haben im Durchschnitt auch verhältnismäßig hohe Ausgaben für die öffentlichen Einrichtungen und die Wirtschaftsförderung. Doch besteht kein deutlich erkennbarer Zusammenhang zwischen der Position in der Versorgungstabelle und den Pro-Kopf-Ausgaben.

Abschließend ist noch einmal zu bemerken, daß es sich hier um reine Pro-Kopf-Rechnungen und -Vergleiche handelt. Absolut gemessen sind natürlich die Leistungen der großen Gemeinden beinahe in jedem Falle bedeutender als die der kleinen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Die ordentlichen Ausgaben in den einzelnen Verwaltungszweigen sind meist von örtlichen Gegebenheiten abhängig, die sich nur schwer in ein Schema zwingen lassen. Größe der Gemeinde, wirtschaftliche Struktur und Versorgungsgrad beeinflussen nur in bestimmten Verwaltungszweigen die Höhe der Ausgaben pro Kopf.

D. Hilfen für das flache Land (Folgerungen aus den Untersuchungsvorschlägen)

I. Einschränkende Vorbemerkung

In den ersten Jahren nach dem Kriege war der Aufbau der zerstörten Städte vordringlich. Die Sorgen unserer Dörfer, die ihre kommunalen Dienste und Einrichtungen zu verbessern wünschten, fanden kaum öffentliches Interesse. Inzwischen hat sich das Blatt gewendet: Bund und Länder wollen dem Dorfbewohner helfen, das „soziale Gefälle“ zwischen Stadt und Land soll beseitigt werden. Diesem Vorhaben dienen zahlreiche Erklärungen, Programme und Maßnahmen. Ihnen liegen durchweg globale Zahlen und Angaben zugrunde. Sind sie die richtigen Wegweiser? In der vorliegenden Arbeit wurde versucht, durch Einzeluntersuchungen das Bild zu klären. In 16 Gemeinden verschiedener Struktur und Größe im Einflußbereich der Stadt Darmstadt ist der Umfang der privatwirtschaftlichen und öffentlichen Versorgung gemessen worden. Auch den Ursachen der sehr unterschiedlichen Verhältnisse wurde nachgegangen. Die Übersicht ergab:

Große Gemeinden sind regelmäßig öffentlich und privatwirtschaftlich besser versorgt als kleine. Gewerbe Gemeinden können meist mehr leisten als alle anderen wirtschaftlichen Typen. Eine tüchtige kommunale Verwaltung jedoch kann diese Regeln weitgehend durchbrechen. Vor allem Aktionen der Selbsthilfe können Schwächen der Gemeindekasse ausgleichen. Arbeiterwohn Gemeinden sind für ihre Größe meist schlecht versorgt. Die Einwohner dieser Dörfer empfinden diesen Mangel besonders stark. Da im Zuge der Industrialisierung immer mehr Agrar Gemeinden zu Arbeiterwohn Gemeinden werden, kann die Unzufriedenheit auf dem Lande wachsen.

Wie kann den Gemeinden überhaupt geholfen werden? Generelle Maßnahmen — unabhängig von Größe und Struktur der Gemeinden — sind nur bedingt geeignet. In welchem Maße ist eine bessere Versorgung des flachen Landes überhaupt möglich und wünschenswert? Sollen alle Dorfbewohner sich der gleichen Dienste und Einrichtungen erfreuen, die für den Großstädter selbstverständlich sind? Ist dies wirtschaftlich vertretbar? Wer soll für diese Leistungen aufkommen?

Alle Bemühungen, mit einer besseren öffentlichen Versorgung das Leben der Landbewohner zu erleichtern, kosten Geld. Die entsprechenden finanziellen Mittel

sind entweder von der Gemeinschaft der Steuerzahler oder aber von den begünstigten Kleinstädten und Dörfern selbst aufzubringen. Aber gerade in den wahrhaft bedürftigen kleinen Gemeinden ist die Steuerkraft der Einwohner oft gering. Finanzielle Leistungen für diese unterentwickelten Bezirke fallen deshalb auf die Gemeinschaft aller Steuerzahler zurück. Müssen wir diese Opfer bringen? Vor der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft erklärte am 12. Juni 1958 der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. August Dresbach: „Die Ungleichheit der Welt und der Lebensgebräuche, der Belastungen und der Leistungen, nimmt die heutige Welt, glaube ich, nicht mehr als gottgewollt entgegen . . . Das Wort heißt heute: soziale Gerechtigkeit“⁵⁶).

Ungleichheit wird als ungerecht empfunden, obgleich unsere Ordnung auf einem bestimmten Maße an Ungleichheit beruht. Übereifrige Kommunalpolitiker finden deshalb allzu leicht Gehör, wenn sie fordern, jede Gemeinde müsse großstädtisch versorgt werden. Aber es bleibt zu fragen, ob sie damit nicht aus falschem Ehrgeiz Unruhe stiften. Der Landbewohner, vor allem der Bürger kleiner Dörfer, kann in den Mauern seiner Heimatgemeinden nicht mit den gleichen Diensten und Einrichtungen versorgt werden wie der Städter. Eine Reihe öffentlicher Dienste und Einrichtungen ist nur dann wirtschaftlich zu vertreten, wenn sie einer bestimmten Mindestzahl von Bürgern dient.

Die Stadt soll sich auch künftig im Wesen und damit auch in der Qualität ihrer öffentlichen Daseinsvorsorge vom Lande unterscheiden. Die Stadt hat besondere Aufgaben.

Der bekannte Darmstädter Schriftsteller und Soziologe Friedrich Borée schreibt dazu: „Die Städte sind noch immer, was auch unser exzessives Zeitalter hervorgebracht hat, die größten mit Augen greifbaren Schöpfungen der Menschen, diese Knoten im Netz, das wir über die bewohnbare Erde gespannt haben, diese Verdichtungspunkte des geselligen Lebens, der wirtschaftlichen Leistung, des Güteraustausches und der geistigen Regsamkeit und Produktion. Alle höhere Zivilisation nimmt von ihnen den Ausgang und ist an sie geheftet. Heute vollends sind wir in ein Jahrhundert der Großstadtkultur getreten. Der Lebensstil, der sich in den Großstädten bildet, ist maßgebend geworden für die ganze Nation, mehr als das: für die ganze Menschheit“⁵⁷). Stadt und Land sind im Wesen verschieden. Sollen aus politischen, soziologischen und volkswirtschaftlichen Über-

⁵⁶) Dresbach, August, Gedanken zur kommunalen Finanzverfassung, Vortrag vor der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e. V., in: Tagungsprotokoll Nr. 11 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Neuordnung der Finanzpolitik, Ludwigsburg 1958, S. 40.

⁵⁷) Borée, Friedrich, 10 Jahre Arbeit der Wiederaufbau GmbH Darmstadt, Darmstadt 1960, S. 7.

legungen allzu große Unterschiede in der Versorgung ausgeglichen werden, dann nur mit der Absicht, um

der Landbevölkerung die gleichen Aufstiegs- und Entwicklungschancen zu sichern, deren sich die Städter erfreuen;
die wirtschaftliche Leistungskraft der Landbewohner besser zu nutzen und pfleglicher zu behandeln;
gute staatsbürgerliche Gesinnung und das kulturelle Leben zu fördern;
die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten.

Die Untersuchungsvorschläge sind in drei Abschnitte eingeteilt:

Finanzielle Hilfen

Selbsthilfe

Staatliche Hilfen

II. Finanzielle Hilfen

Sicherlich am einfachsten ist die öffentliche Daseinsvorsorge zugunsten des flachen Landes zu bessern, wenn die Rathäuser mehr Geld in den Kassen haben. Finanzielle Forderungen stehen auch bei der Diskussion am Anfang. Seit Jahr und Tag drängen die kommunalen Spitzenverbände auf eine Finanzreform, die den Gemeinden einträglichere Steuerquellen sichert. Dazu sind auch konkrete Vorschläge eingebracht worden. Alle haben die Absicht, den Gemeinden größere Einnahmen zu sichern. Ist nur damit allein beispielsweise den Ärmsten unter den 16 Untersuchungsgemeinden zu dienen?

In der „Ordnung für sämtliche Städte der preußischen Monarchie mit dazu gehöriger Instruktion“ vom 19. November 1808⁵⁸⁾ heißt es im § 26: „Einem jeden Bürger liegt die Verpflichtung ob, zu den städtischen Bedürfnissen aus seinem Vermögen und mit seinen Kräften die nötigen Beiträge zu leisten und überhaupt alle städtischen Lasten verhältnismäßig zu tragen.“ — Wie die „fehlenden Bedürfnisse“ aufzubringen seien, erläutert die Deklaration zu § 56:

„a) Glauben die Gemeinden, auf dem Wege einer Erhöhung der Klassen- oder der Mahl- und Schlachtsteuer die Beiträge der einzelnen Mitglieder am angemessensten erheben zu können, so soll ihnen solches unter Genehmigung der vorgesetzten Regierung verstattet werden. Andere Auflagen und Ausschläge für die Bezirks- und Gemeinde-Bedürfnisse können jedoch nur dann erhoben werden, wenn sie bereits bestehen, und das Bedürfnis dazu noch fort dauert, oder wenn sie in der Verfassung

⁵⁸⁾ Ordnung für sämtliche Städte der preußischen Monarchie mit dazu gehöriger Instruktion, Behuf der Geschäftsführung der Stadtverordneten bei ihren ordnungsmäßigen Versammlungen, vom 19. November 1808, Sammlung der für die Königlichen Preussischen Staaten erschienenen Gesetze und Verordnungen von 1806 bis zum 27. Oktober 1810, als Anhang zu der seit dem Jahre 1810 edirten Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten, Berlin 1822, S. 324.

und auf landesherrlicher Bewilligung beruhen, in allen Fällen aber nur, insofern sie den Bestimmungen der allgemeinen Steuergesetze und der Freiheit des inneren Verkehrs nicht hinderlich sind.

b) Es versteht sich übrigens von selbst, daß die Eigentümer von Grundstücken in Stadtbezirken, wenn sie gleich nicht ihren Wohnsitz daselbst haben, zu den städtischen, nach dem Grund-Eigentum verteilten Leistungen verpflichtet sind.“

Diese programmatischen Sätze sicherten den Gemeinden die Steuerautonomie, brachten aber keine einheitliche Finanzverfassung. Nach Gerloff bestanden bis zur Miquelschen Reform in „den ungefähr 40 000 Gemeinden des preußischen Staates fast ebenso viele Gemeindeverfassungen, die nur durch einige wenige Bestimmungen der Städte-Landgemeindeordnungen sowie durch eine gewisse gleichmäßige Praxis der Aufsichtsbehörden vor allzu großer Verschiedenheit bewahrt blieben“⁵⁹⁾. Die Finanzwissenschaft begann — laut Horster — erst in der Mitte des Jahrhunderts, sich der Kommunalfinanzen anzunehmen⁶⁰⁾. Im Jahre 1840 wies J. G. Hoffmann angesichts des wachsenden Finanzbedarfs vor allem der Städte darauf hin, daß die Steuern ihren subsidiären Charakter mehr und mehr verlieren würden⁶¹⁾. Schmoller überlegte 40 Jahre später, angeregt durch Gneist, der an Hand englischer Beispiele den Begriff Selbstverwaltung geschaffen hatte⁶²⁾, welche Ertragsquellen den Gemeinden zugewiesen werden sollten⁶³⁾. Auch Roscher vertrat die Ansicht, den Selbstverwaltungskörpern müsse ein eigenes Finanzwesen zugestanden werden⁶⁴⁾. Schäffle befürwortete ein gemeindliches Steuersystem, das den Gemeinden eigene Finanzpolitik gestatten sollte. Er wollte schon den Gemeinden die Gewerbesteuer zuweisen, die in Preußen dem Lande gehörte. Seine Reformvorschläge liefen darauf hinaus, die Erträge der gemeindlichen Grund-, Gewerbe-, Renten- und Gehaltssteuern beweglich zu halten⁶⁵⁾; er empfahl daneben eine Wohnsteuer, die zusätzlich zur Gebäudesteuer bestehen könne⁶⁶⁾. Adolph Wagner riet, die Ausgaben der Gemeinden sollten aus Ertragssteuern, Personal- und Einkommensteuern bestritten werden. Er wollte diese Kombination, weil inzwischen im Deutschen Reich im Zuge der zunehmenden Industrialisierung der Unterschied zwischen

⁵⁹⁾ Gerloff, Wilhelm, Die öffentliche Finanzwirtschaft, Frankfurt 1942, S. 507.

⁶⁰⁾ Horster, Robert, Die Reform des deutschen Gemeindesteuersystems, Berlin 1958, S. 14.

⁶¹⁾ Hoffmann, J. G., Die Lehre von den Steuern, Berlin 1840, S. 18 f.

⁶²⁾ von Gneist, Rudolf, Geschichte und heutige Gestalt der Ämter und des Verwaltungsrechts in England, 2. Bd., 2. Aufl., Berlin 1866/67.

⁶³⁾ Schmoller, Gustav, Theorie und Praxis der deutschen Steuerreform in Reich, Staat und Gemeinde, in: Schmollers Jahrbuch, Bd. 5, 1881, S. 427.

⁶⁴⁾ Roscher, Wilhelm, System der Finanzwissenschaft, Stuttgart 1886, S. 653 ff.

⁶⁵⁾ Schäffle, Albert, Die Grundsätze der Steuerpolitik, Tübingen 1880, S. 561 ff.

⁶⁶⁾ Ebenda, S. 393.

Wohn- und Betriebsgemeinden zu beobachten war⁶⁷⁾. W a g n e r zeigte damit einen ersten interkommunalen Finanzausgleich auf, ein Mischsystem im Interesse der kleinen und armen Gemeinden⁶⁸⁾. Die entscheidende Wende brachten die Steuerreformen M i q u e l s. Sie basierten auf der vierzigjährigen theoretischen Vorarbeit der genannten Wissenschaftler, sie führten die modernen Gemeindesteuern ein. Nach einer Reform der Einkommensteuer, die dem Lande Preußen den Einnahmeverlust wegen des nötigen Verzichtes auf die Realsteuern wieder ausglich, legte M i q u e l 1892 dem Landtag das Kommunalabgabengesetz⁶⁹⁾ vor. Die Gemeinden erhielten danach die Erträge der Grund- und Gebäudesteuer, der Gewerbesteuer und die Bergwerksabgaben. H o r s t e r kommentiert das Reformwerk: „Es war ein Steuersystem entstanden, das durch ein harmonisches Ineinandergreifen der einzelnen Steuern klare Kompetenzverhältnisse für die einzelnen Steuergläubigen wie für Staat und Gemeinden schuf, ohne den Steuerzahler mit zusätzlichen Abgaben zu belasten“⁷⁰⁾. Den Gemeinden war neben den Realsteuern das Recht geblieben, Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben, wenn alle anderen Steuerquellen ausgeschöpft sein sollten⁷¹⁾.

Nach dem Ersten Weltkrieg brauchte das Reich erhebliche finanzielle Mittel, um seinen um das Vielfache gewachsenen Verpflichtungen gerecht werden zu können. Die Erzbergersche Steuerreform schuf die nötigen Einnahmen mit der Reichseinkommensteuer⁷²⁾, die den Gemeinden das Recht nahm, einen Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben. Gleichzeitig trat für die Gemeinden noch eine wesentliche Verschlechterung ein: Die Ertragshoheit für die Gewerbe- und Grundvermögensteuer ging an die Länder, denen ein Äquivalent für den Ausfall der Einkommensteuer geboten werden sollte⁷³⁾. Zwar beteiligte das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Finanzausgleichsgesetz) vom 23. Juni 1923 (RGBl. I, S. 494) die Gemeinden an den Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuern, aber ihre eigenen Steuerquellen hatte die kommunale Selbstverwaltung wieder verloren.

Die tatsächliche finanzielle Lage der Gemeinden nach den Erzbergerschen Reformen wurde zunächst durch die Inflation verschleiert. Als sie nach der Stabilisierung offenbar wurde, versuchte eine Reihe von Wissenschaftlern und Praktikern — u. a. Bühler/Most⁷⁴⁾ — mit Gutachten, eine bessere Finanzverfassung vorzubereiten. Weitaus am bekanntesten wurde das Gutachten des Gelehrten und

⁶⁷⁾ Wagner, Adolph, Finanzwirtschaft, 2. Aufl., Leipzig 1890, S. 414 f.

⁶⁸⁾ Vgl.: Horster, a. a. O., S. 20.

⁶⁹⁾ Kommunalabgabengesetz (KAG) vom 14. Juli 1893, GS S. 152.

⁷⁰⁾ Horster, a. a. O., S. 23.

⁷¹⁾ § 83 ff., KAG.

⁷²⁾ Einkommensteuergesetz vom 29. März 1920, RGBl. I, S. 359.

⁷³⁾ Vgl.: Horster, a. a. O., S. 26.

⁷⁴⁾ Bühler, Otto, und Most, Otto, Die Finanzlage der Ruhrgebietsstädte. Jena 1932.

Politikers Johannes P o p i t z⁷⁵⁾, der in der Wohnsteuer eine ideale Möglichkeit sah, den Gemeinden zu einer von Reich und Ländern unabhängigen, zusätzlichen Einkommensquelle zu verhelfen. P o p i t z stellte in seinem Gutachten Grundsätze für ein brauchbares Gemeindesteuersystem auf. Sie fordern Hinlänglichkeit, Beweglichkeit, wirtschaftliche Angemessenheit, Radizierbarkeit (örtliche Verknüpfung) der Besteuerungsmöglichkeit auf die Gemeinden, Rücksichtnahme auf die Wechselwirkung zwischen den Besteuerungsmöglichkeiten und den Gemeindeausgaben, Rücksichtnahme auf die politische Kräfteverteilung, Einfügung des Gemeindesteuersystems in die Gesamtsteuerpolitik und schließlich Konstanz des Gemeindesteuersystems⁷⁶⁾. Das Gutachten von Johannes Popitz fand weithin Beachtung, aber die Wohnsteuer wurde nicht eingeführt. Ein guter Teil der Vorschläge aus dem Gutachten von P o p i t z fand jedoch bei den Steuerreformen von 1936 Beachtung. Durch das Gewerbesteuerengesetz⁷⁷⁾, Grundsteuergesetz⁷⁸⁾ und das Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen⁷⁹⁾, alle vom 1. Dezember 1936, wurden die Objektsteuern im ganzen Reich vereinheitlicht. Die Gemeinden erhielten wieder die Grund- und Gewerbesteuer (letzte hatten sie in Preußen seit 1893 behalten). Außerdem konnten die Gemeinden noch die Bürgersteuer aus dem Jahre 1930 erheben, sie erhielten dazu Einkünfte aus dem Finanzausgleich. Aber 1938 hörte der Steuerverbund auf⁸⁰⁾, an seine Stelle traten Finanzausweisungen. Die finanzielle Bewegungsfreiheit der Gemeinden wurde immer enger und schließlich 1942 durch die Beseitigung der Bürgersteuer nochmals verkleinert. Den Vertretern der Selbstverwaltung wurde versprochen, nach dem Kriege werde die Bürgersteuer wieder zurückgegeben, aber nach 1945 dachte niemand daran, das Versprechen der früheren Machthaber einzuhalten. Statt dessen wurden die Gemeinden mit den schwersten Lasten belegt. Die neue staatliche Ordnung baute sich auf Wunsch der alliierten Sieger von unten nach oben auf, zuerst waren es die Gemeinden, die Bürgermeister und Räte, die das Chaos zu ordnen suchten. Die Selbstverwaltung der Kommunen hat damals ihre größte Bewährungsprobe seit Bestehen abgelegt. Bürgermeistern und Landräten oblag die Last, ein besiehtes Volk vor dem bevorstehenden völligen Untergang zu retten und den Neuaufbau einzuleiten.

Als die Länder geschaffen wurden, bauten diese eine eigene Finanzverwaltung auf, den Gemeinden blieben Grund- und Gewerbesteuern und einige Steuern mit

⁷⁵⁾ Popitz, Johannes, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Berlin 1932.

⁷⁶⁾ Popitz, a. a. O., S. 112 ff.

⁷⁷⁾ Gewerbesteuerengesetz vom 1. Dezember 1936, RGBI. I, S. 979.

⁷⁸⁾ Grundsteuergesetz vom 1. Dezember 1936, RGBI. I, S. 986.

⁷⁹⁾ Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen vom 1. Dezember 1936, RGBI. I, S. 961.

⁸⁰⁾ Drittes Änderungsgesetz vom 31. Juli 1938, RGBI. I, S. 966.

örtlich beschränktem Wirkungskreis. Die Verfassung einiger Länder gewährte den Gemeinden das Recht, nach neuen Steuern Ausschau zu halten, aber ernsthaft dachte wohl niemand daran, daß sie die auch finden würden⁸¹⁾. Als schließlich mit dem Grundgesetz die Bundesrepublik entstand, wurde für die Gemeindefinanzwesen zunächst kein neues Bundesrecht geschaffen, die Gemeinden wurden an die Länder verwiesen. Erst mit der Realsteuergarantie wurden klare Verhältnisse geschaffen⁸²⁾.

⁸¹⁾ Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946, Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaates Bayern, S. 333. Dort heißt es im Artikel 83 (2): „Die Gemeinden sind verpflichtet, einen Haushaltsplan aufzustellen. Sie haben das Recht, ihren Bedarf durch öffentliche Abgaben zu decken.“ — In der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung vom 13. April 1951, Gesetz- und Verordnungsblatt Niedersachsen, S. 103, heißt es im Artikel 45: „Das Land ist verpflichtet, den Gebietskörperschaften die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel durch Erschließung eigener Steuerquellen und im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit durch übergemeindlichen Finanzausgleich zur Verfügung zu stellen.“ — In der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950, Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 127, heißt es im Artikel 79: „Die Gemeinden haben zur Erfüllung ihrer Aufgaben das Recht auf Erschließung eigener Steuerquellen. Das Land ist verpflichtet, diesem Anspruch bei der Gesetzgebung Rechnung zu tragen und im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten.“ — In der Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947, Verordnungsblatt, S. 209, heißt es im Artikel 49 (5): „Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.“ — Verfassung des Landes Hessen vom 18. Dezember 1946, GVBl., S. 229. Im Artikel 137 (5) heißt es ebenfalls: „Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wegedes Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.“ — Die Verfassungsbestimmungen von Hessen und Rheinland-Pfalz stimmen hier nahezu wörtlich überein.

⁸²⁾ Die Realsteuergarantie findet sich im Artikel 106 unseres Grundgesetzes; dort heißt es im Absatz 6: „Das Aufkommen der Realsteuern steht den Gemeinden zu. Bestehen in einem Lande keine Gemeinden, so steht das Aufkommen dem Lande zu. Nach Maßgabe der Landesgesetzgebung können die Realsteuern für Umlagen und Zuschläge zugrunde gelegt werden. Von dem Länderanteil an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer fließt den Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt ein von der Landesgesetzgebung zu bestimmender Hundertsatz zu. Im übrigen bestimmt die Landesgesetzgebung, ob und wieweit das Aufkommen der Landessteuern den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zufließt.“ — Diese Bestimmung des Grundgesetzes trat zum 1. April 1957 in Kraft, die Vorschriften über die verbundene Steuerwirtschaft zum 1. April 1958. Beide Verfassungsvorschriften wurden erst nachträglich unter Einhaltung der Vorschrift des Artikels 79, Abs. 2, in das Grundgesetz aufgenommen. Die gesetzliche Grundlage bot das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Artikels 106 des Grundgesetzes vom 24. Dezember 1956, BGBl. I, S. 1077.

In ihrer Kritik an der heute bestehenden Finanzverfassung der Gemeinden sind sich Kommunalpolitiker und ihre Interessenvereinigungen nur darüber einig, daß das bestehende System geändert werden sollte. Das Ziel sind in jedem Falle größere Einnahmen. In den Gutachten und Denkschriften wird festgestellt, soundsovielle Milliarden fehlten den Kommunen, die auf diesem oder jenem Wege aufgebracht werden könnten. Es bleibt dabei jedoch offen, ob Änderungen des Gemeindefinanzsystems allein den armen Gemeinden tatsächlich helfen würden.

Im Laufe dieser Untersuchung, die zu Einzelergebnissen wenigstens in 16 Gemeinden verschiedener Struktur und Größe führte, stellte sich jedenfalls heraus, daß bis herunter zum Gemeinderat jeder interessierte Kommunalpolitiker nur seinen eigenen Bereich vor Augen hat, wenn er argumentiert und rasoniert. An Hand dieser eigenen Erfahrungen werden generelle Maßnahmen gefordert, die schon der nächste Nachbar nicht mehr gutheißen kann.

1. Heutige Steuerquellen

Ehe neue Steuern überhaupt empfohlen werden, ist zu prüfen, wie die vorhandenen Einnahmequellen der Gemeinden praktisch genutzt werden. Welche Bedeutung haben die heutigen steuerlichen Einnahmequellen in den 16 Untersuchungsgemeinden? Könnten Reformen dieser schon bestehenden Steuern den Gemeinden helfen?

a) Grundsteuer

Das Gesetz vom 10. 8. 1951⁸³⁾ ist die jüngste Regelung der Besteuerung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) und des sogenannten städtischen Bodens (Grundsteuer B). Besteuerungsgrundlage ist für die beiden Arten der Grundsteuer der Einheitswert.

Für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist dieser ein Ertragswert, der nach dem zur Zeit geltenden Recht das fünfundzwanzigfache des Jahresreinertrages ausmacht, den der Betrieb seiner wirtschaftlichen Bestimmung gemäß im Durchschnitt der Jahre nachhaltig erbringen kann. Bei der Ermittlung dieses Reinertrages sind die natürlichen Ertragsbedingungen zu berücksichtigen. Um die Einheitlichkeit der Bewertung im gesamten Bundesgebiet zu gewährleisten, werden für Vergleichsbetriebe die Ertragswerte je Hektar festgestellt und die zu bewertenden Betriebe werden damit verglichen. Auf den Einheitswert wird die Steuermeßzahl angewandt. Sie beträgt gegenwärtig für die ersten angefangenen vollen 10 000 DM des Einheitswertes 8 vom Tausend und für den Restbetrag 10 vom

⁸³⁾ Gesetz zur Änderung des Grundsteuergesetzes, vom 10. August 1951, BGBl. I, S. 519.

Tausend. Mit Einheitswert und Steuermeßzahl wird der Steuermeßbetrag errechnet. Die Gemeinden beschließen, welchen Hundertsatz sie vom Steuermeßbetrag erheben wollen („Hebesatz“).

Für die Grundsteuer B werden zur Berechnung des Einheitswertes die bebauten und unbebauten Grundstücke in fünf Gruppen eingeteilt: Mietwohngrundstücke, Geschäftsgrundstücke, gemischtgenutzte Grundstücke, Einfamilienhäuser und alle übrigen. Mietwohngrundstücke und gemischtgenutzte Grundstücke sind mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete zu bewerten. Jahresrohmiete ist das gesamte Entgelt für die Überlassung des Grundstückes nach Abzug der Kosten für Heizung und der Vergütung für Nebenleistungen. Alle übrigen Grundstücke sind mit dem gemeinen Wert zu bewerten, der durch den Preis bestimmt wird, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr bei der Veräußerung des Grundstückes zu erzielen wäre. Auf den Einheitswert wird auch bei der Grundsteuer B eine Steuermeßzahl angewandt, die nach Gemeindegrößen und Grundstücksarten von 5 bis 10 vom Tausend abgestuft ist. Mit Meßzahl und Einheitswert wird der Steuermeßbetrag errechnet; die Gemeinde beschließt den Hebesatz, aus dessen Anwendung sich die zu zahlende Grundsteuer B ergibt. — Wie hoch waren die Grundsteuereinnahmen in den 16 Gemeinden, wie hoch die Hebesätze?

Grundsteuereinnahmen (insgesamt und pro Kopf) und Hebesätze

Grundsteuer A

Gemeinde:	Haushalt 1954		Haushalt 1955		Haushalt 1956		Einnahmen pro Kopf im Durchschnitt d. 3 J. DM
	DM	Hebes.	DM	Hebes.	DM	Hebes.	
Alsbach	28 518	240	24 574	240	23 773	240	10
Asbach	3 602	120	4 869	120	4 847	120	11
Berkach	8 665	186	8 698	186	8 738	186	18
Eppertshausen	40 069	294	39 977	294	37 621	294	14
Fränkisch-Crumbach	34 887	228	33 669	228	34 444	228	15
Gernsheim	76 092	237	81 371	237	76 082	237	12
Kleestadt	13 717	174	15 033	174	13 581	174	18
Leeheim	42 353	180	41 240	180	41 925	180	24
Lichtenberg	4 952	200	4 973	200	5 032	200	11
Malchen	1 600	230	1 600	230	1 580	230	4
Messel	17 200	175	17 400	175	17 197	175	10
Nieder-Ramstadt	20 064	162	20 205	162	21 925	162	4
Schneppenhausen	6 856	225	6 972	225	6 738	225	8
Spachbrücken	23 546	183	27 230	200	25 567	200	17
Winterkasten	15 082	300	15 892	300	15 469	300	20
Wixhausen	16 297	294	15 751	294	15 610	294	5

Durchschnittshebesatz 215

Grundsteuer B

Gemeinde:	Haushalt 1954		Haushalt 1955		Haushalt 1956		Einnahmen pro Kopf im Durchschnitt d. 3 J. DM
	DM	Hebes.	DM	Hebes.	DM	Hebes.	
Alsbach	17 726	93	17 291	93	18 029	93	7
Asbach	1 808	51	587	51	587	51	2
Berkach	2 961	110	3 834	140	3 834	140	7
Eppertshausen	9 682	72	9 657	72	12 398	72	4
Fränkisch-Crumbach	8 900	84	9 771	84	11 900	95	4
Gernsheim	55 101	105	75 112	130	79 824	130	11
Kleestadt	1 680	78	3 580	78	1 605	78	3
Leeheim	6 050	100	5 917	100	5 944	100	3
Lichtenberg	3 345	100	3 345	100	3 500	100	7
Malchen	3 715	120	4 018	120	3 811	120	9
Messel	10 282	100	10 487	100	10 950	100	6
Nieder-Ramstadt	68 123	132	68 581	132	74 429	132	13
Schneppenhausen	3 429	120	3 485	120	3 370	120	4
Spachbrücken	4 710	76	6 644	100	7 760	100	4
Winterkasten	3 935	144	4 353	144	4 410	144	6
Wixhausen	26 589	120	25 698	120	25 468	120	8

Durchschnittshebesatz 106

Die vorstehenden Tabellen wurden analysiert. Dabei galt das Interesse zuerst den Hebesätzen, weil über diese allein die Gemeinden selbst ihre Einnahmen und damit ihre Leistungen steigern können. Der durchschnittliche Hebesatz wurde errechnet. Bei der Grundsteuer A liegt genau die Hälfte der Untersuchungsgemeinden über dem Durchschnitt, bei der Grundsteuer B haben sieben Gemeinden höhere Hebesätze. Bestehen Zusammenhänge zwischen der Einwohnerzahl einer Gemeinde, ihrer wirtschaftlichen Struktur, dem Ausmaß ihrer öffentlichen Daseinsvorsorge, den Grundsteuereinnahmen pro Kopf, der politischen Mehrheit im Gemeinderat auf der einen und den Hebesätzen auf der anderen Seite? Entsprechende Korrelationsreihen enthüllten nur geringe Zusammenhänge:

Innerhalb der 16 Untersuchungsgemeinden war die Einwohnerzahl offenbar nicht entscheidend für die Höhe der Hebesätze, doch neigen größere Gemeinden eher dazu, namentlich bei der Grundsteuer A, überdurchschnittliche Hebesätze festzulegen.

Die wirtschaftliche Struktur schien einigen Einfluß auf die Höhe der Hebesätze zu haben. Offensichtlich haben alle Gemeinden mit starkem landwirtschaftlichem Einschlag unterdurchschnittliche Hebesätze, die Wohngemeinden dagegen liegen mit ihren Hebesätzen meist über dem Mittel. Für die Gewerbegebiete ließ sich keine bestimmte Tendenz erkennen. Die Mischgemeinde liegt über dem Durchschnitt.

Zwischen dem Versorgungsgrad und den Hebesätzen besteht kein Zusammenhang. Gut versorgte Gemeinden haben zuweilen niedrige, schlecht versorgte verhältnismäßig hohe Hebesätze.

Bei der Gegenüberstellung der Grundsteuereinnahmen pro Kopf und den Hebesätzen ergaben sich Unterschiede zwischen der Grundsteuer A und B. Bei der Grundsteuer A haben die landwirtschaftlich orientierten Gemeinden trotz unterdurchschnittlicher Hebesätze zumeist sehr hohe Einnahmen, weil verhältnismäßig hohe Einheitswerte vorhanden sind. Im übrigen ist bei der Grundsteuer A kein Zusammenhang zu erkennen, wohl aber bei der Grundsteuer B. Hier haben Gemeinden mit verhältnismäßig geringen Hebesätzen zumeist auch die kleineren Erträge aus dieser Steuer.

Zwischen der Parteizugehörigkeit der Mehrheit des Gemeinderates und der Höhe der Hebesätze besteht in den 16 Gemeinden kein ersichtlicher Zusammenhang.

Nur einige Gemeinden — Alsbach, Asbach, Kleestadt, Leeheim und Messel — könnten sich mit einer Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuern A und B helfen. Manche weniger gut versorgte Gemeinden liegen schon über dem Durchschnitt, bei Lichtenberg und Malchen würde eine Erhöhung der Hebesätze mangels einträglicher Werte kaum sichtbare Ergebnisse bringen.

Seit Jahren bleiben die Grundsteuereinnahmen in den 16 Gemeinden konstant. Dies ist zwar in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und Rückschläge ein Vorteil, von den Gemeinden jedoch wird das gleichbleibende Aufkommen als großer Nachteil empfunden⁸⁴). Hier setzen auch die Reformvorschläge der kommunalen Spitzenverbände ein, die über eine Erhöhung der Einheitswerte und der Grundsteuermeßbeträge den Gemeinden mehr Grundsteuern in die Kasse bringen wollen.

Die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände stellt in den im Mai 1958 veröffentlichten Vorschlägen zur Verbesserung der kommunalen Finanzen fest, für beide Grundsteuern seien die heute gebräuchlichen Einheitswerte auf dem Stand vom 1. 1. 1935 erstarrt, „obwohl sich deren Grundlagen, insbesondere die Preise und Mieten sowie ebenfalls die Einnahmen der Landwirtschaft grundlegend verändert und gegeneinander verschoben haben“⁸⁵). Der Deutsche Gemeindetag wird in einer im Januar 1959 veröffentlichten Schrift „Finanzpoli-

⁸⁴) Nach den Angaben des Statistischen Jahrbuches 1958, S. 375, entwickelten sich die beiden Grundsteuern im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin wie folgt: 1954: 1349,7 Millionen DM, 1955: 1378,8 Millionen DM, 1956: 1414,9 Millionen DM. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer stiegen im gleichen Zeitraum für das gleiche Gebiet wie folgt: 1954: 3509,0 Millionen DM, 1955: 3779,3 Millionen DM, 1956: 4432 Millionen DM.

⁸⁵) Vorschläge zur Verbesserung der kommunalen Finanzen, Denkschrift der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände, Köln-Marienburg 1958, S. 6.

tische Grundsätze des Deutschen Gemeindetages⁸⁶⁾ noch deutlicher, wenn er behauptet, die niedrigen Einheitswerte bei der Grundsteuer A seien nichts anderes als eine versteckte Form des Agrarprotektionismus, die auf dem Rücken der Gemeinden gewährt werde. „Heute ist es soweit gekommen, daß in den meisten Gemeinden das Aufkommen an Grundsteuer A längst nicht mehr ausreicht, um auch nur die örtlichen Aufwendungen für die Vattertierhaltung, für die von den Schleppern ramponierten Ortsstraßen und Feldwege zu decken, so daß kein Pfennig mehr übrig bleibt für den zukommenden Anteil an den Schullasten oder an den allgemeinen Verwaltungs- und Finanzkosten der Gemeinde“⁸⁷⁾.

Für die Grundsteuer B fordern die „Finanzpolitischen Grundsätze“ ebenfalls eine Erhöhung der Einheitswerte und die Beendigung der „Subventionspolitik“ des Bundes auf dem Rücken der Gemeinden⁸⁸⁾. Mit dem Ersten Wohnungsbau-gesetz vom 24. April 1950 (BGBl. I, S. 83) und dem Zweiten Wohnungsbau-gesetz (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) vom 27. Juni 1956 (BGBl. I, S. 523) sind alle Neubauten im sozialen und ab 1956 im sogenannten steuerbegünstigten Wohnungsbau von der Steuererhöhung befreit, die durch die Bebauung des Grundstücks andernfalls automatisch ausgelöst würde. Die Eigentümer dieser begünstigten Grundstücke bezahlen für jeweils 10 Jahre so wenig Grundsteuer, als sei ihr Grundstück noch unbebaut. Der Deutsche Gemeindetag errechnet aus diesen Begünstigungen des Wohnungsbaus einen Steuerverlust von jährlich einer halben Milliarde DM. Den Gemeinden — so wird behauptet — seien auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen von 1950 bis 1959 4,5 Milliarden DM Steuereinnahmen entgangen⁸⁹⁾. Auch hier wieder: globale Zahlen, deren Herkunft ungeklärt ist. In den 16 Untersuchungsgemeinden war es zunächst nicht möglich, von den sonst sehr hilfsbereiten Bürgermeistern Angaben über die Höhe der Grundsteuer-ausfälle auf Grund der Begünstigungen durch die Wohnungsbau-gesetze zu erhalten. Erst mit Hilfe des Hessischen Gemeindetages, der von den 16 Gemeinden die Angaben mehrfach erbat, wurden die Einnahmeverluste bekannt. Danach errechneten sich die Untersuchungsgemeinden für das Haushaltsjahr 1956 einen Grundsteuerausfall wegen des gesetzlich begünstigten Wohnungsbaus in folgender Höhe:

⁸⁶⁾ Finanzpolitische Grundsätze des Deutschen Gemeindetages, Ergebnisse der Ur-acher Tagung am 29. April 1958, Bad Godesberg 1959, S. 29.

⁸⁷⁾ Finanzpolitische Grundsätze des Deutschen Gemeindetages, a. a. O., S. 29.

⁸⁸⁾ Finanzpolitische Grundsätze des Deutschen Gemeindetages, a. a. O., S. 31.

⁸⁹⁾ Finanzpolitische Grundsätze des Deutschen Gemeindetages, a. a. O., S. 33. In seiner Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der DP wegen der sichtbaren und unsichtbaren Subventionen bezifferte der Finanzminister den Einnahmeverlust infolge des Ersten und Zweiten Wohnungsbau-gesetzes nur mit jährlich 200 Millionen DM. In den Finanzpolitischen Grundsätzen dagegen werden für 1959 500 Millionen DM angegeben. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 137, 31. Juli 1959, S. 1406.

Gemeinde	Grundsteuer Ausfall 1956 DM	Grundsteuer B tatsächl. Einnahmen 1956 (DM)	Ausfall in %
Alsbach	14 400	18 029	44,4
Asbach	38	587	6,1
Berkach	995	3 834	20,6
Eppertshausen	7 500	12 398	37,7
Fränkisch-Crumbach	2 000	11 900	14,4
Gernsheim	8 968	79 824	10,1
Kleestadt	590	1 605	26,9
Leeheim	3 449	5 944	36,7
Lichtenberg	321	3 500	8,4
Malchen	2 760	3 811	42,0
Messel	7 500	10 950	40,7
Nieder-Ramstadt	14 843	74 429	16,6
Schneppenhausen	356	3 370	9,6
Spachbrücken	3 410	7 760	30,5
Winterkasten	1 412	4 410	24,3
Wixhausen	4 274	25 468	14,4

Die Verluste betragen bis zu 44 v. H. Sie sind in den Gemeinden besonders hoch, deren Bevölkerungszahl laufend wächst, weil sie sich als Wohnsiedlungen besonderer Vorliebe erfreuen. Aber gerade diese Ortschaften sind auf gute Einnahmen angewiesen, weil mehr Einwohner mehr öffentliche Dienste und Einrichtungen nötig machen. Solange der Bund den Wohnungsbau zu Lasten dieser Gemeinden subventioniert, können diese nur warten, bis die Steuervergünstigungen auslaufen. Dies wird in den kommenden Jahren zunehmend der Fall sein. Die Gemeindekassen werden leistungsfähiger werden.

Auch Horster führt die geringen Einnahmen bei der Grundsteuer auf diesen unsichtbaren Finanzausgleich und dann auf die überholten und veralteten Einheitswerte zurück. Er nennt zugleich auch die wesentlichsten Gründe, die der an sich längst fälligen Neubewertung entgegenstehen: „... allerdings wäre dieses Problem erst im Zusammenhang mit einer freien Mietpreisgestaltung oder zumindest teilweisen Freigabe des Mietpreises zu lösen“^{90) 91)}.

Dazu müßte der heutige Preisstopp für Grundstücke aufgehoben werden. Die Neubewertung für die Grundsteuer A wird erst möglich, wenn die Ertragsfähigkeit unserer Landwirtschaft ausreichend gebessert ist. Aber wann wird dies der Fall sein? Bisher hat sich auch das Bundesfinanzministerium nicht zu einer neuen

⁹⁰⁾ Horster, a. a. O., S. 85 f.

⁹¹⁾ Das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 23. Juni 1960 (BGBl. I. S. 389) trat zum 1. Juli 1960 — nach Abschluß der Arbeit — in Kraft. Noch bis Ende des Jahres 1960 waren die Auswirkungen der neuen Regelungen nicht zu erkennen. Zum Gesetz fehlten noch zahlreiche Ausführungsbestimmungen.

Hauptfeststellung bereit finden können, obwohl deren Notwendigkeit dort grundsätzlich anerkannt wird⁹²⁾). Die politischen Kräfte wollen offenbar die Auswirkungen des Gesetzes über die Aufhebung der Mietpreisbindung und ein soziales Mietrecht, des Baulandbeschaffungsgesetzes wie auch die weiteren Erfolge der „Grünen Pläne“ und der ersten Integrationsstufen der Landwirtschaft innerhalb der EWG abwarten.

In einem Merkblatt hat sich der Bund der Steuerzahler Ende April 1959 gegen „Tendenzen einer allgemeinen Grundsteuererhöhung“ gewandt⁹³⁾. Es treffe nicht zu, heißt es in dieser Schrift, daß die Grundsteuereinnahmen erstarrt seien, sie seien seit 1949 um 30 v. H. gewachsen. Auch die Behauptung, den Gemeinden seien wegen der verzögerten Neubewertung Ausfälle entstanden, sei irreführend. Die Grundsteuer werde nicht durch den Einheitswert, sondern durch den Hebesatz erhoben. Der teilweise sehr schlechten Ertragslage des Grundvermögens habe man diese Hebesätze angepaßt. An dieser schlechten Ertragslage hätten auch höhere Einheitswerte nichts geändert.

Der Vollständigkeit halber sei hier noch festgestellt, daß der Bundestag die Neubewertung des Grundbesitzes — die sogenannte Hauptfeststellung — auf Grund des geltenden Rechts längst hätte durchführen müssen. Nach dem Grundgesetz ist die konkurrierende Gesetzgebung über die Realsteuern — die Hebesätze ausgenommen — dem Bund vorbehalten (Art. 105, Abs. 2). Für die Feststellung der Einheitswerte hat das Reichsbewertungsgesetz vom 16. Oktober 1934 (RGBl. I, S. 1035) mit seinem § 21, Abs. 1, folgendes bestimmt:

„Die Einheitswerte werden allgemein festgestellt (Hauptfeststellung):

1. in Zeitabständen von je sechs Jahren:

für die wirtschaftlichen Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens, für die Betriebsgrundstücke und für die Gewerbeberechtigten;

2. in Zeitabständen von je drei Jahren:

für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens.“

Seit 1935 sind 25 Jahre vergangen. Selbst wenn man die Zeitverhältnisse bis 1948 berücksichtigt, ist die Neubewertung längst fällig. Als die Spitzenorgani-

⁹²⁾ Vgl. Etzel, Franz, „Volkseinkommen und Gemeinschaftsbedürfnisse“, Vortrag aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Instituts Finanzen und Steuern am 24. Juni 1959, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 111, 29. Juni 1959, S. 1120.

⁹³⁾ Bund der Steuerzahler e. V., Tendenzen einer allgemeinen Grundsteuererhöhung, Grundsätzliche Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler, Baden-Württemberg e. V., Gedrucktes Merkblatt, vertrieben von der Pressestelle des Bundes, Stuttgart, Manuskript abgeschlossen am 20. April 1959.

sationen der kommunalen Selbstverwaltung 1959 einsahen, daß mit der neuen Hauptfeststellung der Einheitswerte vorerst nicht zu rechnen war, versuchten sie, über eine Erhöhung der Grundsteuermesszahlen die Einnahmen aus den Grundsteuern zu verbessern. Diese Erhöhung der Grundsteuermesszahlen ist ebenfalls Aufgabe des Bundes. Ein im Jahre 1958 beim Bundesinnenminister gebildeter Ausschuß „Kommunale Finanzen“ schlug dann auch 1959 eine vierzigprozentige Erhöhung der Steuermesszahlen vor. Den gleichen Wunsch äußerte der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen in seinem Gutachten „Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen⁹⁴⁾. Aber Minister Etzel lehnte zunächst ab: „Auch gegen eine Erhöhung der Messzahlen bei der Grundsteuer mit der Möglichkeit, sie auf die Mieten abzuwälzen, bestehen Bedenken. Es ist zweifelhaft, ob eine Mieterhöhung neben der stufenweise vorgesehenen Erhöhung im Rahmen des ‚Lückeplans‘ sozial vertretbar ist; zum mindesten gilt das für die vorgeschlagene Höhe von 40 v. H. Die summarische Erhöhung der Grundsteuer hat auch den Nachteil, daß dadurch die finanzstarken Gemeinden weiter begünstigt werden, die finanzschwachen Gemeinden jedoch nicht genügend Hilfe erhalten. Eine solche Maßnahme stellt aber auch im Hinblick auf die unzeitgemäßen und in ihrer Höhe gegenüber den Marktwerten völlig unterschiedlichen Einheitswerte nur eine Notlösung dar, da die bereits bestehende ungleiche Belastung durch die Erhöhung der Grundsteuer noch verschärft wird. Wenn die neue Hauptfeststellung der Einheitswerte etwa noch für längere Zeit zurückgestellt werden sollte, wird man die als temporäre Maßnahme gedachte Erhöhung der Messzahlen nicht vertreten können“⁹⁵⁾.

Bei dieser Haltung des Bundesfinanzministers bleibt also den Gemeinden vorerst nur die Erhöhung der Hebesätze, wenn sie ihre Einnahmen aus den Grundsteuern verbessern sollen. Hier sind die Gemeinden in ihren Entscheidungen frei, aber es ist für die Bürgermeister und Räte einfacher, vor ihren Wählern eine Steuererhöhung mit dem Hinweis auf die Neufestsetzung der Einheitswerte oder Meßbeträge durch die Bundesgesetzgeber zu begründen, als sie selbst über die Hebesätze zu erzwingen. Die etwas unglückliche Konstruktion der Hebesätze ist ebenfalls ein gewisses Hindernis. Wird beispielsweise ein Hebesatz von 150 auf 200 erhöht, wirkt dies psychologisch viel drastischer als eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 3 auf 4 v. H., obgleich in jedem Falle die Steuererhöhung $33\frac{1}{3}$ v. H. ausmacht. Auch ist die Steuerkraft der Bewohner mancher schlecht versorgten Gemeinden bei den Grundsteuern nicht groß genug, um durch eine Erhöhung

⁹⁴⁾ Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim BdF, Beilage zum BAnz, Nr. 194, 9. Oktober 1959. (Von hier an als „Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim BdF zitiert). S. 25.

⁹⁵⁾ Etzel, Franz, Zum zehnjährigen Bestehen des Instituts Finanzen und Steuern, a. a. O., S. 1120.

der Hebesätze in jedem Falle der Gemeindekasse zu den nötigen Einnahmen zu verhelfen. Den armen Gemeinden ist über die Grundsteuer nur wenig zu helfen, sie würden mit hohen Hebesätzen ihre Einwohner über die Maßen belasten. Hier muß erst die Steuerkraft der Bürger — auch die der Landwirte — noch gesteigert werden.

Es ist wünschenswert, daß die Einheitswerte möglichst bald den heutigen Verhältnissen angepaßt werden, auch deshalb sollten Miet- und Preisbindungen so schnell wie möglich aufgehoben werden, um den Weg zur neuen Hauptfeststellung zu ebnen. Im übrigen werden in den kommenden Jahren die Grundsteuereinnahmen vieler Gemeinden wachsen, wenn die auf zehn Jahre befristeten Begünstigungen der Wohnungsbaugesetze auslaufen.

b) Gewerbesteuer und Gewerbesteuer-Ausgleich

Für die Gewerbesteuer ist das Gesetz vom 30. April 1952⁹⁶⁾ maßgebend. Besteuerungsgrundlage sind in jedem Falle Gewerbeertrag und Gewerbekapital, daneben kann als dritte Besteuerungsgrundlage die Lohnsumme gewählt werden. Zur Ermittlung der Steuerschuld wird für Gewerbeertrag wie für Gewerbekapital gesondert ein Steuermeßbetrag festgesetzt. Die Steuermeßzahl für den Gewerbeertrag beträgt bei Kapitalgesellschaften 5 v. H. des Gewerbeertrages, bei Einzelunternehmen und Personalgesellschaften ist sie je nach dem Ertrag abgestuft zwischen 0 und 5 v. H. Die auf das Gewerbekapital angewandte Steuermeßzahl beträgt einheitlich 2 v. T. Die von Gewerbeertrag und -kapital errechneten Steuermeßbeträge werden addiert, auf die Summe wird der Hebesatz angewandt, den die Gemeinde festlegt. Für die Gewerbelohnsummensteuer, die zusätzlich zur Steuer vom Gewerbeertrag und -kapital erhoben werden kann, ist die Steuermeßzahl einheitlich 2 v. T., die auf die monatliche Lohnsumme angewandt wird. Hieraus ergibt sich der Steuermeßbetrag nach der Lohnsumme, von dem die Gemeinde einen von ihr zu beschließenden Hundertsatz erhebt. Veranlagung und Heranziehung zur Lohnsummensteuer ist ausschließlich Angelegenheit der Gemeindeverwaltung.

Die Gewerbesteuer ist heute die wesentlichste Einnahmequelle der Gemeinden. Mit ständig steigendem Nachdruck fordert die Wirtschaft, die Gewerbesteuer müsse gesenkt werden. Als wesentlicher Grund wird das erheblich gestiegene Aufkommen seit der Währungsreform angegeben⁹⁷⁾. Die Kommunalen

⁹⁶⁾ Gewerbesteuergesetz in der Fassung vom 30. April 1952, BGBl. I, S. 270. Am 1. Januar 1957 trat dazu das Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes vom 5. Oktober 1956, BGBl. I, S. 786, in Kraft, das den Freibetrag von 1200 auf 2400 DM verdoppelte und für Klein- und Mittelbetriebe noch andere Erleichterungen brachte.

⁹⁷⁾ Vgl.: S. 106, Anm. 84.

Spitzenverbände knüpfen Zugeständnisse für die Minderung der Gewerbesteuer an die Bedingung, daß dann der Steuerverbund zwischen Staat und Selbstverwaltung auf die Umsatzsteuer ausgedehnt und die Einheitswerte für die Grundsteuer an die Zeitwerte herangeführt werden müßten⁹⁸⁾. Diese Lösung käme vor allem den Arbeiterwohn- und Landwirtschaftsgemeinden zustatten, die heute weitgehend ohne Gewerbesteuer-Einnahmen bleiben. Wie waren die Verhältnisse in den 16 Gemeinden während der drei Haushaltsjahre, die an Hand der Gemeindefinanzstatistik näher untersucht wurden?

Gewerbesteuer-Einnahmen (insgesamt und pro Kopf) und Hebesätze

Gemeinde:	Haushaltsjahr		Haushaltsjahr		Haushaltsjahr		Einnahmen
	1954 DM	Hebes.	1955 DM	Hebes.	1956 DM	Hebes.	pro Kopf im Durchschnitt d. 3 Jahre DM
Alsbach	86 403	285	120 369	285	147 455	285	48
Asbach	1 403	180	1 363	180	990	180	30
Berkach	13 433	240	15 907	280	16 691	280	32
Eppertsh.	111 751	325	117 301	300	112 597	300	40
Fränk.-Crumb.	31 666	300	39 388	300	53 397	300	18
Gernsheim	532 370	320	419 248	300	975 589	300	98
Kleestadt	2 793	350		300	5 798	300	4
Leeheim	23 140	350	20 008	350	31 015	350	14
Lichtenberg	3 364	300	3 215	300	3 089	300	7
Malchen	14 420	350	13 508	350	16 040	350	33
Messel	33 761	300	24 631	300	22 137	300	16
Nd.-Ramstadt	261 433	285	313 175	285	369 072	285	59
Schneppenh.	4 378	350	2 038	350	3 555	350	4
Spachbrücken	16 038	300	13 800	300	17 398	300	10
Winterkasten	5 883	260	6 821	260	9 168	260	10
Wixhausen	48 593	320	43 488	320	52 845	320	14

Durchschnitts-Hebesatz: 297,5

Zwölf Gemeinden liegen mit ihren Hebesätzen über dem Durchschnitt, eine — Asbach — weit darunter. Bestehen Zusammenhänge zwischen Größe der Gemeinde, ihrer wirtschaftlichen Struktur, dem Ausmaß der öffentlichen Daseinsvorsorge, den Gewerbesteuereinnahmen pro Kopf, den politischen Verhältnissen im Gemeinderat und der Höhe der Hebesätze?

In den Untersuchungsgemeinden besteht kein Zusammenhang zwischen der Größe der Gemeinde und der Höhe der Hebesätze für die Gewerbesteuer. Auch

⁹⁸⁾ Gewerbesteuerensenkung?, Schrift des Deutschen Städtetages, Köln-Marienburg 1956, S. 29 f.

von der wirtschaftlichen Struktur sind die Hebesätze offenbar unabhängig. Der Grad der öffentlichen Versorgung ist ohne Einfluß auf die Hebesätze. Schlecht versorgte Gemeinden können verhältnismäßig hohe oder niedrige Hebesätze haben. Das gleiche gilt für die Gemeinden an der Spitze der Versorgungsskala.

Die höchsten Gewerbesteuer-Einnahmen pro Kopf hat Nieder-Ramstadt, dessen Hebesatz noch 1956 mit 285 unter dem Durchschnitt lag. Schneppenhausen hat einen verhältnismäßig hohen Hebesatz und beinahe die geringsten Gewerbesteuer-Einnahmen pro Kopf. Ist eine klare Korrelation auch nicht zu erkennen, so haben dennoch viele Gemeinden mit verhältnismäßig geringem Gewerbesteuer-Aufkommen pro Kopf sehr hohe Gewerbesteuer-Hebesätze. In diesen meist gewerbearmen Gemeinden werden also die wenigen, meist kleinen Gewerbebetriebe über die Maßen zum Tragen der öffentlichen Lasten herangezogen.

Auch die politische Zusammensetzung scheint einigen Einfluß auf die Höhe der Hebesätze zu haben. Jedenfalls ist zu erkennen, daß in Gemeinden, in deren Verwaltung unabhängige Wählergruppen entscheiden, verhältnismäßig geringe Hebesätze gelten. Sicherlich haben die örtlichen Gewerbetreibenden auf diese Wählergruppen einen besonderen Einfluß, oft sind sie selbst unabhängige Gemeinderäte.

Innerhalb der Untersuchungsgemeinden hönnten — wenn überhaupt — die Hebesätze in Nieder-Ramstadt und Alsbach erhöht werden. Reformvorschläge für die Gewerbesteuer haben die Gemeinden noch nicht gemacht. Die Spitzenverbände beschränken sich darauf, zu begründen, warum die Gewerbesteuer in der heutigen Höhe weiterfließen müsse. Manche kleinen Arbeiterwohn- und Landwirtschaftsgemeinden allerdings fordern einen besseren interkommunalen Ausgleich der Gewerbesteuer, aber sie dringen nicht durch. Forderungen, die Gewerbesteuer zu senken und zu reformieren, werden seit Jahr und Tag immer lauter von den Steuerzahlern selbst erhoben. Die Gewerbesteuer, so argumentiert der Bund der Steuerzahler⁹⁹⁾, sei zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Einkommensteuer der Gewerbetreibenden gewesen. Mit der Einführung der allgemeinen Einkommensteuer sei sie zu einer bedeutungslosen Ergänzungsteuer herabgesetzt worden. Die Fehlentwicklung, die es heute energisch zu bekämpfen gelte, habe nach dem Ersten Weltkrieg eingesetzt, als die Einkommensteuer dem Reiche zugeschlagen und die Gewerbesteuer zur tragenden Säule des Gemeindefinanzsystems wurde. Seit dieser Zeit werde mit ihr (durch die Besteuerung des Gewerbeertrags) eine bedeutende Ertragsteuer neben der Einkommensteuer erhoben, die vor allem den

⁹⁹⁾ Sofortmaßnahmen bei der Gewerbesteuer, aus der Reihe der Einzeldarstellungen des Bundes der Steuerzahler e. V., Hrsg.: Präsidium des Bundes der Steuerzahler e. V., Nr. 28, Stuttgart 1956, S. 8 ff.

Mittelstand, die kleinen Geschäftsleute und Handwerker, belaste. Bestenfalls sei die Gewerbekapitalsteuer zulässig, die Mischform aber unzumutbar.

Die Gemeinden gehen auf diese Argumentation nicht ein. Sie erklären, auch ihnen mißfalle, daß die konjunkturabhängige Gewerbesteuer zur wichtigsten Stütze ihrer Haushalte geworden sei¹⁰⁰). Im übrigen aber werde die Gewerbesteuer mit ihren sämtlichen Bestandteilen in die Preise einkalkuliert, es habe sie also nicht der Gewerbetreibende, sondern die gesamte Bevölkerung zu tragen. In der günstigen Entwicklung der Gewerbesteuer spiegele sich getreulich der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung seit der Währungsreform, die fortschreitende Steigerung der nominellen Gewinne und die starke Zunahme der Zahl der steuerpflichtigen Betriebe wider. „So ist die Gewerbesteuer — neben der Hundesteuer, so könnte man ironisch sagen — die einzige organisch gesunde Gemeindesteuer. Sie hat nur einen Nachteil, daß sie nicht allorten gleichmäßig fließt“¹⁰¹).

Doch ist an der Gewerbesteuer manches reformbedürftig. Horster klagt, der § 11 des GewStG durchbreche den Realsteuergrundsatz zweifach: nach der Größe des Gewerbesteuerertrages würden verschiedene Steuersätze angewandt, die Betriebe würden unterschiedlich behandelt, je nachdem, ob sie von einer natürlichen oder juristischen Person betrieben werden¹⁰²). Auch laut Bickel entspricht dem Wesen der Ertragsteuer nur ein proportionaler Steuersatz ohne irgendwelche Freigrenzen¹⁰³).

Es ist nicht Aufgabe der vorliegenden Abhandlung, die Systemwidrigkeiten geltender Gemeindesteuern zu untersuchen. Hier sollen geeignete Möglichkeiten gefunden werden, den Gemeinden zu helfen, damit diese ihrer Bevölkerung mit besseren öffentlichen Diensten und Einrichtungen das Leben erleichtern können. Hierzu bietet die Gewerbesteuer allerdings vorzügliche Möglichkeiten. Gemeinden, in deren Kassen Gewerbesteuer-Einnahmen strömen, sind in der Lage, ihrer Bevölkerung eine weitaus bessere Daseinsvorsorge zu gewähren, als dies den anderen möglich ist, die sich mit den Grundsteuern und den Zuweisungen der Länder behelfen müssen. Wer hohe Gewerbesteuererträge auf der Einnahmeseite seiner Haushaltssatzung zu verzeichnen hat, kann Schulen und Straßen bauen, die Privathäuser an ein Kanalisationsnetz anschließen und neues Bauland zur Verfügung stellen. Aber dies war ursprünglich nicht der Sinn der Gewerbesteuer.

¹⁰⁰) Gewerbesteuer-Senkung?, a. a. O., S. 5.

¹⁰¹) Finanzpolitische Grundsätze, a. a. O., S. 40.

¹⁰²) Horster, a. a. O., S. 94.

¹⁰³) Bickel, Wilhelm, Artikel „Ertragsteuern“, in: Hdw. der Finanzwissenschaft, 2. Aufl., 2. Bd., 1956, S. 418.

Popitz hat in seinem Gutachten die Gewerbesteuer begründet: „Die Lage an den Hauptverkehrsstraßen einer Industriegemeinde oder einer Kreisstadt beeinflußt Umsätze und Ertrag der dort vorhandenen Einzelhandelsgeschäfte. Auf der anderen Seite nötigt das Vorhandensein der Geschäfte die Gemeinde zu besonderen Aufwendungen für die Straßenplanung, -unterhaltung und -reinigung: Eine Geschäftsstraße muß anders ausgestaltet und ständig instandgehalten werden als eine Wohnstraße. Die Großbetriebe verursachen die Massierung der breiten Bevölkerungsschichten in der Gemeinde, und die in ihnen beschäftigten Arbeiter sind in hohem Maße bestimmend für die Höhe der Ausgaben für Volksschulen, Polizei, Wohlfahrtspflege, Verkehrsmittel usw.“¹⁰⁴⁾.

Die Gewerbesteuer war die Gegenleistung des Gewerbes für die von ihm verursachten Sonderlasten. Aber heute ist diese Begründung nicht mehr aufrechtzuerhalten. August Dresbach wies in einem Vortrag vor der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e. V. darauf hin, daß wir seit Jahren versuchen, Gewerbebetriebe in die Zonengrenzgebiete zu ziehen, nur damit Wohlfahrts- und Arbeitslosenlasten dort verschwinden können¹⁰⁵⁾. Jeder tüchtige Bürgermeister wünscht sich heute möglichst viele Gewerbetreibende in den Mauern seiner Heimatgemeinde, weil ihn deren Abgaben in die Lage versetzen, seinen Mitbürgern die Dienste und Einrichtungen zu schaffen, die das Land noch entbehrt. Heute ist die Gewerbesteuer kein Ausgleich mehr für besondere Leistungen der Gemeinde, die durch das Gewerbe verursacht werden, heute sind die gewerblichen Unternehmen die kommunalen Goldminen¹⁰⁶⁾.

Nur noch in einer Hinsicht wird die Fiktion, die Gewerbesteuer sei der Ausgleich für die durch das Gewerbe hervorgerufenen Sonderlasten, aufrecht erhalten: bei dem sogenannten Gewerbesteuer-Ausgleich. Sind Arbeitnehmer in Betrieben außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt, trägt die Wohngemeinde für sie und ihre Angehörigen die üblichen Gemeindelasten, während die Gewerbesteuern der Unternehmen, in denen diese Arbeitnehmer beschäftigt sind, der Betriebsgemeinde zufließen. Um der Wohngemeinde die Aufbringung der ihr

¹⁰⁴⁾ Popitz, a. a. O., S. 115.

¹⁰⁵⁾ Dresbach, August, Gedanken zur kommunalen Finanzverfassung, Vortrag vor der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e. V., a. a. O., S. 43.

¹⁰⁶⁾ Allerdings ist die gelegentlich zu hörende Forderung, das Verhältnis zwischen Grund- und Gewerbesteuer müsse auf den Stand der zwanziger Jahre zurückgeführt werden, unzutreffend, weil sich im Zuge der Industrialisierung die Relationen erheblich verschoben haben. — Zu diesem Schluß kommt auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium der Finanzen, das im übrigen eine bescheidene Reform des Gewerbesteuerrechts empfiehlt, in deren Verlauf die Lohnsummensteuern verschwinden sollen, während die kleineren und mittleren Gewerbebetriebe weitere Erleichterungen erfahren. Vgl.: Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim BdF., a. a. O., S. 24.

für die auswärts beschäftigten Arbeitnehmer entstehenden Lasten zu erleichtern, werden die Wohngemeinden durch den Gewerbesteuerausgleich an dem Gewerbesteueraufkommen der Betriebsgemeinde beteiligt. Dieser Gewerbesteuer- ausgleich fällt als Teil des inneren kommunalen Finanzausgleichs nicht in das Gebiet der konkurrierenden Gesetzgebung; er wird von den Ländern, in Hessen durch eine Reihe von Bestimmungen¹⁰⁷⁾, geregelt. Von größter Bedeutung ist in Hessen das Gesetz über den Gewerbesteuerausgleich zwischen Betriebsgemeinden und Wohngemeinden vom 23. April 1956¹⁰⁷⁾, das unter anderem bestimmt: Gewerbesteuerausgleich wird nur für Arbeitnehmer gezahlt, die in gewerbe- steuerpflichtigen Unternehmen¹⁰⁸⁾ beschäftigt sind. Der von der Betriebsgemeinde an die Wohngemeinde zu leistende Ausgleichsbetrag beträgt grundsätzlich und einheitlich für das ganze Land 70 DM je Arbeitnehmer und Ausgleichsjahr. Dieser einheitliche Satz gilt ohne Rücksicht darauf, ob die der Gewerbesteuer am Stichtag unterliegenden Beschäftigungsbetriebe der Betriebsgemeinde eine hohe oder niedrige oder auch überhaupt keine Gewerbesteuer einbringen, ob die in Betracht kommenden Arbeitnehmer am Stichtag einen hohen oder geringen Ver- dienst hatten, ob sie voll- oder teilbeschäftigt sind. Der Ausgleichsbetrag kann nur dann niedriger werden, wenn das gesamte Aufkommen der Gewerbesteuer in der Betriebsgemeinde im vorangegangenen Rechnungsjahr durch die Zahl aller (einheimischen wie auswärtigen) Arbeitnehmer geteilt und dann halbiert unter dem Normalsatz bleibt¹⁰⁹⁾.

Die Betriebe melden die auswärtigen Arbeitnehmer bei der Betriebsgemeinde wie bei der Wohngemeinde. Diese macht ihre Ansprüche gegenüber der Betriebs-

¹⁰⁷⁾ Gesetz über den Gewerbesteuerausgleich zwischen Betriebsgemeinden und Wohn- gemeinden vom 23. April 1956, GVBl., S. 99. — Steueranpassungsgesetz vom 16. Oktober 1934, RGBl. I, S. 925. — Gewerbesteuer-gesetz in der Fassung vom 21. Dezember 1954, BGBl. I, S. 473. — Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs vom 30. Mai 1956, GVBl., S. 107.

¹⁰⁸⁾ Gewerbesteuerfrei nach § 3 GewStG sind u. a.: Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost, Staatliche Branntweinmonopolverwaltung, staatliche Lotterieu-nternehmen, Sport-Toto, verschiedene Banken, gemeinnützige Kassen und ähnliche Institutionen.

¹⁰⁹⁾ Freckmann, Erwin (Bearbeiter), Der Gewerbesteuerausgleich in Hessen. Heft 367 des Vorschriftenverzeichnisses für die Gemeindeverwaltung Hessen, Stuttgart 1956, auf S. 27 ist ein Beispiel für die nach § 6 GeStG mögliche Berechnung des niedrigeren Aus- gleichsbetrags angeführt: Für 1956 soll der Betrag errechnet werden. Das GewSt-Istauf- kommen 1955 betrug insgesamt bei einem Hebesatz von 200 v. H. 40 000 DM. Bei der Umrechnung auf den vorgeschriebenen fiktiven Hebesatz von 245 v. H. ergibt sich ein Aufkommen von 49 000 DM. Am Stichtag waren 500 Arbeitnehmer in den gewerbe- steuerpflichtigen Unternehmen der Gemeinde beschäftigt. Das ergibt ein Gewerbesteuer- aufkommen pro Arbeitnehmer von 98 DM. Da hiervon die Hälfte unter dem landes- einheitlichen Ausgleichsbetrag von 70 DM bleibt, hat die Gemeinde nur 49 DM an die anspruchsberechtigten Wohngemeinden zu zahlen.

gemeinde geltend. Wenn zwei Gemeinden wechselseitig Ausgleichsbeträge beanspruchen können, weil sie im Verhältnis zueinander Betriebs- und Wohngemeinden gleichermaßen sind, so wird gegenseitig aufgerechnet. Es darf dann nur die Gemeinde, zu deren Gunsten ein Überschuß verbleibt, als Wohngemeinde angesehen werden, nur sie kann Ausgleichsbeträge beanspruchen. Nach § 4 des in Hessen geltenden GeStAusglGes. können von der Betriebsgemeinde Ausgleichszuschüsse nur beantragt werden, wenn dort am Stichtag mehr als fünf Arbeitnehmer beschäftigt waren. Gewerbesteuerausgleichsjahr ist das Rechnungsjahr, Stichtag für die Durchführung der Tag der Ausstellung der Lohnsteuerkarte (regelmäßig der 20. September). Gemeinden, bei denen die Arbeitnehmerbevölkerung von Bundesbahn und Bundespost mehr als 5 v. H. der Zivilbevölkerung beträgt, erhalten von Bundesbahn und Bundespost sogenannte Verwaltungskostenzuschüsse, die einen gewissen Ausgleich für die Steuerbefreiung dieser beiden Bundesanstalten gewähren sollen.

Für alle Arbeiterwohngemeinden sind die Gewerbesteuerausgleichsbeträge eine wesentliche und unentbehrliche Einnahme. Für die Betriebsgemeinden stellen sie eine zuweilen erhebliche Einnahmeminderung aus der Gewerbesteuer dar. Die Höhe des landeseinheitlichen Betrages ist deshalb immer umstritten. Die Gewerbegebiete wollen niedrige, die Wohngemeinden hohe Quoten. Sicherlich ist es aus Gründen der Vereinfachung richtig, einen gewissen Standardsatz festzulegen, der nur in den genannten besonderen Fällen unterschritten werden darf. Auf der anderen Seite wäre es aber wohl zu überlegen, ob nicht ein bestimmter Anteil von etwa 35 bis 40 v. H. den Interessen beider Seiten gerechter werden könnte. Gewerbesteuerreiche Gemeinden hätten dann allerdings mehr abzuführen als 70 DM, aber auch manche kleine Gemeinde, der es endlich gelungen ist, einen noch keineswegs sehr einbringlichen Gewerbebetrieb anzusiedeln, müßte dann nicht mehr bis zur Hälfte ihres Aufkommens an die Wohnorte der zahlreichen von auswärts kommenden Arbeitnehmer zahlen. Gerade kleine Gemeinden haben oft gar nicht genug Arbeitskräfte in ihren eigenen Mauern, sie können dennoch zu einem Arbeitszentrum für die Umgebung werden, sie sollten dann nicht gezwungen werden, ihre Steuereinnahmen zum größeren Teil wieder herauszugeben. Dann nämlich wird die Ansiedlung eines Gewerbebetriebes — nur vom steuerlichen Gesichtspunkt betrachtet — uninteressant.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird der Ausgleich nur gezahlt, wenn mehr als fünf Arbeitnehmer aus einer Wohngemeinde in der Betriebsgemeinde beschäftigt sind. Diese Regelung scheint auf den ersten Blick richtig; lohnt es doch kaum den Aufwand, für zwei oder vier Arbeitnehmer aus einer Gemeinde den Betrag zu errechnen und zu überweisen. Jedoch: gehen die Arbeitnehmer kleiner Gemeinden in die verschiedensten Betriebsgemeinden der Umgebung, so erhalten ihre Wohngemeinden zuweilen für 30 und mehr Pendler

keine Gewerbesteuerausgleichsbeträge. Dieser Verlust fällt schon ins Gewicht. Die Mindestgrenze war früher noch höher, sie ist durch das Gesetz von 1956 in Hessen auf fünf herabgesetzt worden. Im Interesse vieler kleiner Gemeinden sollte sie ganz fallen.

Welche Bedeutung die Gewerbesteuer-Ausgleichszahlungen im einzelnen haben, zeigt eine Übersicht aus unseren 16 Untersuchungsgemeinden, die auf Grund der Gemeindefinanzstatistik für die Haushaltsjahre 1954, 1955 und 1956 die Einnahmen aus dem Gewerbesteuerausgleich angibt (in DM):

Gemeinde	1954	1955	1956
Alsbach	8 775	10 350	17 710
Asbach	— —	1 100	3 430
Berkach	2 100	2 800	4 410
Eppertshausen	23 550	26 338	41 774
Fränkisch-Crumbach	4 700	4 950	10 430
Gernsheim	23 750	27 940	31 407
Kleestadt	4 100	5 206	8 558
Leeheim	9 100	10 450	16 800
Lichtenberg	— —	1 375	2 590
Malchen	2 950	2 700	4 200
Messel	12 435	19 040	24 963
Nieder-Ramstadt	19 858	20 766	26 833
Schneppenhausen	8 550	8 795	14 875
Spachbrücken	9 280	9 965	18 519
Winterkasten	— —	— —	2 994
Wixhausen	31 875	32 375	52 101

Auffallend ist die Steigerung der Gewerbesteuer-Ausgleichseinnahmen im Jahre 1956. Damals wurde die Mindestzahl von vorher mehr als 10 auf mehr als 5 herabgesetzt, gleichzeitig erhöhte sich der landeseinheitliche Betrag von vorher 50 auf 70 DM. Welche Bedeutung die Einnahmen aus dem Gewerbesteuerausgleich haben, zeigt eine Gegenüberstellung der steuerlichen Gesamteinnahmen der Gemeinden und der Einnahmen aus dem Ausgleich für 1956 (in DM):

Gemeinde	Gesamt-Einnahme aus allen Steuern 1956	davon Ausgleich	v. H.
Alsbach	385 191	17 710	4,6
Asbach	70 482	3 430	4,9
Berkach	54 291	4 410	8,1
Eppertshausen	593 021	41 774	7,0
Fränkisch-Crumbach	222 578	10 430	4,7
Gernsheim	1 709 458	31 407	1,8
Kleestadt	108 213	8 558	7,9
Leeheim	154 809	16 800	10,9

Gemeinde	Gesamt-Einnahme aus allen Steuern 1956	davon Ausgleich	v. H.
Lichtenberg	36 240	2 590	7,1
Malchen	39 568	4 200	10,6
Messel	195 355	24 963	12,8
Nieder-Ramstadt	638 455	26 833	4,2
Schneppenhausen	79 794	14 875	18,6
Spachbrücken	230 042	18 519	8,1
Winterkasten	62 216	2 994	4,8
Wixhausen	302 436	52 101	17,2

Für die Gemeinden Messel, Schneppenhausen und Wixhausen war 1956 der Gewerbesteuerausgleich auch noch die einbringlichste Steuerquelle.

c) Die kleinen Gemeindesteuern

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges glaubte die Reichsregierung, die erdrückenden finanziellen Lasten könnten nur durch eine einheitliche Finanzverwaltung und erheblich gesteigerte Einnahmen bewältigt werden. Erzberger tröstete die Gemeinden, die durch seine Reformen das Recht verloren, Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben, mit dem Hinweis, den Gemeinden bleibe wie den Ländern das nahezu unbeschränkte Recht, neue Steuern zu finden¹¹⁰⁾.

Jedoch mit diesem Zugeständnis war den Gemeinden nicht gedient. Die besten Steuerquellen befanden sich — von den Realsteuern einmal abgesehen — in den Händen des Reiches und der Länder. Dies ist bis zum heutigen Tage so geblieben. Die sogenannten Bagatell- oder kleinen Steuern, die den Gemeinden im Laufe der Jahre zugewachsen sind oder erhalten blieben, bringen zwar insgesamt rund 462 Millionen DM jährlich¹¹¹⁾, aber von dieser großen Summe entfällt sehr wenig auf die Dörfer. Nach den Ergebnissen einer Repräsentativerhebung, die den „Finanzpolitischen Grundsätzen des Deutschen Gemeindetages“ entnommen ist, verteilte sich das Aufkommen an gemeindlichen Nebensteuern im Haushaltsjahr 1957 wie folgt¹¹²⁾:

Steuerart	Aufkommen in Mio. DM	Anteil am Steueraufkommen	
		Gemeinden bis 10 000 Einw. in v. H.	Gemeinden üb. 10 000 Einw. in v. H.
Getränkesteuer	108	12,7	87,3
Vergnügungssteuer	205	16,5	83,5
Hundesteuer	49	52,5	47,5

¹¹⁰⁾ Erzberger, Mathias, Reden zur Neuordnung des deutschen Finanzwesens, Berlin 1919, S. 114 f.

¹¹¹⁾ Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BdF, a. a. O., S. 28.

¹¹²⁾ Finanzpolitische Grundsätze des Deutschen Gemeindetages, a. a. O., S. 46.

Getränke- und Vergnügungsteuer sind ausgesprochen städtische Steuern. Den kleinen Gemeinden fehlen die steuerpflichtigen „Vergnügungen“; in den meisten Dörfern stehen keine Filmtheater, die Dreiviertel der Vergnügungsteuer aufbringen. Auf die Getränkesteuer wird auf dem Lande meist verzichtet, weil dort noch immer nicht nur auf dem Rathaus, sondern auch im Wirtshaus Politik gemacht wird. Die Gemeinde-Nebensteuern schaffen in den kleinen Gemeinden unerfreuliche Reibungsflächen, die das Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürger wenig fördern. Noch erträglich, vor allem einbringlich und konstant im Aufkommen auch in kleinen Gemeinden, ist nur die Hundesteuer. Ihre Erträge entwickelten sich laut Gemeindefinanzzstatistik in den 16 Untersuchungsgemeinden wie folgt:

Gemeinde	Einnahmen aus der Hundesteuer (in DM)			Einwohner 25. 9. 1956
	1954	1955	1956	
Alsbach	2 437	2 461	2 522	2 454
Asbach	495	460	476	405
Berkach	752	760	784	466
Eppertshausen	2 540	2 443	2 412	2 908
Fränkisch-Crumbach	1 632	1 568	1 640	2 262
Gernsheim	5 428	7 138	6 859	6 723
Kleestadt	744	660	653	790
Leeheim	1 640	1 676	1 456	1 748
Lichtenberg	388	449	450	471
Malchen	736	656	588	441
Messel	1 548	1 628	1 672	1 779
Nieder-Ramstadt	5 625	5 722	5 755	5 278
Schneppenhausen	928	816	744	908
Spachbrücken	1 252	1 220	1 080	1 505
Winterkasten	824	876	776	703
Wixhausen	2 991	2 775	3 385	3 407

Auffallend ist die Abhängigkeit von der Einwohnerzahl; bis auf wenige Ausnahmen kommt auf den Kopf des Einwohners in den 16 Untersuchungsgemeinden etwa eine DM Einnahme aus der Hundesteuer. In den Wohngemeinden ist diese Quote etwas kleiner.

2. Neue Steuern

Können neue Steuern den schlecht versorgten Gemeinden helfen? Sie könnten sicherlich mehr Geld in die Gemeindekasse bringen und vielleicht zugleich noch bestimmte gesellschafts- oder ordnungspolitische Funktionen erfüllen. In der öffentlichen Diskussion wird seit Jahren nach neuen gemeindlichen Steuern Ausschau gehalten. Welche Möglichkeiten werden erörtert?

a) Reine Gemeindepersonalsteuer

In jeder der 16 Untersuchungsgemeinden — ob sie nun besser oder schlechter versorgt ist — halten die Einwohner mit neuen Forderungen an die Gemeindeverwaltung nicht zurück. Die meisten Gemeindebürger werden bei dem heutigen Finanzsystem zu den kommunalen Ausgaben nicht sichtbar herangezogen, sie würden zweifellos bescheidener in ihren Forderungen, wenn sie selbst auch das Geld zur Erfüllung ihrer Wünsche aufbringen müßten. Um gute staatsbürgerliche Gesinnung und verantwortungsbewußte Entscheidungsfreiheit zu fördern, wäre eine Gemeindepersonalsteuer sicherlich wünschenswert. Sie müßte möglichst jeden Bürger, nach seinem Einkommen und seiner sozialen Stellung, zu einem unmittelbaren Beitrag zu den Gemeindelasten heranziehen, sie könnte damit einem echten Gefühl für die Bedeutung gemeindlicher Entscheidungen zum Durchbruch verhelfen und gleichzeitig die finanzielle Situation der Gemeinden verbessern¹¹³⁾.

Die Miquelschen Reformen von 1893 gewährten den Gemeinden ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer. Als dieses von Erzberger nach dem Ersten Weltkrieg beseitigt wurde, erhielten die Gemeinden das Recht, eine Bürgersteuer zu erheben, die eine Art Kopfsteuer (Gemeinde-Einwohnersteuer) war. Während des Zweiten Weltkrieges ging die Bürgersteuer in der Einkommensteuer auf. Den Gemeinden wurde versprochen, die Steuer werde zwei Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen zurückgegeben. Was dieses Versprechen der damaligen Machthaber heute wert ist, sei dahingestellt. Forderungen nach einer Gemeindepersonalsteuer stützen sich weniger auf diese Zusage, sie betonen vielmehr die Zweckmäßigkeit dieser Steuerquelle.

In den Jahren 1955 bis 1958 wurde in der Bundesrepublik die Einführung einer Gemeindepersonalsteuer zusammen mit einer Reform der Gewerbesteuer eingehend diskutiert. Vor dem Bundestag erläuterte am 16. Dezember 1955 der Abgeordnete Stücklen: „Wir wissen, daß die Gewerbesteuer nach der Grundsteuer A und B noch eine Hauptstütze für den Haushalt der Kommunen darstellt, und wir wissen auch, daß wir diese Steuer nicht abschaffen und nicht reduzieren können, wenn wir nicht einen Ersatz dafür bieten. Aber wenn wir uns gleichzeitig überlegen, was aus diesem kommunalen Haushalt bestritten werden soll, dann kommen wir zu der sicherlich einhelligen Auffassung, daß es in der Hauptsache gemeinnützige und soziale Aufgaben sind ... Das alles sind Auf-

¹¹³⁾ Ähnliche Gedankengänge vertrat schon Popitz in seinem Gutachten, a. a. O., S. 126, neuerdings August Dresbach u. a. in einem Aufsatz „Zurück zu Miquel?“ in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Nr. 1, 2. Januar 1958, S. 2, wo er schreibt: „Wer Wahlrecht hat, muß auch direkt bei der Bezahlung beteiligt sein. Sonst fehlt die Harmonie oder, um ... mit Popitz zu reden, der funktionelle Ausgleich.“

gaben, für die sich jeder Gemeindebürger mitverantwortlich fühlen muß, weil er selber daran seinen Anteil hat und weil es keine Entlassung aus der sozialen Verantwortung gibt ... Jeder muß zur Erfüllung sozialer Aufgaben herangezogen werden, der dazu einkommensmäßig in der Lage ist¹¹⁴⁾. Bundesfinanzminister Etzel erklärte am 9. Dezember 1958 ebenfalls vor dem Bonner Parlament: „Eine dritte Gemeindesteuer neben der Grundsteuer und der Gewerbesteuer, die wirtschaftlich von allen Einwohnern zu tragen wäre, entspräche dem Selbstverwaltungsgedanken und würde die Selbstverantwortung in den Gemeinden für die Ausgabegebarung, die weitgehend verlorengegangen ist, wiederherstellen. In den meisten Gemeinden trägt heute nur eine Minderheit zu den Gemeindelasten bei. Damit verliert die Mehrheit der Einwohner das Verantwortungsgefühl für die örtliche Gemeinschaft“¹¹⁵⁾.

Die gemeindliche Personalsteuer geriet in den Sog einer lauten Diskussion und konnte im Vorwahljahr 1960 schließlich nicht mehr zu Rate gezogen werden. Es wurde geltend gemacht, es gebe ohnehin schon Steuern genug. Die Behauptung, der Nicht-Grundbesitzer und Nicht-Gewerbetreibende trage keinen Pfennig zur kommunalen Abgabelast bei, sei falsch, weil beide Steuern überwälzt würden. Jeder leiste außerdem schon seinen Beitrag, wenn auch indirekt, über die Mitbeteiligung der Gemeinden an dem Einkommensteuer-Anteil der Länder im Wege des Finanzausgleichs.

Die Einführung einer Gemeindepersonalsteuer müßte mit einer Reform des gesamten Steuersystems verbunden sein. Dagegen sträuben sich die kommunalen Spitzenverbände, die eine Kürzung der Gewerbesteuer-Einnahmen und der Finanzausgleichsmassen befürchten¹¹⁶⁾. Doch wird die Gemeindepersonalsteuer in der Diskussion künftig noch eine Rolle spielen. Es lohnt sich daher ein kurzer Überblick über ihre Möglichkeiten und Erscheinungsformen. In dem schon zitierten Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium der Finanzen werden drei Formen der Gemeindepersonalsteuer unterschieden¹¹⁷⁾: die Gemeindeeinwohnersteuer, die Gemeindecinkommensteuer und der Gemeindezuschlag zur Einkommensteuer des Bundes und der Länder (Miquelsches Muster).

¹¹⁴⁾ Stütklen, Richard, Rede in der Mittelstandsdebatte des Bundestages am 16. Dezember 1955, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 27, 108.—121. Sitzung, 1955, S. 6471.

¹¹⁵⁾ Etzel, Franz, Etatrede am 9. Dezember 1958, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Bd. 42, Stenographische Berichte, 41.—60. Sitzung, 1958/59, S. 2815.

¹¹⁶⁾ Vgl. Finanzpolitische Grundsätze des Deutschen Gemeindetages, a. a. O., S. 48.

¹¹⁷⁾ Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BdF, a. a. O., S. 20 f.

Die Einwohnersteuer erfaßt gleichmäßig alle Gemeindebürger (Kopfsteuer), sie wäre also geeignet, das Interesse breiter Schichten an den Gemeindeangelegenheiten zu stärken. Auf der anderen Seite jedoch verstößt eine derartige Besteuerung wider den Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit.

Die Gemeindeeinkommensteuer könnte dem Tarifschema der Bundes- und Ländereinkommensteuer angepaßt werden, sie würden der Leistungsfähigkeit der Gemeindebewohner gerecht. Doch wäre bei ihr — auch in Anbetracht der vielen Steuerbefreiungen — der Verwaltungsaufwand sehr hoch und die Steuer nur mit großen Schwierigkeiten zu erheben.

Auch dieses Problem fiel weg, würde ein Gemeindezuschlag zur Einkommensteuer des Bundes und der Länder erhoben. Die Einführung dieser Art der Besteuerung würde in der Bundesrepublik bei der heutigen Situation aber auf andere Schwierigkeiten stoßen: Seit der Umgestaltung des Einkommensteuerrechts von 1958 sind nur noch wenig mehr als die Hälfte der Einkommenbezieher steuerpflichtig. Die erwünschte Breitenwirkung der Gemeindepersonalsteuer ginge also verloren.

Schließlich weist das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates darauf hin, „daß der Bund auf Grund der Verfassungsänderung vom 23. Dezember 1955 im Bedarfsfalle berechtigt ist, eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer zu erheben. In dem Augenblick, in dem der Bund sich veranlaßt sehen würde, von diesem Recht Gebrauch zu machen, würden bei Einführung eines Gemeindezuschlags unter Berücksichtigung der bestehenden Kirchensteuer nicht weniger als drei verschiedene Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben werden, was sowohl unter dem Gesichtspunkt der weiteren Komplikation des Steuerrechts als auch vom Standpunkt der steuerlichen Belastung und der Tarifklarheit untragbar wäre“¹¹⁸⁾¹¹⁹⁾.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten bleibt festzustellen: eine Gemeindepersonalsteuer könnte das kommunale Finanzsystem abrunden und auf gesunde Füße stellen. Aber wie würde dafür gesorgt, daß mit dieser Gemeindepersonalsteuer die reichen Gemeinden nicht noch reicher und die armen nicht noch ärmer werden? Die Kopfsteuer — der hier zunächst richtig scheinende Ausweg — ist, wie erklärt, aus steuerpolitischen und allgemein politischen Überlegungen nicht ratsam; die Gemeindeeinkommensteuer und der Gemeindezuschlag können kaum als Hilfe betrachtet werden, weil ihnen verwaltungstechnische und andere praktische Schwierigkeiten entgegenstehen. Zur Einführung einer gemeindlichen Per-

¹¹⁸⁾ Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim BdF, a. a. O., S. 21.

¹¹⁹⁾ Vgl.: Terhalle, Fritz, Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin 1948, S. 297, T. lehnt ebenfalls aus steuerpolitischen Gründen das Zuschlagssystem ab.

sonalsteuer müßte schließlich noch das Grundgesetz geändert werden, wozu sich kaum die nötige qualifizierte Mehrheit finden würde. Es muß aber ein Weg gesucht werden, wie in den Gemeinden das gleiche Wahlrecht durch die Pflicht zur Leistung einer direkten Steuer ergänzt werden kann.

b) Wertzuwachssteuer

Die Einführung einer neuen Objekt- oder Realsteuer oder einer neuen Steuer mit örtlich bedingtem Wirkungskreis wäre vielleicht einfacher. Ähnlich wie bei den Zuschlägen zur Grunderwerbsteuer, die heute den Gemeinden zufließen, könnte eine Wertzuwachssteuer die Bodenrenten abschöpfen. Dieser Gedanke spielt in der Finanzwissenschaft seit den Physiokraten eine Rolle, er wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts besonders von Henry George propagiert¹²⁰⁾. Eine Bodenwertsteuer gibt es heute u. a. in Dänemark, Martin Pfannschmidt hat sie in jüngster Zeit an Stelle der Grundsteuer auch für Deutschland empfohlen¹²¹⁾. Die Hauptschwierigkeit ist die, daß diese Steuer wohl nur funktioniert, wenn sich für Boden wie für Mieten die Preise frei bilden. Beide sind zwar heute auch nicht mehr in Dänemark ungebunden den Spielregeln des Marktes überlassen, aber sie waren es bei der Einführung der Bodenwertsteuer. Die Steuer funktioniert heute in Dänemark nur noch, weil sie bereits eine feste Tradition hat¹²²⁾.

Eine Bodenwertsteuer eigener Art soll in nächster Zeit in der Form der sogenannten Baulandsteuer erprobt werden. Im Rahmen des Bundesbaugesetzes kann jetzt die Grundsteuer für baureifes, aber auf absehbare Zeit unbebautes Land erhöht werden (Grundsteuer C). Diese Maßnahme soll der Ordnung des Bodenmarktes dienen, weniger der Einnahmeerhöhung für die Gemeindehaushalte¹²³⁾. Gegen die Steuer hatte unter anderen der Bund der Steuerzahler Bedenken geltend gemacht, so, sie sei unsozial, weil sie die Kapitalkräftigen, vor allem die Gesellschaften, leichter tragen könnten als die finanziell Schwachen, außerdem könne diese Steuer konfiskatorischen Charakter haben, sie erfordere schließlich großen Verwaltungsaufwand. Endlich wurde gegen die Baulandsteuer eingewandt, daß Maßnahmen der sogenannten Ordnungsfinanz erst dann gerechtfertigt seien, wenn der Zweck auf andere Weise nicht erreicht werden könnte¹²⁴⁾.

¹²⁰⁾ George, Henry, Fortschritt und Armut, Neuauflage, Düsseldorf 1959, S. 137 f.

¹²¹⁾ Pfannschmidt, Martin, Vorentwürfe zu einem Stadt- und Landesplanungsgesetz und zu einem Bodenbewertungs- und Bodenwertsteuergesetz (Manuskript), 1955, S. 17 f.

¹²²⁾ Vgl.: Horster, a. a. O., S. 99.

¹²³⁾ Ernst, Werner, Staatssekretär des Bundesministeriums für Wohnungsbau, „Baulandsteuer höchst bedenklich?“, in: Bundesbaublatt, Wiesbaden, Heft 8, August 1959, S. 383.

¹²⁴⁾ „Baulandsteuer höchst bedenklich“, in: Der Steuerzahler, Bad Wörishofen, Heft 6, Juni 1959, S. 81.

Bisher fehlen Berechnungen, welchen Ertrag die Baulandsteuer überhaupt erbringen kann, sie soll offensichtlich nur ordnungspolitischen Zwecken dienen, sie kann wahrscheinlich weder strukturell noch qualitativ oder quantitativ das gemeindliche Finanzwesen verbessern. Vor allem den kleinen Gemeinden, in denen ja Bauland noch vorhanden ist, kann sie wohl nur wenig helfen¹²⁵).

c) Wohn- und Wohnraumsteuer

Eine Wohnsteuer als neue gemeindliche Einnahmequelle wäre — als Aufwandsteuer mit örtlich bedingtem Wirkungskreis betrachtet — wohl ohne verfassungsrechtliche Schwierigkeit einzuführen. Schon P o p i t z hat sich in seinem Finanzausgleichs-Gutachten für die Wohnsteuer eingesetzt, er hat sogar den Entwurf eines Gesetzes ausgearbeitet, mit dem diese neue Steuer eingeführt werden sollte¹²⁶). Nach dem § 8 dieses Entwurfes sollte der Nutzungswert der Wohnung Besteuerungsgrundlage sein. „Als Nutzungswert gilt das Entgelt, das vertraglich für die Überlassung der Wohnung vereinbart ist. An die Stelle dieses Entgeltes tritt die ortsübliche Miete, wenn ein Entgelt nicht vereinbart ist oder sich das Entgelt zugleich auf Räume bezieht, die zu gewerblichen, beruflichen oder gemeinnützigen Zwecken verwendet werden, oder wenn es so niedrig ist, daß es im Mißverhältnis zur ortsüblichen Miete steht“. P o p i t z hatte alles bedacht; auch wer die Steuer aufbringen sollte: „Steuerpflichtig ist der Wohnungsberechtigte, gleichgültig, ob er die Wohnung gemietet hat oder die Wohnung im eigenen Hause innehat oder ihm die Wohnung ganz oder teilweise unentgeltlich überlassen ist“ (§ 7).

Die Einführung der Wohnsteuer war von P o p i t z so geplant, daß zunächst weder Hausbesitzer noch Mieter höher belastet werden sollten. Dazu mußte aber zunächst die gesetzliche Miete der wohnsteuerpflichtigen Wohnungen um 10 v. H. gesenkt werden (§ 18), um den gleichen Betrag sollte auch die Hauszinssteuer (die allgemeine Hypothekengewinnabgabe nach der ersten Inflation) herabgesetzt werden (§ 26). Die Überwälzung eines Teiles der Grundsteuer sollte verboten werden, der bisher überwälzbare Teil der Grundsteuer wegfallen. Die Mieter zahlten dafür eine Wohnsteuer von 10 v. H. der Miete, zuzüglich des bisher offen auf sie überwälzten Teiles der Grundsteuer. Die Steuer sollte demnach aus einem Grundbetrag von 10 v. H. der Miete und aus einem Zuschlag in den Gemeinden bestehen, in denen die Mieter neben der Miete einen Anteil an der Grundsteuer zu tragen hatten (§ 12). P o p i t z fordert außerdem: „Die Wohn-

¹²⁵) Das Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960 (BGBl. I, S. 341) ist nach Abschluß dieser Arbeit verkündet worden, war aber selbst bis zum Ende des Jahres 1960 noch nicht in allen Teilen in Kraft. Die Grundsteuer C wird in manchen Orten seit Anfang 1961 erhoben, Auswirkungen waren noch nicht zu beobachten.

¹²⁶) Popitz, a. a. O., S. 163 f.

steuer muß beweglich gestaltet werden¹²⁷). Den Gemeinden sollte es deshalb überlassen bleiben, auch einen höheren Umlagesatz als 100 v. H. des auf 10 v. H. der Miete oder des Nutzungswertes bemessenen Grundbetrages zu erheben. Mit dieser Wohnsteuer glaubte Popitz die „gesuchte kommunale Personalsteuer“ gefunden zu haben¹²⁸).

Horster schreibt: „Wenn heute der Vorschlag gemacht werden sollte, wieder ... eine Mietsteuer einzuführen, so könnte dieser Weg nicht als optimale Lösung angesprochen werden“¹²⁹). Was spricht heute gegen die Wohnsteuer? Neben den Schwierigkeiten der Erhebung ist es die Tatsache, daß man heute eine zusätzliche Belastung der Mieter erzwingen müßte, weil nicht mehr wie zu Zeiten Popitz durch Auflockerung und Beseitigung des Hauszinssteuer-Anteils kompensiert werden kann. Außerdem haben wir noch keinen freien Wohnungsmarkt. Seit mehr als 40 Jahren ist in Deutschland der Wohnraum zwangswirtschaftlichen Bindungen unterworfen. Sie schufen besonders in letzter Zeit recht unterschiedliche und ungerechte Verhältnisse: Bestimmte Wohnungskategorien unterliegen dem Mietstopp und der Bewirtschaftung, bei anderen sind nur die Mieten gebunden, bei anderen bestimmen die Marktverhältnisse den Preis, aber auch bei ihnen sind echte Mietpreise nicht entstanden, werden hier doch besondere Kredit-hilfen, Mietvorauszahlungen und Baukostenzuschüsse verlangt, so daß sich ohne weiteres der eigentliche Nutzungswert einer Wohnung kaum errechnen läßt. Es fehlen die Bemessungsgrundlagen für eine Wohnsteuer, würde man an den gegenwärtigen Mieten anknüpfen, würde der Drang zur legalen Steuerausweichung und damit der Zug in die noch zwangsweise mietverbilligten Altbauwohnungen stärker. Offensichtlichen Ungerechtigkeiten wäre Tür und Tor geöffnet, auch dem flachen Lande wäre wenig geholfen, weil hier der Anteil der preisgebundenen Altbauwohnungen besonders hoch ist. Die Bundesregierung will die Wohnungszwangswirtschaft stufenweise abbauen und dazu ein soziales Mietrecht einführen. Wenn dieses Vorhaben geglückt ist, könnte eine Wohnsteuer eingeführt werden.

Doch gibt es noch eine andere Möglichkeit, den Bürger direkt an den Gemeindelasten zu beteiligen. Horster schlägt dazu — wie erstmals Schäffle — die Wohnraumsteuer vor¹³⁰), die als Objektsteuer angesprochen werden könne. Als Maßstab der Besteuerung soll nämlich nicht der Nutzungswert, sondern die Quadratmeterzahl der bewohnten Fläche dienen. Die Kubikmetergröße hält Horster mit Recht für ungeeignet, weil in diesem Falle die höheren Altbau-

¹²⁷) Popitz, a. a. O., S. 161.

¹²⁸) Popitz, a. a. O., S. 169.

¹²⁹) Horster, a. a. O., S. 101.

¹³⁰) Horster, a. a. O., S. 103 ff.

wohnungen schlechter wegkämen. Er glaubt, mit der Wohnraumsteuer die beste und die am leichtesten durchführbare gemeindliche Personalsteuer gefunden zu haben, die auch den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Steuerpflichtigen, der Mieter, gerecht werden könnte, wenn für Sozialrentner und Kinderreiche bestimmte Abstriche gemacht würden. Wie P o p i t z hat auch H o r s t e r seinen Vorschlag mit einem Gesetzentwurf untermauert¹³¹⁾, in dessen § 10 die Höhe der Steuer festgelegt wird: „Die Steuer wird berechnet nach dem Steuergrundbetrag. Für die ersten 50 qm beträgt die Steuer 0,50 DM, für die nächsten 50 qm 1,— DM, für alle darüber liegenden Quadratmeter 1,50 DM.“ „Steuerpflichtig ist der Wohnungsberechtigte“ (§ 7).

H o r s t e r hat ausgerechnet, daß mit dieser Wohnraumsteuer Köln jährlich etwa 4,5 Millionen DM Einnahmen zu erwarten hätte. Sicherlich könnte diese Steuer auch für das flache Land wesentliche Hilfen bringen. Aber: soll auf dem Lande ein Quadratmeter Wohnfläche ebenso hoch besteuert werden wie in der Stadt, obgleich doch dort die als Gegenleistung für die Steuerlast gebotenen kommunalen Dienste und Einrichtungen weitaus besser sind? Die Bundesregierung will bisher (Sommer 1960) weder die Wohn- noch die Wohnraumsteuer einführen¹³²⁾. Auch der Bundestag zeigt sich uninteressiert.

Würden die Steuersätze zwischen Stadt und Land gestaffelt, die Bemessungsgrundlage mit unterschiedlichen Hebesätzen bedacht, wäre die Einführung einer Wohnraumsteuer zu begrüßen, weil hier in der Tat über eine Aufwand- oder auch Objektsteuer der Gemeindebürger an den Lasten der Kommune beteiligt und damit am Schicksal seines Heimortes stärker interessiert würde. Allerdings scheint es zweckmäßig, daß zunächst die Absicht der Bundesregierung, den Wohnungsmarkt von staatlichen Bindungen weitgehend zu befreien, wenigstens bis zu einem gewissen Stadium verwirklicht wird. Andernfalls ginge wahrscheinlich die Übersicht weitgehend verloren, keine der beiden Maßnahmen käme zum Zuge, weil sie zur gleichen Zeit wohl nicht durchführbar sind. Schließlich muß dafür gesorgt werden, daß der Bürger für diese neue Belastung an anderer Stelle entschädigt wird. H o r s t e r macht Vorschläge, die Einkommensteuer zu senken und dafür die Gemeinden aus dem vertikalen Finanzausgleich herauszunehmen. Die Frage wird in der Zusammenfassung am Ende dieses Abschnittes behandelt.

¹³¹⁾ Horster, a. a. O., S. 122 ff.

¹³²⁾ Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim BdF, a. a. O., S. 22, lehnt die Wohnraumsteuer vor allem wegen „der Höhe der Veranlagungs- und Erhebungskosten“ ab. Auch wird darauf hingewiesen, daß bei den heutigen Verhältnissen der Wohnraum im wesentlichen zufallsbedingt verteilt sei, wodurch die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit nicht gesichert sei. Der Beirat bevorzugt die Mietsteuer, schränkt jedoch ein, daß auch hier die Mieten zufallsbedingt seien. Der Effekt einer Mietsteuer könne im übrigen auch durch die Erhöhung der Grundsteuer erreicht werden.

3. Gebühren und Beiträge, Erträge aus Vermögen und Wirtschaftsunternehmen

Die gemeindliche Personalsteuer wird in erster Linie damit begründet, daß über sie jeder Gemeindebürger an allen Lasten der Kommune beteiligt werde. Viele gemeindliche Dienste und Einrichtungen müssen aber nicht unbedingt mit Steuergeldern finanziert werden. Gebühren und Beiträge können den gleichen Zweck erfüllen. Doch zeigen hier die Gemeinderäte erstaunliche Nachgiebigkeit. Von jeder Partei und Gruppe wird schon der Versuch als unsozial empfunden, Gebühren für bestimmte kommunale Einrichtungen hoch genug anzusetzen, um den allgemeine Haushalt zu entlasten. Allzu viele glauben heute, alles sei sozial, wenn nur die anderen zahlten, aber nicht die, die sich der Vorteile dieser Einrichtungen erfreuten.

a) G e b ü h r e n¹³³⁾

Maßgebend ist das preußische Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 (GS., S. 152) in der zur Zeit geltenden Fassung, dessen § 4 vorschreibt:

„(1) Die Gemeinden können für die Benutzung der von ihnen im öffentlichen Interesse unterhaltenen Veranstaltungen (Anlagen, Anstalten und Einrichtungen) besondere Vergütungen (Gebühren) erheben.

(2) Die Erhebung der Gebühren hat zu erfolgen, wenn die Veranstaltung einzelnen Gemeindeangehörigen oder einzelnen Klassen von solchen vorzugsweise zum Vorteil gereicht und soweit die Ausgleichung nicht durch Beiträge (§ 9) oder eine Mehr- oder Minderbelastung erfolgt. Die Gebührensätze sind in der Regel so zu bemessen, daß die Verwaltungs- und Unterhaltskosten der Veranstaltung, einschließlich der Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Kapitals, gedeckt werden.

(3) Besteht eine Verpflichtung zur Benutzung der Veranstaltung für alle Gemeindeangehörigen oder für einzelne Klassen derselben oder sind die Genannten auf die Benutzung der Veranstaltung angewiesen, so ist unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses, welchem die Veranstaltung dient, und der den einzelnen gewährten besonderen Vorteile eine entsprechende Ermäßigung der Gebührensätze gestattet, auch kann in Fällen dieser Art die Erhebung von Gebühren unterbleiben.“

Danach müssen die Gemeinden für Einrichtungen, die nur einer bestimmten Gruppe innerhalb der Gemeinde dienen, Gebühren erheben, in anderen Fällen können sie darauf verzichten. Es wäre nun richtig, die Gemeinden würden angesichts ihrer gespannten Finanzlage und ihrer geringen Möglichkeiten, die Bürger zur Bestreitung der Lasten heranzuziehen, alle Möglichkeiten des § 4

¹³³⁾ Auf die Kurtaxe wird hier nicht eingegangen, weil sie in den 16 Untersuchungsgemeinden keine Rolle spielt. Die spezielle Nachprüfung der Probleme — das Ziel der Arbeit — konnte deshalb bei der Kurtaxe nicht erreicht werden. Wenn der Odenwald dem Fremdenverkehr weiter erschlossen wird, ist aber denkbar, daß dank der günstigen klimatischen Bedingungen einige Gemeinden das Recht erhalten, Kurtaxen zu erheben. Wo dies in den Untersuchungsgemeinden der Fall sein könnte, fehlen noch die anderen Voraussetzungen, genug Fremde anzulocken, die auch bereit wären, Kurtaxe zu zahlen.

ausschöpfen. In der Praxis ist dies nicht der Fall. Die kommunalen Einrichtungen werden in der Gemeindefinanzstatistik im Einzelplan 7 (Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung) erfaßt. Für die 16 Untersuchungsgemeinden wurden Einnahmen und Ausgaben laut Gemeindefinanzstatistik im Einzelplan 7 für drei Jahre gegenübergestellt. Es ergab sich folgendes Bild:

Gemeinde	1954		1955		1956	
	Einnahmen (DM)	Ausgaben	Einnahmen (DM)	Ausgaben	Einnahmen (DM)	Ausgaben
Alsbach	25 869	44 324	12 692	59 151	32 316	66 791
Asbach	5 669	16 775	672	11 257	2 248	7 953
Berkach	3 928	6 796	3 992	8 585	4 061	8 851
Eppertshausen	8 811	15 923	28 426	106 107	19 029	16 454
Fränkisch-Crumbach	5 632	19 069	5 945	22 510	10 443	30 098
Gernsheim	33 945	185 960	36 538	159 194	41 914	154 652
Kleestadt	4 877	13 117	4 575	14 222	4 348	12 946
Leeheim	16 152	26 712	21 112	27 516	16 152	39 141
Lichtenberg	1 253	3 441	1 472	3 251	221	1 873
Malchen	2 159	2 854	171	1 832	304	3 854
Messel	4 859	29 162	3 435	28 975	7 028	24 273
Nieder-Ramstadt	18 742	62 612	19 770	57 424	18 310	84 636
Schneppenhausen	1 151	4 177	3 444	5 662	1 362	5 475
Spachbrücken	2 833	12 933	2 525	15 708	3 357	13 567
Winterkasten	1 648	6 860	2 657	12 227	4 702	9 191

In keiner Gemeinde entsprachen die Einnahmen den Ausgaben. Lag zunächst noch die Vermutung nahe, nur die steuerkräftigen Gemeinden würden ihren Bürgern die kommunalen Einrichtungen besonders billig zur Verfügung stellen, während die ärmeren höhere Gebühren erheben, so stellte sich bald heraus, daß steuerarme wie steuerreiche Gemeinden ihre Bürger an den Kosten kommunaler Einrichtungen nicht hinreichend beteiligen.

Unter dem Einzelplan 7 sind nun neben den kommunalen Einrichtungen auch Maßnahmen der Wirtschaftsförderung zusammengefaßt, die weder mit Gebühren noch mit Beiträgen ausgeglichen werden können. Außerdem finden sich hier auch Zuschüsse aus dem ordentlichen Haushalt für große gemeindliche Investitionen, die erst im Laufe der Jahre wieder über Beiträge ausgeglichen werden. Die Ziffern der Gemeindefinanzstatistik allein gaben deshalb noch kein genaues Bild. Es war nötig, an Ort und Stelle die Verhältnisse zu überprüfen. Dabei ergab sich:

Für die Straßenbeleuchtung und -reinigung werden regelmäßig keine Gebühren erhoben. Im Bestattungswesen bleiben die Einnahmen aus der Gebühr regelmäßig unter den Ausgaben. Geringe Überschüsse werden im Marktwesen und bei öffentlichen Waagen erzielt. Doch liegt dies oft daran, daß hier die personellen Kosten unberechnet bleiben, weil die Arbeiten von Gemeindebediensteten übernommen werden, deren Löhne und Gehälter in voller Höhe an anderer Stelle ausgewiesen sind. Die Zucht- und Vattertierhaltung kostet immer mehr als

sie einbringt. Besonders in den landwirtschaftlichen Gemeinden sind die Gebühren regelmäßig so gering bemessen, daß die Vattertierhaltung weitgehend aus Einnahmen subventioniert werden muß. Bei der Kanalisation sind die Gebührenhaushalte nicht ausgeglichen, solange die Gemeinde nur teilweise kanalisiert ist, erst wenn die Investitionen beendet sind, wiegen die Einnahmen die Ausgaben einschließlich Tilgung und Zinsen auf. Da in nahezu allen 16 Untersuchungsgemeinden Abwasser-Kanalisation entweder noch nicht besteht oder erst begonnen wurde, war auch hier ein Defizit zu registrieren. Soweit sich die Gemeinden kommunaler Wasserversorgung erfreuen (aus historischen Gründen wird sie noch unter Einzelplan 8 „Wirtschaftliche Unternehmen“ abgerechnet), gleichen die Einnahmen die Ausgaben dann aus, wenn diese Anlagen sehr alt und deshalb schuldenfrei sind. Rücklagen für neue Investitionen können aus den Einnahmen nicht gebildet werden.

Die kommunalen Spitzenverbände, die Landratsämter und die Kommunalabteilung des Hessischen Ministers des Innern drängen die Gemeinden, ihre Gebührenhaushalte in Ordnung zu bringen. Diese Bemühungen hatten auch schon einige Erfolge¹³⁴⁾, aber die Verhältnisse könnten weitaus besser sein, wenn die Gemeinderäte zum Wohle ihrer Heimat einigen Mut zur Unpopularität aufbringen würden. Für die heute übliche kommunale Subventionspolitik — vor allem zugunsten der Landwirtschaft — sollte angesichts der finanziellen Lage der Gemeinden kein Raum mehr sein. Soviel über die Benutzungsgebühren.

Die Verwaltungsgebühren bringen in den kleinen Gemeinden ohnehin nur geringe Summen. Hier ist unter den heutigen Umständen viel mehr auch kaum zu holen. Bei einer starken Anspannung der Sätze wäre Verwaltungsmüdigkeit, vielleicht sogar ein Wachsen der Staatsverdrossenheit, zu befürchten. Hier wurde die rechtzeitige Umkehr wahrscheinlich versäumt, Verwaltungsleistungen glaubt der Bürger heute mit seinen Steuern hinreichend abgegolten zu haben.

b) Beiträge

Der § 9 des Kommunalabgabengesetzes lautet:

„(1) Die Gemeinden können behufs Deckung der Kosten für Herstellung und Unterhaltung von Veranstaltungen, welche durch das öffentliche Interesse erfordert werden, von denjenigen Grundeigentümern und Gewerbetreibenden, denen hierdurch besondere Vorteile erwachsen, Beiträge zu den Kosten der Veranstaltung erheben. Die Beiträge sind nach den Vorteilen zu bemessen.

¹³⁴⁾ Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim BdF, a. a. O., S. 35, Tabelle 35, hiernach sind die Einnahmen der Gemeinden aus Gebühren und Beiträgen insgesamt von 1,055 Millionen DM 1951 auf 2,243 Millionen DM 1957 gestiegen. Doch blieb der Anteil der Gebühren und Beiträge an den Gesamteinnahmen von 1951 bis 1957 konstant um etwa 14 v. H.

(2) Beiträge müssen in der Regel erhoben werden, wenn andernfalls die Kosten, einschließlich der Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Kapitals, durch Steuern aufzubringen sein würden.“

Von Bedeutung sind für die Landgemeinden letzten Endes nur die Straßenanliegerbeiträge. Die größeren Städte haben schon vor Jahrzehnten Ortssatzungen auch über das Erheben von Straßenanliegerbeiträgen erlassen. Für Kleinstädte und Landgemeinden dagegen bestand dieser Zwang zunächst nicht. Erst in den Jahren nach dem Zweiten Weltkriege haben diese Gemeinden weite Neubaugebiete erschlossen und mit den nötigen Straßen versehen müssen. Sie veräußerten Gemeindevermögen, verwandten Rücklagen und laufende Einnahmen zum Straßenbau und nahmen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit Kredite auf. Es entstanden einige vorbildliche Ortsstraßen, aber noch lange nicht genug. Mit Sicherheit würde sich fast jede Gemeinde ruinieren, wollte sie die Straßenbauwünsche der Bevölkerung bereitwillig erfüllen. Hierzu sind die Gemeinden nicht in der Lage, es sei denn, sie beteiligten ihre Bürger an den Kosten. Die rechtlichen Bestimmungen waren in Hessen zuerst umstritten und unklar, sie sind jetzt hinreichend ausgedeutet. Danach hat jede Gemeinde die Möglichkeit, Straßenanliegerbeiträge zu verlangen¹³⁵). Allerdings sind bereits vorhandene Straßen in den ehemals nichtpreußischen Landesteilen Hessens nicht beitragspflichtig. Hierdurch ergeben sich besonders Schwierigkeiten auf dem flachen Lande, weil in den Dörfern die Neubauviertel oft als Verlängerung alter Straßen entstanden.

Doch bisher weigern sich die Gemeinderäte, von ihren Mitbürgern überhaupt Anliegerbeiträge zu verlangen. Die Bürgermeister sind zu dieser unumgänglichen, wenn auch unpopulären Maßnahme noch eher bereit als die Räte, aber diese haben das letzte Wort. Von den 16 Untersuchungsgemeinden erhoben bis zum Frühjahr 1960 lediglich drei, Gernsheim, Fränkisch-Crumbach und Schneppenhausen, Anliegerbeiträge. Alle anderen Gemeinden klagten über die schlechten Straßen in den Neubauvierteln, aber von den Bürgern wurden keine persönlichen Opfer verlangt, die Verhältnisse zu bessern. Die Rathäuser trieben Vogel-Strauß-Politik; sie hatten sich damit abgefunden, die neuen Straßen mit Krediten, Zuweisungen oder eigenen Steuergeldern eines fernen, fernen Tages zu bauen.

c) Erträge aus Vermögen und Wirtschaftsunternehmen

Gemäß der traditionellen Erhebungsrangfolge (Subsidiarität) müßten bei den Einnahmequellen die Erträge aus Vermögen und Wirtschaftsunternehmen an

¹³⁵) Über die komplizierten Bestimmungen des Anliegerbeitragsrechts in Hessen informieren ausführlich mehrere Fortsetzungen eines Aufsatzes von Schmidt, „Das Anliegerbeitragsrecht in Hessen“, Der Gemeindetag, Mühlheim/Main, Heft 2—4, Februar—April 1958, S. 28—35, S. 63—71, S. 88—91. — Auch der Kommentar zur Hessischen Gemeindeordnung von Muntzke-Schlempp, Bad Homburg v. d. H. und Berlin 1954, S. 996 ff., gibt interessante Hinweise.

erster Stelle stehen¹³⁶). Doch in der Praxis kommt auch in der kommunalen Selbstverwaltung heute den Steuern die größere Bedeutung zu. Die Gemeinden des flachen Landes haben zuweilen Erträge aus Vermögens-, vor allem Waldbesitz, aber regelmäßig keine wirtschaftlichen Unternehmen. Zwar werden die noch stellenweise vorhandenen gemeindlichen Wasserwerke finanzwirtschaftlich unter dem Einzelplan 8 („Wirtschaftliche Unternehmen“) geführt, aber nach den Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung (§ 98, Abs. 2) gehören diese Wasserwerke heute ebenso wenig zu den wirtschaftlichen Unternehmen wie die Schulen, Krankenhäuser oder Abwässeranlagen. Sie werden nicht nach den Bestimmungen der Eigenbetriebs-Verordnung oder des Hessischen Eigenbetriebs-Gesetzes geführt, sie werfen auch regelmäßig keine Erträge ab.

Anders sind die Verhältnisse beim Grund- und forstwirtschaftlichen Vermögen. Hier stehen auch in den Haushaltsplänen kleiner Gemeinden zuweilen noch beträchtliche Einnahmen, soweit sie neben dem allgemeinen Verwaltungsvermögen über Mietgrundstücke, Ackerland oder Wald verfügen¹³⁷). Manche Gemeinden haben von altersher Grundstücke und Mietwohnhäuser, andere haben sie erst in letzter Zeit gebaut oder erworben, um die Wohnungsnot zu steuern oder Bodenspekulationen zuvorzukommen. Sind die Erträge aus Miete und Pacht auch meist gering, aus ihrem Waldbesitz konnten einige Gemeinden in den vergangenen Jahren erhebliche Gewinne ziehen. Allerdings haben sich auch hier die Verhältnisse verschlechtert, seit die Bauwirtschaft weniger Holz als bisher benötigt und die Preise erheblich gesunken sind. Manche Gemeinden haben in den guten Jahren (auch infolge Windbruchs) so viel eingeschlagen, daß ihre Ausgaben für die Aufforstung im Augenblick höher sind als die Einnahmen aus dem Waldbesitz.

Bei den Untersuchungsgemeinden spielt kommunaler Waldbesitz eine Rolle in Alsbach, Asbach, Eppertshausen, Fränkisch-Crumbach, Gernsheim, Kleestadt, Messel, Nieder-Ramstadt und Spachbrücken. Abgesehen von Asbach und Kleestadt, bei denen aber auch die Einnahmen aus dem Waldbesitz in den Jahren 1954 bis 1956 die Steuereinnahmen überschritten, gehören alle diese Gemeinden ohnehin zu den besser versorgten. Aber Asbach und Kleestadt müßten ihre Bür-

¹³⁶) Nach § 2 des Kommunalabgabengesetzes dürfen die Gemeinden „von der Befugnis, Steuern zu erheben, nur insoweit Gebrauch machen, als die sonstigen Einnahmen, insbesondere aus dem Gemeindevermögen, aus Gebühren, Beiträgen ... zur Deckung ihrer Ausgaben nicht ausreichen“. Das gleiche bestimmt der § 115 der Hessischen Gemeindeordnung. Die Abgabenerhebung ist nur subsidäres Deckungsmittel.

¹³⁷) Vgl.: Muntzke-Schlemp, Kommentar zur Gemeindeordnung, a. a. O., S. 837: „Allein der Waldbesitz der hessischen Gemeinden ist mit 40 v. H. annähernd ebenso groß wie der des Staates, wobei die Waldungen den gleichen Anteil an der gesamten Landfläche wie die landwirtschaftlichen Fluren haben.“ — Der hessische Gemeindewald bedeckt 320 000 ha Boden.

ger ungleich höher belasten oder wären noch ärmer, hätten sie keine Einnahmen aus dem Waldbesitz.

Welche Erträge Wald- und Grundbesitz in den nächsten Jahren abwerfen, ist abzuwarten. Im Zuge der zunehmenden Industrialisierung wird der Wald mehr und mehr Erholungszone und „grüne Lunge“. Hessen trägt sich mit dem Gedanken, noch mehr Gebiete unter Naturschutz zu stellen. Das wirtschaftliche Verfügungsrecht der Gemeinden über ihren forstwirtschaftlichen Besitz wird wohl mit Rücksicht auf die wachsende klimatische und landwirtschaftliche Bedeutung der Wälder immer mehr eingeschränkt werden.

4. Kredit

a) Vorbemerkungen

„Man hat bei der Deckung des außerordentlichen Finanzbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände und des Investitionsbedarfs der gemeindlichen Wirtschaftsunternehmen vielfach die Eigenfinanzierung als die ideale Finanzierungsform hingestellt. Die Erfahrung aber hat gelehrt, daß selbst in längeren Friedensperioden in einer prosperierenden Volkswirtschaft eine ausschließliche Eigenfinanzierung größerer gemeindlicher und gemeindewirtschaftlicher Investitionen nicht zu erreichen ist“¹³⁸⁾. Diese Sätze Egon Barockas werden seit Jahren in der kommunalen Praxis nachdrücklich bestätigt. Die Kriegszerstörungen, der große Nachholbedarf und die wachsenden Wünsche der Bevölkerung haben Städte, Kreise und Gemeinden gezwungen, hohe Kredite aufzunehmen. Der Stand der Verschuldung ist eines der wichtigsten Argumente der kommunalen Spitzenverbände bei ihrer Forderung, der Staat müsse den Gemeinden zu besseren Einnahmequellen verhelfen. In der schon zitierten Denkschrift schreibt die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände: „Infolge der ... ungenügenden Finanzausstattung mußten sich die Gemeinden und Gemeindeverbände in den vergangenen Jahren in immer steigendem Maße verschulden, um ihre Aufgaben zu finanzieren, die nicht aus laufenden Einnahmen gedeckt werden konnten, die aber unausweichlich erfüllt werden mußten. Sie haben in folgender Höhe Ausgaben aus Schulden finanziert:

1951	394,4 Millionen DM	1953	1 021,9 Millionen DM
1952	746,6 Millionen DM	1954	1 485,4 Millionen DM
	1955		1 612,0 Millionen DM ¹³⁹⁾

In den Jahren nach 1955 sind die Schulden der Gemeinden noch weiter gewachsen. Die Gemeinden konnten auch deshalb mehr Kredit aufnehmen, weil sie

¹³⁸⁾ Barocka, Hans, Kommunalkredit und kommunale Finanzwirtschaft, Frankfurt am Main 1958, S. 17.

¹³⁹⁾ Vorschläge zur Verbesserung der kommunalen Finanzen, Denkschrift der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände, a. a. O., S. 3.

— vor allem bei der Gewerbesteuer — höhere Einnahmen als vorher hatten. Auf der anderen Seite jedoch hat der Schuldendienst eine beachtliche Höhe erreicht. Manche Großstädte haben ihre Etats mit Zinsen- und Tilgungsleistungen so weitgehend belastet, daß ihnen nur noch ein kleiner Spielraum für freizügige Haushaltspolitik bleibt. Der weitere Zuwachs an Schulden wird für den Steuerzahler beängstigend. Nöll v. d. Nahmer schreibt im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften: „Kein Streit besteht in Wissenschaft und Praxis darüber, daß die Anleihefinanzierung den Steuerpflichtigen in der Gesamtsumme höher belastet als eine Aufbringung der benötigten Mittel durch Steuererhebungen. Die Anleihe muß nicht nur getilgt und somit also der tatsächlich verausgabte Betrag aufgebracht werden, hinzu kommen auch noch die Zinsen“¹⁴⁰⁾. Gerloff erklärt: „Ein hoher Schuldenstand und dementsprechende Zinszahlungen führen leicht zu einer Aufblähung des Verwaltungsapparates und der Geldinstitute, zur Beschränkung der Bewegungs- und Handlungsfreiheit der Finanzverwaltung und der Bankverwaltung. Die Zentralbank wird beengt in ihrer Kreditpolitik, weil jede ihrer Maßnahmen Rückwirkungen auf den Staatskredit und den Anleihenkurs hat. Parlament und Verwaltung sind gehindert, jene Ausgabenpolitik zu machen, die erwünscht ist, weil der Schuldenstand und die Zinslast dies nicht erlauben“¹⁴¹⁾.

Der Schuldenzuwachs der vergangenen Jahre ist besonders augenfällig, weil die Gemeinden nach 1948 praktisch ohne Schulden, aber auch ohne finanzielle Rücklagen aus der Währungsreform hervorgingen. Vor allem die kreisfreien Städte und die größeren Gemeinden haben sich hoch verschuldet. Harbrücker veröffentlichte dazu in einem Aufsatz folgende Zahlen¹⁴²⁾:

Die Verschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften in Hessen 1950 bis 1955

Kommunale Gruppen	1950	1951	1952	1953	1954	1955
			DM je Einwohner			
Kreisfreie Städte	23	36	69	145	209	265
Kreisangehörige Gemeinden						
über 20 000 Einwohner	13	24	30	46	90	126
10 000 bis 20 000 Einwohner	9	18	27	38	59	93
5 000 bis 10 000 Einwohner	5	11	15	28	44	67
3 000 bis 5 000 Einwohner	4	7	13	21	32	46
2 000 bis 3 000 Einwohner	4	7	10	15	23	33
1 000 bis 2 000 Einwohner	2	5	7	10	15	24
weniger als 1 000 Einwohner	1	4	6	10	15	23
Zusammen:	4	8	12	19	30	45

¹⁴⁰⁾ Nöll v. d. Nahmer, Robert, Artikel „Kredit, öffentlicher“, in: Hdw. der Sozialwissenschaften (HdSW), 6. Bd., S. 334.

¹⁴¹⁾ Gerloff, Wilhelm, Die öffentliche Finanzwirtschaft, Bd. II, Frankfurt 1950, S. 115.

¹⁴²⁾ Harbrücker, Siegfried, „Umfang und Ursache der Verschuldung der Gemeinden“, Der Gemeindetag, Mühlheim/Main, Heft 6, Juni 1956, S. 146.

Die Schulden sind sprunghaft gewachsen. Schuldendiensthilfen der Landesregierung haben diesen Zuwachs noch gefördert. Bei der Beurteilung der Tabelle fällt auf, daß sich die kreisfreien Städte — offenbar unter den Folgen der Kriegszerstörungen — am höchsten verschulden mußten. Im übrigen nimmt die Verschuldung pro Kopf mit der Größe der Gemeinden zu. Einwohnerreiche Gemeinden sind steuerkräftiger und damit kreditfähiger als die kleinen.

b) Schulden der 16 Gemeinden

In den 16 Untersuchungsgemeinden betrug der Schuldenstand am Ende der Haushaltsjahre 1954/55, 1956/57 und 1958/59 (in DM)¹⁴³⁾:

Gemeinde	Ende 1954/55		Ende 1956/57		Ende 1958/59	
	absolut	je Einw.	absolut	je Einw.	absolut	je Einw.
Alsbach	46 336	18,84	112 316	45,77	129 652	47,90
Asbach	15 000	35,21	3 000	7,41	29 000	75,92
Berkach	31 351	64,51	42 558	91,33	49 532	107,44
Eppertshausen	12 955	4,66	12 371	4,25	165 163	55,13
Fränk.-Crumbach	94 807	39,99	101 307	44,79	75 807	33,29
Gernsheim	280 699	43,55	644 294	95,83	604 436	87,49
Kleestadt	—	—	—	—	10 000	12,32
Leeheim	36 286	20,68	56 379	32,25	259 961	146,87
Lichtenberg	—	—	—	—	5 000	10,96
Malchen	26 897	61,13	27 138	61,54	78 287	159,77
Messel	41 890	25,04	37 487	21,07	81 251	45,39
Nieder-Ramstadt	128 114	23,96	321 060	60,83	300 379	55,04
Schneppenhausen	45 835	50,65	43 399	47,80	55 202	58,79
Spachbrücken	17 989	11,71	102 060	67,81	196 763	126,94
Winterkasten	—	—	—	—	—	—
Wixhausen	—	—	98 055	28,78	311 464	88,89
Gemeinden in der Reihenfolge der Versorgung	Verschuldung pro Kopf März 1959 (in DM)		Verschuldung absolut März 1959 (in DM)			
Gernsheim	87,49		604 436			
Nieder-Ramstadt	55,04		300 379			
Eppertshausen	55,13		165 163			
Spachbrücken	126,94		196 763			
Messel	45,39		81 251			
Alsbach	47,90		129 652			
Wixhausen	88,89		311 464			
Fränkisch-Crumbach	33,29		75 807			
Schneppenhausen	58,79		55 202			
Leeheim	146,87		259 961			
Kleestadt	12,32		10 000			
Berkach	107,44		49 532			
Asbach	75,92		29 000			
Malchen	159,77		78 287			
Lichtenberg	10,96		5 000			
Winterkasten	—		—			

¹⁴³⁾ Nach Auskünften des Hessischen Statistischen Landesamtes in Wiesbaden.

Es besteht somit kein Zusammenhang zwischen dem Grad der Versorgung und der Höhe der Verschuldung pro Kopf, aber die absolute Verschuldung ist bei den größeren und besser versorgten Gemeinden meist höher. Im übrigen ist aber — wie die Untersuchung ergab — die Bereitschaft, Kredit aufzunehmen, weder von der wirtschaftlichen Struktur noch von der Bevölkerungs- und Steuerentwicklung abhängig. Offenbar spielen bei der Verschuldung auch psychologische Momente eine Rolle.

Wäre den schlecht versorgten unter den 16 Untersuchungsgemeinden mit der Aufnahme von Krediten erheblich geholfen? Wohl kaum. Sicherlich könnten sich die Gemeinden Winterkasten, Lichtenberg, Kleestadt und vielleicht auch Fränkisch-Crumbach höher verschulden, als dies bis Ende März 1959 der Fall war, aber die Frage ist, ob diese meist relativ kleinen Gemeinden auf diesem Wege Summen aufbringen können, die eine wesentliche Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge erlauben. Winterkasten allerdings könnte seine Trinkwasser-Versorgung verbessern.

Auf jeden Fall sollten die Gemeinden bei der Aufnahme neuer Schulden die allgemeine konjunkturelle Lage berücksichtigen. Im November 1959 hatte der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank Anlaß, in einer Resolution zu warnen: „Der Zentralbankrat beobachtet mit Sorge die beim Bund, bei den Ländern und den Gemeinden festzustellende Tendenz zu einer fortgesetzten, zum Teil beträchtlichen Steigerung der Ausgaben. Diese Tendenz ist um so bedenklicher, als offenbar nicht daran gedacht ist, auch für eine entsprechende Zunahme der ordentlichen Einnahmen durch Steuererhöhungen zu sorgen. Der Kreditbedarf der öffentlichen Hand droht daher in einem Ausmaß zu wachsen, das über die Ergiebigkeit des Kapitalmarktes hinausgeht“¹⁴⁴⁾.

War diese Warnung auch in erster Linie an den Bund gerichtet, so ging sie doch auch an die Adresse der Gemeinden. In einer voll beschäftigten Wirtschaft ist jede zusätzliche Kreditaufnahme der öffentlichen Hand unerwünscht und zu vermeiden. Anders sind die Verhältnisse, wenn der Kreditfonds¹⁴⁵⁾ nicht ausgeschöpft ist. In diesem Falle kann es sogar wünschenswert und nötig sein, daß sich auch die Gemeinden verschulden, um mit ihren Aufträgen für Beschäftigung zu sorgen. Auf dem Lande wäre heute jederzeit ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm zu verwirklichen, wenn ein wirtschaftlicher Rückschlag die Volkswirtschaft heimsuchen würde. Es wäre ratsam, hier schon heute ein mögliches Investitionsprogramm vorzubereiten, um gewappnet zu sein. Dies wäre eine wertvolle und wichtige Aufgabe der kommunalen Spitzenverbände.

¹⁴⁴⁾ Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 11, November 1959, S. 3.

¹⁴⁵⁾ Vgl. Nöll v. d. Nahmer, Robert, Der volkswirtschaftliche Kreditfonds, Versuch einer Lösung des Kreditproblems, Berlin 1934.

5. Finanzausgleich

a) Vorbemerkungen

In seiner Schrift „Die Reform des deutschen Gemeindesteuersystems“ klagt Horster: „1913 bestand noch eine echte Selbstverwaltung mit der dazugehörigen Finanzautonomie der Gemeinden, die durch die Miquelsche Reform von 1893 ermöglicht worden war und deshalb keiner staatlichen Unterstützung bedurfte und damit auch vor staatlichen Eingriffen geschützt war. Die völlig veränderte Lage nach dem verlorenen Kriege 1914 bis 1918 zeigt sich in der Zunahme der Finanzzuweisungen: 1925 bezogen die Gemeinden 45 v. H. aller ihrer allgemeinen Haushaltseinnahmen aus dem Finanzausgleich, eine verständliche Tatsache, wenn wir uns vor Augen halten, daß die Erzbergersche Reform den Gemeinden sowohl die Grund- als auch die Gewerbesteuer — Preußen ausgenommen, das den Kommunen die Gewerbesteuer beließ — genommen hat. Eine solche finanzielle Abhängigkeit vom Staate ist aber eine Bedrohung der Gemeindegeldverwaltung, weil eigener Initiative kein Raum mehr gelassen wurde. Das ändert auch keine noch so lose Abhängigkeit von den übergeordneten Gebietskörperschaften etwa in der Form, wie sie beispielsweise in einer prozentualen Mitbeteiligung am Gesamtsteueraufkommen besteht“¹⁴⁶⁾.

Ähnlich kritisch äußerte sich schon früher Otto Most: „Die große Reichsfinanzreform nach dem Kriege hat den Gemeinden das Recht selbständiger Zuschläge zur Einkommensteuer genommen und statt dessen ein System von Reichsüberweisungen eingeführt, das, auf höchst unzulänglichen Schlüsseln beruhend, den Gemeinden bald im Überfluß gegeben, bald das Notwendigste vorenthalten, sie von ihren besonderen Bedürfnissen losgelöst und überaus schematisch behandelt hat. Die Gemeinden haben ferner damit ein gut Stück finanzieller Selbstverantwortlichkeit und in dieser die stärkste Triebkraft zur Sparsamkeit verloren“¹⁴⁷⁾.

Beide Autoren behaupten: Wenn die Gemeinden vom Staat Zuschüsse erhalten, weil ihre eigene Steuerkraft nicht mehr ausreicht, werden Selbstverwaltung und Selbstverwaltung gefährdet. Eigene Steuerquellen sind die beste Grundlage für die Eigenständigkeit der Gemeinden. Also sei ein Gemeindefinanzsystem anzustreben, das den Kommunen genug bietet, ihren Finanzbedarf im eigenen Bereich zu decken. Ob diese Möglichkeit überhaupt besteht, sei zunächst dahingestellt. Zur Zeit jedenfalls reichen die den Gemeinden zugewiesenen und zur unmittelbaren Ausschöpfung überlassenen Steuern nicht aus, um bei den bestehenden Unterschieden in der Steuerkraft auch den armen Gemeinden

¹⁴⁶⁾ Horster, a. a. O., S. 68 f.

¹⁴⁷⁾ Most Otto, Wirtschaft und Gemeinde, in: Schriften der volkswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Jena 1926, S. 27.

die Erfüllung eines Minimums öffentlicher Pflichten zu sichern. Die unzureichende Steuerkraft vieler Gemeinden und auch Gemeindeverbände muß über ein soziales Ausgleichssystem durch Finanzausweisungen gestärkt werden.

Terhalle schreibt: „Im einheitlichen Staats- und Wirtschaftsgebiet besteht immer wenigstens eine Tendenz, meist sogar der ausgesprochene und wirksame Wille, aus dem organisatorischen und rechtlichen Nebeneinander eine politische und staatsfinanzwirtschaftliche Einheit zu bilden . . . Jedenfalls kann die Vielheit der gebietskörperschaftlichen Finanzwirtschaften wirtschaftlich und politisch dann nicht lange ohne erheblichen Nachteil ein isoliertes Nebeneinander sein, wenn der staatsfinanzielle Sektor der Volkswirtschaft einigermaßen entwickelt ist. Von diesem Stadium an wird es mehr und mehr als untragbar empfunden, wenn dasjenige, was gleichartige öffentliche Finanzwirtschaften namentlich für den einzelnen leisten, sowie das, was sie von ihren Steuerzahlern verlangen, von Ort zu Ort und von Provinz zu Provinz starke Unterschiede aufweist“¹⁴⁸).

Wie Horster und Most trat auch Popitz für ein Gemeindesteuersystem ein, das der Selbstverwaltung in ihrem Bereich die nötigen Mittel zur Bewältigung ihrer Aufgabe sichert. Dazu aber sollten aus einer einheitlichen Lokalfinanzmasse die Gemeinden Geld vom Staate in Form von Zuweisungen erhalten. Popitz nannte diese Zahlungen Lastenausgleich, unter einem Finanzausgleich verstand Popitz gemäß dem Aufbau seines Gutachtens die Verteilung und Abgrenzung der Steuerquellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zur Bewältigung der gemeinsamen und speziellen Aufgaben¹⁴⁹).

Den Lastenausgleich im Sinne von Popitz schreibt heute die Neufassung des Artikels 106, Absatz 6 GG vor, in dem es heißt: „Von dem Länderanteil an der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer fließt den Gemeinden und Gemeindebehörden ein von der Landesgesetzgebung zu bestimmender Hundertsatz zu.“ Diesen Lastenausgleich, auch Steuerverbund genannt, nutzten die Länder zum sogenannten sozialen Finanzausgleich. Wie liegen praktisch die Verhältnisse in Hessen und in den 16 Untersuchungsgemeinden?

b) Finanzausgleich in Hessen

Hessen führte den sogenannten Steuerverbund verhältnismäßig früh ein, lange bevor er vom Bundesgesetzgeber erzwungen wurde. Das Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs (FAG) vom 30. Mai 1956 (GVBl., S. 105) bestimmt im § 1: „Das Land gewährt den Gemeinden, den Landkreisen und dem Landeswohlfahrtsverband zur Erfüllung ihrer Aufgaben in jedem Rechnungsjahr (Ausgleichsjahr) Finanzausweisungen und Zweckzuweisungen nach diesem Gesetz im

¹⁴⁸) Terhalle, a. a. O., S. 283.

¹⁴⁹) Vgl. Popitz, a. a. O., S. 1.

Gesamtbetrag von 18,5 v. H. der dem Lande verbleibenden Einnahmen an der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer.“ Mit dieser Bestimmung sind die Gemeinden an den — konjunkturabhängigen — Aufkommen der Einkommensteuer fest beteiligt, im § 2 des Gesetzes ist ihnen eine Mindestquote garantiert, die bei eventuellen Einbrüchen und entsprechenden Steuerrückgängen bedeutungsvoll wird. Bisher ist aber das Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer gestiegen.

Wie wird der Finanzausgleich praktisch bewältigt? Von der gesamten Finanzausgleichsmasse werden zunächst die Zweck- und Bedarfszuweisungen abgerechnet. In der Praxis sieht das — für das Jahr 1956 — wie folgt aus¹⁵⁰⁾:

Finanzausgleichsmasse (18,5 v. H. des Landesanteils) insgesamt:	127,247 Millionen DM
davon wurden abgezählt Zweck- und Bedarfszuweisungen in Höhe von:	42,175 Millionen DM
Als veränderliche Beträge blieben mithin als Schlüsselmasse der Gemeinden:	33,000 Millionen DM
als Schlüsselmasse der kreisfreien Städte:	9,000 Millionen DM
als Schlüsselmasse der Landkreise:	30,000 Millionen DM
Sonstige Investitionszuschüsse für Landstraßen II. Ordnung, Krankenanstalten, Schulbauten, Gesundheitsämter etc.:	13,072 Millionen DM
	127,247 Millionen DM

Die vorweg abgesetzten Zweck- und Bedarfszuweisungen in Höhe von 42 175 000 DM setzten sich wie folgt zusammen:

Jugendwohlfahrt	1 000 000 DM
Landesausgleichsstock	8 000 000 DM
Schuldendiensthilfe	3 000 000 DM
Polizeikostenzuschüsse	19 000 000 DM
Straßenunterhaltungszuschüsse	2 900 000 DM
Gesundheitsämter	2 275 000 DM
Pflegegeld für Blinde	3 000 000 DM
Grundsteuerausfallentschädigung	2 000 000 DM
Landeswohlfahrtsverband	1 000 000 DM

Ein bedeutender Teil dieser Zweck- und Bedarfszuweisungen wie auch der sogenannten Investitionszuschüsse wird nach objektiven Maßstäben verteilt: Zahl der Polizeibeamten, Kilometer Straße usw. In anderen Fällen werden die Hilfen zwar nach gesetzlichen Bestimmungen gewährt, aber Schuldendiensthilfen, Mittel für Schulbauten oder für Jugendwohlfahrtszwecke beispielsweise erhalten die Gemeinden erst dann, wenn sie selber einen gewissen Teil der Kosten aufbringen oder finanzstark genug sind, Schulden zu machen. Bei der Kommunalabteilung des Finanzministers in Wiesbaden wird „ab- und zugegeben“, Bürgersinn und

¹⁵⁰⁾ Nach Angaben aus dem Hessischen Finanzministerium in Wiesbaden.

Eigenleistung der Gemeinde spielen eine Rolle. So wertvoll diese selektiven Hilfen sind, die Bürgermeister werden damit auch zu „Klinkenputzern“ beim Finanzminister erniedrigt. Wer die besten politischen Beziehungen zur Landeshauptstadt hat, kann etwas für seine Bürgerschaft aus der Finanzausgleichsmasse herausholen, ehe die Verteilung nach dem Schlüssel erfolgt. (Umfang und Wirkung dieser Zuwendungen werden im Abschnitt über spezielle staatliche Hilfen noch näher betrachtet.)

Während die Zweck- und Bedarfszuweisungen an bestimmte Leistungen gebunden sind, dienen die Schlüsselzuweisungen dem sogenannten „Sozialen Finanzausgleich“. Sie sollen es jeder Gemeinde ermöglichen, unerläßliche, nicht-vermögenbildende Ausgaben zu bewältigen, falls die eigenen Mittel hierzu fehlen.

Zur — sehr komplizierten — Errechnung der Gemeindeschlüsselzuweisungen (im Jahre 1956 wurden an die Gemeinden 33 Millionen verteilt, siehe vorstehende Tabelle) wird nach den Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) die sogenannte Bedarfsmeßzahl der Steuerkraftmeßzahl gegenübergestellt. Die Bedarfsmeßzahl wird gefunden, indem der Gesamtansatz mit dem Grundbetrag vervielfacht wird. Der Gesamtansatz wird aus dem Hauptansatz und den Ergänzungsansätzen gebildet. Der Hauptansatz richtet sich nach der Größe der Gemeinde. Er beträgt beispielsweise für Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern nur 55 v. H. der Einwohnerzahl, er wächst dann und kommt bei den Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern auf 147 v. H. der Einwohnerzahl. Ergänzungsansätze bilden sich, wenn ein bestimmter Vom-Hundert-Satz der Einwohnerschaft, Berufslose, Kinder unter 15 Jahren oder in anderen Fällen Lohnempfänger ausmacht. Der Hauptansatz kann durch Ergänzungsansätze noch weiter erhöht werden, wenn die Gemeinde in den Nachkriegsjahren besonders schnell gewachsen ist oder wenn die Bevölkerung über die Maßen zurückging. Außerdem werden über die Ergänzungsansätze auch die Kriegszerstörungen berücksichtigt.

Der Grundbetrag wird in komplizierter Rechnung so festgesetzt, daß die Schlüsselmasse verbraucht wird.

Die Steuerkraftmeßzahl wird gefunden, indem für jede Gemeinde die Steuerkraft der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden. Es werden angesetzt:

für die Grundsteuer A die Meßbeträge mit 140 v. H.,

für die Grundsteuer B für die ersten 20 000 DM 130 v. H., für die weiteren 100 000 DM 175 v. H. usw.,

als Steuerkraftmeßzahl der Gewerbesteuer Grundbeträge, die nach dem Istaufkommen ermittelt werden, mit 245 v. H.

Ist nun die Bedarfsmeßzahl höher als die Steuerkraftmeßzahl, erhält die Gemeinde die Hälfte des Unterschiedsbetrages als Schlüsselzuweisung, mindestens jedoch soviel, daß die Steuerkraftmeßzahl und die Schlüsselzuweisung zusammen 75 v. H. der Bedarfszahl erreichen. Nach ähnlichen Verfahren werden die Kreis-schlüsselzuweisungen errechnet.

Das Hessische Finanzministerium legt besonderen Wert auf die soziale Funktion des kommunalen Finanzausgleichs. Da es der hessische Steuerverbund — wie Popitz es vorschlug¹⁵¹⁾ — die Gemeinden und Gemeindeverbände nicht an dem örtlichen Aufkommen der Landessteuern mit einem festen Hundertsatz beteiligt, wirkt der Finanzausgleich in seiner jetzigen Form tatsächlich ausgleichend. Seidel hat hierzu gute Beispiele errechnet¹⁵²⁾. Danach stammten im Rechnungsjahr 1955 37,8 v. H. des Landesaufkommens der Einkommen- und Körperschaftsteuer allein aus den vier Frankfurter Finanzamtsbezirken, in denen aber nur 16,3 v. H. der Einwohner des Landes lebten. Im Rechnungsjahr 1955 haben dann auch die Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Wiesbaden, zu denen die vier Frankfurter Bezirke gehören, nur 31,9 v. H. der Finanzzuweisungen erhalten, während ihnen bei einer Verteilung nach dem örtlichen Aufkommen etwa 60 v. H. der Finanzzuweisungen hätten zufließen müssen. Der Regierungsbezirk Wiesbaden gab an die beiden ärmeren Bezirke Darmstadt und Kassel, Darmstadt hätte bei einer Verteilung nach dem örtlichen Aufkommen 4,5 Millionen DM weniger, der Regierungsbezirk Kassel 24,8 Millionen DM weniger erhalten.

c) Zuweisungen an die 16 Gemeinden

Nach Auskünften aus dem Hessischen Finanzministerium erhielten Zweck- und Bedarfszuweisungen (in DM):

Gemeinde	1954	1955	1956
Alsbach	9 000 Kanali- sation	—	—
Asbach	—	—	—
Berkach	—	—	—
Eppertshausen	—	30 000 Kanali- sation	90 000 Volksschule
Fränkisch-Crumbach	—	10 000 Wasser- versorgung	—

¹⁵¹⁾ Popitz, a. a. O., S. 119.

¹⁵²⁾ Seidel, Johannes, „Kommunaler Finanzausgleich und Steuerbund in Hessen“, Der Gemeindetag, Mühlheim/Main, Heft 1, Januar 1957, S. 5 ff. — Genaue Beschreibung des Verfahrens und der Wirkungsweise des FA in Hessen vom gleichen Verfasser im Aufsatz „Kommunaler Finanzausgleich“, der Gemeindetag, Mühlheim/Main, März bis Mai/Juni 1958, Heft 3, 4, 5/6, S. 28, S. 73, S. 97.

Gemeinde	1954	1955	1956
Gernsheim	50 000 Stadthaus 13 846 Polizei- kosten- zuschüsse	15 436 Polizei- kosten- zuschüsse	20 000 Polizei- kosten- zuschüsse
Kleestadt	—	—	—
Leeheim	—	—	—
Lichtenberg	—	—	—
Malchen	—	10 000 Wasser- versorgung	—
Messel	—	—	—
Nieder-Ramstadt	60 000 Volksschule	—	48 000 Volksschule
Schneppenhausen	—	—	10 000 Straßen
Spachbrücken	—	—	—
Winterkasten	—	—	—
Wixhausen	—	—	—

Schlüsselzuweisungen (in DM):

Gemeinde	1954	1955	1956	Pro Kopf der Einw. im Durchschnitt der 3 Jahre
Alsbach	4 834	21 154	—	3,49
Asbach	3 022	3 655	4 138	8,67
Berkach	—	—	—	—
Eppertshausen	—	12 424	5 872	2,14
Fränkisch-Crumbach	15 337	19 540	22 381	8,24
Gernsheim	—	—	—	—
Kleestadt	5 656	6 697	7 747	7,36
Leeheim	7 846	9 685	8 901	5,01
Lichtenberg	3 916	4 506	2 997	8,09
Malchen	2 420	1 455	320	3,14
Messel	6 513	11 894	3 691	4,28
Nieder-Ramstadt	25 740	—	4 159	1,86
Schneppenhausen	8 611	12 271	14 863	13,07
Spachbrücken	7 679	9 114	11 256	6,11
Winterkasten	7 282	7 471	7 069	9,62
Wixhausen	41 284	47 542	60 410	14,56

Gemeinden in der Reihenfolge der Versorgung mit Schlüsselzuweisungen pro Kopf im Durchschnitt der drei Jahre und Zweck- und Bedarfszuweisungen von 1954 bis 1956 insgesamt:

Gemeinde in der Reihen- folge der Versorgung	Schlüsselzuweisung pro Kopf 1954—1956 (DM)	Zweck- und Bedarfszuweisung 1954—1956 insgesamt DM
Gernsheim	—	99 282
Nieder-Ramstadt	1,86	108 000
Eppertshausen	2,14	120 000
Spachbrücken	6,11	—
Messel	4,28	—

Gemeinde in der Reihenfolge der Versorgung	Schlüsselzuweisung pro Kopf 1954—1956 (DM)	Zweck- und Bedarfszuweisung 1954—1956 insgesamt DM
Alsbach	3,49	9 000
Wixhausen	14,56	—
Fränkisch-Crumbach	8,24	10 000
Schneppenhausen	13,07	10 000
Leeheim	5,01	—
Kleestadt	7,36	—
Berkach	—	—
Asbach	8,67	—
Malchen	3,14	10 000
Lichtenberg	8,09	—
Winterkasten	9,62	—

Die Aufstellungen zeigen: Zweck- und Bedarfszuweisungen fließen mit Vorliebe in die größeren und wohlhabenderen Gemeinden, weil diese am ehesten in der Lage sind, die an diese Hilfen geknüpften Bedingungen zu erfüllen. Mit Zweck- und Bedarfszuweisungen wird also weniger ein sozialer Lasten- und Finanzausgleich gefördert, mit ihnen wird denen etwas gegeben, die schon einiges haben. In den 16 Untersuchungsgemeinden erhielten von 1954 bis 1956 die Kommunen größere Hilfen, die in der öffentlichen Versorgung ohnehin an der Spitze standen. Anders sind die Verhältnisse bei den Schlüsselzuweisungen. Hier erhielten — wie die Ausrechnung pro Kopf zeigt — die wohlhabenden und großen Gemeinden die verhältnismäßig geringsten Beträge. Die höchsten Zuweisungen gingen an schlechter versorgte Ortschaften etwa in der Mitte der Tabelle. Weniger wieder fiel für die ganz kleinen Gemeinden ab, weil diese bei der Errechnung der Schlüsselzuweisung für den Hauptansatz nur mit 55 v. H. oder wenig mehr ihrer Einwohnerschaft berücksichtigt werden.

Wer den kleinen Gemeinden helfen will, wem die soziale Funktion des Finanzausgleichs am Herzen liegt, wird sich deshalb für eine Einschränkung der Bedarfs- und Finanzzuweisungen und für eine Erweiterung der Schlüsselmasse einsetzen¹⁵³). Er wird schließlich auch bei der Berechnung der Hauptansätze eine Revision in der Hinsicht fordern, daß der Landbewohner mit einem höheren Vom-Hundert-Satz anerkannt wird.

Jedoch: Bedarfs- und Finanzzuweisungen sind einmal staatliche Vergütungen für besondere kommunale Leistungen (wie die Polizeikostenzuschüsse), und zum anderen haben sie als Ansporn für gemeindliche Selbsthilfefaktionen besonderen Wert. Oft werden Bedenken laut, Bedarfs- und Finanzzuweisungen würden nach politischen Gesichtspunkten verteilt. Bürgermeister, die Parteigänger der Landesregierung seien, erhielten bevorzugte Unterstützung. Dies mag vor-

¹⁵³) Der gleichen Ansicht ist auch der Wissenschaftliche Beirat beim BdF. Er fordert in seinem Gutachten, a. a. O., S. 16: „Es sollte angestrebt werden, den Anteil der Schlüsselzuweisungen an den gesamten Finanzausgleichsleistungen zu erhöhen.“

kommen, ist aber in den 16 Untersuchungsgemeinden während der drei Haushaltsjahre nicht der Fall. Es ist auffallend, daß gerade Gemeinden mit CDU- und unabhängigen Bürgermeistern — wie Gernsheim, Eppertshausen, Nieder-Ramstadt und Malchen — von der hessischen SPD-Regierung bedeutende Hilfen erhielten, während die SPD-Bürgermeister anderer Gemeinden leer ausgingen. Befürchtungen, ein System der Zuweisungen gefährde Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, werden — wie die Erhebungen ergaben — von den betroffenen Bürgermeistern und ihren Räten nicht geteilt. In allen Untersuchungsgemeinden nimmt man gerne staatliche Hilfe in Anspruch und sieht sich dabei nicht in der eigenen Entscheidungsfreiheit behindert. Auch die Spitzenorganisationen sind offenbar der Ansicht, daß es besser sei, mit möglichst großen Quoten an den verschiedensten Bundessteuern beteiligt zu sein, als mit eigenen Steuerquellen Selbstverantwortung und Selbstverwaltung zu hüten und zu pflegen. Sie fordern einen Ausbau des Steuerverbundes mit einer Beteiligung an der Umsatzsteuer und an den Kraftverkehrsabgaben¹⁵⁴). Die eingangs erwähnten Befürchtungen, hohe Verbundmassen und Quotenbeteiligungen seien für die Selbstverwaltung weniger geeignet als gute eigene Steuerquellen, werden von den Kommunen offenbar nicht geteilt.

Auch ist noch die Frage zu erörtern, ob der Finanzausgleich in seiner heutigen Form mit Quoten, mit Bedarfs-, Zweck- und Schlüsselzuweisungen, mit Investitionshilfen und Notstöcken im Vergleich zum Effekt — siehe die Verhältnisse in den 16 Gemeinden — wirtschaftlich und vernünftig ist oder ob hier kostspielige und mißliebige Töpfchenwirtschaft betrieben wird, besonders wenn in der Praxis dann einige Gemeinden als Kreisumlage etwa die gleiche Summe an den Kreis abgeben, die sie vom Lande als Schlüsselzuweisung erhielten, wobei wiederum zu berücksichtigen ist, daß aus den Mitteln der Kreise für besondere Zwecke wieder Gelder an die Gemeinden fließen. Fehlt unserem Finanzausgleichssystem nicht die klare Ordnung? Es ist notwendig, auch diese Fragen im Zusammenhang der Schlußbetrachtung über Grenzen und Möglichkeiten einer kommunalen Finanzreform zu betrachten.

6. Schlußbetrachtung: Möglichkeiten der Reform des kommunalen Finanzwesens

Bund, Länder und Gemeinden sind gleichermaßen Gebietskörperschaften. Die Väter des Grundgesetzes hatten zunächst nur zwei Finanzpartner anerkannt: den Bund und die Länder. Die Realsteuern wurden erst später durch die Änderung des Artikels 106 den Gemeinden zuerkannt¹⁵⁵). Aber damit ist ein zufrieden-

¹⁵⁴) Vorschläge zur Verbesserung der kommunalen Finanzen, Denkschrift der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände, a. a. O., S. 7.

¹⁵⁵) Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Artikels 106 des Grundgesetzes vom 24. Dezember 1956, BGBl. I, S. 1077.

stellendes gemeindliches Finanzsystem noch nicht gefunden. Wie müßte eine Finanzverfassung aussehen, die besonders den kleinen Gemeinden zustatten käme?

Grundsätzlich kann die Finanzausstattung der Gemeinden gegenüber dem Staat wie folgt aussehen:

Reines Dotationssystem

Die Gemeinden haben keine eigenen Steuerquellen, sie erhalten dafür regelmäßig Finanzzuweisungen vom Staate. Dieses System führt mit Sicherheit zum Ende der Selbstverwaltung, die Gemeinden würden zu Außenstellen des Staates degradiert.

Trennsystem

Bund, Länder und Gemeinden haben ihre eigenen Steuerquellen. Diese Ordnung stärkt Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Gemeinden. Es besteht aber die Gefahr, daß kleine Dörfer mit einer überaus steuerschwachen Bevölkerung nicht mehr in der Lage sind, wenigstens ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Außerdem wird bei einem reinen Trennsystem — auf Grund der schlechten Erfahrungen im Deutschen Reich vor dem Ersten Weltkrieg — befürchtet, daß jede Körperschaft mit Steuerhoheit ihre Quellen über Gebühr ausschöpft, was für den Steuerzahler zu unerträglichen Belastungen führen könnte¹⁵⁶⁾.

Mischsystem

Jeder Steuergläubiger hat eine Anzahl eigener Steuerquellen, aber zwischen den Steuerreservoirn der einzelnen Partner bestehen kommunizierende Röhren: der Steuerverbund. Bei Ebbe in der einen Kasse fließen Gelder aus der anderen nach, ohne daß der Steuerzahler allzusehr belastet wird. Das Verbindungsstück zwischen den Finanzpartnern in der Bundesrepublik ist nach der Neufassung des Artikels 106 GG die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Gemeinden haben die Ertragshoheit für die Grund- und Gewerbesteuer, sie sind am Verbund mit der Einkommensteuer beteiligt. Das Problem ist, die Masse der eigenen Steuereinnahmen in ein gesundes Verhältnis zur Steuerverbundmasse zu bringen. Jedes Schwächen der eigenen Finanzmasse der Gemeinden schwächt die Selbstverwaltung, die ohne finanzielle Grundlage nicht existenzfähig ist.

Der Block der Kommunalsteuern in der Bundesrepublik befriedigt heute weder nach Qualität noch nach Quantität. Wohlhabend sind nur die Gemeinden mit

¹⁵⁶⁾ Vgl.: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode, Drucksache 480 vom 29. April 1954, Begründung B „Die Entwicklung des Finanzausgleichs in Deutschland“, S. 17 ff.

großen Gewerbesteueraufkommen, die Grundsteuer ist im Ertrag zurückgeblieben, schließlich fehlt eine eigene kommunale Personalsteuer, um den einzelnen Bürger spürbar an den Lasten zu beteiligen, die durch seine Forderungen und Wünsche der Selbstverwaltung auferlegt werden.

Gleich in welcher Form diese gemeindliche Personalsteuer nun verwirklicht würde, ob als Aufwand (Wohn-), Objekt (Wohnraum-) oder als Gemeinde-Einkommensteuer, in jedem Falle wären rechtliche und politische Schwierigkeiten zu überwinden. Sie sollten aber nicht entmutigen, über die kommunale Finanzverfassung — also von unten her — unsere gesamte Finanzordnung zu reformieren.

Es ist hier nicht die Absicht, nachzuweisen, wie notwendig diese grundsätzliche Neuordnung ist, aber es wurde gezeigt, daß den Gemeinden mit finanzwirtschaftlichen Mitteln nicht zu helfen ist ohne einen entscheidenden Umbau unseres Steuersystems. Bei einer Miet- oder Wohnraumsteuer müßte außerdem erst unser Grundstücks- und Wohnungsmarkt von staatlichen Bindungen befreit sein. Die Auswirkungen des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft sind deshalb abzuwarten.

Würde das Gewerbe eine Senkung der Gewerbesteuer mit Sicherheit an den Verbraucher weitergegeben, zwänge der Wettbewerb die einzelnen Betriebe zu dieser Maßnahme, so wäre zu überlegen, ob mit einer entsprechenden Senkung der Gewerbesteuer die Last der Personalsteuer zu kompensieren sei. Eine grundlegende Reform der Gewerbesteuer ist ohnehin fällig. Ob sie aber die gewünschte allgemeine Erleichterung bringen würde, muß zunächst einmal dahingestellt bleiben. Besser wäre es sicherlich, der Steuerzahler würde für die gemeindliche Personalsteuer durch eine Minderung der Einkommensteuer entlastet. Die Einnahmen von Bund und Ländern aus der Einkommensteuer gingen damit zwar zurück, doch würde gleichzeitig der Steuerverbund zwischen Ländern und Gemeinden beseitigt. Es sollte das reine Trennsystem angestrebt werden, bei dem den Gemeinden als Steuerquellen Gewerbe, Grundbesitz und Bürger zur Verfügung ständen. Selbstverständlich wären die Hebesätze der drei Steuern zu koppeln, um eine einseitige Belastung bestimmter Gruppen auszuschließen.

Dieses Trennsystem müßte durch soziale Vorschriften zugunsten der in jeder Hinsicht steuerschwachen Gemeinden gemildert werden. Dazu wären von den wohlhabenden Gemeinden Steuereinnahmen abzuführen, die den steuerschwachen Gemeinden zufließen würden. An die Stelle des vertikalen würde der weiter ausgebaut horizontale Finanzausgleich treten, bei dem sich die Gemeinden gegenseitig unterstützen, wobei aber nur Schlüsselzuweisungen, keine Bedarfs-

und Zweckzuweisungen mehr zu verteilen wären. Der Ausgleichsstock könnte von den Finanzministern der jeweiligen Länder verwaltet und verteilt werden¹⁵⁷⁾.

Dem vertikalen Finanzausgleich mit seinen zahlreichen Bedarfs- und Zweckzuweisungen, seinen Zins- und Tilgungshilfen, Investitionshilfen brauchten die kleinen und armen Gemeinden nicht nachzuweinen, er gibt meist nur denen, die ohnehin schon etwas haben. Wer bei dem jetzigen System bedürftig genug ist, um aus der verbleibenden Schlüsselmasse bedacht zu werden, könnte auch bei dem erweiterten horizontalen Ausgleich auf Hilfe rechnen.

Die Frage ist natürlich, in welchem Ausmaße eine gemeindliche Personalsteuer — gleich in welcher Form — als neue und zusätzliche Steuer den Verwaltungsaufwand mehrt und technische Schwierigkeiten mit sich bringt. Bürgermeister und Finanzämter machen auf diese Schwierigkeiten aufmerksam, sie messen ihnen große Bedeutung zu. Auf diese Stimmen aus der Praxis sollte besonders gehört werden. So wünschenswert es in jeder Hinsicht auch ist, den Bürger an den gemeindlichen Leistungen und Lasten direkt zu beteiligen, wenn der Aufwand den Ertrag nicht lohnt, wenn neue Ämter aus dem Boden wachsen müssen, um eine neue Steuer zu erheben und zu verwalten, dann sollte man auch auf die gemeindliche Personalsteuer verzichten.

In diesem Falle könnte vielleicht der gleiche Effekt mit einer Anhebung der Grundsteuer erreicht werden¹⁵⁸⁾. Ihr müßte selbstverständlich die fällige Hauptfeststellung der Einheitswerte vorausgehen, außerdem sollte der Wohnungsmarkt von allen zwangswirtschaftlichen Bindungen befreit sein und die Landwirtschaft endlich Anschluß an das Zeitalter der Industrie gewonnen haben. Nach diesen Voraussetzungen wäre es möglich, den Grundbesitz stärker als bisher zu besteuern. Aber auch in diesem Falle sollte das „soziale Trennsystem“ verwirklicht werden. Für die erhöhten Grundsteuern müßte Einkommen- und Gewerbesteuer gesenkt werden. Dafür könnten Bund und Länder auf den Steuerverbund mit den Gemeinden verzichten, die sich im Finanzausgleich auf horizontaler Ebene selber helfen.

Es ist nicht mehr nötig, daß die Länder kraft stärkerer finanzieller Ausstattung heute noch immer entscheiden, welcher Gemeinde besonders geholfen wird. Dies war in den ersten Jahren nach dem Kriege unumgänglich, weil die

¹⁵⁷⁾ Zu ähnlichem Ergebnis kommt auch der Wissenschaftliche Beirat beim BdF in seinem Gutachten, a. a. O., S. 20: „Angesichts dieser Sachlage erscheint dem Beirat eine Lösung des aktuellen Problems der Gemeindebesteuerung nur in der Weise möglich, daß zwar eine Steuererhöhung in allen Gemeinden allgemein und gleichmäßig durchgeführt, gleichzeitig aber das vermehrte Aufkommen im Wege der Umverteilung den finanziell bedürftigen Gemeinden zugeführt wird.“

¹⁵⁸⁾ Dies ist der Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirates beim BdF, a. a. O., S. 24 f.

Schäden und Lasten von Ort zu Ort verschieden groß waren. Heute haben die ehemals bedürftigen Gemeinden längst aufgeholt, heute können sich alle wieder selbst helfen.

Wichtiger als alle Töpfchen- und Vorzugswirtschaft ist die Eigenverantwortlichkeit der Selbstverwaltung bei gesunden Steuerquellen und einem sozialen Verbund auf horizontaler Ebene.

Aber: auf eine bessere kommunale Finanzordnung oder gar auf neue Steuern allein sollten sich die Gemeinden des Landes nicht verlassen, wenn sie vorankommen wollen.

III. Selbsthilfe und bessere private Versorgung

1. Selbsthilfe

a) Gibt es heute noch Selbsthilfe?

Bei kleinen, gewerbearmen Gemeinden ist die Finanzdecke zu kurz, um der Bevölkerung in wünschenswertem Ausmaße mit öffentlichen Diensten und Einrichtungen das Leben zu erleichtern. Prägt aber nur die Höhe des Steueraufkommens oder der staatlichen Zuweisungen das Gesicht eines Dorfes? Entscheidend sind doch wohl die Menschen, die in der örtlichen Gemeinschaft leben. Eine Arbeiterwohn- oder Bauerngemeinde muß nicht hoffnungslos hinter ihren wohlhabenden Nachbarn zurückbleiben. Die Menschen müssen ihre Heimat nicht verlassen, weil sie sich in der Stadt oder in der benachbarten wohlhabenden Gewerbe- oder Arbeitergemeinde besserer öffentlicher Daseinsvorsorge erfreuen können, es steht ihnen in jedem Falle der erfolgssichere Weg der Selbsthilfe offen.

Ohne Zweifel sind auch in unseren kleinen Gemeinden Nachbarschafts- und Gemeinschaftssinn schwächer geworden. Mit der beruflichen Umschichtung des Dorfes, mit dem Einzug städtischer Sitten und Lebensgewohnheiten hat das aktive Interesse am Schicksal der Gemeinschaft nachgelassen. Auch das flache Land leidet unter der Devise: Der Staat soll sehen, wie er es macht, wir wollen möglichst wenig opfern.

Diese Haltung ist eine der schwersten Hypotheken, die uns Hitler hinterlassen hat und die wir zu tilgen versäumten. Die Machthaber des Dritten Reiches haben von ihren Untertanen das Äußerste an Opfermut verlangt und für eine schlechte Sache verschwendet. Der Bürger gewöhnte sich daran, den monströsen Staatstempel nach sicheren Winkeln abzusuchen, in denen es sich noch erträglich leben ließ. Überall fand der einzelne Wege und Auswege, die Unvernunft der staatlichen Allmacht zu mildern. Um zu überleben, nahm jeder vom Staate, der alles an sich gerissen hatte. Bis zum heutigen Tage ist es uns noch nicht geglückt, das Verhältnis Staat — Bürger wieder zu normalisieren.

Eine Umkehr ist nur möglich, wenn wir von unten her beginnen. Die kleinste Zelle unserer staatlichen Organisation ist die Gemeinde. Hier sind die Menschen auch noch bereit, sich in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Aber sie müssen hierzu angehalten und aufgerufen werden.

Wurzbacher und seine Mitarbeiter haben in ihren Untersuchungen in dem Dorf unserer Tage noch nachbarliche Selbsthilfe bei gemeinsamen Anliegen registriert. Wurzbacher schreibt: „Da finden dann heute wie früher ad-hoc-Versammlungen und ad-hoc-Organisationen statt, bei Brücken- und Wegebau, Arbeiten an der Allmende usw. Ein schönes Beispiel für eine zweijährige ad-hoc-Organisation ist der Notbrückenbau der am Fluß gelegenen Ortschaften gewesen, als die zurückgehenden deutschen Truppen alle Brücken gesprengt hatten. Es wird berichtet, wie einige aktive Männer, die bald darauf auch die politische Selbstverwaltung in die Hand nahmen, von Haus zu Haus gingen, um den Bau einer Brücke in Selbsthilfe zu organisieren. Zunächst wurden Brückenpontons herangeschafft, die die deutsche Wehrmacht bei ihrem Rückzug in der weiteren Umgebung zurückgelassen hatte. Eine Notbrücke wurde in nachbarschaftlicher Selbsthilfe gebaut und nach der Zerstörung durch Hochwasser und Eis immer wieder instandgesetzt. Dann sammelte man Geld für den Bau einer festen Brücke, außerdem Lebensmittel in großen Mengen, um mit einem vor der Währungsreform üblichen Kompensationsgeschäft eine Baufirma zu gewinnen. Man hatte Erfolg und mußte nunmehr für eine lange Zeit die Ernährung der Arbeiter beim Brückenbau sicherstellen“¹⁵⁹).

Ist das von Wurzbacher zitierte Beispiel eine Ausnahme? Wurde die Brücke nur gebaut, weil sie die Bürger dringend brauchten und auf andere Hilfe nicht zu hoffen war? Sicherlich haben diese Gründe eine Rolle gespielt. Am wichtigsten aber war, daß sich „einige aktive Männer“ fanden und „von Haus zu Haus gingen“. Dafür ein Beispiel aus den 16 Gemeinden, die in der vorliegenden Untersuchung beleuchtet wurden. In Schneppenhausen, jener kleinen und armen Arbeiterwohngemeinde, sollten im Jahre 1957 drei Straßen gebaut werden. Das Projekt schien dem Gemeinderat, dem Bürgermeister und auch einem großen Teil der Bürgerschaft vordringlich, aber seine Verwirklichung sollte mehr Geld kosten, als die kleine Gemeinde auf absehbare Zeit aufbringen konnte. Auf die Hilfen vom Staat oder vom Kreis wollte man nicht warten. Die gesetzlichen Möglichkeiten, die Anlieger dieser drei Straßen heranzuziehen, waren umstritten. Deshalb ging der Bürgermeister mit seinen Gemeinderäten von Haus zu Haus, um zunächst einmal mit allen Anliegern zu reden. Sie fanden sich zu ersten Geldspenden bereit. Als diese freiwilligen Gaben der Anlieger nicht ausreichten, wurden die Einwohner zu zwei Versammlungen gerufen. Hier warb der Bürgermeister um das Verständnis und die Mithilfe aller. Die Aktion führte zu einem

¹⁵⁹) Wurzbacher, a. a. O., S. 118.

nahezu hundertprozentigen Erfolg. Nur wenige schlossen sich aus, jeder gab nach seinen Kräften. Zwar war noch ein Kredit notwendig, aber die drei Straßen konnten gebaut werden. Auf Hand- und Spanndienste wurde weitgehend verzichtet. Die fachmännische Arbeit eines Unternehmers, der auch gleichzeitig die volle Verantwortung für seine Arbeit übernahm, schien Bürgern und Verwaltung unersetzlich. Bei späteren Reparaturen der Straßen sollen die Anlieger geschont werden, die große Spendenbeträge gaben. Inzwischen ist in Schneppenhausen eine Anliegersatzung verabschiedet. Einige der opferbereiten Bürger von 1957 konnten schon entschädigt werden, indem sie nicht zu neuen finanziellen Leistungen herangezogen wurden. Hand- und Spanndienste haben Schneppenhäuser Bürger in einem anderen Falle, beim Bau der neuen Schule, bereitwillig geleistet.

Für eine geschickte Verwaltung gibt es verschiedene Möglichkeiten, ihre Bürger für gemeinsame örtliche Aufgaben zu gewinnen: Allerorten werden dank der privaten Initiative einiger Bürger Heimat- und Kirchweihfeste vorbereitet, gefeiert und verschönert. Bei diesen festlichen Höhepunkten des dörflichen Lebens feiert das Gemeinschaftsgefühl fröhliche Urstände; sie sind gute Gelegenheiten, um Aktionen der Selbsthilfe einen glücklichen Start zu sichern. Wenn nicht innerhalb der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr, des Gesangsvereins, des Verkehrs- und Verschönerungsvereins die eigentlichen Ziele dieser Gruppen durch unheilvolle und kurzsichtige Vereinsmeierei verfälscht werden, sind sie ebenfalls ausgezeichnete Ansatz- und Ausgangspunkte für Selbsthilfemaßnahmen der Ortsgemeinschaft.

b) Möglichkeiten der dörflichen Selbsthilfe

Es gibt keine Patentregel, keine exakte Vorschrift über Ausmaß und Grenzen dörflicher Selbsthilfe. Entscheidend sind die Eigenarten des kommunalen Lebens, die Zusammensetzung der Bevölkerung, Geschichte, soziale und wirtschaftliche Struktur des Dorfes. Grundsätzlich jedoch gilt: Der dörflichen Selbsthilfe steht ein weites Feld offen.

Geistige Mitarbeit der Bevölkerung

Schon viel gewonnen hat eine Ortsverwaltung, wenn sie ihre Mitbürger für die Probleme der Gemeinschaft interessieren kann. Dann nämlich wächst das Verständnis für die Sorgen auf dem Rathaus, die Bürger kommen mit Ideen und Anregungen, sie finden sich auch zu materiellen Opfern und manuellen Hilfeleistungen bereit.

Hoch- und Tiefbauten

Hand- und Spanndienste bei Hoch- oder Tiefbauten innerhalb der Gemeinde sind heute, auch wenn die gesetzlichen Bestimmungen sie zulassen und sie freiwillig geleistet werden, nur von fragwürdigem Erfolg. Maschinen arbeiten

schneller und rationeller, an Hoch- und Tiefbauten werden hohe Ansprüche gestellt, denen nur ein erfahrener Unternehmer gerecht werden kann. Auch sind dann die Haftpflicht- und Gewährleistungsansprüche eindeutig geklärt. Aber für alle Projekte kann der Bürger bestimmte unentgeltliche Arbeitsleistungen beisteuern. Vielerorts wurden beispielsweise von Vereinen Mehrzweckhallen gebaut, weil deren Mitglieder Bauhandwerker waren und sich der verantwortlichen Obhut und Aufsicht eines Unternehmers bedienten. Finanzielle Beiträge für gemeindliche Bauten kann jeder leisten.

Um das äußere Bild des Dorfes zu heben, können befristete Aktionen der Verwaltung, wie „Unser Dorf wird schöner“, veranstaltet werden, wobei die Bürgerschaft zu Verbesserungen an ihren Privathäusern mit ordentlichen Zäunen, gutem Verputz, Blumen in den Fenstern und Vorgärten ermutigt wird. Mancher Gemeinde, die gerne mehr Fremde in ihren Mauern sehen möchte, kann durch derartige Aktionen entscheidend geholfen werden¹⁶⁰⁾.

Kulturelles Leben

Die Bedeutung der Vereine wurde schon erwähnt: In enger Zusammenarbeit mit der politischen Selbstverwaltung können vor allem die Gesangsvereine und Kulturbünde das dörfliche Leben um viele Züge bereichern. Besondere Bedeutung kommt aber auch den Schulen und ihren Lehrern zu. Das Land braucht tüchtige Lehrer. Sie dürfen nicht das Gefühl haben, auf verlorenem Posten zu stehen, sie dürfen vor allem nicht schlechter besoldet werden als ihre Kollegen in der Klein- oder Großstadt. Aber viele Lehrer sollten sich auch mehr als dies heute der Fall ist, ihrer besonderen Pflichten gegenüber der Dorfgemeinschaft erinnern. Sie sind die geeigneten Organisatoren von Volkshochschulen oder ähnlichen Einrichtungen. Interessierte Lehrer können zusammen mit Dorfpfarrern und Bürgermeistern dafür sorgen, daß das Interesse ihrer Mitbürger an kultureller Bildung geweckt wird. Die geistigen Spitzen der Gemeinde müssen sich in ihren Anstrengungen finden und gegenseitig zu besonderen Leistungen anspornen. Der politischen Selbstverwaltung ist dabei die Aufgabe gestellt, ihren Lehrern zu ordentlichen

¹⁶⁰⁾ Nach Meldungen vom Sommer 1960 wird die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft im Auftrag des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für 1960/61 einen Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden — Das Dorf in Grün und Blumen“ ausschreiben. Es ist der Zweck dieses Wettbewerbs, Dörfer und Gemeinden festzustellen, die durch sinnvolle Dorf-, Grün- und Blumenpflege besonders vorbildlich sind. Diese Gemeinden sollen als richtunggebende Beispiele herausgestellt werden, um so andere anzuregen. Der Wettbewerb will die Leistung zur Verschönerung des Dorfes im öffentlichen wie im privaten Bereich berücksichtigen. Vgl. „Unser Dorf soll schöner werden“, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 105, 8. Juni 1960, S. 1040.

Wohnungen zu verhelfen. Der Lehrer muß sich in der Gemeinschaft wohlfühlen, für die er etwas leisten soll. Auf kulturellem Gebiet öffnet sich der Selbsthilfe ein großes und dankbares Feld.

c) Förderung der Selbsthilfe

Was geschieht in unseren Dörfern, um das Interesse der Bürger an den gemeindlichen Vorgängen zu wecken? Leider viel zu wenig. Auf diese mangelnde Aktivität angesprochen und auf die Möglichkeit gemeindlicher Selbsthilfe hingewiesen, winken Landräte, Bürgermeister und Gemeinderäte ab: Hierzu fehlten ihnen Zeit und Kraft. Die Verwaltung schätzt die Möglichkeiten der Selbsthilfe wahrscheinlich zu gering ein. Aber der Bürger hilft, wenn wir ihn dazu auffordern. Welche Leistungen in Selbsthilfe vollbracht werden können, beweisen die Erfolge im privaten Bereich. Gerade auf dem Lande werden bis zum heutigen Tage die meisten Einfamilienhäuser in nachbarlicher Gemeinschafts- und Selbsthilfe gebaut.

Das Interesse dieser Menschen an den öffentlichen Vorgängen zu wecken, ist in der Gemeinde leichter möglich als im Staat. Welche Mittel haben Bürgermeister und Gemeinderäte? Die Kollegen in der Großstadt haben die fachliche Beratung und Unterstützung ihrer Presse- und Werbeämter¹⁶¹⁾, aber dafür ist auf dem Lande ein wesentlich kleinerer Kreis anzusprechen als in der Stadt. Warum werden kaum noch Bürgerversammlungen abgehalten? Wer Anlaß hat, einen mangelhaften Besuch zu befürchten, bediene sich der Unterstützung der Gemeinderäte, der Vereinsvorsitzenden, der Lehrer und anderer angesehener Persönlichkeiten. Sie müssen von Haus zu Haus gehen und auf die Probleme aufmerksam machen, mit denen sich die Versammlung beschäftigen soll. Sie müssen der Einladung Nachdruck verleihen. Ist erst einmal der Bann gebrochen und die Bürgerversammlung dank guter Vorbereitung der Einberufer erfolgreich verlaufen, wachsen Interesse und Teilnehmerzahl. Bisher werden doch die meisten Dorfbewohner nur vor den kommunalen Wahlen direkt angesprochen. Danach aber schweigen die Gewählten entschlossen für nahezu vier Jahre, die öffentlichen Sitzungen der Gemeinderäte finden kaum Beachtung. Die kommunale

¹⁶¹⁾ In „Der Gemeindetag“ werden von Rudolf Gotthardt Beispiele dafür genannt, wie sich Städte über ihre Presseämter an die Bürgerschaft wandten: Die Stadtverwaltung von Remscheid ließ einen Film drehen: „Ein Buch mit sieben Siegeln“, der — besonders humorvoll — über kommunale Probleme und Aufgaben an Hand des Haushalts der Stadt berichtete. Die Stadtverwaltung Pforzheim informierte ihre sämtlichen Bürger durch eine Postwurfsendung über die Haushaltslage der Stadt u. ä. Die Stadt Düsseldorf brachte zum gleichen Thema eine Broschüre heraus, die in Versen den Haushalt erläutert. Gotthardt, Rudolf, „Die Beteiligung der Bürgerschaft an der Verwaltung“, „Der Gemeindetag“, Mühlheim/Main, Heft 2, Februar 1957, S. 45 f.

Selbstverwaltung sollte immer um die Stimmen der Bürger werben und für deren Mitarbeit sorgen. Wer mitarbeitet, kann sich selbst ein gutes Bild über die Leistungen und Fähigkeiten der Frauen und Männer machen, die sich in der Gemeinde um ein Amt bewerben.

Die Lokalpresse ist dabei ein einzigartiger, unentbehrlicher Helfer der kommunalen Selbstverwaltung, Interesse und Mitarbeit der Bürger zu fördern. Sie hat ungleich bessere Möglichkeiten als Fernsehen oder Rundfunk, die einen größeren Kreis ansprechen wollen und deshalb auf spezielle Probleme eines Dorfes nur wenig eingehen können. Doch können auch Funk und Fernsehen weit-aus mehr für die Dörfer tun, als dies bisher der Fall ist. Sie könnten vor allem anregen und guten Beispielen eine bestimmte Verbreitung sichern. Eine andere Frage ist die, warum sich Bürgermeister und Landräte nicht der Möglichkeit des Anzeigenteils ihrer Lokalzeitungen bedienen. Werbung im Dienste der staatlichen und kommunalen Verwaltung ist ebenso erfolgreich wie die im Dienste der privaten Wirtschaft. Persönlicher Kontakt zur Bürgerschaft, ein ordentliches Verhältnis zu allen Gruppen und Vereinen, Bürgerversammlungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen, die Tagespresse im redaktionellen Teil wie auch unter den Anzeigen, alle die Möglichkeiten moderner Werbung geben einer ordentlichen Gemeindeverwaltung Chancen, ihre Bürger zu Selbsthilfeaktionen zu bewegen.

Entscheidend ist die Persönlichkeit des Bürgermeisters, wichtig die Qualität seiner engsten Mitarbeiter und der Gemeindevertreter. Sie müssen ihre Nachbarn zur Selbsthilfe im Dienste der Allgemeinheit bewegen können. So wird auch das Problem gemeindlicher Selbsthilfe zu einem Problem der Persönlichkeit, die der Gemeinde vorsteht.

d) Hand- und Spanndienste

Nach Otto Mayer¹⁶²⁾ sind Hand- und Spanndienste „verhütete Steuern“, sie sind eine die Steuer ersetzende Maßnahme. Durch Aktionen der Selbsthilfe werden Steuern gespart, es werden aber auch Leistungen erbracht, zu denen die Gemeindebürger über finanzielle Abgaben nicht in der Lage gewesen wären. Darüber hinaus sind derartige Aktionen beispielhaft geeignet, den Gemeinschaftssinn und die gute Nachbarschaft zu fördern. „Eine in Gemeinschaftsarbeit vollbrachte Leistung wird von den Menschen des Dorfes mit ganz anderer Pflege, ja mit Liebe, behandelt“, schreibt von Unruh in einem Artikel zu Problemen der dörflichen Selbstverwaltung¹⁶³⁾.

¹⁶²⁾ Mayer, Otto, Deutsches Verwaltungsrecht, 3. Aufl., München 1924, II. Bd., S. 220.

¹⁶³⁾ Von Unruh, Georg-Christoph, „Probleme der dörflichen Selbstverwaltung“, Die Selbstverwaltung, Organ des Deutschen Landkreistages, Bonn, Heft 3, März 1957, S. 95.

Die Selbst- und Nachbarschaftshilfe hat gute Tradition auch in Deutschland. Sie ist von 1933 bis 1945 durch ein Übermaß an Staat zugeschüttet worden. Wenn wir dem Gedanken der Selbstverwaltung folgend, den Staat wieder von unten noch oben zu einer echten Lebens- und Schicksalsgemeinschaft formen wollen, müssen wir den Bürger zur Mitarbeit gewinnen. Hierin liegt der besondere Wert dörflicher Selbsthilfeaktionen, der weit über den materiellen Gewinn der jeweiligen Gemeinschaftsleistung hinausgeht. Beispiele hierfür haben wir noch bis zum heutigen Tage in den Vereinigten Staaten von Amerika. Aus der Zeit der Kolonisierung hat sich hier in den Dörfern und Kleinstädten des Landes der gute Geist nachbarlicher Hilfe und gemeinsamer Bürgeraktionen erhalten. Aber auch in den großen Städten haben Appelle der Verwaltung an die Opferbereitschaft der Mitbürger, sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, nach wie vor sicheren Erfolg. Die Losung lautet dort: Weniger Staat, mehr private Initiative.

Wir können wahrscheinlich einen großen Teil der üblich gewordenen öffentlichen Dienste und Einrichtungen nicht wieder privater Initiative anvertrauen, wo immer aber die kommunale Selbstverwaltung mangels eigener finanzieller Mittel heute noch nicht zum Zuge kommt, sollten wir Aktionen der Selbsthilfe unsere besondere Unterstützung auch aus staatspolitischen Überlegungen gewähren.

e) Zulässigkeit von Hand- und Spanndiensten

Den besten und sichersten Erfolg bringen die freiwillig geleisteten dörflichen Selbsthilfe-Unternehmen. Daneben besteht für die Gemeindeverwaltung das Recht, die Bevölkerung zu Hand- und Spanndiensten heranzuziehen. In Hessen bietet dazu der § 22 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl., S. 11) die gesetzliche Handhabe¹⁶⁴⁾. Nach Artikel 12 GG darf aber niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen und allgemeinen Dienstleistungspflicht. Damit sind Hand- und Spanndienste zwar erlaubt, aber nicht immer und nicht überall. Eine der Schranken ist die Herkömmlichkeit. Sie ist in den altpreussischen Landesteilen Hessens

¹⁶⁴⁾ Hessische Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (HGO), (GVBl., S. 11); § 22 lautet: „Die Gemeinden sind berechtigt, zur Erfüllung dringlicher öffentlicher Aufgaben die Einwohner für eine beschränkte Zeit zu persönlichen Diensten und anderen Leistungen im Rahmen des Herkömmlichen heranzuziehen, hierbei sind die persönlichen Verhältnisse der Einwohner angemessen zu berücksichtigen. Zu Leistungen nach Satz 1, mit Ausnahme von persönlichen Diensten, können auch juristische Personen und Personenvereinigungen sowie solche Personen herangezogen werden, die nicht in der Gemeinde wohnen, jedoch in der Gemeinde Grundbesitz haben oder ein Gewerbe betreiben. Der Kreis der Verpflichtung sowie die Art und der Umfang der Leistung sind durch Satzung festzulegen.“

mit Sicherheit gegeben. In Hessen-Nassau war der § 68 des preuß. Kommunalabgabegesetzes vom 14. Juli 1893 (GS., S. 152) ein Vorläufer der heutigen Bestimmung der HGO, der § 68 KAG hatte die entsprechenden Vorschriften des Allgemeinen Landrechts von 1794 abgelöst. Aber auch in den althessischen Teilen des Landes konnten schon immer Naturaldienste gefordert werden. So enthält der Art. 111 des Hessischen Gesetzes, die Bäche und die nicht ständig fließenden Gewässer betreffend, vom 30. Juli 1887¹⁶⁵⁾ die Bestimmung, daß bei Wassergefahr persönliche Dienste durch die Einwohner benachbarter Gemeinden zu leisten sind. Auch der § 330 c StGB begründet schon von jeher eine persönliche Dienstleistungspflicht. Trotzdem scheint die Gültigkeit des § 22 HGO für die althessischen Landesteile umstritten, zu denen die 16 Untersuchungsgemeinden gehören.

Der Hessische Gemeindetag bemüht sich zur Zeit mit Unterstützung des Hessischen Innenministeriums ein Normenkontrollverfahren durchzuführen, in dem klargestellt werden soll, ob Hand- und Spanndienste auch im Regierungsbezirk Darmstadt gefordert werden können¹⁶⁶⁾. Die Ergebnisse dieser Bemühungen standen Ende des Jahres 1960 noch offen. Überwiegend ist man der Ansicht, Hand- und Spanndienste seien auch in den althessischen Landesteilen im Rahmen des § 22 HGO zulässig¹⁶⁷⁾. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, daß Hand- und Spanndienste nur dann noch als herkömmlich angesehen werden können, wenn die in der Gemeinde lebenden Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig sind¹⁶⁸⁾. Für die Herkömmlichkeit sind also auch die soziologischen Verhältnisse maßgebend. Am besten scheinen die Gemeinden beraten, die ihre Bevölkerung für freiwillige Leistungen gewinnen konnten. In allen Untersuchungsgemeinden, von dem etwas größeren und verhältnismäßig gut versorgten Gernsheim abgesehen, könnten freiwillige Aktionen der Selbsthilfe den Dörfern zu einem Teil zu jenen Einrichtungen und Diensten verhelfen, die sie heute noch entbehren.

¹⁶⁵⁾ Hessisches Gesetz, die Bäche und die nicht ständig fließenden Gewässer betreffend, vom 30. Juli 1887, in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899, Hess. Reg.-Bl., S. 758. Die gleiche Bestimmung „Maßregeln im Notstande“ findet sich auch im Artikel 111 der Neufassung des Bachgesetzes vom 1. Juli 1957, GVBl., S. 77. Erläuterungen der Rechtsbestimmung finden sich bei Muntzke—Schlempp, Kommentar zur Hessischen Gemeindeordnung, a. a. O., S. 440 ff.

¹⁶⁶⁾ Nach Auskünften des Direktors des Hessischen Gemeindetages, Muntzke.

¹⁶⁷⁾ Vgl.: Böhm, Otto, „Über die Zulässigkeit von Hand- und Spanndiensten“, Der Gemeindetag, Mühlheim/Main, Heft 12, Dezember 1957, S. 254 ff. — Dieser Aufsatz bietet ergiebige Quellenmaterial zur Frage der Rechtsgültigkeit des § 22 HGO.

¹⁶⁸⁾ Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 9. 11. 1955, VC 228 (54), Deutsches Verwaltungsblatt Nr. 5/56, S. 163.

2. Bessere private Versorgung

Bei den Untersuchungen in den 16 Gemeinden interessierten vor allem Qualität und Umfang der öffentlichen (kommunalen) Daseinsvorsorge. Doch ist auch das Angebot von Waren und Diensten der privaten Wirtschaft zu beobachten und zu bewerten. Wenn die Dorfbewohner besser leben sollen, muß ihnen auch hier ein mit dem allgemeinen Wohlstand wachsendes Minimum an Leistungen geboten werden.

Ideal wäre, die Wirtschaft, Kirche, Schule und Volksbildung könnten jedem Dorfbewohner in den Mauern seiner Heimatgemeinde mit den gleichen Diensten aufwarten, die sie in der Stadt bereithalten. Aber schon Christaller hat festgestellt, daß nur zentrale oder hilfszentrale Orte mit einer bestimmten Bevölkerungszahl für sich und die Nachbarschaft alle Einrichtungen vorhalten¹⁶⁹⁾. Viele Dienste und Waren können erst dann angeboten werden, wenn eine bestimmte Zahl von Konsumenten vorhanden ist. Doch sollte jeder Landbewohner wenigstens zu erträglichen Preisen eine befriedigende Auswahl qualitativ einwandfreier Lebensmittel in seiner Heimatgemeinde einhandeln können. Auch einige, heute unentbehrlich gewordene Dienste müssen ihm zur Verfügung stehen. Es sollte ihm möglich sein, seine Ansprüche nach geistigen und kulturellen Erlebnissen, nach Bildung und leichter Unterhaltung zu befriedigen. Die ärztliche Versorgung muß gesichert sein. Die Einflüsse des Staates in allen diesen Bereichen sind zwar nur gering, aber seine Raumordner könnten schon heute die Entwicklung stärker fördern und der Bevölkerung des flachen Landes zu einer besseren Versorgung verhelfen.

a) Handel auf dem Lande

Die Leistungen des Handels haben sich in den vergangenen zehn Jahren auch auf dem Lande beträchtlich gewandelt und gebessert. Deutliches Symptom hierfür ist der Lebensmittel-Einzelhandel. Alle Einzelhändler haben Verkaufsfläche und Sortiment erweitert. In der größten Untersuchungsgemeinde, der Stadt Gernsheim, bestehen schon mehrere Läden mit halber Selbstbedienung und großstädtischem Angebot. In dem kleinen Asbach führen der Metzger und der Bäcker neben Fleisch- und Backwaren noch Lebensmittel vom Suppenwürfel bis zur Margarine. Selbst in kleinen Orten bekam der Dorfkrämer inzwischen einen Konkurrenten. Allein diese Tatsache hat Angebot und Leistung des Lebensmittel-Einzelhandels auf dem Dorfe erheblich verbessert.

Die Leistungssteigerungen waren leichter möglich, weil sich Lebensmittel-einzelhändler, Fleischer oder Bäcker heute der Beratung und tatkräftigen Unterstützung ihrer Einkaufsgenossenschaften, freiwilliger Ringe oder Ketten be-

¹⁶⁹⁾ Christaller, Walter, Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933.

dienen. Diese Organisationen dienen ihren Mitgliedern durch einen umfassenden Sortimentsdienst, durch Beratung und Kredithilfe, sie helfen bei der fachmännischen Überwachung, bei der Werbung, der Buchführung und Kalkulation¹⁷⁰⁾.

Einfluß auf die Versorgung des flachen Landes haben auch die Filialgeschäfte, die heute im Umkreis der Großstädte und in den Zwischenzentren gute Entwicklungsmöglichkeiten haben und nutzen. Das gleiche gilt für die Filialen der Konsumgenossenschaften. Eine Erleichterung für Handel und Verbraucher auf dem Lande sind die Markenartikel. Sie werden in der gleichen Aufmachung, Qualität und bisher auch zu den gleichen Preisen auf dem Lande angeboten wie im Kaufhaus der Großstadt. Der Landbewohner kauft diese Produkte daheim, um Anreise und Transport zu sparen.

In den 16 Untersuchungsgemeinden haben — wie gezeigt — sich in der letzten Zeit auch schon Fachhändler niedergelassen, die der Bevölkerung mit Gütern des gehobenen Bedarfs, mit Textilien, Möbeln und elektromechanischen Geräten wie auch mit Reparaturleistungen zur Verfügung stehen. Offenbar lohnen diese Geschäfte erst von einer bestimmten Einwohnerzahl an. Christaller hat hierfür in neueren Untersuchungen als günstige Gemeindegröße die Gruppe von 2000 bis 3000 Einwohner beschrieben. Gemeinden ab dieser Einwohnerzahl seien „komplett“, sie hätten alle gewerblichen, kulturellen und sanitären Einrichtungen, die man normalerweise brauche¹⁷¹⁾. Erfahrungsgemäß fehlen diesen Gemeinden noch Fachgeschäfte für Uhren, Bücher, Lederwaren und Optik. Erst von Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern kann man erwarten, daß ihre Geschäfte den gesamten Einkaufsbedarf befriedigen können. Dank des allgemein wachsenden Wohlstandes und der gehobenen Ansprüche der Landbevölkerung wird der Fachhandel langsam auch in den Gemeinden der Größenklasse zwischen 2000 und 3000 Einwohnern festen Fuß fassen.

Selbstverständlich kauft die Landbevölkerung auch größerer Orte noch immer bestimmte Güter des gehobenen Bedarfs in der Großstadt. Dort bieten die Kaufhäuser die größere Auswahl, sie bringen auch besonders preisgünstige Angebote. Auf der anderen Seite hat der sich in den letzten Jahren immer besser entwickelnde westdeutsche Versandhandel besondere Erfolge mit all den Waren, die in den kleinen Gemeinden nicht oder nicht in befriedigendem Ausmaße angeboten werden. Eine Liste mit Namen und Sortiment westdeutscher Versandhäuser, die Gerardi im Frühjahr 1959 veröffentlichte¹⁷²⁾ zeigt, daß neben den

¹⁷⁰⁾ Vgl.: Gross, a. a. O., S. 230 f.

¹⁷¹⁾ Christaller, Walter, als Mitarbeiter, in: Ipsen, Gunther und Mitarbeiter, Standort und Wohnung, Ökologische Studien aus der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, in: Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Nordrhein-Westfalen, Dortmund 1957, (von hier an als Untersuchung Ipsens zitiert), S. 287 f.

¹⁷²⁾ Gerardi, a. a. O., S. 301 ff.

Versandhäusern mit breitem Sortiment, wie Neckermann, Quelle und Schöpflin, die Textil- und Modeversandhäuser vornehmlich die Artikel anbieten, die der Bewohner des flachen Landes noch nicht in der eigenen Gemeinde kaufen kann. Die Entwicklung der Versandhäuser ist für die bessere privatwirtschaftliche Versorgung der Dorfbewohner bedeutungsvoll.

In den Stadtrandgebieten werden in den nächsten Jahrzehnten Einkaufszentren, Mehrzweck- und Selbstbedienungsläden einen großen Kundenkreis anziehen, wenn sie nur in nächster Nachbarschaft ausreichend Parkraum für Automobile haben. In den Vereinigten Staaten gehen die großen Supermarkets nicht mehr in die City, sondern an den Rand der Klein- und Mittelstädte. Dort ist das Gelände für die obligatorischen Parkplätze noch billig. Außerdem erfassen die Geschäfte die wachsende Zahl der Menschen, die am Stadtrand ein Einfamilienhaus bauen konnten.

b) Geistige, kulturelle und andere Bereiche

Im Umkreis von Darmstadt hat Christaller Erscheinungsbilder des öffentlichen Lebens in Gemeinden verschiedener Struktur und Größe untersucht. Unter den von ihm ausgewählten 24 Orten befanden sich auch fünf — Alsbach, Asbach, Malchen, Messel und Wixhausen — der 16 Untersuchungsgemeinden. Christaller beobachtete zur Bewertung des „kulturellen“ Lebens folgende Bereiche: Kirche, Gesundheitswesen, Schule, Erwachsenenbildung, Vereinswesen, geselliges Leben und Jugendgruppen. Ihn interessierten bestimmte Wesenszüge des Lebens auf dem flachen Lande, um Formen und Gründe des Pendelns zu ermitteln und die Frage nach der optimalen Größe von Landgemeinden beantworten zu können¹⁷³). Die hier vorliegende Arbeit will Grenzen und Möglichkeiten der Hilfen für das flache Land am konkreten Beispiel messen. Christallers Untersuchungen boten dazu wertvolle Vergleiche und Erkenntnisse.

Kirche

Erst ab 700—800 Einwohner haben Landgemeinden regelmäßig auch einen Pfarrer in ihren eigenen Mauern. Die kleineren Gemeinden sind Pfarrämtern im größeren Nachbarort unterstellt. Oft ist wenigstens eine Kirche für den Gottesdienst vorhanden, aber es müssen auch Schulsäle oder sonstige Räume benutzt werden. In den Gemeinden ohne einen eigenen Pfarrer ist, wie Christaller schreibt: „... das kirchliche Gemeindeleben sehr schwach entwickelt. Die Abhaltung von Kindergottesdiensten ist nur schwerlich möglich, es besteht kein Kirchenchor oder sonstige Jugendgruppen“¹⁷⁴).

¹⁷³) Christaller, in: Untersuchung Ipsens, a. a. O., S. 124 ff.

¹⁷⁴) Ebenda, S. 296.

In den 16 Untersuchungsgemeinden waren die Verhältnisse wie folgt:

Gemeinde	Einwohner 25. 9. 1956	evangel. Geistl.	kathol. Geistl.
Alsbach	2 454	ja	nein
Asbach	405	nein	nein
Berkach	466	nein	nein
Eppertshausen	2 908	nein	ja
Fränkisch-Crumbach	2 262	ja	nein
Gernsheim	6 723	ja	ja
Kleestadt	790	ja	nein
Leeheim	1 748	ja	nein
Lichtenberg	471	nein	nein
Malchen	441	nein	nein
Messel	1 779	ja	ja
Nieder-Ramstadt	278	ja	ja
Schneppenhausen	908	nein	nein
Spachbrücken	1 505	ja	nein
Winterkasten	703	ja	nein
Wixhausen	3 407	ja	nein

Bei der Bewertung dieser Aufstellung ist zu beachten, daß die Untersuchungsgemeinden bis auf wenige Ausnahmen ehemals zu Hessen-Darmstadt gehörten und daher heute noch überwiegend evangelisch sind. Wäre die Aufteilung der Bevölkerung auf die Religionsgemeinschaften ausgeglichener, so hätten wahrscheinlich noch weniger Gemeinden einen eigenen Geistlichen in ihren Mauern. Auf jeden Fall ist auch jetzt schon festzustellen, daß kleine und arme Gemeinden regelmäßig auch keinen eigenen Pfarrer haben, die ohnehin gut versorgten, weil größeren Orte haben dagegen sogar Pfarrer und Kirchen beider Konfessionen. Die für mehrere Gemeinden zuständigen Geistlichen verfügen heute meistens über ein Kraftfahrzeug. Man kann ihnen nur wünschen, daß sie überall gute Straßen vorfinden und sich gerade der allgemein benachteiligten kleinen Gemeinden ihres Bezirks mit besonderer Umsicht annehmen. Sie sollten zusammen mit dem Lehrer auf die geistige und kulturelle Betreuung auch außerhalb der Kirche und vor allem auch auf die Organisation und Gestaltung örtlicher Feste und Feiern Einfluß nehmen.

Volkshochschulen

Die Volks-, Mittel- und Oberschulen unterliegen öffentlicher — staatlicher wie kommunaler — Kontrolle; sie werden deshalb in einem späteren Kapitel behandelt. Hier interessieren die Bereiche, die außerhalb des staatlichen Wirkungsbereiches bewältigt werden können. Hierzu gehören in erster Linie die Volkshochschulen. In den 16 Untersuchungsgemeinden war festzustellen: Ausmaß und Qualität der dörflichen Erwachsenenbildung sind nicht von der Einwohnerzahl abhängig.

Die nachstehende Tabelle gibt darüber Aufschluß:

Gemeinde	Einwohnerzahl 25. 9. 1956	Institution der Einwohnerbildung
Alsbach	2 454	keine
Asbach	405	keine
Berkach	466	Vorträge des Kreisbildungswerkes
Eppertshausen	2 908	keine
Fränkisch-Crumbach	2 262	keine
Gernsheim	6 723	voll ausgebildete Volkshochschule
Kleestadt	790	keine
Leeheim	1 748	Vorträge des Kreisbildungswerkes
Lichtenberg	471	keine
Malchen	441	keine
Messel	1 779	Volksbildungswerk des Landkreises und fortbildende Kurse
Nieder-Ramstadt	5 278	keine (Vorträge Odenwaldklub)
Schneppenhausen	908	Volksbildungswerk des Kreises und fortbildende Kurse
Spachbrücken	1 505	keine
Winterkasten	703	keine
Wixhausen	3 407	Volksbildungswerk des Kreises

In sieben Gemeinden werden fortbildende Vorträge gehalten, eine Volkshochschule mit einem eigenen Programm besteht nur in Gernsheim, die Gemeinden Messel, Schneppenhausen und Wixhausen sind dem Volksbildungswerk für den Kreis Darmstadt-Land angeschlossen. Die Kreisverwaltung sucht die Sprecher aus und bringt einen Teil der Kosten auf. Die beteiligten Gemeinden sind gehalten, Eintrittsbeiträge zu erheben und für Licht, Heizung und Räume aufzukommen. Nicht alle Gemeinden des Landkreises Darmstadt haben sich dieser Institution angeschlossen, in erster Linie, weil es am Orte an einigen aktiven Bürgern fehlt, die bereit sind, die organisatorische Arbeit zu übernehmen. Die Kreisverwaltung hat nur geringes Interesse daran, die nicht beteiligten Gemeinden in das Kreisbildungswerk zu drängen, würden damit doch die finanziellen Mittel weiter aufgesplittet. Auf der anderen Seite aber steht das Kreisbildungswerk des Landkreises Darmstadt jeder kreisangehörigen Gemeinde offen, wenn sie nur die organisatorischen Voraussetzungen schafft. Das Volksbildungswerk für den Landkreis Darmstadt setzt Selbsthilfe einige Bürger voraus. Im Kreis Groß-Gerau sind alle Gemeinden dem Bildungswerk angeschlossen, deshalb werden fortbildende Vorträge in Berkach und Leeheim gehalten. Gernsheim hat dank der Aktivität einiger Pädagogen eine eigene Volkshochschule mit einem ansehnlichen Semesterprogramm. In den Kreisen Bergstraße und Dieburg, denen die Gemeinden Eppertshausen, Fränkisch-Crumbach, Kleestadt, Lichtenberg, Spachbrücken und Winterkasten angehören, besteht kein vom Kreis organi-

siertes Volksbildungswerk. Dennoch wird von einigen Gemeinden dieser Kreise etwas für die Erwachsenenbildung getan.

Die Gemeindegröße entscheidet in keinem Falle, ob ein gutes Volksbildungswerk aufgebaut werden kann. Wichtig ist, daß sich qualifizierte Persönlichkeiten für die Organisation und Geschäftsführung finden. Regelmäßig sind die Lehrer am besten geeignet, diesen zusätzlichen Dienst an der Gemeinschaft zu erfüllen. Wie Christaller festgestellt hat, ist die Zahl der Besucher von vorhandenen Volksbildungswerken im Verhältnis zur Einwohnerzahl in den kleinen Gemeinden am größten¹⁷⁵⁾.

Vereinswesen

Ortsvereine der politischen Parteien oder reine Interessen-Organisationen — wie VdK oder BvD — blieben bei der Analyse des Vereinslebens unbeachtet. Es interessierten nur die Vereinigungen, die — wenn auch unter verschiedenen Gesichtspunkten — die Geselligkeit und damit auch die Feierabend-Unterhaltung und -Fortbildung fördern können. In allen 16 Untersuchungsgemeinden bestehen zumindest Gesangsvereine, die regelmäßig einen großen Teil der Ortsbevölkerung als aktive und inaktive Mitglieder vereinigen. Manche dieser Vereine — wie z. B. in Leeheim — besitzen Chöre, die sich in vielen Wettbewerben weit über den engeren Kreis ihrer Heimat hinaus qualifiziert haben. Jede der 16 Untersuchungsgemeinden hat eine Freiwillige Feuerwehr, die sich regelmäßig noch einer stattlichen Zahl inaktiver Mitglieder erfreut. Eine gute Feuerwehr zu besitzen, ist auch heute noch in kleinen wie großen Landgemeinden der besondere Stolz der Bürgerschaft. Der Gedanke des Selbstschutzes gegen unvorhergesehene, aber jederzeit mögliche Katastrophen spielt hier die entscheidende Rolle. Die Freiwilligen Feuerwehren genießen große Popularität. Außerhalb ihrer Einsätze und Übungen spielen sie auch im gesellschaftlichen und geselligen Leben der kleinen Dörfer eine Rolle. Feuerwehrfeste und Sängerwettstreite gehören neben den Kirchweih-, Sommer- und Erntefesten zu den Höhepunkten des dörflichen Lebens.

Ebenfalls bedeutungsvoll für alle untersuchten Gemeinden sind die Sportvereine, hier besonders die Fußballmannschaften. Auch sie fördern den Lokalpatriotismus, sie sind durchweg geeignet, Sport und Geselligkeit gleichermaßen zu pflegen.

Je größer die Gemeinde ist, desto mehr differenziert sich das Vereinsleben. Es entwickeln sich Gewerbevereine, Geflügel- und Obstanbauvereine, schließlich spalten sich die Gesangsvereine. In der einwohnerreichen Gemeinde werden verschiedene Einkommens- und Bildungsklassen schließlich stark genug, einen eigenen Gesang- und Sportverein zu gründen. Es entstehen Tennisklubs, Handball-

¹⁷⁵⁾ Christaller, in: Untersuchung Ipsen, a. a. O., S. 304.

vereine u. ä. Große Bedeutung haben im Untersuchungsraum auch die Angelsportvereine. In letzter Zeit bilden sich zur Pflege der fröhlichen Unterhaltung Karnevalsvereine, die das gesamte Jahr über Versammlungen, Sitzungen oder Ausflüge veranstalten. Asbach, die kleinste der Untersuchungsgemeinden, hat neben dem Schützenverein nur einen Kultur- und Sportverein, dem aber Abteilungen für Fußball, Leichtathletik und Gesang angehören. Beide Vereine zusammen haben rund 160 Mitglieder, das ist beinahe die Hälfte der gesamten Einwohnerschaft. In Gernsheim, der größten Untersuchungsgemeinde, bestehen 25 unpolitische Vereine, denen insgesamt etwa 2900 Mitglieder angehören, auch das ist nahezu die Hälfte der gesamten Einwohnerschaft. Allerdings sind diese Angaben nur mit Vorsicht zu bewerten. Einmal sind viele Bürger Mitglieder mehrerer Vereine, zum anderen beschränkt sich bei anderen die Mitgliedschaft auf das regelmäßige Zahlen der Beiträge. Von einzelnen Vereinen werden zuverlässige Angaben über die Zahl der Mitglieder kaum gemacht. Mit Vorbehalt ist deshalb der nachstehende Versuch zu bewerten, an Hand einer Gegenüberstellung der Zahl der Einwohner und der Vereinsmitglieder unterschiedliches Interesse in Gemeinden verschiedener Wirtschaftsstruktur und Größe am heimischen Vereinsleben zu erkennen.

Gemeinde	Einwohner 25. 9. 1916	Vereinsmitglieder	Anteil der Vereins- mitglieder an der Einwohnerschaft in v. H.
Alsbach	2 454	660	26,9
Asbach	405	160	39,5
Berkach	466	160	34,3
Eppertshausen	2 908	900	30,9
Fränkisch-Crumbach	2 262	1 060	46,9
Gernsheim	6 723	2 900	43,1
Kleestadt	790	250	31,6
Leeheim	1 748	400	22,9
Lichtenberg	471	140	29,7
Malchen	441	160	36,3
Messel	1 779	900	50,6
Nieder-Ramstadt	5 278	1 250	23,7
Schneppenhausen	908	350	38,5
Spachbrücken	1 505	420	27,9
Winterkasten	703	400	56,9
Wixhausen	3 407	870	25,5

Größe und wirtschaftliche Struktur der Gemeinde, auch die Entfernung zur Großstadt, haben bei den 16 Untersuchungsgemeinden offenbar keinen Einfluß auf die Zahl der Ortsbürger, die am Vereinsleben teilnehmen; sie ist von der traditionellen Eigenart des jeweiligen dörflichen Lebens bestimmt. In der einen Gemeinde haben die Vereine von jeher mehr Bedeutung als in der anderen. Auch Höhe und Häufigkeit der finanziellen Hilfen aus der Gemeindekasse bestimmen

keineswegs die Entwicklung des Vereinslebens. Wenn sich genug Interessenten finden, um zu irgendeinem Zweck einen Verein zu bilden, scheitert dieses Vorhaben nicht an einer mangelnden Unterstützung seitens der Verwaltung.

Presse, Funk und Fernsehen

Die modernen Kommunikationsmittel haben großen Einfluß auf Bildung und Unterhaltung der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung. Während sich der Großstädter dank der besser entwickelten Schulen, der Volksbildungsstätten, der Theater, Museen und Ausstellungen Informationen und Bildung aus erster Hand verschaffen kann, sind die Landbewohner meist auf die Vermittlung und Unterbringung durch die ihnen zugänglichen Publikationsmittel angewiesen.

Wir können voraussetzen, daß heute in jedes Haus zumindest eine Tageszeitung kommt¹⁷⁶). Dabei beherrschen die Gebietszeitungen das Feld. Fast in jedem Haushalt steht heute ein Rundfunkgerät. Über die Verbreitung des Fernsehens in den 16 Untersuchungsgemeinden machte die Oberpostdirektion Frankfurt folgende Angaben:

Gemeinde	Einwohner Landbevölkerung 30. 2. 59 ¹⁷⁷)	Fernseh- und Rundfunk- genehmigungen zum 1. 6. 59
Alsbach	2 800	116
Asbach	382	9
Berkach	468	15
Eppertshausen	3 040	110
Fränkisch-Crumbach	2 271	29
Gernsheim	6 973	401
Kleestadt	817	26
Leeheim	1 770	65
Lichtenberg	463	16
Malchen	520	28
Messel	1 841	107
Nieder-Ramstadt	5 592	139
Schneppenhausen	956	32
Spachbrücken	1 545	49
Winterkasten	695	5
Wixhausen	3 535	167

¹⁷⁶) Nach Angaben der IVW (Informationsstelle für die Verbreitung von Werbeträgern), veröffentlicht im Leitfaden für Presse und Werbung, Essen 1959, S. 21, hatten im 3. Vierteljahr 1958 518 deutsche Tageszeitungen eine Druckauflage von durchschnittlich 16,3 Millionen täglich. Im Stat. Jahrbuch 1959 sind auf Seite 226 die Totalergebnisse der Wohnungszählung vom 25. 9. 1956 angegeben. Danach bestanden in der Bundesrepublik zum Zeitpunkt der Erhebung insgesamt 15 963 000 Wohnparteien einschließlich der 2 869 000 Einfamilienwohnparteien.

¹⁷⁷) Angaben: Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes, Wiesbaden, 28. September 1959.

Das Fernsehen hat im Laufe der Jahre 1959 und 1960 noch erheblich zugenommen. Es ist schon bald damit zu rechnen, daß in nahezu jedem Haus ein Gerät stehen wird. Funk und Fernsehen ergänzen mit ihren besonderen Möglichkeiten die Arbeit der Presse. Sämtlichen Kommunikationsmitteln kommt auf dem Lande besondere Bedeutung zu. Sie müssen die Brücken schlagen zwischen Stadt und Dorf. Aber: die Redakteure der Zeitungen, vor allem aber die Programmgestalter von Funk und Fernsehen sind meist Städter, sie berücksichtigen deshalb städtischen Geschmack und beschäftigen sich vor allem mit städtischen Problemen. Doch sollten sie sich auch ihrer ländlichen Hörer und Seher erinnern und Programme bringen, die vor allem der Landbevölkerung helfen können. Sie müssen dabei nicht ausschließlich Sendungen für das bäuerliche Publikum bringen, denn dieses spielt auf dem Lande gar nicht mehr die größte Rolle. Es gilt, mehr den Menschen und seine Familie anzusprechen, der als gewerblicher Arbeiter und Angestellter draußen auf dem Lande seinen Wohnsitz hat und für den Funk und Fernsehen ausgezeichnete Möglichkeiten sein können, den Anschluß an das kulturelle Leben der Stadt zu gewinnen.

Die stärkste Bedeutung von allen Kommunikationsmitteln hat noch immer — auch für die Landbevölkerung — die regionale Tageszeitung. Sie berichtet vom Geschehen in der Stadt wie in der kleinen Gemeinde, sie fördert das Gemeinschaftsgefühl, unterstützt die Arbeit der Kreis- und Ortsverwaltung, sie kann auch Aktionen der Selbsthilfe anregen und fördern. Die Lokalzeitung ist das eigentliche Medium des Landbewohners, mit der weiten Welt und mit dem Geschehen im engeren Bereich der Heimat verbunden zu bleiben. Darauf sollten die Redakteure dieser Zeitungen Rücksicht nehmen, aber auch die Bürgermeister und Landräte, die mit diesen Zeitungen zusammenarbeiten. Bedauerlich ist, daß nur wenige Journalisten die Vorgänge auf dem flachen Lande aus eigener Anschauung kennen. Auch ihre Denkweise ist ausschließlich großstädtisch. Deshalb sind Mitarbeiter der Zeitungen, die auf dem flachen Lande wohnen, sind Bezirks- und Außenredakteure unentbehrlich. Die Zeitungen haben die besten Möglichkeiten, das Interesse der Gemeindebürger am Wohlergehen ihres Heimatortes zu wecken und wach zu halten, sie müssen dazu viel über dörfliche Vorgänge berichten. Um für diese lokalen Meldungen aus kleinen Gemeinden auch Platz zu haben, bringen ordentlich geführte Zeitungen gebietsweise zusätzliche lokale Seiten. Selbstverständlich dienen diese Erweiterungen auch dem Ziel, möglichst viele Leser zu gewinnen. Doch dabei leisten die Zeitungen gleichzeitig dem kommunalpolitischen Geschehen und dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Gemeinden hervorragende Dienste.

Gesundheitswesen

Nach einer Ausrechnung des Statistischen Bundesamtes kamen 1958 im Bundesgebiet auf einen Arzt 739 Einwohner, auf einen Facharzt 1929 und auf einen Zahnarzt 1734 Einwohner¹⁷⁸⁾. In den 16 Untersuchungsgemeinden waren die Verhältnisse wie folgt:

Gemeinde	Einwohner 25. 9. 1956	Ansässig in der Ärzte	Gemeinde Zahnärzte
Alsbach	2 454	2	1
Asbach	405	0	0
Berkach	466	0	0
Eppertshausen	2 908	1	1
Fränkisch-Crumbach	2 262	2	1
Gernsheim	6 723	4	4
Kleestadt	790	0	0
Leeheim	1 748	1	1
Lichtenberg	471	1	0
Malchen	441	0	0
Messel	1 779	1	1
Nieder-Ramstadt	5 278	3	3
Schneppenhausen	908	0	0
Spachbrücken	1 505	0	0
Winterkasten	703	0	0
Wixhausen	3 407	2	2

In allen Untersuchungsgemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern — ausgenommen Lichtenberg — befindet sich kein Arzt und kein Zahnarzt. Der Arzt in Lichtenberg betreut gleichzeitig noch eine Reihe benachbarter Gemeinden. Gemeinden, die keinen Arzt haben, werden durch Ärzte aus der Nachbarschaft versorgt. In der Größenklasse von über 1000 bis 2000 Einwohnern praktizieren regelmäßig ein Arzt und ein Zahnarzt, außer in der Arbeiterwohngemeinde Spachbrücken. In den noch größeren Gemeinden besteht schon eine gewisse Auswahl, Fachärzte allerdings finden sich nur in den Kreisstädten. Durchweg ist die ärztliche Versorgung auf dem Lande in den letzten Jahren besser geworden. Dazu trugen auch die wachsenden Einwohnerzahlen der Gemeinden bei, die es den Medizinern aussichtsreicher erschienen ließen, sich auf dem Lande niederzulassen.

Eine große Rolle spielte bisher das Zulassungssystem der Krankenkassen, das für bestimmte Bezirke Kassenstellen schuf und damit dem Arzt eine gewisse Existenzgarantie gab. Dennoch war festzustellen, daß auf dem Lande immer Kassenstellen offenstanden, was in der Stadt auf Jahre hinaus nicht zu erwarten war. Die Mehrheit der Ärzte bevorzugt die Stadt. Grund hierfür sind nicht nur

¹⁷⁸⁾ Das Heil- und Pflegepersonal im Jahre 1958, in: Wirtschaft und Statistik, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Heft 11, November 1959, S. 615.

die besseren Verdienstaussichten, die Ärzte wollen mit ihren Familien die Annehmlichkeiten städtischer Lebensweise nicht entbehren. Was in anderen Bereichen gilt, trifft auch für das Gesundheitswesen zu: Wenn es gelingt, das Einkommen der Landbewohner weiter zu heben und das Leben auf dem Dorfe erträglicher zu machen, wird auch die ärztliche Versorgung der städtischen näherkommen. Welche Auswirkungen eine Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung auf die ärztliche Versorgung des flachen Landes haben wird, bleibt abzuwarten¹⁷⁹⁾.

IV. Staatliche Hilfen

1. Generelle staatliche Hilfen

a) Gesetzgebung

Die kommunale Selbstverwaltung beruht auf dem Prinzip der Dezentralisation. Sie ist gebietskörperschaftliche Eigenverwaltung. In ihrem Wirkungsbereich besitzt sie Allzuständigkeit. Das heißt, auf Grund des Universalitätsprinzips hat die Gemeinde nach Maßgabe ihrer Kräfte in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung alle Aufgaben zu erfüllen, die nicht gesetzlich einer anderen Stelle übertragen sind¹⁸⁰⁾. Dieser Grundsatz ist im Grundgesetz, Artikel 28, Absatz 2, ausdrücklich festgelegt. Eine freiheitliche Demokratie beruht auf der Dezentralisation. Aber diese Regelung bringt unseren Gemeinden auch Schwie-

¹⁷⁹⁾ Im „Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung“, Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, Drucksache 1540 vom 14. Januar 1960, lockert der § 384 das Zulassungssystem des geltenden Rechts auf. Nach geltendem Recht ist nicht jeder Arzt oder Zahnarzt, der an der kassenärztlichen Versorgung der Versicherten teilnehmen will, zuzulassen. § 368 a, Abs. 1 RVO bestimmt vielmehr, daß im Zulassungsbezirk in der Regel auf je 500 Mitglieder ein Arzt und auf 900 Mitglieder ein Zahnarzt zuzulassen ist. Diese Planung und Verteilung hat dazu geführt, daß die ärztliche Versorgung auf dem Lande verbessert wurde. Jetzt sollen nach § 384 der Neuregelung die Verhältniszahlen fallen. Aber dennoch will man Vorsorge treffen, daß sich auch noch Ärzte auf dem Lande und nicht nur in bevorzugten Orten niederlassen. Nach Abs. 3, § 384 soll deshalb die Zulassung nicht allgemein für den Ort ausgesprochen werden, den der Arzt bestimmt; dies geschieht erst beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen. — Inzwischen hat am 23. März 1960 das Bundesverfassungsgericht der Verfassungsbeschwerde mehrerer Ärzte nachgegeben, die sich gegen die Regelung der Reichsversicherungsordnung in der geltenden Fassung gewandt hatten. Das Verfassungsgericht hat festgestellt, daß die Zulassungsordnung der RVO gegen das Grundrecht der Ärzte, die Berufsfreiheit, verstoße und diese Bestimmung, soweit sie Ärzte betrifft, für nichtig erklärt (Vgl. „Zulassungsfreiheit für alle Ärzte“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 71, 24. März, S. 1). Die Auswirkungen dieser Entscheidung auch auf die Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung sind noch abzuwarten.

¹⁸⁰⁾ Vgl. Peters, Hans, Lehrbuch der Verwaltung, Heidelberg, 1949, S. 292.

rigkeiten. Ein wesentlicher Teil der Bundes- und Ländergesetze berührt die Gemeinden, belastet sie mit Aufgaben und Pflichten. Hier beginnen die generellen staatlichen Hilfen:

Der Gesetzgeber muß in jedem Falle bedenken, in welchem Maße er die kommunale Selbstverwaltung auch draußen auf dem kleinen Dorf mit neuen Aufgaben und damit finanziellen Leistungen belegt¹⁸¹⁾ ¹⁸²⁾.

Zu manchen Leistungen sind die kleinen Gemeinden aus eigener Kraft nicht in der Lage, sie könnten sie aber im Verband mit ihren Nachbarn bewältigen. Christaller hat in einer Untersuchung über Formen und Gründe des Pendelns in Gemeinden der Umgebung Darmstadts¹⁸³⁾, mit der er eine Betrachtung über die optimale Größe von Gemeinden und Stadtteilen verbindet, vorgeschlagen, daß sich Gemeinden, die in geographischer und verkehrstechnischer Hinsicht zusammengehören, in Verbänden finden, denen die Gewerbesteuer zufließt, die sie dann auf die beteiligten Gemeinden verteilen¹⁸⁴⁾.

Hier wird ein Ausweg aus den Schwierigkeiten gesucht, die sich aus der räumlichen Differenz von Arbeits- und Wohnort und aus den unterschiedlichen Steuereinnahmen — hier Gewerbesteuer, dort Gewerbesteuerausgleich — ergeben. Christaller weist außerdem auf die besonderen Möglichkeiten hin, die sich aus der gemeinsamen Arbeit einiger benachbarter Gemeinden ergeben können. Hierzu sind aber erst vom Staat die gesetzlichen Möglichkeiten zu schaffen. Sie

¹⁸¹⁾ Darmstadts Oberbürgermeister, Dr. Ludwig Engel, hat in einem Vortrag „Bürger und Gemeinde in Staat und Gesellschaft, Grundsätze sozialdemokratischer Kommunalpolitik“, vor der Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD am 12. und 13. September 1958 in Mainz die Schaffung sogenannter Gemeindekammern gefordert, die bei Bund und Ländern einzurichten wären und denen ein dem Bundesrat analoges Mitwirkungsrecht bei der Gesetzgebung zu übertragen sei. Siehe dazu Bericht in: Die Selbstverwaltung, Zeitschrift des Deutschen Landkreistages, Bonn, Heft 10, Oktober 1958, S. 275 f.

¹⁸²⁾ Der Bericht der Sachverständigenkommission für die Vereinfachung der Verwaltung beim Bundesministerium des Innern, Bonn 1960, setzt sich auf S. 76 bis 84 für eine weitgehende Dezentralisation der Verwaltung ein. Die Übertragung möglichst zahlreicher Aufgaben an die Gemeinden wird dabei als ein wirkungsvolles Mittel für die Vereinfachung der Verwaltung empfohlen. — Dieser Ansicht ist an sich nichts entgegenzuhalten. Aber wenn in dem gleichen Bericht auf S. 79 zu lesen ist, der Anteil der Auftragsangelegenheiten an der Gesamtarbeit der Gemeinden werde auf 80 bis 90 Prozent geschätzt, so muß man befürchten, daß die Gemeinden inzwischen schon reine Außenstellen des Staates sind. Der Selbstverwaltung sind weniger staatliche Pflichten und mehr Ermessungsspielraum zu wünschen. Aber dazu müßte wohl die öffentliche Hand auf der ganzen Linie weniger aktiv werden.

¹⁸³⁾ Christaller, in: Untersuchung Ipsen, a. a. O., S. 124 ff.

¹⁸⁴⁾ Ebenda, S. 255.

bieten sich heute in der Rechtsform des Zweckverbandes¹⁸⁵⁾, der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, der kommunalen Arbeitsgemeinschaft und der Verwaltungsgemeinschaft an¹⁸⁶⁾. Die Zusammenarbeit ist denkbar auf dem Gebiete gemeinsamer Planung zur Erschließung der Region. Hier sind besonders Fragen der Industrieansiedlung und -förderung zu diskutieren und zu lösen. Außerdem ist es möglich, sich in den Aufwand für Krankenhäuser, Volks- und Berufsschulen, Kläranlagen und Flußregulierungen zu teilen.

Der Hessische Innenminister Heinrich Schneider hat am 16. Oktober 1958 in einer Rede in Lindenfels im Odenwald die interkommunale Zusammenarbeit als einen Ausweg für alle Gemeinden empfohlen, die manche Aufgaben alleine überhaupt nicht oder nur unzureichend lösen können¹⁸⁷⁾. Auch die kommunalen Spitzenverbände, allen voran der Deutsche und der Hessische Gemeindetag, halten ihre Mitglieder immer wieder zur Zusammenarbeit an. Die Erfolge sind bisher sehr bescheiden. Verwaltungen großer Städte finden sich schon eher bereit, Kosten und Aufwand für bestimmte Leistungen mit ihren Nachbarn zu teilen. Aber unter den kleinen Gemeinden besteht hier eine zuweilen unverständliche, auf die Dauer aber unhaltbare, weil unwirtschaftliche Abneigung. Oft stehen unterschiedliche politische Mehrheitsverhältnisse der engeren Zusammenarbeit entgegen, oft sind es aber auch rein menschliche Schwächen. So sind beispielsweise Versuche, für benachbarte kleine Dörfer einen gemeinsamen hauptamtlichen Gemeinderechner einzuführen, gescheitert, weil die Steuerpflichtigen den Ortsansässigen bevorzugen, dem man seinen Obulus erst dann zu entrichten braucht, wenn es eben paßt. Bei dem fremden Rechner wäre zu befürchten, daß er die Abgaben termingemäß und unnachlässig eintreibt.

In einer Untersuchung für den an Darmstadt und seinen Einflußbereich grenzenden Offenbacher Raum hat Klüber¹⁸⁸⁾ die Schaffung sogenannter Industriekreise vorgeschlagen, in denen auf höherer Ebene Verwaltungsgemeinschaften derart gebildet werden, daß sich die beherrschende Stadt als gewerblicher Schwerpunkt mit den Gemeinden der umliegenden Landkreise zusammenfindet. In diesen Industriekreisen besteht Personalunion zwischen Oberbürgermeister und Landrat. Vertretungs- und Verwaltungsorgane des Industriekreises sind nach

¹⁸⁵⁾ Zweckverbandsgesetz vom 7. Juni 1939, RGBl. I, S. 979.

¹⁸⁶⁾ Für Hessen regeln die §§ 84—91 der Hessischen Gemeindeordnung die Voraussetzungen und Organisation, die Aufgaben, Verfahrensweise und Finanzierung für Verwaltungsgemeinschaften, siehe: HGO vom 25. Februar 1952, GVBl., S. 11.

¹⁸⁷⁾ Schneider, Heinrich, vor der Mitgliederversammlung des kommunalen Schadenausgleichs, „Gemeindliche Zusammenarbeit“, in: Der Gemeindetag, Heft 11, 1958, S. 197 f.

¹⁸⁸⁾ Klüber, Hans, Der Industriekreis, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, 1954, S. 75 ff.

dem Beispiel der Landkreisverwaltung gestaltet, werden aber von der Stadt und den Gemeinden beschiedt. Der Landkreis selbst hört zu bestehen auf. Alle für die Zusammenarbeit wichtigen Stellen — wie Baurat, Kämmerer — werden in Personalunion verwaltet.

Ohne Zweifel könnten innerhalb dieser Industriekreise viele gemeinsame Aufgaben — Regelung des Verkehrs, der Versorgung, des Krankenhauswesens, der Berufs- und Fachschulen, der Feuerwehr, auch der Polizei — einfacher und billiger gelöst werden. Auf der anderen Seite jedoch könnte nach einer solchen Angleichung bei vielen Landbewohnern das Gefühl wach werden, daß sie von nun an erst recht in die Abhängigkeit der beherrschenden Stadt geraten sind. Man wird in dieser Richtung nur bedächtig und umsichtig vorangehen können. Doch auf die Dauer müssen sich die Großstädte und die sie umschließenden Landkreise zu einer weitgehenden Zusammenarbeit auf vielen Gebieten bereit finden. Im gleichen Maße, in dem sich die Unterschiede zwischen Stadt und Land auflösen, indem die gegenseitige Abhängigkeit beider Bereiche auf vielen Gebieten wächst, ist die gemeinsame Gestaltung dieser Industrielandschaft mit dem gewerblichen Zentrum in der Stadt und den Wohngebieten der Arbeitskräfte ringsum auf dem Lande unerlässlich. In welchem Maße und unter welchen rechtlichen Organisationen diese Zusammenarbeit geschieht, wird die Praxis noch lehren. Die generellen staatlichen Hilfen bestehen darin, hier aufklärend zu wirken und die bestehenden Gesetze auf ihre Brauchbarkeit für derartige Zusammenarbeit zu prüfen.

K l ü b e r jedenfalls hat in dem zitierten Aufsatz Zweifel daran geäußert, ob die derzeitigen rechtlichen Bestimmungen ausreichen, Großstadt und Landkreis eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zu ermöglichen. Nach seiner Ansicht ist der Zweckverband ungeeignet, weil sich dieser mit besonderen Verbandsorganen und Zuständigkeitsbeschränkungen abfinden muß. Außerdem werde ein besonderer überkommunaler Verband mit eigenen Organen an die Stelle der dringend wünschenswerten Verwaltungsvereinfachung eine weitere Komplizierung, wenn nicht gar Überorganisation setzen. Auch die zwischengemeindliche Arbeitsgemeinschaft scheint K l ü b e r ungeeignet, weil diese ihrem Wesen nach keine verbindlichen Beschlüsse fassen könne. Mit Empfehlungen allein seien die vielseitigen Wechselbeziehungen zwischen Stadt- und Landkreis nicht zu regeln. Auch auf dem Sektor des privaten Rechts bietet sich nach Ansicht des gleichen Verfassers keine geeignete Form an, die Beziehungen zwischen Stadt und Land richtig zu erfassen. Die in Form des eingetragenen Vereins bestehenden Planungsgemeinschaften könnten zwar gute Programme aufstellen, sie müßten aber notwendig versagen, wenn die Ergebnisse der Planung verwirklicht werden sollten. Nach diesen Überlegungen kommt K l ü b e r zu dem Schluß: „Halten das öffentliche und private Recht keine Formen bereit, in die die notwendige Zusammen-

arbeit zwischen Stadt und Umland gegossen werden kann, so wird man nicht umhin können, neue Formen zu suchen“¹⁸⁹⁾).

Hier wird dem Staat eine große Aufgabe gestellt: Es gilt, den Forderungen der Industrielandschaft nach einer gewissen Einheit gerecht zu werden. Die Eingemeindung der umliegenden Arbeiterwohngemeinden ist der denkbar ungeeignetste Weg, Industriekreise, wie Klüber sie vorschlägt, könnten eine Lösung sein. Unter den 16 Untersuchungsgemeinden würden dann vor allem Messel, Schneppenhausen und Malchen wesentlich mehr als heute von den Kräften der Stadt profitieren.

b) Raumordnung und Raumplanung

Andere Möglichkeiten, mit generellen staatlichen Hilfen den Landgemeinden zu dienen, bietet die Raumplanung. Sie ist in der Lage, die Gemeindeverwaltungen zu orientieren, welche Möglichkeiten sich für das einzelne Dorf innerhalb des gesamten staatlichen Verbandes bieten, seine wirtschaftlichen und soziologischen Verhältnisse zu bessern. Die Raumordner können dem Bürgermeister wichtige Hinweise geben, ob sich eine Gemeinde als Standort bestimmter Industrien eignet, ob er sich damit abfinden muß, für immer einer reinen Wohngemeinde vorzustehen oder ob es sich vielleicht lohnt, für den Fremdenverkehr entsprechende Investitionen zu wagen. In Hessen ist dank des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen (Aufbaugesetz) vom 25. Oktober 1948 (GVBl., S. 139) eine enge Verbindung zwischen der Landesplanung und den einzelnen Gemeinden gewährleistet. In § 1, Abs. 2, des genannten Gesetzes, das die einzelnen Stadt- und Landkreise verpflichtet, Bauleitpläne für alle Gemeinden aufzustellen, steht die Vorschrift, daß die Planung und Ordnung der Bebauung eines Gemeindegebietes der Landesplanung entsprechen muß.

Bei den kommunalen Stellen wurde bald die Frage laut, was nun die Bedingungen seien, die ein Bauleitplan erfüllen müsse, wenn er der Landesplanung entsprechen solle. Diese Frage versuchte der Hessische Innenminister mit der Veröffentlichung eines „Vorläufigen Raumordnungsplanes für das Land Hessen“ zu beantworten. Hierzu hat die Landesplanung zusammen mit den Bezirksplanungsstellen der Regierungspräsidenten einen Rahmenplan aufgestellt, der die wichtigsten Aussagen für den Fach- und Ortsplaner enthält, der seine Arbeit den Vorstellungen der Landesplanung anpassen will. Der besseren Übersicht willen wurde das gesamte Land Hessen in sieben Regionen aufgeteilt. Der erste Teil des „Vorläufigen Raumordnungsplanes“ behandelte den Raum Starkenburg und damit auch die 16 Untersuchungsgemeinden. Bei den Beschreibungen der Gemeinden in Teil C der Arbeit wurden schon für jede Untersuchungsgemeinde die Aussagen des „Vorläufigen Raumordnungsplanes“ genannt. Dabei mußte leider

¹⁸⁹⁾ Klüber, a. a. O., S. 78.

auch auf verschiedene Fehler hingewiesen werden. So wichtig die gesamte Raumordnung und damit die Ausgabe von Orientierungswerten für die einzelne Gemeindeverwaltung ist, wenn diese Angaben an den Tatsachen vorbeigehen, wird die ganze Arbeit fragwürdig. Äußerste Achtsamkeit ist deshalb nötig, daß die Planer nicht den Kontakt mit der Wirklichkeit verlieren.

c) Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur und Hebung der Steuerkraft

Auch in den USA versuchen Volkswirte und Soziologen, den kleinen Gemeinden zu helfen. In einer eingehenden Betrachtung kommt dabei Hoiberg zu der Erkenntnis: „The importance of a sound economic base for the community can hardly be overemphasised. It is essential to the successful operation of other sozial institutions and determines in considerable measure the breadth and depth of the community activities which are possible. A low income level among the farmers and businessmen of a community will ordinarily be reflected in the quality of its schools, churches and its programm of civic affairs as a whole“¹⁹⁰).

Was für die Vereinigten Staaten zutrifft, gilt auch für Westdeutschland, gilt für alle Dörfer und Städte mit Selbstverwaltung und -verantwortung: Umfang und Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge wie auch der privatwirtschaftlichen Versorgung an einem beliebigen Ort hängen weitgehend von dessen wirtschaftlicher Struktur, von den Vermögens- und Einkommensverhältnissen der dort ansässigen Menschen ab. Haben die Bürger hohe Einkommen, fließt das Geld in die Gemeindekasse, blühen Handel und Wandel. Die große Ausnahme sind die sogenannten Schlaf- oder Trabantenstädte Westdeutschlands, in denen die in der benachbarten Großstadt beschäftigten Angestellten und Arbeiter lediglich den Feierabend zubringen. Ihr in der Stadt verdientes Geld wird vor allem dort ausgegeben, auch die Gewerbesteuern fließen der Betriebsgemeinde, nicht der Wohngemeinde zu. Diese einzigartige Erscheinung steht der Entwicklung weiterer Trabantenstädte entgegen. Üblich aber ist, daß eine bessere wirtschaftliche Struktur der Gemeinde auch die Leistungen der Verwaltung positiv beeinflußt. Welche Mittel hat der Staat, hier vor allem dem flachen Land zu helfen?

aa) Industrieansiedlung

In unserer Zeit entscheiden Zahl und Leistung der Maschinen, die Fähigkeiten der Techniker und Organisatoren über den wirtschaftlichen Wohlstand der Völker. Die gewerbliche Produktion gibt den Ausschlag, die für Jahrtausende vorherrschende Landwirtschaft steht in den Industrieländern hinter den schon auf den zweiten Platz vorgerückten Dienstleistungen an dritter Stelle. Wo

¹⁹⁰) Hoiberg, Otto C., Exploring the small city community, University of Nebraska Press, 1955, S. 26.

gewerbliche Unternehmen arbeiten, wird Geld verdient. Aber auf Grund ökonomischer wie auch historischer und politischer Gegebenheiten sind die Standorte der begehrten Industriebetriebe anders im Lande verteilt als die Bevölkerung. In sogenannten Ballungsräumen liegen gewerbliche Unternehmen in enger Nachbarschaft, sie konkurrieren mit wachsenden Löhnen um die Arbeitskräfte, während in den Entwicklungsgebieten die Bewohner allzu gerne bereit wären, ihre Einkünfte aus landwirtschaftlicher Betätigung mit denen aus gewerblicher Beschäftigung zu verbessern, wenn nicht zu ersetzen. Aus industriefernen Gegenden müssen die Einwohner als Pendelwanderer werktäglich eine erschöpfende und kostspielige Reise zum Arbeitsplatz unternehmen, sie würden die Möglichkeit sehr begrüßen, ihrem Beruf am Wohnort oder wenigstens in unmittelbarer Nachbarschaft nachgehen zu können. Wirtschaftspolitiker und Raumordner bemühen sich seit Jahren um eine in diesem Sinne bessere Verteilung der industriellen Standorte. Aber ihren Anstrengungen sind bisher weniger Erfolge beschieden gewesen als den Gemeinden selber, die sich aus eigener Initiative um die Ansiedlung von Industriebetrieben bemühen konnten. Die Kommunen hatten dabei selbstverständlich das Wohl ihrer Bürger im Auge, aber sie dachten mehr noch an ihre Finanzkassen.

Unsere kommunale Finanzwirtschaft steht — wie gezeigt — auf einem Bein: der Gewerbesteuer. Die zweite große Realsteuer, die Grundsteuer, ist seit Jahren erstarrt. Die Gewerbesteuer ist zum Allheilmittel gegen kommunale Finanznot geworden. Deshalb lautet für die Selbstverwaltung landauf, landab die Parole: Holt tüchtige Unternehmer in die Städte und Dörfer, sie werden die Gemeindekasse füllen. Ursprünglich war die Gewerbesteuer die Entschädigung für Kosten, die das gewerbliche Unternehmen durch seine Existenz der Heimatgemeinde zusätzlich aufbürdete. Heute aber sind die gewerblichen Unternehmen zu kommunalen Goldminen geworden, mit deren Hilfe die Wünsche der gesamten Bürgerschaft erfüllt werden sollen. Daß viel Gewerbe am eigenen Ort auch einmal mehr kosten als einbringen kann, werden die industriefreundlichen Gemeindeväter in Stadt und Land hoffentlich beherzigen.

Die Industrieansiedlung hat durch die große Gewerbewanderung von Ost nach West Auftrieb erhalten. Diese Bewegung ist weitgehend abgeschlossen. Aber nach wie vor gibt es ansiedlungs- und umsiedlungswillige Unternehmen, die als Neugründungen noch keine Heimat gefunden haben, denen als alte Betriebe der bisherige Standort zu eng geworden ist, die näher an ihre Arbeitskräfte, an neue Absatz- oder Beschaffungsmärkte heran wollen. Die gewerbliche Wirtschaft wird sich in den nächsten Jahren noch viele neue Standorte erschließen müssen, an ansiedlungs- und umsiedlungswilligen Unternehmen wird es eines fernen Tages vielleicht weniger mangeln als an befriedigenden Aufnahmegebieten. Doch bis jetzt haben die Betriebe noch eine gewisse Auswahl.

Stadt und Land drängen zur Gewerbesteuer. Sie bieten deshalb günstig gelegene Grundstücke, Kredite und Wohnungen, machen Steuerzugeständnisse, selbst Steuergeschenke, um an die Gewerbesteuer heranzukommen, sei es auch zu einem späteren Zeitpunkt. Der Eifer mancher Bürgermeister und Stadtdirektoren führt zu unerwünschten Resultaten. Selbstverständlich spielen für ein ansiedlungswilliges Unternehmen die steuerlichen Verhältnisse am künftigen Standort eine Rolle. Die Gemeinden sind auch in der Lage, durch eine vernünftige Hebesatzpolitik verlockende Offerten abzugeben. Aber wenn bei Verhandlungen zwischen Verwaltung und Unternehmen pauschalisierte Steuergeschenke versprochen werden, verstoßen die Partner nicht nur gegen eindeutige gesetzliche Bestimmungen¹⁹¹⁾, sie laufen Gefahr, scheinbarer Vorteile wegen die gesamte Volkswirtschaft zu schädigen. L ö s c h hat in seiner Untersuchung über „Die räumliche Ordnung der Wirtschaft“¹⁹²⁾ die volkswirtschaftlichen, kaufmännischen und soziologischen Gesichtspunkte richtiger Standortwahl eingehend geschildert, die vom privatwirtschaftlichen Standpunkt des Unternehmers, aber auch im Interesse der gesamten Volkswirtschaft beachtet werden müssen. Ist dies der Fall, wenn die Umsiedlung und Neuansiedlung der Industrie-, Handels- und anderer Dienstleistungsunternehmen ausschließlich der Aktivität gewerbesteuerhungriger Kommunen überlassen bleibt? Vermutlich nicht, Bund und Ländern ist es aufgegeben, die optimale räumliche Verteilung der Wirtschaft zu fördern. Sie allein können mit gezielten finanziellen Hilfen, anderen praktischen Maßnahmen und eindeutigen Bestimmungen die Pläne und Überlegungen der Raumordner verwirklichen helfen.

Zu dieser Erkenntnis kommt auch S t a h l, der die Wirtschaftserschließung am Beispiel Ostbayerns zu einem Finanzausgleichsproblem erklärt hat¹⁹³⁾. In einem anderen Aufsatz in Raumforschung und Raumordnung schreibt der gleiche

¹⁹¹⁾ Das Bundesverwaltungsgericht hat am 5. Juni 1959 in einer Revisionsverhandlung festgestellt, ein Steuererlaß, der nicht auf eine bestimmte Gesetzesvorschrift gestützt werden kann, ist rechtswidrig. (Aktenzeichen des Urteils: BVerwG VII C 83.57.) Dem Urteil lag ein Fall zugrunde, bei dem eine Gemeinde einem ansiedlungswilligen Unternehmen Grund- und Gewerbesteuer auf einige Jahre erlassen hatte. Später mußte die Gemeinde auf Betreiben der Aufsichtsbehörde die Steuer nacherheben. Der Betrieb beschritt gegen diese Entscheidung den Rechtsweg, wurde aber in allen Instanzen abgewiesen. Die Möglichkeiten für eine Gemeinde, mit Steuernachlässen angesiedelten Unternehmen entgegenzukommen, sind sehr beschränkt und durch Richtlinien der jeweiligen Landesregierungen unterschiedlich gestaltet. Aber alle Vergünstigungen müssen auf die Verhältnisse des einzelnen Betriebes abgestellt sein. Die Gemeinden dürfen nicht verzichten, weil dies ihre Bemühungen um Industrie erleichtert.

¹⁹²⁾ Lösch, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, II. Auflage, Jena 1944.

¹⁹³⁾ Stahl, Franz, Wirtschaftserschließung, ein Finanzausgleichsproblem, Schulbeispiel Ostbayern, hrsg. im Auftrag der Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Bayern, Leiter: Geheimrat Professor Adolf Weber, München 1955.

Verfasser: „Seit einiger Zeit wächst die Zahl der Interessenten, die auf dem flachen Land, besonders in den sogenannten Bevölkerungsabgabengebieten, in denen ein relativ großes Reservoir von freien Arbeitskräften anzutreffen ist, einen Teilbetrieb ihres Unternehmens oder ein neues Unternehmen aufbauen wollen. In Ostbayern ist dieser Zug besonders stark bemerkbar. Wenn ein beachtlicher Teil dieser Interessenten sich schließlich wieder abwendet, so häufig deshalb, weil das, was ihnen von den Kommunen und vom Staat in diesen Gebieten angeboten wird, nicht ihren Ansprüchen genügt. Es geht dabei um die öffentlichen Versorgungsleistungen, die Straßen, Bahn, Post, Elektrizität, Wasser, Gas, Kanalisation und häufig auch um ein finanzielles Entgegenkommen bei der Beschaffung der Industriegrundstücke und deren Erschließung“¹⁹⁴⁾. — Es geht dabei um noch mehr, um Wohnungen, Schulverhältnisse, Einkaufs-, Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten für die Familien der leitenden Angestellten und vieles andere. Die wohlhabenden Städte und ohnehin schon gewerbereichen Gemeinden haben bei den kommunalen Aktionen zur Industrieansiedlung Erfolge, die armen Gemeinden aber, denen die Unternehmen fehlen, um ihrer Bevölkerung einen allgemeinen besseren Lebensstandard zu ermöglichen, fallen weiter zurück.

Deshalb ist die optimale räumliche Verteilung ein überregionales Problem. Was aber soll der Staat tun, um die gewerbliche Wirtschaft in wünschenswerter Weise zu verteilen, um vor allem den bisher industriefernen Gemeinden die begehrten Unternehmen zu bescheren? Soll der Staat in industriefernen Gegenden, in armen, aber aufnahmebereiten Gemeinden Straßen, Schulen, Elektrizitätswerke, Bahnen und andere Versorgungsanlagen bauen, soll er mit großzügigen Geschenken die Kommunen in die Lage versetzen, mit ihren reichen Schwestern erfolgreich um neue Betriebe zu konkurrieren? Soll er dann die Unternehmen auch zwingen, in dem mit Steuergeldern erschlossenen Neuland zu siedeln? Dies ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg. L ö s c h kommt am Ende seiner Untersuchungen zu dem Ergebnis: „Es ist für mich eines der beglückendsten Ergebnisse meiner Forschung, für die räumliche Ordnung der Wirtschaft zeigen zu können, daß die freie Initiative gesunder Menschen, wenn sie nur auf vernünftigen Verhältnissen aufbauen kann, zu Ergebnissen führt, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch durchaus wünschenswert sind“¹⁹⁵⁾.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat sich mehrfach gegen Bestrebungen des Bundes gewandt, die räumliche Verteilung der Wirtschaft durch gesetzliche Bestimmungen zu lenken, aber einer indirekten Beeinflussung der Standort-

¹⁹⁴⁾ Stahl, Franz, Notstandsgebiete und Finanzausgleich, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, 1958, S. 39 f.

¹⁹⁵⁾ Lös ch, a. a. O., S. 364.

wahl unter Wahrung des marktwirtschaftlichen Prinzips der Freizügigkeit wird auch von der Wirtschaft eine gewisse Berechtigung zugesprochen¹⁹⁶⁾.

Bisher treiben Bund und Länder regionale Förderungsprogramme für die Zonenrandgebiete und den Saargrenzgürtel voran. Diese haben vorwiegend politische Ziele mit der guten Absicht, durch die Errichtung von gewerblichen Unternehmen „das strukturelle Mißverhältnis zwischen Erwerbsmöglichkeiten und Bevölkerung zu bessern“¹⁹⁷⁾. Der Bund stellt (über den Haushalt des Wirtschaftsministeriums) begrenzte Mittel zur Verfügung, die aus den Haushalten der Länder ergänzt werden müssen. Zuständig für die Verteilung der Bundesmittel ist der „Interministerielle Ausschuß für Notstandsgebiete (IMNOS)“ unter der Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums. Die Richtlinien für die Aufstellung der Förderungsprogramme des Bundes im Haushaltsjahr 1959 sahen die fachliche Zweckbindung der Bundesmittel wie folgt vor:

Gewährung von Darlehen an gewerbliche Unternehmer. Aus Bundesmitteln werden Kredite an Industrie-, Handwerks- und Fremdenverkehrsbetriebe gewährt, wenn damit Arbeitsplätze in den begünstigten Gebieten erhalten oder neu geschaffen werden. Für einen Arbeitsplatz werden dazu je 10 000 DM Darlehen mit einer Laufzeit von 15 Jahren und einer Zinsbelastung von $3\frac{1}{2}\%$ gegeben. Durch Darlehensgewährung soll schließlich auch die Zahl der für den Fremdenverkehr verfügbaren Betten erhöht werden. Es besteht dazu die Möglichkeit, in landwirtschaftlich strukturierten Förderungsgebieten, in denen der Fremdenverkehr gute Nebenerwerbsmöglichkeiten für die Bevölkerung bieten kann, Kredite auch für den Ausbau von Privatzimmern zu gewähren, wenn sichergestellt ist, daß diese Zimmer auch tatsächlich dem Fremdenverkehr nachhaltig nutzbar gemacht werden.

Gewährung von Darlehen für allgemein fördernde Maßnahmen auf dem gewerblichen Sektor. Diese Bundesmittel können für die Finanzierung von Vorhaben eingesetzt werden, die nicht der Förderung einzelner Unternehmen dienen, sondern geeignet sind, die Leistungsfähigkeit der gesamten gewerblichen Wirtschaft eines Gebietes zu stärken. Gedacht ist hierbei an Gewerbeberatungsstellen und Gewerbeförderungsämter, wie sie in Württemberg bestehen. Für derartige Einrichtungen gibt der Bund Kredite und Zuschüsse.

¹⁹⁶⁾ Vgl. Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1956/57 des Deutschen Industrie- und Handelstages, Feste Währung — gesunde Wirtschaft, S. 246 f.

¹⁹⁷⁾ Vgl. Der Bundesminister für Wirtschaft, Richtlinien für die Aufstellung der Regionalen Förderungsprogramme des Bundes im Haushaltsjahr 1959 vom 1. Juni 1959, BAnz. Nr. 111, 13. Juni 1959, S. 2 f.

Gewährung von Darlehen für die gewerbliche Erschließung der begünstigten Gebiete. Der Bund beteiligt sich mit seinen Krediten am Ausbau von Verkehrsverbindungen, der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung sowie den öffentlichen Einrichtungen des Fremdenverkehrs.

Gewährung von Darlehen und Zuschüssen zur Durchführung landwirtschaftlicher Maßnahmen. Diese Mittel dienen Projekten zur Regelung der Wasserwirtschaft, der zentralen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung auf dem Lande. Sie können auch für die Kultivierung von Ödland, für Aufforstung, Windschutz- und Wirtschaftswegebau verwendet werden.

Gewährung von Darlehen und Zuschüssen zur Förderung der Berufsausbildung. Hierbei werden Vorhaben berücksichtigt, die der beruflichen Fortbildung der Bevölkerung in den Förderungsgebieten dienen. In der Regel kommen nur solche Einrichtungen in Frage, deren Träger Gemeinden, Handwerks- und Landwirtschaftskammern sind.

Außerdem gewähren die Regionalen Förderungsprogramme noch Zinszuschüsse für Rationalisierungskredite in strukturbestimmenden gewerblichen Produktionsbetrieben und für Investitionskredite im Fremdenverkehr.

Alle diese Maßnahmen sind ausschließlich für die genannten Förderungsgebiete — Zonenrandgebiete und Saargrenzgürtel — bestimmt, sie bedingen in jedem Falle eine Beteiligung der Länder und setzen ein Mindestmaß von Selbsthilfe der Begünstigten voraus. Sie halten sich im wesentlichen an die Erkenntnisse des Gutachtens, das der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium am 23. Januar 1955 erstattet hat, in dem dem Bunde grundsätzlich das Recht zugestanden wurde, „regionale Wirtschaftspolitik als Bestandteil der gesamten Wirtschaftspolitik“ zu betreiben¹⁹⁸⁾. Im Oktober 1959 war aus dem Bundeswirtschaftsministerium zu erfahren, man plane ähnliche Maßnahmen wie für die Förderungsgebiete nun auch zugunsten „zentraler Orte in ländlich schwach strukturierten Gebieten“. Mit diesem neuen Programm soll versucht werden, „durch Förderung der Industrialisierung von Klein- und Mittelstädten die Wirtschaftsstruktur und damit auch die Lebensbedingungen dieser Gebiete zu verbessern“¹⁹⁹⁾. Das Programm wird zunächst in 16 Klein- und Mittelstädten erprobt, es soll auch der Bevölkerungskonzentration entgegenwirken.

¹⁹⁸⁾ Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium. Gutachten vom Januar 1955 bis Dezember 1956, Göttingen 1957, S. 13 ff.

¹⁹⁹⁾ „Förderung der Industrialisierung von Klein- und Mittelstädten“, Bulletin des Presse- und Informationsamtes, Bonn, Nr. 193, 17. Oktober 1959, S. 1956.

Sucht ein ansiedlungswilliger Industriebetrieb eine Heimat, so gilt die erste Frage der Unternehmensleitung den Arbeitskräften. Abgesehen davon, daß Fachkräfte und eine befriedigende Zahl leitender Angestellter auf dem Lande ohnehin fehlen, so kann eine kleine Gemeinde Arbeitskräfte in ausreichender Zahl nicht stellen, sie braucht ihre Nachbarn. Allein ist die kleine Gemeinde auch nicht in der Lage, die Wünsche und Forderungen eines Unternehmens nach Grundstücken und Krediten, nach Straßen, Wohnungen und Versorgungseinrichtungen zu erfüllen. Die Familie des Prokuristen und die Frau des leitenden Ingenieurs vermissen die ordentliche Schule, die Geschäfte und Unterhaltungsmöglichkeiten. So scheitert dann die Ansiedlung in der kleinen Gemeinde, die gerne bereit gewesen wäre, einen Betrieb aufzunehmen, der dort — von rein ökonomischen Gesichtspunkten aus betrachtet — vielleicht einen idealen Standort gefunden hätte. Das Unternehmen wird in einer Stadt ansässig, die ohnehin schon viel Gewerbe hat und deshalb mit hohen Steuereinnahmen bessere Voraussetzungen für die Industrieansiedlung schaffen konnte. Um konkurrenzfähiger zu sein, sollten sich benachbarte aufnahmewillige Gemeinden mit einem zentralen Ort zusammenschließen, der wenigstens einige Gemeinschaftseinrichtungen bietet, die eine Ansiedlung erleichtern.

Der „Vorläufige Raumordnungsplan“ des Hessischen Ministers des Innern hat sogenannte Klein- und Kleinräume zusammengefaßt, die sich um Mittelpunktsgemeinden mit gewissen zentralen Funktionen gebildet haben. Diese Zentren sind günstige Ansatzpunkte für Maßnahmen der staatlichen Ansiedlungspolitik. Doch genügen Förderung und Hilfen aus Bundes- und Ländermitteln zugunsten dieser zentralen Orte allein noch nicht. Die Gemeinden innerhalb dieser Regionen sollten sich zusammenschließen, um gemeinsam die Gewerbebetriebe aufzunehmen, um Kosten und Erträge der Industrieansiedlung zu teilen.

Die Industrie- und Handelskammern mit ihren beachtlichen Kenntnissen über die wirtschaftliche Struktur industriefähiger Räume müssen alle verfügbaren Daten über Arbeitskräfte, Verkehrsverbindungen, Energieversorgung dieser Gebiete sammeln, sichten und einer zentralen Stelle mitteilen. Bisher tappen ansiedlungs- und umsiedlungswillige Unternehmer noch im Dunkeln. Sie suchen sich erst einmal ein Gebiet aus, in dem sie nach ihren Überlegungen gut ansiedeln könnten. Dann hören sie sich am Orte selbst um. Besser wäre es, es bestünde ein überregionales Informations- und Kontaktbüro, das alle wichtigen Daten über zentrale Orte sammelt. Diese Einrichtung — der Deutsche Industrie- und Handelstag könnte sie schaffen — müßte mit dem Bundeswirtschaftsministerium, mit den Landesplanungen und dem Institut für Raumforschung und allen interessierten Organisationen zusammenarbeiten. Ihre Aufgabe wäre es, eine Art Ansiedlungsatlas herauszubringen. Sucht ein Unternehmer einen Standort, so gibt er seine Wünsche dem Informationsbüro bekannt, das ihm mit einer Aus-

wahl von Landgebieten dient, die den Vorstellungen und Forderungen des Betriebes entsprechen könnten.

Das Informationsbüro richtet an die ansiedlungswilligen Gemeinden auch bestimmte Mindestanforderungen, die völlig ungeeignete Bewerber von vornherein ausschließen, aber Aktionen der Selbsthilfe und die wünschenswerten Zusammenschlüsse geeigneter Regionen fördern.

Alle Einzelheiten über die Organisation dieser Institution, über ihre Zusammenarbeit mit den Raumordnern und auch mit den Gemeinden wären noch zu klären. Keinesfalls darf sie zum halboffiziellen Makler werden, sie soll lediglich mit Informationen dienen, die der Unternehmer nach Belieben nutzen kann. Das Informations- und Kontaktbüro schafft einen Gewerbe-Siedlungsatlas.

Wie nach diesen Vorstellungen Industrieansiedlung betrieben werden könnte, läßt sich am Beispiel der in dieser Arbeit untersuchten 16 Gemeinden erläutern, die allerdings schon jetzt zu einem industriereichen Ballungsraum, zum Rhein-Main-Gebiet, gehören. An Beschäftigungsmöglichkeiten fehlt es dieser Bevölkerung nicht. Die Ansiedlung neuer Industriebetriebe würde den Arbeitsmarkt nur weiter verengen, sie würde aber in einigen Fällen den Pendelwanderern daheim oder in größerer Nähe Arbeitsplätze verschaffen. Sie würde weiterhin den Wohn-, Agrar- und Mischgemeinden höhere Gewerbesteuerereinnahmen sichern und damit die Selbstverwaltung in die Lage versetzen, ihrer Bürgerschaft eine bessere Daseinsvorsorge zu gewähren.

Wo könnten in den 16 Untersuchungsgemeinden neue Gewerbebetriebe erfolgreich arbeiten? Am leichtesten wäre die Ansiedlung noch in den Gewerbegemeinden: Gernsheim, Alsbach, Nieder-Ramstadt, Messel und Eppertshausen. Hier gibt es schon Industrie, hier sind gute Verkehrsverbindungen und einige notwendige zentrale Einrichtungen vorhanden. Schwierig wäre es allerdings, in den Gewerbegemeinden Arbeitskräfte zu beschaffen. Auf der anderen Seite jedoch ist in den Gewerbegemeinden schon ein gewisser Stamm geschulter Angestellter und Arbeiter vorhanden, auf dessen Interesse man hoffen könnte.

Aber die Industrie soll ja doch vor allem in den Wohn- und Agrargemeinden heimisch werden. Hier sind unter den Pendelwanderern Arbeitskräfte leichter zu finden, aber alle anderen Bedingungen sind verhältnismäßig schlecht. Die Wohn-gemeinde Wixhausen hätte dabei noch die besten Aussichten, selbständige Ansiedlungspolitik zu treiben. Sie kann günstige Verkehrsverhältnisse anbieten, die Gemeinde ist einigermaßen versorgt, unter einer tüchtigen Verwaltung könnte sie Anschluß an die Leistungen guter Gewerbegemeinden gewinnen. Alle anderen Gemeinden jedoch sind nur gemeinsam mit ihren Nachbarn in der Lage, Ansiedlungspolitik zu betreiben: Schneppenhausen vielleicht mit Gräfenhausen oder im Verein mit Darmstadt, Spachbrücken mit dem benachbarten Reinheim. — Lichtenberg und Winterkasten leiden unter ihrer geographischen Randlage, aber

hier könnte der Fremdenverkehr ausgebaut werden. Fränkisch-Crumbach hat Chancen, wenn es Zentrum einer Heim-Industrie würde. Kleestadt, dem Industrie viel nutzen könnte, müßte mit Groß-Umstadt, Berkach mit Groß-Gerau zusammenarbeiten. Leeheim könnte nur in einem großen Verband mit allen Nachbargemeinden des Rieds Industrie anlocken und halten.

bb) Förderung des ländlichen Mittelstandes

Bedeutungsvoll für die wirtschaftliche Struktur des flachen Landes ist auch der handwerkliche und händlerische Mittelstand. Schon zu der Zeit, als das Land beinahe ausschließlich der Agrarwirtschaft diente, gab es den Dorfkrämer und die für die Bauern unentbehrlichen Handwerker. Im Handwerkstand haben sich beträchtliche Veränderungen ergeben, viele Handwerkszweige sind verschwunden und ersetzt worden, auf der anderen Seite jedoch hat sich das Handwerk auch neue Bereiche erschlossen. Die Zahl der mittelständischen Existenzen auf dem Lande in Handel und Handwerk ist groß und — wie die Einzeluntersuchungen ergaben — noch im Wachsen.

Deshalb kommt allen Maßnahmen des Staates zur Förderung des Mittelstandes auch für die Entwicklung der wirtschaftlichen Struktur und Steuerkraft der Dörfer besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung hat sich zu einer wirkungsvollen Mittelstandspolitik bekannt²⁰⁰). Mit ihrer Bundestagsdrucksache Nr. 698 hat sie Ende des Jahres 1958 über ihre Bemühungen um den Mittelstand in Industrie, Handwerk, Einzelhandel und Gaststättengewerbe berichtet²⁰¹). Dieser Leistungsrapport umfaßt sieben Gebiete der Förderungs- und Hilfsmaßnahmen:

Maßnahmen zur Leistungssteigerung und Rationalisierung;

Finanzierungshilfen für den gewerblichen Mittelstand;

steuerpolitische Maßnahmen;

sozialpolitische Maßnahmen;

weiter gesetzgeberische Maßnahmen;

Beteiligung des gewerblichen Mittelstandes an öffentlichen Aufträgen;

organisatorische Maßnahmen.

Die Maßnahmen zur Leistungssteigerung und Rationalisierung beschränken sich auf die Förderung von Schulungsstätten, Beratungen, Fortbildungskurse, sie unterstützen das Ausbildungs- und Messewesen. Erhebliche Beiträge aus Bundesmitteln fließen als Zuschüsse an Fachorganisationen, die sich um die Rationalisierung im Mittelstand bemühen. Finanzierungshilfen kommen aus der Investitionshilfe, den STEG-, ERP- und MSA-Mitteln. Hinzu kommen Anleihen und Eigenmittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Zuschüsse aus dem Bundes-

²⁰⁰) Vgl. Adenauer, Konrad, Regierungserklärung am 29. Oktober 1957, a. a. O., S. 19.

²⁰¹) Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung der kleinen und mittleren Betriebe des gewerblichen Mittelstandes, Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, Drucksache 698 vom 27. November 1958.

haushalt. Die Steuergesetzgebung brachte einige Erleichterungen, wie das „Splitting“, das die mithelfende Ehefrau berücksichtigt. Außerdem wurden die Freigrenzen für Gewerbe- und Umsatzsteuer einige Male erhöht. Zu den sozialpolitischen Maßnahmen zählte der Mittelstandsbericht der Bundesregierung die Übergangsvorschriften des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes, das die Renten der angestelltenversicherungspflichtigen Handwerker der Lohn- und Produktivitätsentwicklung anpaßt. Die Liste der gesetzgeberischen Maßnahmen umfaßt unter anderem die Änderungen der Gewerbeordnung, das Gesetz zur Ordnung des Handwerks und die Vorschriften zur staatlichen Regelung und Sicherung des Handwerks, das Gesetz über das Zugabewesen und das Rabattgesetz. Zu den organisatorischen Maßnahmen rechnet der Mittelstandsbericht besonders das Ende 1957 gegründete Institut für Mittelstandsforschung in Bonn und Köln, das vom Bund und vom Lande Nordrhein-Westfalen unterstützt wird.

Alle genannten Anstrengungen der Bundesregierung haben die im großen und ganzen günstige Entwicklung auch des Mittelstandes auf dem flachen Lande gefördert. Allenthalben setzt sich die Ansicht durch, daß man künftig dem Handwerk, dem Handel und überhaupt dem kleinen Unternehmen am besten dient, wenn man sich — frei von jeglichen romantischen Vorstellungen — mit einer Mittelstandspolitik begnügt, die keine staatlichen Schutzgehege mit besonderen Vorteilen und Rechten bringt, aber den mittelständischen Unternehmer, Handwerker und Handelsmann von bestimmten Nachteilen befreit, die ihm erst der Staat gegenüber dem Großbetrieb auferlegt hat. Hierher gehört auch die Forderung nach einer wettbewerbsneutralen Umsatzsteuer. Auch sollten die einseitigen steuerlichen Begünstigungen für die sogenannten freiwilligen Sozialleistungen fallen, die dem Großbetrieb im Wettbewerb um Arbeitskräfte einen besonderen Vorteil gewähren. Eine Wirtschafts-, Sozial-, Steuer- und Kreditpolitik und eine Gesetzgebung, die auf die gleiche Behandlung auch der mittleren und kleinen Unternehmen achtet, ist die denkbar beste Mittelstandspolitik. Sie bürdet auch dem Steuerzahler keine Kosten auf. Sie hilft, die wirtschaftliche Struktur und die Steuerkraft des flachen Landes zu verbessern.

cc) Maßnahmen für die Landwirtschaft

Die Agrarwirtschaft spielt heute in weiten Gebieten nicht mehr die beherrschende Rolle wie in früheren Zeiten. Dennoch sind Einkommen und Steuerkraft eines großen Teiles der Bevölkerung unserer Dörfer von den Erfolgen bäuerlicher Arbeit abhängig. In der Bundesrepublik wird die Landwirtschaft durch zahlreiche, vor allem finanzielle Hilfen von Bund, Ländern und Gemeinden gefördert. Die wichtigste Rolle spielt das Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955 (BGBl. I, S. 565), das die Agrarwirtschaft durch Mittel der Handels-, Steuer-, Kredit- und Preispolitik in den Stand versetzen soll, die für sie noch bestehenden naturbedingten und ökonomischen Nachteile gegenüber anderen

Wirtschaftszweigen auszugleichen und ihre Produktivität zu steigern. Die Arbeit der Bauern soll der Mühe wert sein. Doch sind alle Maßnahmen, die der Landwirtschaft generell zu einem größeren Anteil am Sozialprodukt verhelfen sollen, Ansatzpunkte für heftige Kritik. Sicherlich geht es nicht allen Bauern schlecht, manche kommen durchaus auf ihre Kosten. Erhöht der Staat — beispielsweise mit Hilfe der Einfuhr- und Vorratsstellen oder durch Mittel der Handelspolitik — auch die Einkünfte der gut wirtschaftenden Unternehmen, erhalten diese auf Kosten der Allgemeinheit eine Rente. Die Maßnahmen zum Schutz der landwirtschaftlichen Produktion — wie Zölle, Marktordnungsgesetze und Subventionen — erfreuen sich deshalb nicht der gleichen Zustimmung wie andere Bemühungen, die an der Wurzel ansetzen und der Strukturverbesserung unserer Landwirtschaft dienen wollen.

Auf diesem Gebiet haben sich die Landwirtschaftsministerien der Länder besondere Verdienste erworben. Mit zusätzlichen eigenen finanziellen Mitteln trieben sie entsprechende Programme der Bundesregierung voran, die in erster Linie den Klein- und Mittelbetrieben wirkungsvoll halfen. Die Maßnahmen des Landes Hessen, zu dem die 16 Untersuchungsgemeinden gehören, gelten in vieler Hinsicht als beispielhaft. In Wiesbaden schlossen sich die maßgebenden Männer der Agrarwirtschaft im Herbst 1954 zu einer „Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur“ zusammen, die nach den Worten des Staatssekretärs im hessischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Tassilo Tröscher, dem ländlichen Leben einen größeren Eingriff bescheren sollte als die Stein-Hardenbergsche Bauernbefreiung. Es wurde beschlossen, vor allem den kleinen Bauern mehr Atemluft zu schaffen. Die Flurbereinigung — sie ist inzwischen nahezu beendet — wurde kräftig vorangetrieben. Ein besonderes Programm verhalf den Landwirten aus der Enge der dicht besiedelten Arbeiterwohngemeinden. Sie erhielten ordentliche Hofreiten draußen in der Nähe ihrer Felder, Hessen gewährte zusammen mit dem Bund zinslose Darlehen und Beihilfen, damit die Bauern sich die in betriebs- und arbeitswissenschaftlicher Hinsicht mustergültigen Höfe auch leisten konnten.

Mit Mitteln des Landes wurde die Aufstockung zu kleiner Betrieben gefördert, die Acker- und Weideboden aus öffentlichem oder privatem Besitz erwarben, was um so leichter möglich war, weil während der vergangenen Jahre auch viele ursprüngliche Vollbauernstellen zu Nebenerwerbsbetrieben wurden. Interessant sind die Erfolge der hessischen Agrarpolitik bei der Mechanisierung der Kleinbetriebe. Eine sinnvolle Ausrüstung der Bauern mit modernen maschinellen Hilfsmitteln setzt nach dem heutigen Stand der Technik eine Wirtschaftsfläche von etwa 30 Hektar voraus, wenn rentabel gearbeitet werden soll. Das Land Hessen propagierte deshalb entsprechende Programme der Bundesregierung zur Gründung von Maschinengemeinschaften auf privatrechtlicher oder genossen-

schaftlicher Basis, deren Kredite zur Beschaffung der mechanischen Geräte mit Staatsmitteln bis auf ein Prozent verbilligt wurden. Seit dem 1. Mai 1956 sind im Lande Hessen rund 2000 Maschinengemeinschaften gegründet worden, die alles Gerät, vom Mähdrescher bis zur Pflanzenschutzspritze, gemeinsam nutzen²⁰²⁾. Durch dieses Programm wurde auch Lohnunternehmern die Anschaffung von Maschinen erleichtert.

An drei Beispielsmaßnahmen in Villmar-Runkel (bei Limburg an der Lahn), in Jügesheim (Kreis Offenbach) und Trendelburg (Hofgeismar) demonstrierte die Landesregierung, wie sich die hessische Agrarpolitik die ländliche (bäuerliche) Lebensweise vorstellt. Von der planmäßigen Seßhaftmachung der Landarbeiter, dem Ausbau der Verkehrswege, der Aussiedlung ganzer Gehöfte bis zur Einrichtung gemeinsamer Kühl- und Waschanlagen wurden hier mit großem Aufwand die Arbeitsbedingungen der Bauern verbessert.

Die Erfolge der Agrarpolitik von Bund und Land sind nicht zu leugnen. Auf der anderen Seite jedoch kosten alle diese Bemühungen das Geld der Steuerzahler. Auch die Gemeinden müssen sich an diesen Aufwendungen beteiligen, ihre Ausgaben für die Landwirtschaft sind zuweilen höher als ihre Einnahmen aus der Grundsteuer A.

Neben den Vollbauern spielen in der Agrarwirtschaft industrialisierter Gebiete die Nebenerwerbslandwirte eine besondere Rolle. Es sind Arbeiter, Angestellte, Handwerker und Händler, die täglich ihrem Hauptgewerbe nachkommen, dabei aber noch eigenes Ackerland bebauen. Einige hunderttausend Männer²⁰³⁾ ver-

²⁰²⁾ Nach Angaben des Ministers für Landwirtschaft und Forsten, Wiesbaden.

²⁰³⁾ Nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs 1959, Wiesbaden 1959, S. 131, gab es auf Grund „der Ergebnisse einer Fortschreibung an Hand der Vorerhebung zur Bodenbenutzungserhebung 1958“ in diesem Jahr im Bundesgebiet (ohne Saarland) 616 121 landwirtschaftliche Betriebe mit weniger als zwei ha Nutzfläche. In der Größenklasse von zwei bis unter fünf ha bestanden 443 746 Betriebe (Bundesrepublik insgesamt: 1 833 877 Betriebe). In der Größenklasse bis unter zwei ha wurden insgesamt 592 470 ha, in der Klasse von zwei bis unter fünf ha 1 475 312 ha der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche (Bundesrepublik insgesamt: 13 257 680 ha) bewirtschaftet. Nach Pareys Landwirtschafts-Lexikon, Hrsg.: L. W. Ries, Hamburg und Berlin 1957, Bd. II, Stichwort „Nebenerwerbsbetriebe“, S. 86, wäre analog der Zählung von 1949 damit zu rechnen, daß 75,7 v. H. aller landwirtschaftlichen Betriebe unter zwei ha und 27,6 v. H. aller Betriebe von zwei bis unter fünf ha Nebenerwerbsbetriebe sind. Wendet man die Verhältniszahlen aus Pareys Landwirtschafts-Lexikon auf die absoluten Zahlen des Statistischen Jahrbuchs an, ergibt sich folgende Rechnung:

Größe	Zahl der Betriebe	Zahl der Nebenerwerbsbetriebe
bis 2 ha:	616 121, davon 75,7 v. H.	= 466 404 = 25,4 % der Gesamtzahl
2 b. 5 ha:	443 746, davon 27,6 v. H.	= 122 474 = 6,7 % der Gesamtzahl (1 833 877)
	Nutzfläche	Nutzfläche der Nebenerwerbsbetriebe
bis 2 ha:	592 470 ha, dav. 75,7 v. H.	= 448 500 = 3,7 % der Gesamtfläche
2 b. 5 ha:	1 475 312 ha, dav. 27,6 v. H.	= 407 186 = 3,3 % der Gesamtfläche (13 257 680 ha)

tauschen in der Bundesrepublik nach Feierabend ihre Arbeitskleidung mit der Bauernjoppe, um im Stall und auf ihren Feldern nach dem Rechten zu sehen, um zu säen oder zu ernten.

Die Agrarwissenschaft sieht der erschöpfenden Freizeitbeschäftigung des Arbeiterbauern besorgt zu. Hier werde nicht rentabel genug gearbeitet, befürchtet man, der Boden werde nicht befriedigend genutzt. Den modernen Arbeitsmethoden bleibe der mit linker Hand bewirtschaftete Kleinbetrieb verschlossen. Feierabend und Urlaub müßten der Erholung dienen, der Arbeiterbauer neige dazu, während der Saison in der Landwirtschaft mit fadenscheinigen Ausreden seinen Platz im Betrieb zu verlassen, um seinen besonderen Pflichten nachzukommen.

Doch sind diese Befürchtungen so wenig einheitlich wie die Erfahrungen. In vielen Unternehmen wissen die Personalchefs und Abteilungsleiter zu berichten, gerade jene, die daheim ein kleines bäuerliches Anwesen bewirtschaften, seien auffallend ordentliche Mitarbeiter, die beständiger und zufriedener ihren Pflichten nachkämen als weniger seßhafte Städter. Der Nebenerwerb sichere einen höheren Lebensstandard, der Arbeiterbauer habe daheim meist geordnete Familienverhältnisse, weil man zur Bewirtschaftung des Landes aufeinander angewiesen sei. Er habe so etwas wie einen sozialen Schlupfwinkel, der ihm innere Ruhe und Ausgeglichenheit gebe. Für die industrielle Siedlungspolitik ist der Arbeiter mit eigenem Grund und Boden schon immer erklärtes Lieblingskind. Der Mann, der mit einem Fuß noch auf eigenem Ackerland steht, ist wirtschaftlich und politisch krisenfest. Er ist ein Bindeglied zwischen Industrie und Landwirtschaft, er sollte deshalb immer der besonderen Unterstützung des Staates sicher sein. Wie aber kann ihm die öffentliche Hand am besten helfen? Mit generellen Maßnahmen, mit besonderen Förderungsprogrammen ist hier wenig zu machen. Weitaus wirkungsvoller und besser ist die Beratung, die Förderung der Selbsthilfe-Einrichtungen, der Genossenschaften und der wissenschaftlichen Disziplinen, die dem Nebenerwerbslandwirt mit einigen handfesten Ratschlägen zur Seite stehen können.

In der Reihe der Gemeindestudien des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts Darmstadt ist eine interessante Arbeit von Gerhard Teiwes erschienen²⁰⁴), die auf die Fragen, ob die Betriebsform des Nebenerwerbslandwirts heute noch volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich nützlich ist oder ob es sich um eine Verschwendung von Boden handelt, ob der Arbeiterbauer soziologisch gesehen ein Rudiment bäuerlicher Lebenshaltung oder eine echte Neubildung ländlicher Lebensform ist, auf Grund eingehender Untersuchungen brauchbare Antworten fand.

²⁰⁴) Teiwes, Gerhard, Der Nebenerwerbslandwirt und seine Familie im Schnittpunkt ländlicher und städtischer Lebensform, Darmstadt 1952.

Außer dem Arbeiter gibt es — nach T e i w e s — eine Reihe anderer Hauptberufe, die einen landwirtschaftlichen Nebenerwerb ermöglichen. Zur teilbäuerlichen Schicht gehören Handwerker aller Art, Gaststättenbesitzer, Eisenbahnbedienstete, Kirchendiener, Flurschützen und Dorfkrämer, aber auch Heuerlinge und Landarbeiter²⁰⁵). Ihr Bodenbesitz ist je nach Lage und Klima unterschiedlich und reicht von weniger als einem halben bis zu 5 Hektar Land. Aber so unterschiedlich die eigentlichen Berufe der Nebenerwerbslandwirte und die Größen der von ihnen bebauten Flächen auch sein mögen, T e i w e s konnte feststellen, daß sie in den meisten Fällen privatwirtschaftlich rentabel und volkswirtschaftlich produktiv arbeiten. Je kleiner allerdings die bewirtschaftete Fläche war, desto größer war die Produktivität²⁰⁶).

Für die aussichtsreiche Förderung der Nebenerwerbslandwirtschaft ist mit dieser Feststellung das Stichwort gegeben. Der Fleiß des Bauern nach Feierabend wird besser belohnt, wenn er seine Bemühungen auf kleine Flächen (Wirtschaftsheimstätten) konzentriert und dort qualitativ höherwertige Produkte anbaut. Der Arbeiterbauer braucht dabei nicht nur seinen eigenen Bedarf zu decken, er kann auch noch hochwertige Lebensmittel, wie Gemüse, Spargel, Gurken und Obst, auf den Markt bringen. Er soll sich aber bei der Größe des von ihm bewirtschafteten Ackerlandes nach der Leistungsfähigkeit seiner Familie richten und für die groben landwirtschaftlichen Arbeiten die entgeltliche Nachbarschaftshilfe des mit Maschinen gerüsteten Vollbauern nutzen. Die wachsenden Einkommen aus der Arbeit im Gewerbe sollen den Arbeiterbauern ermutigen, seine Feierabendbeschäftigung als Landwirt mehr und mehr zum Steckenpferd zu machen.

T e i w e s kam bei seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, außer den ökonomischen Motiven bestimmten soziologische Momente das Verhalten der Nebenerwerbslandwirte. Sie wollten Eigentümer des — meist ererbten — Landes bleiben, um sich gegen ihre Nachbarn abzuheben, um größere Sicherheiten gegen die Wechselfälle des Lebens zu haben²⁰⁷). Gegen diese Haltung sind grundsätzlich keine Bedenken geltend zu machen. Wir glauben heute, „Eigentum für alle“ sei der beste Schutz gegen soziale Krisen und politische Gefahren. Aber wenn — wie in einigen Untersuchungsgemeinden — die Äcker mit Unkraut überwuchern, weil der Hauptberuf dem Nebenerwerbsbauern keine Zeit und Kraft mehr läßt, dann muß er sein Eigentum anderen zur Bewirtschaftung überlassen. Nur solange er nicht mit seinem Boden spekuliert, verdient der Feierabendbauer staatliche Förderung.

²⁰⁵) Ebenda, S. 121.

²⁰⁶) Teiwes, a. a. O., S. 64 ff.

²⁰⁷) Ebenda, S. 137 ff.

2. Spezielle staatliche Hilfen

a) Beteiligung an den Kosten für öffentliche Dienste und Einrichtungen der Gemeinden

Der Staat, hier das Land Hessen, beteiligt sich — meist im Rahmen des FAG — an einigen Kosten, die den Gemeinden für kommunale Dienste und Einrichtungen entstehen. Bei diesen staatlichen Hilfen und Zuschüssen ist meist eine bestimmte Eigenleistung der begünstigten Gemeinde unerlässlich. Außerdem müssen die Bürgermeister die für die Verteilung zuständigen Ministerien von der Dringlichkeit ihrer Vorhaben überzeugen. Staatliche Hilfen erhält leichter, wer sich nicht scheut, oft genug in der Landeshauptstadt vorzusprechen, wer sich dort durchsetzen kann und gute Verbindungen hat. Dies wird als Mangel bei der Vergabe spezieller staatlicher Hilfen beanstandet. Es wäre in der Tat wünschenswert, hier könnten nur objektive Maßstäbe angelegt werden. Auf der anderen Seite jedoch reichen die Mittel des Landes nicht aus, um alle zu fördern, die Unterstützung beanspruchen könnten, es sei denn, die staatlichen Gelder würden derart aufgesplittet, daß keinem mehr damit spürbar zu helfen wäre. Deshalb wird dem freien Spiel der Kräfte Raum gewährt. Das heutige Verfahren hat den unbestreitbaren Vorteil, daß am ehesten die Gemeinde in den Genuß landesstaatlicher Zuwendungen kommt, die einen tüchtigen Bürgermeister hat. Unsere wirtschaftliche Ordnung beruht auf dem Prinzip, daß dem Tüchtigsten der höchste Lohn winkt. Deshalb sollte uns der — wenn auch mit anderen Mitteln ausgefochtene — Wettbewerb der Bürgermeister um die begrenzten staatlichen Gelder nicht sonderlich stören. Welche spezielle Hilfen kommen vom Staat?

Das Land Hessen gewährt Zuschüsse für die Erschließung von Bauland. Diese Mittel stammen aus Geldern, mit denen der Hessische Minister des Innern den Wohnungsbau fördert. Im Haushaltsjahr 1959 waren für diese landesstaatliche Hilfe eine Million DM eingesetzt. Sie diente der Zinsverbilligung für Darlehen, die Gemeinden aufnehmen mußten, um neues Bauland zu erschließen. Aber kleine Gemeinden kamen kaum in den Genuß dieser Zinsverbilligung (auch keine der 16 Untersuchungsgemeinden). Sie floß vornehmlich zu einigen wenigen Schwerpunkten, in denen für Siedlungen — vor allem Flüchtlingssiedlungen — weite Baugebiete zu erschließen waren. Die Hilfe war damit sicherlich am besten angesetzt, aber die vielen finanzschwachen Gemeinden, deren Bürger nach baureifem Land suchen, erhielten nichts.

Außerdem gewährt das Land Hessen im Rahmen des FAG und über den Landeshaushalt Schuldendienst- und Investitions-Beihilfen für den Bau von Trinkwasser- und Abwasseranlagen. Grundsätzlich kann jede Gemeinde diese spezielle staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen, die im Gesetz über Schuldendiensthilfe für den Bau von Trinkwasser- und Abwasseranlagen vom 17. Mai 1956 (GVBl., S. 105) genauer erläutert ist.

Sie wird für höchstens 20 Jahre gewährt, die Verteilung obliegt dem Ministerium für Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister der Finanzen. Könnte sich beispielsweise die Gemeinde Winterkasten — die einzige unter den 16 ohne zentrale Trinkwasserversorgung — entschließen, Schulden aufzunehmen, so würde ihr durch dieses Programm der Regierung der Bau einer gemeindeeigenen Anlage erleichtert. Die Schuldendiensthilfe für den Bau von Trinkwasser- und Abwasseranlagen ist eine bisher erfolgreiche Maßnahme, sie setzt aber voraus, daß die zu begünstigende Gemeinde überhaupt in der Lage ist, Schulden aufzunehmen. Dies wird bei Trinkwasser- und Abwasseranlagen leichter möglich sein, wenn sich die Gemeindeväter entschließen, die entsprechenden Gebührenhaushalte zu Lasten der Begünstigten auszugleichen.

Laut § 1 des Hessischen Schulgesetzes vom 10. Juli 1953 (GVBl., S. 126) sind die Gemeinden verpflichtet, Volksschulen zu errichten, deren Sachkosten sie als Schulträger aufzubringen haben. Allerdings erhalten hierbei die hessischen Gemeinden nach den Vorschriften des Schulkostengesetzes noch Unterstützung durch die Landkreise wie auch durch die Landesregierung selbst. Die Landkreise haben in jedem Rechnungsjahr einen Betrag von 200 DM je Volksschulstelle aufzubringen (§ 7 des Schulkostengesetzes). Aus diesen Mitteln sind Beihilfen zu den Kosten von Neubauten zu leisten; für die Instandsetzung vorhandener Gebäude kommt der Landkreis aus diesen Beträgen nicht auf. Die Beihilfen, die bei dem riesigen Bedarf an neuen Schulbauten regelmäßig nicht ausreichen, werden nach der Dringlichkeit des Baubedürfnisses und „unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Gemeinde“ verteilt. Auch das Land stellt „leistungsschwachen Gemeinden“ nach Maßgabe der Haushaltsmittel und nach den Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes Gelder zum Bau neuer Schulen zur Verfügung (§ 9 Schulkostengesetz). Nach § 2 des Gesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs (FAG in der Fassung vom 27. März 1958, GVBl., S. 43) werden 11.9 v. H. der Finanzausgleichsmasse eines Haushaltsjahres für Beihilfen nach den Bestimmungen des Schulkostengesetzes für den Bau neuer Schulen verwandt. Während der Jahre 1954 bis 1956 erhielten von den Untersuchungsgemeinden zum Bau neuer Schulen aus Haushaltsmitteln des Landes Nieder-Ramstadt 108 000 DM und Eppertshausen 90 000 DM. In beiden Fällen also ganz erhebliche Beträge, die hier allerdings nicht gerade sehr armen Gemeinden zugute kamen. Nach 1956 erhielt die Gemeinde Leeheim für ihren Schulbau 125 000 DM, das arme Schneppenhausen kam in den Genuß von nur rund 6000 DM, um seine Schule erweitern zu können.

In jeder der 16 Untersuchungsgemeinden besteht eine Schule und unterrichtet mindestens ein Lehrer. Aber die Zahl der Kinder je Klasse ist verschieden und verdient Beachtung. Eine Tabelle ergibt folgendes Bild:

Gemeinde	Schulpfl. Kinder 1958/59	Zahl der Unterrichts- räume	Kinder je Raum	Zahl der Lehrer	Kinder je Lehrer
Alsbach	270	6	45	5	54
Asbach	42	1	42	1	42
Berkach	46	1	46	1	46
Eppertshausen	314	8	39	8	39
Fränkisch-Crumbach	220	5	44	5	44
Gernsheim	987	25	40	23	43
Kleestadt	93	2	46	2	46
Leeheim	214	6	36	6	36
Lichtenberg	60	1	30	1½ Lehrst.	40
Malchen	44	1	44	1	44
Messel	198	5	40	5	40
Nieder-Ramstadt	419	16	26	16	26
Schneppenhausen	104	3	34	2	52
Spachbrücken	187	5	37	5	37
Winterkasten	65	2	32	2	34
Wixhausen	344	7	49	10	35

In den Gemeinden, denen Hilfe von Land und Kreis für den Bau neuer Schulen gewährt wurde, ist die Anzahl der Schüler je Klasse am geringsten, wenn man von den einklassigen Schulen der kleinen Dörfer absieht.

Die Klassenstärke schwankt zwischen 26 und 54. In den kleinen Gemeinden unterrichtet ein Lehrer alle Schuljahrgänge. Hierbei werden an die Leistungsfähigkeit des Pädagogen zweifellos besondere Anforderungen gestellt.

Die Zuweisung der Lehrstellen — das Land Hessen trägt alle Personalkosten — übernimmt gemäß den Vorschriften des FAG jeweils der Regierungspräsident²⁰⁸⁾. Von diesen regionalen Behörden ist zu erfahren, daß sich von Jahr zu Jahr die Verhältnisse auf dem Lande gebessert haben, jedoch in letzter Zeit die Widerstände bei der Suche nach geeigneten Pädagogen, besonders für die kleinen Dorfschulen, wachsen. Immer mehr junge Frauen entschlossen sich zum Lehrerberuf, viele von ihnen heirateten bald und blieben nur wenige Jahre im Amt. Diese Lehrerinnen seien für die schwere und langwierige Arbeit in einer Dorfschule nicht sonderlich geeignet. Auch sei das von ihnen erwartete Interesse an den gemeindlichen Vorgängen außerhalb der Schule gering.

Je mehr Frauen in den Lehrerberuf eintreten, desto schwieriger wird es, den Dorfschullehrer im guten Sinne, jenen unermüdlichen Kulturträger und geistigen Helfer der Verwaltung und Bevölkerung, zu finden.

²⁰⁸⁾ Der § 23 bestimmt u. a.: „Die Schülerzahl je Klasse wird vom Minister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister für Erziehung und Volksbildung festgesetzt.“ Nach den neuesten Richtlinien vom April 1960 kommt auf je angefangene 50 Kinder eine Lehrstelle. Bei mehr als 200 Schulpflichtigen entscheidet das Unterrichtsbedürfnis.

Wäre eine Änderung der Verhältnisse mit der von der hessischen Regierung angestrebten Einrichtung von Mittelpunkt- oder Zentralschulen zu erreichen? Zwischen mehrere kleine Dörfer wird nach diesen Plänen eine acht- oder neunklassige Volksschule gebaut, in der die Kinder aller umliegenden Gemeinden unterrichtet werden. Den Bestrebungen der Landesregierung stehen neben konfessionellen Widerständen die Uneinigkeit der Selbstverwaltungskörperschaften²⁰⁹⁾ und die Befürchtungen der Bürgermeister entgegen, mit der Schule auch den Lehrer und damit eine wichtige Stütze der gesamten Gemeinde zu verlieren. Wenn jedoch die Dorfschullehrer im ursprünglichen Sinne ohnehin aussterben, werden die Argumente für die Zentralschulen stärker. Mit dieser Neuerung würde allerdings ein Stück dörflicher Eigenständigkeit der hier effektvolleren Zentralisation geopfert.

Der Brandschutz obliegt als reine Selbstverwaltungsangelegenheit den Gemeinden. Hessens Brandschutzgesetz vom 18. Mai 1951 (GVBl., S. 30) verpflichtet jede Gemeinde, eine leistungsfähige, den örtlichen Verhältnissen entsprechend ausgerüstete Feuerwehr aufzustellen und zu unterhalten. Grundsätzlich müssen die Gemeinden alle persönlichen und sachlichen Kosten tragen. Sie entstehen auf den Dörfern nur für die Ausrüstung, weil die Feuerwehr sich dort aus Freiwilligen rekrutiert. Den hessischen Gemeinden ist es möglich, eine Brandschutzabgabe zu erheben. Eine entsprechende Mustersatzung, die sich auf das Brandschutzgesetz stützt, wurde vom Innenminister erlassen, sie findet rechtliche Begründung im § 115, Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung. Von den insgesamt 2800 hessischen Gemeinden hatten sich nach Angaben des Innenministeriums bis Anfang 1960 rund 500 entschieden, die Brandschutzabgabe zu erheben²¹⁰⁾.

Wesentliche staatliche Hilfe für die Unterhaltung der gemeindlichen Wehren kommt aus den Mitteln der Feuerschutzsteuer, die nach den Vorschriften des

²⁰⁹⁾ Nach dem Schulkostengesetz vom 10. Juli 1953 (GVBl., S. 126) müssen die Gemeinden als Schulträger (§ 1) die Sachkosten (§ 5), das Land die Personalkosten (§ 12) bestreiten. Der Meinungsstreit zwischen kleinen Landgemeinden, die Zentralschulen errichten sollen, geht um die Quote bei den Sachkosten.

²¹⁰⁾ Nach Meldungen des Landesdienstes Hessen (lh) der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vom 1. und 9. Februar 1960 hat der Vierte Senat des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel entschieden, daß die Satzung der Stadt Bad Schwalbach zur Erhebung einer Brandschutzabgabe ungültig sei, da sie das Recht verletze. Sie sei als Steuer anzusprechen, die gegen das Gleichheitsprinzip verstoße. Zum anderen könne eine Dienstverpflichtung für eine Feuerwehr, die auf der Basis der Freiwilligkeit aufgebaut sei, nicht gesetzlich verankert werden. Der Prozeß, der als Musterverhandlung für zahlreiche hessische Gemeinden galt, war von einem Rechtsanwalt und vier anderen Einwohnern Bad Schwalbachs angestrengt worden. Nähere Einzelheiten, auch die Begründung der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes, lagen bei Redaktionsschluß der Arbeit noch nicht vor. Vgl. „Normenkontrollklage gegen Brandschutz“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/Main, Nr. 27, 2. Februar 1960, S. 11.

Feuerschutzsteuergesetzes vom 1. Februar 1939 (RGBl. I, S. 113) zur Förderung des Brandschutzes verwandt werden muß. In den Jahren 1951 bis 1957 wurden aus der Feuerschutzsteuer in Hessen 12,3 Millionen DM²¹¹⁾ an die Gemeinden als Beihilfen zur Ausrüstung der Feuerwehr gezahlt. Verteilt werden die Mittel für den Darmstädter Bezirk über die Brandversicherungskammer, die bei der Vergabe der Beihilfen die technische Notwendigkeit der jeweiligen Anschaffung, aber auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde berücksichtigt. Nach Angaben der Darmstädter Brandversicherungskammer erhielten die 16 Untersuchungsgemeinden in den Jahren 1957, 1958 und 1959 zusammen Beihilfen aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer in folgender Höhe (in DM):

Alsbach	410	Lichtenberg	7 670
Asbach	1 000	Malchen	5 030
Berkach	—	Messel	840
Eppertshausen	—	Nieder-Ramstadt	5 750
Fränkisch-Crumbach	—	Schneppenhausen	—
Gernsheim	820	Spachbrücken	—
Kleestadt	100	Winterkasten	5 100
Leeheim	600	Wixhausen	8 000

Die Beträge wurden für den Ankauf von Ausrüstungen, für den Bau von Gerätehäusern, für die Installation von Feuersirenen und Hydranten benutzt. Offensichtlich wurden die armen Gemeinden besonders berücksichtigt.

Spezielle staatliche Hilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände gewährt das Land Hessen als Zuschüsse zum Bau von Gesundheitsämtern und Krankenanstalten. Laut § 2 des Finanzausgleichsgesetzes dienen 2,6 v. H. der Ausgleichsmasse, die nach Abzug der Zweck- und Bedarfszuweisungen verbleibt, dieser Förderungsmaßnahme, die natürlich auch den Städten zugute kommt. Die Landbevölkerung braucht dringend Krankenhäuser und Gesundheitsämter, wenn auch nicht in den Mauern jeder Gemeinde, so doch in nächster Nähe. Es scheint wichtig, daß dabei größere Sorgfalt auf die räumliche Verteilung der Krankenhäuser gelegt wird. Gerade bei den immer häufiger werdenden Verkehrsunfällen, von denen auch das Dorf nicht verschont bleibt, fällt zuweilen mit der Entfernung zum nächsten Krankenhaus die Entscheidung über Leben und Tod des Verunglückten. Für die 16 Untersuchungsgemeinden sind die Krankenhäuser meist in den Kreisstädten oder in Darmstadt. In zwei Fällen (Asbach und Fränkisch-Crumbach) liegen die nächsten Krankenhäuser weiter als 15 km entfernt. Wenn von dort Hilfe kommen soll, läßt sie eine halbe bis dreiviertel Stunde auf sich warten. Dies mitten in einem hochzivilisierten und dicht besiedelten Landstrich.

²¹¹⁾ Nach Angaben in: Hessen-Abc, hrsg. vom Hessendienst der Staatskanzlei, Wiesbaden 1958, S. 32.

Im Rahmen der zunehmenden Schutzimpfungen (gegen spinale Kinderlähmung z. B.) gewinnen die Gesundheitsämter an Bedeutung und Aufgaben. Sie bestehen bisher regelmäßig in den Kreisstädten, dort müssen sie auch bleiben. Größere bauliche Investitionen für Gesundheitsämter sind im Untersuchungsgebiet nicht dringend. Aber die Ämter müssen besser als bisher ausgerüstet werden. Die Gesundheitsämter sind in Hessen kommunalisiert, nach § 19 des FAG gibt das Land aus den Zweck- und Bedarfszuweisungen an die Träger der Gesundheitsämter jährlich einen Zuschuß in Höhe von 0,60 DM je Einwohner.

Zuschüsse aus den Zweck- und Bedarfszuweisungen zahlt das Land Hessen im Rahmen des Finanzausgleichs für die kommunale Polizei. Laut § 13 des FAG erhalten alle Gemeinden, in denen die polizeilichen Aufgaben durch Gemeindepolizei wahrgenommen werden, für jede als notwendig anerkannte und besetzte Polizeibeamtenstelle pro Rechnungsjahr 4400 DM. Kommunale Polizei besteht auf dem Lande nur noch selten. Von den 16 Untersuchungsgemeinden hat lediglich die Stadt Gernsheim noch kommunale Polizei.

Eine wesentliche Hilfe auf polizeilichem Gebiet leistet das Land Hessen durch eine großzügige Umorganisation der staatlichen Polizei. Ursprünglich fungierte in jedem größeren Dorf ein Polizeiposten, der meist mit einem, manchmal mit mehreren Beamten besetzt war. Die Zentrale, das Kommissariat, lag in der Kreisstadt. Im Zuge der zunehmenden Motorisierung stellte sich heraus, daß diese Organisation unzureichend war. Der Hessische Minister des Innern begann nach dem Beispiel anderer Länder sogenannte „Großraumstationen“ zu errichten. Im Zeitalter des Automobils kann ein Landgendarm zu Fuß oder auf dem Fahrrad seinen Aufgaben nicht mehr gewachsen sein. Doch zentral gelegene Stationen, in denen mehrere Beamte zusammengefaßt sind, können mit Fahrzeugen und Funksprechgeräten ausgerüstet werden und leicht einen großen Bezirk übernehmen. Ihre Streifen fahren die Ortschaften ab und können binnen kurzer Zeit zum Schauplatz eines Unfalls oder Verbrechens gerufen werden. Ursprünglich fand dieser Plan keine ungeteilte Zustimmung. Viele Bürgermeister wollten auf ihren Ortsgendarmen nicht verzichten, man befürchtete eine gewisse Entfremdung zwischen Bürger und Polizei, auch wurde geklagt, man werde dann wohl künftig kaum noch einen Ordnungshüter zu Gesicht bekommen. Die Erfahrungen in den Untersuchungsgemeinden haben diese Befürchtungen entkräftet.

Spezielle finanzielle Hilfen können besonders notleidende Gemeinden innerhalb des Finanzausgleichsgesetzes auch aus dem sogenannten „Landesausschleichsstock“ beziehen, über den nach § 28 FAG jährlich 10 Millionen DM verteilt werden. Aus dem Ausgleichsstock kann der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen zum Ausgleich außergewöhnlicher Belastungen und von Härten bei der Durchführung des FAG besondere Zuschüsse

an Gemeinden und Landkreise gewähren. Außerdem verpflichtet der § 29 des FAG die Landkreise, in ihrem Haushalt ebenfalls einen Ausgleichsstock zur Linderung außergewöhnlicher Belastungen auszuweisen. Diesem Ausgleichsstock ist nach den Bestimmungen des Gesetzes jährlich aus der Kreisumlage ein Betrag zuzuführen, der mindestens 5 v. H. der den kreisangehörigen Gemeinden zustehenden Schlüsselzuweisungen entspricht.

Die Mittel aus dem Ausgleichsstock des Landes werden vorwiegend für zentrale Programme verteilt. Sie fließen deshalb nicht allen bedürftigen Gemeinden gleichmäßig zu, sie gehen in erster Linie in den Bau von Flüchtlings- und Vertriebenensiedlungen, sie werden beim Ausbau neuer Wohnstätten und zur Erschließung von Notstands- und Zonenrandgebieten verwandt. Die 16 Untersuchungsgemeinden erhielten bisher keine derartigen Zuwendungen.

Bei der Verteilung der Mittel aus dem Ausgleichsstock der Kreise sind ähnliche Gesichtspunkte maßgebend. Wo aber bestimmte zentrale Programme und Aufgaben fehlen, fließen die Mittel nach dem Grad der Bedürftigkeit allen Gemeinden zu. Dabei wird oft behauptet, der Bürgermeister mit dem gleichen Parteibuch wie der Ministerpräsident oder der Landrat erhalte großzügigere Hilfe. Vor allem bei den Gemeindeverwaltungen, deren politische Zusammensetzung nicht der der Landtags- oder Kreistagsmehrheit entspricht, ist dieser Vorwurf regelmäßig zu hören. Die Überprüfung in den Untersuchungsgemeinden ergab jedoch zweifelsfrei, daß die politischen Mehrheitsverhältnisse keine Rolle spielten. Eher noch erhalten Gemeinden, deren Wähler erfahrungsgemäß nicht die Partei des Landrates unterstützen, Hilfe, als andere, in denen eine treue Anhängerschaft zu finden ist.

Der große, aber wohl unvermeidliche Nachteil der in ihrer Gesamthöhe begrenzten speziellen Hilfen des Landes und auch der Kreise ist der, daß meistens nur denen geholfen wird, die schon bestimmte Eigen- und Vorleistungen erbracht haben. Hierzu sind jedoch die ärmsten Gemeinden oft nicht in der Lage, es sei denn, sie spannen ihre Kräfte bis zum äußersten an und die Gemeindeverwaltung gewinnt ihre Bürgerschaft für Aktionen der Selbsthilfe. In den Untersuchungsgemeinden konnte immer wieder festgestellt werden, daß die Persönlichkeit des jeweiligen Bürgermeisters für das Geschick des Dorfes von oft entscheidender Bedeutung ist. Doch wie finden die Bürger den besten Mann oder die tüchtigste Frau? Diese Frage weist auf die besondere Bedeutung des Kommunalwahlrechtes hin, das in Hessen dem Bürger die Möglichkeit einräumt, sich nicht nur auf die Auswahl zu beschränken, die ihm von den politischen Parteien angeboten wird. In vielen hessischen Gemeinden bestimmen unabhängige Wählergruppen das Dorfoberhaupt. Daß die Wähler den richtigen Mann finden, ist weitgehend eine Frage des Bildungsstandes. Erziehung und Information spielen also auch in dieser Hinsicht auf dem Lande eine wichtige Rolle.

Ein Vorwurf ist den meisten speziellen Hilfen der übergeordneten Gebietskörperschaften zu machen: Sie sind weitgehend unüberschaubar. Der einzelne Bürgermeister kennt nicht mehr alle Töpfe, aus denen etwas zu holen ist, er scheut sich vor den zahlreichen Anträgen und Bittgesuchen. Hier ist es Pflicht des Staates, einfachere und übersichtlichere Bestimmungen zu erlassen. Wer sich mit Landbürgermeistern unterhält, erfährt immer wieder, daß sie alle gesetzlichen Möglichkeiten gar nicht kennen, dank derer sie staatliche Hilfen in Anspruch nehmen können. Statt dessen ist die Ansicht weit verbreitet, über die Unterstützung des Staates werde zwar viel geredet, doch tatsächlich werde gerade den kleinen und armen Gemeinden am wenigsten geholfen.

b) Straßenbau

Das flache Land ist an einem besseren Straßennetz aus vielerlei Gründen besonders interessiert²¹²). Die Landbevölkerung ist stärker motorisiert als die der Stadt. Die Bauern nutzen Traktoren und Schlepper, immer mehr Pendelwanderer rollen mit eigenen Fahrzeugen zu ihren Arbeitsplätzen. Gerade das kleine Dorf ist auf gute Verbindung zur Umwelt angewiesen. Die Bevölkerung fordert gute Straßen. Auch in den Ortschaften selbst sind große Straßenbauleistungen fällig. Die Einwohner mancher Dörfer können kaum noch ihre Hauptstraßen überqueren. Sie fordern Umgehungsstraßen, warten aber ebenso ungeduldig auf neue Ortsstraßen in den Neubauvierteln. In sämtlichen 16 Untersuchungsgemeinden fehlen in den Siedlungsgebieten ordentliche Straßen. Ihr Bau — eine der wesentlichsten öffentlichen Aufgaben — stellt die Gemeinden vor ihre wohl schwerste Aufgabe. Hier sind sie auf die Hilfe des Bundes und der Länder angewiesen. Das Straßenrecht (Straßengesetz von 1926, Straßenneuregelungsgesetz von 1933,

²¹²) In seiner Arbeit über Formen und Gründe des Pendelns. Untersuchung Ipsen, a. a. O., S. 211, schreibt Christaller, der die Pendler befragt, was ihnen am Wohnort nicht gefalle: „Die Antwort ‚schlechte Straßen‘ und ‚schlechte Verkehrsverhältnisse‘ werden sowohl bei männlichen wie bei weiblichen Pendlern am häufigsten gegeben, erstere in 27 bzw. 32 % der Antworten, letztere in 20 bzw. 26 % der Fälle. Die Antworten kommen natürlich aus dem Blickwinkel des Pendlers, doch bedeutet die erste Antwort etwas anderes als die zweite: Unter ‚schlechten Straßen‘ sind meist die Ortsstraßen gemeint, häufig unter Nennung der Straßen. Oft ähnelt die Antwort einem Wutausbruch: Die dreckige ungesunde schändliche Dorfstraße‘, unsere jeder Beschreibung spottende Ortsstraße‘, ‚so daß man überhaupt nicht auf den Gedanken kommt, nach dem Abendbrot noch mal ins Dorf zu gehen‘, u. ä. Dabei muß man sagen: So schlecht sind die Straßen doch nicht. Aber der Pendler ist von der Stadt her saubere Straßen gewöhnt, er muß auch in sein Büro, sein Amt oder seinen Betrieb mit einigermaßen sauberen Schuhen kommen, und den Ärger, im allgemeinen Schmutz die gangbarsten Stellen aufsuchen zu müssen, hat er oft früh, wenn es noch dunkel ist, oder abends, wenn es wieder dunkel ist. In bezug auf Sauberkeit ist er eben dem Bauerndorf entwachsen, er stellt höhere Ansprüche und wird damit zum Motor der Modernisierung seines Heimatortes.“

Bundesfernstraßengesetz)²¹³⁾ unterscheidet Bundesautobahnen und Bundesstraßen, für deren Bau und Unterhaltung der Bund zuständig ist, Landstraßen I. Ordnung, die von den Ländern, Landstraßen II. Ordnung, die von den Kreisen, und Gemeindestraßen, die von den jeweiligen Gemeinden unterhalten werden müssen. Für die Ortsdurchfahrten gilt grundsätzlich die Regel: Bei Bundesstraßen sind Gemeinden mit über 9000 Einwohner, bei Landstraßen I. und II. Ordnung die Gemeinden über 6000 Einwohner Baulastträger. Für die Bürgersteige der Ortsdurchfahrten haben die Gemeinden jeder Größe aufzukommen. Planung, Durchführung und Abrechnung der Straßenbauvorhaben — auch des Bundes — liegen nach Artikel 90, Abs. 2 GG bei den Straßenbauverwaltungen der Länder. Sie sind selbstverständlich auch für die Landstraßen I. Ordnung zuständig, in Hessen haben sie außerdem die Aufsicht für alle Bauvorhaben an den Landstraßen II. Ordnung (Kreisstraßen).

Bund und Länder haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend um den Ausbau des Straßennetzes bemüht. Bis zum Rechnungsjahr 1954 wurde der Bau von Bundesstraßen aus allgemeinen Deckungsmitteln bestritten. Dabei litt der Straßenbau daran, daß der Bundeshaushalt mit gesetzlich verankerten Ausgaben besonders für Kriegs- und Kriegsfolgelasten in einem Maße eingeengt wurde, daß Mittel für den Bau neuer Straßen kaum zur Verfügung standen. Wandel brachte das Verkehrsfinanzgesetz vom 6. April 1955 (BGBl. I, S. 166). Mit ihm wurden durch Erhöhung der Beförderungs- und Mineralölsteuer neue Einnahmen mit der eindeutigen Zweckbindung erschlossen, sie für den Straßenbau zu verwenden. Außerdem wurde in diesem Gesetz die Einschaltung einer Gesellschaft des privaten Rechts zur Kreditfinanzierung des Bundesautobahnbaues vorgesehen. Auf Grund dieser Ermächtigung wurde die Deutsche Gesellschaft für Öffentliche Arbeiten AG mit der Aufnahme von Krediten für den Autobahnbau betraut. Nach Angaben von Ministerialdirektor Korff aus dem Bundesministerium der Finanzen bewirkte das Verkehrsfinanzgesetz, daß die Straßenbaumittel, die bis zum Haushaltsjahr 1954 einschließlich im Jahresmittel nur um rund 12 v. H. steigen konnten, nun von einem Jahr zum anderen um nahezu 60 v. H. empor-schnellten²¹⁴⁾. Das Verkehrsfinanzgesetz hat danach den entscheidenden Wandel im Straßenbau des Bundes gebracht. Aber die Anstrengungen im Zuge der Möglichkeiten, die das Verkehrsfinanzgesetz bot, begnügten sich zunächst mit dem Ausbau des Autobahnnetzes. Die schnelle Zunahme der Kraftfahrzeuge ver-

²¹³⁾ Gesetz über das Straßenbauwesen in Hessen vom 15. Juli 1926, Reg.Bl. Nr. 15, S. 261; Gesetz über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung (Straßenneuordnungsgesetz) vom 26. März 1933, RGBl. I, S. 243; Bundesfernstraßengesetz vom 6. August 1953, BGBl. I, S. 903.

²¹⁴⁾ Korff, Hans Clausen, „Straßenbaufinanzierung auf neuen Wegen“, in Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 195, 21. Oktober 1959, S. 1981 ff.

anlaßte die Bundesregierung, die Planung auch auf die Bundesstraßen auszu-dehnen. Das Gesetz über den Ausbauplan für die Bundesfernstraßen (Ausbauplangesetz) vom 27. Juli 1957 (BGBl. I, S. 1189) gab den Projekten des Bundesministers für Verkehr eine gesetzliche Grundlage.

Nach dem Ausbauplangesetz ist der Bau von Bundesautobahnen in einer Länge von 1990 km in drei Ausbaustufen vorgesehen. Außerdem sollen zur Entlastung kleinerer und mittlerer Ortschaften 3949 km Ortsumgehungen gebaut werden. Dazu will man Bundesstraßen in einer Gesamtlänge von rund 5300 km schaffen. Bei der Aufstellung des Ausbauplanes im Jahre 1955 wurden die Gesamtkosten für die Durchführung mit 22,4 Milliarden DM veranschlagt. Diese Mittel fehlten dem Bund, das Ausbauplangesetz blieb zunächst ein Torso. Der Bundestag verabschiedete deshalb das Straßenbaufinanzierungsgesetz vom 28. März 1960 (BGBl. I, S. 201), nach dem innerhalb von vier Jahren bis zu acht Milliarden DM aus dem durch Steuererhöhungen verstärkten Aufkommen der Mineralölsteuer für den Straßenbau verwandt werden sollen, wobei die Erhöhungen zweckgebunden sind. Außerdem soll der Kapitalmarkt beansprucht werden.

Das Straßenbaufinanzierungsgesetz trägt nach Angaben des Ministerialdirektors Korff der Tatsache Rechnung, daß „jeder Ausbau des Bundesstraßennetzes Stückwerk bleiben muß, soweit es nicht gelingt, den Ausbau der Gemeindestraßen so zu fördern, daß der Verkehr ungehemmt auch die im Zuge der Bundesstraßen liegenden Gemeinden passieren kann²¹⁵⁾. Es ist beabsichtigt, Landstraßen I. Ordnung zu Bundesstraßen aufzustufen, damit die Länderhaushalte entlastet werden. Die Länder sollen diese Ersparnis aber weitergeben, indem sie Landstraßen II. Ordnung zu denen I. Ordnung emporstufen oder den Gemeindehaushalten auf andere Weise Mittel für den verstärkten Straßenbau zukommen lassen. Außerdem hat die Bundesregierung empfohlen, daß die Länder aus dem laufenden Mehraufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer, das auf jeweils 80 Millionen DM im Jahre veranschlagt wird, 75 Millionen DM jährlich an die Gemeinden weiterleiten. Unabhängig hiervon will der Bund aus eigenen Mitteln den Gemeinden beim Ausbau von Ortsdurchfahrten helfen. Das Bundesfernstraßengesetz soll dazu so geändert werden, daß der Bund künftig für Gemeinden bis zu 20 000 Einwohner den Bau der Ortsdurchfahrten übernimmt (Sommer 1960).

Das Land Hessen bestreitet seine Ausgaben für Straßenbau aus allgemeinen Haushaltsmitteln. Ihnen fließen die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer zu. Die Gemeinden erstreben eine Beteiligung an der Kraftfahrzeugsteuer und an der dem Bund zufließenden Mineralölsteuer²¹⁶⁾. Als Zuschüsse zum Um- und

²¹⁵⁾ Korff, a. a. O., S. 1984.

²¹⁶⁾ Vorschläge zur Verbesserung der kommunalen Finanzen, Denkschrift der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände, a. a. O., S. 8.

Ausbau von Landstraßen II. Ordnung (Kreisstraßen) stellt das Land Hessen auf Grund des FAG jährlich 5,9 v. H. der Finanzausgleichsmasse zur Verfügung, die nach Abzug der im Finanzausgleichsgesetz festgelegten Zweck- und Bedarfszuweisungen verbleibt. Zu diesen Zweck- und Bedarfszuweisungen gehören auch Straßenunterhaltungszuschüsse, die in § 17 FAG näher erläutert sind. Danach erhalten die Landkreise als Träger der Baulast für die Landstraßen II. Ordnung jährlich folgende Zuschüsse:

für jeden zweiten Kilometer je 1000 Einwohner eines Landkreises 400 DM,
für jeden dritten Kilometer je 1000 Einwohner eines Landkreises 1050 DM,
für jeden weiteren Kilometer 1200 DM²¹⁷⁾.

Außerdem bestimmt der § 17 FAG, daß die Landkreise an die kreisangehörigen Gemeinden, die Ortsdurchfahrten von Landstraßen I., II. Ordnung und von Bundesstraßen zu unterhalten haben, jährlich Zuschüsse in Höhe von 600 bis 1000 DM zu zahlen haben. Die Zuschüsse des Landes Hessen aus der nach Abzug der Zweck- und Bedarfszuweisungen verbliebenen Schlüsselmasse zum Um- und Ausbau von Landstraßen II. Ordnung und von Ortsdurchfahrten werden nach folgenden Gesichtspunkten verteilt: Eine Hälfte des Betrages wird nach der Kilometerlänge der zu unterhaltenden Landstraßen II. Ordnung und Ortsdurchfahrten verteilt, die andere im Verhältnis der Zuschüsse, die sich bei der Verteilung der Straßenunterhaltungszuschüsse nach § 17 ergeben.

Außer dem Lande fördern auch die Kreise nach Maßgabe ihrer Mittel über den Um- und Ausbau der ihnen anvertrauten Landstraßen II. Ordnung und der entsprechenden Ortsdurchfahrten den Bau von Gemeindestraßen und von Ortsdurchfahrten, für die kraft Gesetz die Gemeinden Kostenträger sind.

Die Mittel für den gemeindlichen Straßenbau fließen demnach aus verschiedenen Quellen, wobei Verteilung und Herkunft der Mittel immer unklarer werden. Wie in anderen Fällen, so hat auch beim Straßenbau der einzelne Bürgermeister kaum eine Chance, die vielen gesetzlichen Bestimmungen und Möglichkeiten der Geldbeschaffung zu überblicken.

Der Bau der Ortsstraßen, insbesondere in den Neubauvierteln, bleibt in jedem Falle Aufgabe der Gemeinden. Wenn sie nicht bereit sind, mit einer entsprechenden Satzung die Anlieger am Bau dieser neuen Straßen zu beteiligen, müssen sie die Straßenbaukosten in voller Höhe aus dem Gemeindehaushalt bestreiten, wozu Arbeiterwohn- und Agrargemeinden nicht in der Lage sind.

Der von Kreis und Land, später auch Bund, geförderte Bau von Ortsdurchfahrten der Land- und Bundesstraßen leidet darunter, daß in vielen Fällen erst

²¹⁷⁾ Ab Etatjahr 1960 sollen vom Lande neben den Hilfen über FAG aus Mitteln des Landeshaushaltes zusätzlich 5 Millionen DM als Zuschüsse für den Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Landstraßen I. und II. Ordnung gewährt werden.

noch abgewartet wird, bis die Gemeinde ihre längst fällige Ortskanalisation bewältigt hat. So hängt eine Investition von der anderen ab. Wie in anderen Fällen, so sind auch beim Straßenbau ärmere Gemeinden einfach nicht in der Lage, Anschluß an die vielseitigen Bemühungen des Staates zu finden, weil sie die unerläßlichen eigenen Leistungen, die an eine finanzielle Beteiligung der höheren Verwaltungseinheiten geknüpft sind, nicht erfüllen können.

Angesichts der sehr unübersichtlichen Rechtsverhältnisse im öffentlichen Straßenbau wie im Hinblick auf die verschiedensten Quellen, aus denen neben dem weitschichtigen und komplizierten Finanzausgleichssystem die Mittel für den Straßenbau fließen, sind wiederholt Stimmen laut geworden, die gesamte Straßenauffinanzierung an einer Stelle zusammenzufassen und die Mittel zentral zu steuern und einzusetzen. Abgesehen davon, daß dies mit einer Änderung des Grundgesetzes verbunden sein müßte, ist es für eine Verwaltung wahrscheinlich unmöglich, den Ausbau des Straßennetzes bis hinunter zur letzten Dorfstraße zentral zu steuern. Keiner Gebietskörperschaft wird deshalb auch künftig die Entscheidung darüber abgenommen werden, welchen Teil ihrer Finanzmasse sie für den Straßenbau verwendet und inwieweit sie zur Deckung anderer Bedürfnisse auf den Bau neuer Straßen verzichten will. Ziel allerdings sollte es sein, dem Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen, der dem Verkehrsfinanzgesetz und besonders dem Straßenauffinanzierungsgesetz zugrunde liegt, daß nämlich der Kraftfahrer den Straßenbau selbst finanzieren muß. Diesen Grundsatz sollten aber auch Bund und Länder beherzigen und die Kraftverkehrsabgaben — seien es die Mineralöl- oder die Kraftfahrzeugsteuern — in voller Höhe dem Straßenbau zuführen. Aus diesen Mitteln sollten die Gemeinden Geld für den Bau der Ortsdurchfahrten erhalten, soweit sie für diese Baulastträger sind. Für den Ausbau der Ortsstraßen schließlich sollten die Bürger der jeweiligen Gemeinde aufkommen.

Bei einer prozentualen Beteiligung der Gemeinden an den Kraftverkehrsabgaben — wie sie die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände vorschlägt — müßte ein Fonds gebildet werden, aus dem die Mittel für den Bau von Ortsdurchfahrten verstärkt werden, aus dem aber auch Gemeinden in besonderen Fällen Geld für den Ausbau ihrer Dorfstraßen erhalten könnten. Bei diesen Ausnahmen müßte es sich um Dörfer handeln, die auf Grund ihrer besonderen baulichen Gliederung (Straßendorf wie Winterkasten) nicht in der Lage sind, ihre Straßen auch unter größten eigenen Opfern zufriedenstellend herzurichten. Auf keinen Fall sollte eine eventuelle Beteiligungsquote nach einem starren Schema — etwa nach Kilometer-Straßenlänge — auf arme und reiche Gemeinden gleichermaßen aufgeteilt werden.

Im übrigen dürfen gerade die Gemeinden des flachen Landes für die nächste Zukunft besondere große Hilfen des Landes oder des Bundes nicht erwarten.

Die Straßenbaulasten sind für alle Beteiligten schon jetzt beinahe unerträglich hoch, sie werden noch weiter steigen, bis bei einer noch unbestimmten Kraftfahrzeugdichte eine Sättigung der Motorisierung eintritt. Da auch die Großstädte schon lange nicht mehr in der Lage sind, alle Straßenbauinvestitionen aus eigener Tasche zu zahlen, werden sie den Löwenanteil der überregionalen Förderungsmittel aus Bundes- und Länderkassen für sich beanspruchen. Die kleinen Gemeinden bleiben bei dem Bau von Ortsstraßen zur Selbsthilfe aufgerufen.

c) Dorfgemeinschaftshäuser

In 130 von rund 2700 hessischen Gemeinden bestanden Anfang des Jahres 1960 mit Hilfe der hessischen Landesregierung geförderte Dorfgemeinschaftshäuser. Sie sind unter der federführenden Aufsicht des Hessischen Ministers des Innern im Rahmen der sogenannten „Sozialen Aufrüstung des Dorfes“ gebaut worden und bieten den Gemeinden Gemeinschaftseinrichtungen zur Arbeits erleichterung und zur Förderung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Als technische Hilfen sind in den Dorfgemeinschaftshäusern Waschmaschinen, Gefrierschränke, Schlachträume, Backstuben und Mostereien eingerichtet. Außerdem enthalten sie neben Wannen- und Brausebädern Räume für den Amtsarzt und die Gemeindeschwester, Kindergärten, Volksbüchereien, Versammlungssäle und Musterküchen. Die Häuser sind nicht alle gleichmäßig eingerichtet, sondern auf die Bedürfnisse des einzelnen Ortes zugeschnitten.

Die „Soziale Aufrüstung des Dorfes“ findet nicht den ungeteilten Beifall der Kirchen. Nach katholischer Ansicht kann über die wirtschaftlichen und technischen Hilfen der Gemeinschaftshäuser ein unerwünschtes geistiges Klima in die Gemeinden einziehen. Besonders die kulturellen Ambitionen der Häuser sind beiden Konfessionen ein Dorn im Auge, bilden sie doch einen neuen und weltlichen Mittelpunkt des Dorfes. In den 16 Untersuchungsgemeinden fehlen Dorfgemeinschaftshäuser, der Verfasser unternahm deshalb eine Rundfahrt durch zahlreiche Dörfer, die bereits „sozial aufgerüstet“ sind. Er konnte feststellen, daß sich die Geistlichen dieser Orte mit der neuen Einrichtung abgefunden haben. Sie waren bei der Einweihung zugegen, nutzen die großen Säle, um ihre Chöre einzuüben, in den Bibliotheken versammeln sich die katholischen Heimatvertriebenen-Minderheiten zu Gottesdiensten. Offenbar sind die Dorfgemeinschaftshäuser bisher noch keine ferngesteuerten Zentralen hessischer oder gar sozialdemokratischer Landes- und Kulturpolitik geworden. Sie sind alle Eigentum der Gemeinden, und die Bürgermeister bemühen sich, ihre Häuser jedem offenzuhalten. Die Gemeinschaftsräume dienen heute vorwiegend als Versammlungs- und Unterrichtssäle, Filme werden gezeigt und Orts- und Familienfeste gefeiert. Bei den Fernsehübertragungen sportlicher Wettkämpfe — z. B. der Olympiade — reichen die Sitzplätze meist nicht mehr aus. Die in der Regel noch sehr bescheidenen

Bibliotheken sind nicht einseitig zusammengestellt, im übrigen hat es jede Gruppe in der Hand, die Dorfgemeinschaft auch mit Büchern nach ihrem Geschmack zu beschenken.

Die wirksamsten und auch unbestrittenen Hilfen leisten die technischen Einrichtungen der Häuser, die Waschküchen, Mostereien, Tiefgefrieranlagen, Lehrküchen, Bäckereien, Baderäume und Sauna. Sozial aufgerüstet werden Gemeinden nur, wenn die technischen Einrichtungen keinem ortsansässigen Unternehmer Konkurrenz machen. Außerdem muß die Gemeindekasse die Hälfte der Kosten tragen. Fehlen hierzu die baren Mittel, können Aktionen dörflicher Selbsthilfe die Lücke schließen. Steht ein Dorfgemeinschaftshaus, so müssen die laufenden Kosten aus den Einnahmen für den Gebrauch der technischen Anlagen oder mit Zuschüssen aus dem Gemeindehaushalt bestritten werden. Entgegen manchen Befürchtungen, die laufenden Kosten würden bald zu einem unerträglichen Aderlaß, bestätigen die Bürgermeister, im großen und ganzen trügen sich die Häuser und ihre Ausrüstungen. Doch gibt es verschiedentlich schon Schwierigkeiten²¹⁸), vielerorts wird man später die Gebühren für die Benutzung der Anlagen erhöhen müssen, wenn einmal Ersatzinvestitionen notwendig werden. Zum Anfang wurden die Gebühren verhältnismäßig niedrig gehalten, um einen gewissen Anreiz ausüben.

Für einige der kleinen unter den 16 Untersuchungsgemeinden, in denen aber auch alle Gemeinschaftseinrichtungen fehlen, wäre ein Dorfgemeinschaftshaus eine große Hilfe. Allerdings ist die Liste der Gemeinden sehr lang, denen ein Dorfgemeinschaftshaus gute Dienste leisten könnte. Vielen fehlen die nötigen Mittel, die sie selbst aufbringen müssen, andere warten seit Jahren auf die Zustimmung und Mithilfe des Landes. Ob über die Dorfgemeinschaftshäuser die Lebensverhältnisse auf dem Lande gewandelt werden können, ist doch sehr fraglich. Hier wird nur an verschiedenen Schwerpunkten mit beabsichtigter propagandistischer Nebenwirkung Hilfe gewährt. Aber auch dabei wäre es sicherlich richtiger und wirtschaftlicher, die technischen Einrichtungen würden auf genossenschaftlicher Basis und nicht von der politischen Gemeinde betrieben.

Mit einem Bürgerhaus- und Mehrzweckhallen-Programm beschäftigt sich seit einiger Zeit der Hessische Minister des Innern. Danach sollen Bürgerhäuser größeren Gemeinden und Vororten zugute kommen: bisher steht eines in Egelsbach im Kreis Offenbach. In ihm wird den Gemeindebewohnern geboten, was den Großstädtern seit Jahr und Tag selbstverständlich ist: Theateraufführungen,

²¹⁸) So klagt der Landesrechnungshof, der Gesamtbetrieb der Dorfgemeinschaftshäuser erfordere, wenn der Schuldendienst berücksichtigt werde, meist Zuschüsse, da im allgemeinen nur der Betrieb der technischen Anlagen wirtschaftlich sei. (Hessischer Landtag. IV. Wahlperiode, Drucksachen-Abteilung I, Nr. 100, Bemerkungen und Denkschrift zur Haushaltsrechnung des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1956, S. 65: „Dorfgemeinschaftshäuser“.)

Jugendheim, Bücherei, Badeanstalt, Kindergärten und Gesundheitsamt. Die in den Dorfgemeinschaftshäusern üblichen Einrichtungen zur Arbeitserleichterung (Waschanlage, Tiefkühltruhen, Mostereien usw.) sollen in den Bürgerhäusern für gewöhnlich fehlen, weil ihnen in erster Linie kulturelle und jugendpflegerische Aufgaben zugeordnet sind. Die Gemeinde soll vor allem zu Versammlungs- und Veranstaltungsräumen für die Vereine kommen. Das Bürgerhaus-Programm steckt noch in den Anfängen, ist aber hier schon stark umstritten.

d) Hilfen für Sportvereine

Der Sport, besonders der Fußball, ist auch auf das flache Land vorgedrungen. Bei den Untersuchungen in den 16 Gemeinden ergab sich, daß neben der Freiwilligen Feuerwehr in jedem Ort wenigstens ein Fußballverein besteht. Manche haben eigene Plätze in Selbsthilfeaktionen errichtet, andere spielen auf Plätzen, die auf Kosten der Gemeinde entstanden. Den größten Teil ihrer sachlichen Aufwendungen finanzieren die Vereine aus den Mitgliedsbeiträgen, hohe Eintrittsgelder von den Zuschauern zu erheben, ist nur den städtischen Vereinen möglich. Aber auch vom Staat wird den Sportvereinen geholfen. Vor allem aus den Mitteln des Hessen-Toto wird der Bau neuer kommunaler Sportanlagen kräftig gefördert. In der Zeit von 1949 bis 1957 erhielten die Gemeinden aus Toto-Mitteln allein für den Bau von Sportanlagen neun Millionen DM²¹⁹⁾, die allerdings beinahe ausschließlich den Groß- und Mittelstädten zugute kamen. Als der Zufluß von Toto-Mitteln nach der Einführung des Zahlenlotto zurückging, garantierte die hessische Landesregierung den Gemeinden einen Betrag von 1,5 Millionen DM jährlich zur Förderung des Baues weiterer Sportanlagen, indem sie sich verpflichtete, bei geringeren Sportwetteneinnahmen die Differenz auszugleichen. Aus den Einnahmen des Hessen-Toto sowie neuerdings aus einer Garantiesumme des Hessen-Lotto werden die Sportvereine mit 3,6 Millionen DM jährlich direkt gefördert. In die 16 Untersuchungsgemeinden flossen auf diesem Wege so gut wie keine Gelder. Hier sind es leider nur die Städte, die den Rahm abschöpfen. Eine gerechte Verteilung wäre wünschenswert.

V. Zusammenfassung

1. Wo sind die Menschen glücklich?

Das Institut für Demoskopie in Allensbach am Bodensee verschickte Ende 1959 die Ergebnisse einer Umfrage „Großstadt oder Dorf: Wo ist das Leben schöner?“²²⁰⁾. Die Antworten der Befragten ergaben folgendes Bild:

²¹⁹⁾ Hessen ABC, a. a. O., 193 f.

²²⁰⁾ Institut für Demoskopie, Allensbach am Bodensee, Pressedienst vom 19. Oktober 1959.

Frage: „Wo haben die Menschen Ihrer Ansicht nach ganz allgemein mehr vom Leben: auf dem Land oder in der Stadt?“

Auf dem Land:	19 v. H.
In der Stadt:	54 v. H.
Kein Unterschied:	13 v. H.
Kommt darauf an:	12 v. H.
Weiß nicht:	2 v. H.

Frage: „Wo leben Ihrer Ansicht nach die Menschen heute ganz allgemein glücklicher: auf dem Lande oder in der Stadt?“

Auf dem Land:	39 v. H.
In der Stadt:	25 v. H.
Kein Unterschied:	20 v. H.
Kommt darauf an:	10 v. H.
Weiß nicht:	6 v. H.

Offenbar stehen sich zwei Ideale gegenüber: Einerseits das erregende und unterhaltsame Leben in der größeren Stadt mit ihrem vielfältigen Warenangebot, den kulturellen, politischen und sportlichen Veranstaltungen, den Kunstausstellungen und den Schaufenstern der Kaufhäuser, mit den neuen Bauwerken und den gepflegten Parkanlagen. Dort glaubt man mehr vom Leben zu haben. Auf der anderen Seite das Landleben, das besonders den Städtern wegen seiner vermuteten Einfachheit, der nahen Beziehungen zur Natur und der geringeren Zahl von Eindrücken glücklicher erscheint.

Die Allensbacher Meinungsforscher versuchten, nicht nur das Bild einzufangen, das sich die Menschen über das Leben in Stadt und Land machen, sie fragten auch:

„Sind Sie im allgemeinen mit Ihrem jetzigen Leben zufrieden oder wünschen Sie sich manches anders?“

Es anworteten:	Dorfbewohner	Städter
Bin zufrieden	46 v. H.	46 v. H.
Wünsche mir etwas anderes	50 v. H.	52 v. H.
Unentschieden	4 v. H.	2 v. H.

Das Ergebnis: Menschen in der Stadt und auf dem Lande unterscheiden sich in ihrem allgemeinen Glücks- und Lebensgefühl und in ihrer eigentlichen Stimmungslage nicht voneinander.

In den Untersuchungen Walter Christallers in Gemeinden der Umgebung Darmstadts über Formen und Gründe des Pendelns, die in dem schon mehrfach zitierten Forschungsbericht von Ipsen veröffentlicht wurden, spielt die Frage an die Pendler, ob sie an ihren Arbeitsplatz — zumeist die Großstadt Darmstadt — übersiedeln wollen, eine große Rolle²²¹⁾. Die alteingesessenen männlichen Pendler lehnten zu 78 v. H., die weiblichen zu 67 v. H. die Übersiedlung zum Arbeitsort ab. Anders waren die Verhältnisse unter den Heimatvertriebenen und Ostzonenflüchtlingen. Von den männlichen Heimatvertriebenen

²²¹⁾ Christaller, in: Untersuchung Ipsen, a. a. O., S. 195 ff., Tabellen 55 und 56 insbesondere.

wollten nur 67 v. H. in ihrer Wohnsitzgemeinde bleiben, unter den Ostzonenflüchtlingen nur knapp die Hälfte. Für den Wunsch, in der Wohngemeinde zu bleiben, waren meistens die Besitzstandsverhältnisse maßgebend. Das eigene Haus oder auch die Absicht, noch ein Eigenheim zu bauen, bewegen die Pendler, auf dem Lande zu bleiben. Die Ruhe und das billigere Leben wie auch schließlich die Liebe zur Gemeinde spielten ebenfalls eine Rolle, aber diese Motive sind weniger bedeutend.

Untersuchungen in den 16 Gemeinden bestätigten: Die Menschen auf dem Lande sind im gleichen Maße mit dem Leben zufrieden wie die Städter. Sie kennen die Vorteile des Landlebens, sie kennen die Nachteile täglicher Pendelreisen, aber die Anhänglichkeit an den Heimatort, die Tatsache, daß dort Eltern und Verwandte leben, mehr noch, daß man dort ein eigenes Haus besitzt oder für die nächste Zukunft plant, bewegt die Landbewohner, dem Dorfe treu zu bleiben. Erst wenn sich beim besten Willen kein wohnliches Unterkommen finden läßt, sind sie bereit, auch in die Stadt umzusiedeln. Die großen Abwanderungen aus einigen Untersuchungsgemeinden sind vorwiegend darauf zurückzuführen, daß ausgebombte Städter zurückkehrten und Heimatvertriebene und Ostzonenflüchtlinge sich ein nach ihrer Ansicht angenehmeres Zuhause näher am Arbeitsplatz suchten.

Die 16 Untersuchungsgemeinden sind — wie gezeigt — recht unterschiedlich mit öffentlichen und privaten Diensten und Einrichtungen versorgt, aber die Zuneigung der Menschen zur Heimat, mit der sie durch Besitz und Familie fest verbunden sind, ist davon kaum abhängig. Sterbende Dörfer sind keineswegs zu befürchten, solange die Menschen in erträglicher Nähe Beschäftigung finden, wie dies im Rhein-Main-Gebiet nahezu überall schon der Fall ist. (Im übrigen ist auch in den schlecht versorgten Gemeinden die Einwohnerzahl heute größer als vor dem Kriege.)

Menschen auf dem Lande bevorzugen das Leben in ihrer Heimatgemeinde nicht wegen der dörflichen Kanalisation oder der gut ausgebauten Straßen. Sie wünschen sich bessere öffentliche Dienste und Einrichtungen, aber deren Fehlen ist nur in Ausnahmen der entscheidende Grund, in die Stadt umzuziehen.

In der Nähe der Großstädte ist ein deutlicher Zug hinaus auf's Land zu registrieren. Immer mehr wohlhabende Städter bauen ihre Häuser in Randgemeinden, in denen sie in absehbarer Zeit weder eine ordentliche Kanalisation noch einigermaßen erträgliche Straßen erwarten dürfen.

Sind also die vielseitigen Maßnahmen von Bund und Ländern zur Förderung des flachen Landes unnötig? Verfolgen die Erklärungen der Regierungen, dem Lande müsse schnellstens und wirksam geholfen werden, nur das politische Ziel, Wähler zu gewinnen? Keineswegs! Der Staat hat ein vielseitiges Interesse daran,

dem flachen Lande zu helfen. Ob seine Maßnahmen das Leben auf dem flachen Lande angenehmer und reizvoller machen oder nicht, ist nicht die Frage. Mit öffentlichen und privaten Diensten und Einrichtungen die Menschen glücklicher zu machen, ist ohnehin ein schwieriges Unterfangen. Aber der Staat sollte mit-helfen, daß

der Leistungsstand der Landbevölkerung gebessert,
die gute staatsbürgerliche Gesinnung der Landbevölkerung gestärkt und der
kulturelle und geistige Bildungsstand gehoben wird.

Die Bemühungen um das flache Land haben also wirtschaftliche, gesellschaft-lich-politische und kulturell-geistige Ziele.

a) Die wirtschaftliche Seite

Der Leistungsstand der Dorfbewohner, seine Fähigkeiten, Güter und Dienste zu erzeugen, anzubieten und zu verbrauchen, werden ohne Zweifel verbessert und gesteigert, wenn gute Schulen das allgemeine Bildungsniveau heben, ordentliche Straßen den Verkehrsfluß erleichtern, ausgebaut Wasser- und Energieversorgung ein unserem zivilisatorischen und technischen Vermögen entsprechendes Dasein gewähren, ordentliche Kanalisation die hygienischen Verhältnisse verbessert und Krankheiten verhindert.

Mit einer Raumpolitik, die sich auf öffentlich gut versorgte ländliche Gebiete stützen kann, werden der Industrie neue Bezirke zugänglich gemacht, bisher unzureichend genutzte Arbeitskräfte und Begabungen erhöhen die Produktivität. Erschöpfende und kostspielige, von der Bundesbahn weitgehend subventionierte Pendelreisen fallen weg. Die erhöhten Arbeitseinkommen verbessern die Kaufkraft, das Interesse der privaten Wirtschaft an den Verbrauchern auf dem Lande wächst. Zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft werden die Kräfte des Landes besser eingesetzt.

Mit der noch zunehmenden Industrialisierung wird die Bundesrepublik mehr und mehr zu einer von Menschen geplanten und verwirklichten Industrieland-schaft. Dabei sollten die Industrieunternehmen mehr und mehr in den ländlichen Regionen ansässig, die Städte dagegen die Zentren der sich stark ausweitenden Dienstleistungen werden.

b) Die politische Seite

Alle Maßnahmen, die das Interesse der Landbewohner an den öffentlichen Vorgängen in ihrer Gemeinde wecken, stärken das Volks- und Staatsbewußtsein. Die Gemeinde ist eine Keimzelle der Demokratie. Wenn dort der Bürger zur Mit-arbeit gewonnen wird, gelingt die Abkehr von der — allgemein beklagten — Interesselosigkeit der Bundesbürger am öffentlichen Leben, die zumeist nur dann aktiv werden, wenn es gilt, etwas vom Staate zu holen.

René K ö n i g schreibt: „Vor allem aber kann gesagt werden, daß dem Menschen in seiner Entwicklung von der Kindheit über die Jugend bis zum Erwachsenenalter alle sozialen Zusammenhänge, die über den engsten Kreis der Familie hinausgehen, zuerst in der Gemeinde begegnen“²²²). Alle anderen Formen der Gesellschaft sind weitgehend abstrakt. Heimatliebe und damit Vaterlandsliebe sind am ehesten und besten in der Gemeinde zu pflegen und zu erhalten. Wenn der Mensch ordentlich in der Gesellschaft leben und ein brauchbares Mitglied auch der übergeordneten Gemeinschaften werden soll, lernt er dies nach der Familie am ehesten in der Gemeinde. Deshalb haben wir ein Interesse daran, das öffentliche Leben auch in der kleinen und armen Wohn- und Agrargemeinde so zu gestalten, daß sich jeder betroffen und beteiligt fühlt. Der Gemeindebürger muß erleben, daß auf einem Rathaus nicht allein Auftragsangelegenheiten oder gar Befehle des Staates ausgeführt werden, er muß wissen, daß auch von dort über die Zukunft seiner Gemeinde und ihrer Bürger entschieden wird, wobei die aktive Mitarbeit eines jeden nötig und wichtig ist. Die Demokratie des Massenstaates hat die besten Möglichkeiten, ihrem Idealbild wieder näherzukommen, heute in den kleinen Gemeinden. Hierzu ist aber eine — trotz aller Schwierigkeiten — einsichtsreiche staatliche Politik der überregionalen Körperschaften bis hinauf zur Bundesregierung ebenso unentbehrlich wie eine aufgeklärte Öffentlichkeit, wie ordentliche Gesetz- und Verwaltungspraktiken, wie gute, sorgfältig geschulte Bürgermeister und Gemeinderäte²²³).

c) Die kulturelle Seite

Alexander R ü s t o w schreibt: „Alle Hochkultur ist Stadtkultur“²²⁴). Dagegen gibt es kaum Einwände. Die Stadt ist und bleibt beherrschendes Zentrum der Kultur, der Verwaltung und der Wirtschaft, die allesamt zu ihrer Entfaltung ein großes Publikum und eine gewisse bodenständige Tradition brauchen. Dennoch: Kultur gedeiht auch auf dem Lande. Es gibt dort — wenn auch nur in Ausnahmen — weltberühmte Laienbühnen. Bedeutende Frauen und Männer der Bildenden Künste wie der Literatur wurden auf dem Lande geboren, lebten und schufen ihre Werke außerhalb der Mauern der Stadt. Der Dorfbewohner ist heute vielseitiger interessiert als jemals zuvor, er sollte auch an den kulturellen

²²²) König, René, Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, Hamburg 1958, S. 9.

²²³) Vgl. Köttgen, Arnold, Art. „Selbstverwaltung“, in: Hdw. der Sozialwissenschaften, 6. Bd. Dort heißt es am Schluß auf S. 225: „So läßt sich heute eine Mediatisierung der Selbstverwaltung durch Parlament und Regierung des Staates kaum bestreiten, was aber seine Ursache nicht in einer theoretischen Mißdeutung der Selbstverwaltung, sondern allein in den sozialen und ökonomischen Gegebenheiten der auf vielen Wegen zur Konzentration hindrängenden Zeit haben dürfte“.

²²⁴) Rüstow, Alexander, Ortsbestimmung der Gegenwart, Bd. I, Zürich 1950, S. 262.

Leistungen teilhaben. Anstrengungen in dieser Richtung lohnen. Wie erwähnt, werden beispielsweise fortbildende Vorträge auf dem kleinen Dorf von einem verhältnismäßig größeren Teil der Bevölkerung besucht als in der Stadt.

2. Pflichten des Staates

In der vorliegenden Arbeit wurden die verschiedenen Möglichkeiten behandelt, die der Staat heute bereits nutzt oder noch nutzen könnte, das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben auf dem Lande zu fördern. Sind viele Leistungen auch nur in der Großstadt möglich, weil sie einen entsprechenden Kreis von Nutznießern voraussetzen, so stehen uns doch genug Wege offen, die Versorgung des Landbewohners zu verbessern. Dies wird um so drängender im Umkreis der Städte, deren Bevölkerung mehr und mehr auf dem Lande siedeln muß, weil in den Städten kein Bauland mehr frei ist.

Zunächst sollte der Staat für eine bessere kommunale Finanzverfassung sorgen, die jeden Bürger — für ihn klar ersichtlich — auch an den Kosten der gemeindlichen Leistungen beteiligt. Soll an der Selbstverwaltung festgehalten werden, muß jede Gemeinde tunlichst auch mit dem Geld auskommen, das sie nach einer entsprechenden Steuerverteilung und dank einer guten Gebühren- und Beitragspolitik von ihren Ortsbürgern erhält. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind die gewerbereichen Gemeinden in der Lage, mit den erhöhten Einnahmen, die auch von den aus anderen Orten — vor allem Arbeiterwohn- gemeinden — zureisenden Pendlern erarbeitet werden, ihren Bürgern in besonderem Maße das Leben zu erleichtern. Vor allem diese Unterschiede zwischen Gewerbe- und Wohngemeinden führen zu sozialen Spannungen. Können keine Verwaltungs- und Steuergemeinschaften gebildet werden, muß die Gewerbesteuer gesenkt und eine andere Steuerquelle erschlossen werden. Arme Gemeinden, in denen die Steuerkraft der Bürger nicht ausreicht, müssen mit den Mitteln der industriellen Siedlungspolitik und der Agrarpolitik allmählich besser gestellt werden. Ein erweiterter horizontaler Finanzausgleich sollte als Übergangs- und Notlösung Gemeinden zugute kommen, in denen die Bürger aus eigener Kraft ein Minimum an Diensten und Einrichtungen vorerst nicht bestreiten können. Spezielle staatliche Hilfen sollten nur in Notfällen und dann nur zur Anregung und Förderung der gemeindlichen Selbsthilfe verwandt werden.

In allen Fällen, in denen die Gemeinden zu klein sind, um sich selbst zu helfen, in denen die Mittel zur Besserung der wirtschaftlichen Struktur wegen der schlechten geographischen Lage oder der geringen Bevölkerungszahl versagen, sollten sich benachbarte Dörfer zur Lösung bestimmter Aufgaben zusammenschließen. Die staatliche Gesetzgebung muß hierzu die Voraussetzungen schaffen. Daneben sind alle Möglichkeiten der Aufklärung und Bildung zu nutzen, um den

Gemeindebürger an den Vorgängen in seinem Heimatort zu interessieren und zur Mitarbeit zu gewinnen. Es ist wichtig, daß die Parteien, denen die politische Willensbildung anvertraut ist, in ihren Reihen eine ausreichende Anzahl tüchtiger Kommunalpolitiker aller Ränge heranbilden.

Der Landbürgermeister kennt heute nicht mehr alle Gesetze und Vorschriften, die er täglich zu beachten hat. Er kennt auch nicht mehr alle die Töpfe, aus denen finanzielle Zuwendungen und spezielle Hilfen zu bekommen sind. Um den vielseitigen Auftragsangelegenheiten und Pflichtaufgaben überhaupt gerecht zu werden, muß der Bürgermeister mehr und mehr die Mithilfe und Förderung des Landratsamtes beanspruchen, wobei er zögert, wenn er nicht der gleichen politischen Partei angehört wie die Spitze der Kreisverwaltung.

3. Schlußworte an die Frauen und Männer der Selbstverwaltung

Die Erhebungen in den 16 Untersuchungsgemeinden bestätigen, daß letzten Endes immer die Persönlichkeit des Bürgermeisters und seiner Mitarbeiter über das Schicksal einer Gemeinde und ihrer Bewohner entscheidet. Die Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit lassen sich zum Nutzen der Frauen und Männer in den Gemeindeverwaltungen des flachen Landes wie folgt zusammenfassen:

Der Bürgermeister und seine Mitarbeiter, der Gemeinderat und alle am Wohlergehen der Gemeinde interessierten Kräfte müssen sich zunächst Klarheit über die Situation ihrer Gemeinde schaffen und versuchen, deren künftige Möglichkeiten innerhalb des gesamten Landes und seiner Wirtschaft zu beurteilen. Als erstes sollte ein Arbeits- oder Entwicklungsplan aufgestellt werden.

Die Gemeindeverwaltung muß sich dabei nach den Plänen der überregionalen Raumplanung erkundigen. Sie können weiterhelfen. Vielleicht müssen sie aber auch berichtigt werden, wozu man in der Gemeinde selbst dank besserer Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse am ehesten in der Lage ist.

Alle Dorfbewohner sollen zur Mitarbeit herangezogen werden, sie sollen mitdenken, aber auch Hand anlegen.

Die Männer und Frauen der kommunalen Selbstverwaltung sollen alle gesetzlichen Möglichkeiten nutzen, die Gemeindebürger nach deren Kräften an den Kosten der für wünschenswert gehaltenen Dienste und Einrichtungen zu beteiligen. Wer aus den kommunalen Leistungen einen besonderen Nutzen zieht, soll auch dafür bezahlen. Im übrigen ist der Geldbeutel der Mitbürger zu schonen.

Der Bürgermeister muß sich um die Vereine kümmern. Dort treffen sich nicht nur die Wähler. Die Vereine sind wichtige Ansatzpunkte für die Entwicklung der Dorfgemeinschaft. Aktionen der Selbsthilfe können von dort leichter ausgehen.

Mit den Nachbargemeinden sollte man eng zusammenarbeiten. Immer wieder sollte man überlegen, ob sich einzelne Aufgaben nicht gemeinsam schneller, besser und billiger lösen lassen.

Eine neue Kanalisation oder Wasserleitung darf keinesfalls von parteipolitischen Gesichtspunkten oder wahltaktischen Überlegungen bestimmt werden, sondern allein von den Bedürfnissen der Allgemeinheit. Alle Objekte sind sorgfältig zu prüfen, ob sie für die Gemeinde überhaupt nötig und rentabel sind.

Das kulturelle Leben der Gemeinde verdient allgemein größere Förderung. Interessierte und fähige Mitbürger sollten für den Aufbau von Volksbildungswerken und anderen kulturellen Einrichtungen gewonnen werden. Die Verwaltung muß sich dabei die Unterstützung aller geistigen Kräfte des Dorfes sichern.

Die Selbsthilfe bietet größere Möglichkeiten, als gemeinhin angenommen wird: Solange von Kreisverwaltung und Landesregierung immer neue Programme für spezielle Hilfen mit Steuergeldern begonnen werden, müssen die Rathäuser für gute Verbindungen in der Kreis- und Landeshauptstadt sorgen. Immer wieder sollten die Bürgermeister versuchen, Überblick über die Quellen zu gewinnen, aus denen Gelder fließen.

Die kleinen Gemeinden sind hoffnungsvolle Keimzellen unserer jungen Demokratie. Wenn der Bürger zu unserer gesellschaftlichen Ordnung Vertrauen gewinnen und behalten soll, muß er von den sachlichen Leistungen und dem lauterer menschlichen Verhalten seiner Gemeindeverwaltung überzeugt sein.

ANHANG 1

Die Gemeinden im Einflußbereich der Stadt Darmstadt

Die Gemeinden im Einflußbereich der Stadt Darmstadt
nach Größenklassen (Stand 31. 12. 1955)

Größenklasse bis zu 500 Einwohner

Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955	Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955
Afföllerbach, Kr. Erbach	228	Kolmbach, Kr. Bergstraße	298
Allertshofen, Kr. Darmstadt	188	Langwaden, Kr. Bergstraße	174
Annelsbach, Kr. Darmstadt	72	Laudenau, Kr. Bergstraße	284
Asbach, Kr. Darmstadt	407	Lautern, Kr. Bergstraße	454
Balkhausen, Kr. Darmstadt	354	Lichtenberg, Kr. Dieburg	466
Berkach, Kr. Groß-Gerau	479	Linnenbach, Kr. Bergstraße	179
Billings, Kr. Dieburg	243	Lützelbach, Kr. Darmstadt	320
Birkert, Kr. Erbach	147	Malchen, Kr. Darmstadt	462
Bockenrod, Kr. Erbach	151	Meßbach, Kr. Dieburg	108
Böllstein, Kr. Erbach	282	Momart, Kr. Erbach	341
Dorf-Erbach, Kr. Erbach	360	Mitledtern, Kr. Bergstraße	350
Dusenbach, Kr. Erbach	41	Mittershausen, Kr. Bergstraße	271
Eberbach, Kr. Erbach	50	Neunkirchen, Kr. Darmstadt	113
Eich, Kr. Darmstadt	145	Neutsch, Kr. Darmstadt	205
Ellenbach, Kr. Bergstraße	447	Nieder-Kainsbach, Kr. Erbach	484
Erbach, Kr. Bergstraße	311	Nieder-Kinzig, Kr. Erbach	361
Erlenbach, Kr. Bergstraße	242	Nonrod, Kr. Dieburg	88
Etzen-Gesäß, Kr. Erbach	376	Ober-Kainsbach, Kr. Erbach	420
Eulsbach, Kr. Bergstraße	51	Ober-Klein-Gumpen, Kr. Erbach	95
Forstel, Kr. Erbach	64	Ober-Modau, Kr. Darmstadt	498
Frankenhausen, Kr. Darmstadt	263	Ober-Nauses, Kr. Dieburg	151
Frau-Nauses, Kr. Dieburg	59	Ober-Ostern, Kr. Erbach	367
Fronhofen, Kr. Erbach	52	Pfirsichbach, Kr. Erbach	195
Fürstengrund, Kr. Erbach	453	Raidelbach, Kr. Bergstraße	91
Gersprenz, Kr. Erbach	223	Rodau, Kr. Bergstraße	290
Glattbach, Kr. Bergstraße	187	Rodau, Kr. Dieburg	371
Groß-Gumpen, Kr. Erbach	273	Schannenbach, Kr. Bergstraße	126
Harpertshausen, Kr. Dieburg	361	Schlierbach, Kr. Bergstraße	339
Hassenroth, Kr. Erbach	463	Schlierbach, Kr. Dieburg	432
Hembach, Kr. Erbach	75	Schloß-Nauses, Kr. Dieburg	40
Herchenrode, Kr. Darmstadt	113	Seidenbach, Kr. Bergstraße	49
Hetschbach, Kr. Erbach	426	Seidenbuch, Kr. Bergstraße	210
Hochstädten, Kr. Bergstraße	358	Sonderbach, Kr. Bergstraße	343
Höllerbach, Kr. Erbach	304	Steinau, Kr. Dieburg	215
Hoxhol, Kr. Darmstadt	210	Wald-Amorbad, Kr. Erbach	330
Hummetroth, Kr. Erbach	346	Wald-Erlenbach, Kr. Bergstraße	288
Kirch-Beerfurth, Kr. Erbach	406	Wallbach, Kr. Erbach	195
Klein-Bieberau, Kr. Darmstadt	238	Waschenbach, Kr. Darmstadt	388
Klein-Rohrheim, Kr. Groß-Gerau	271	Webern, Kr. Darmstadt	81
Klein-Gumpen, Kr. Erbach	256	Winkel, Kr. Bergstraße	116
Igelsbach, Kr. Bergstraße	28		
Knoden, Kr. Bergstraße	89		
			<u>20 680</u>

Größenklasse von 501 bis 1000 Einwohner

Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955	Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955
Allmendfeld, Kr. Groß-Gerau	567	Ober-Klingen, Kr. Dieburg	769
Beedenkirchen, Kr. Bergstraße	533	Pfaffen-Beerfurth, Kr. Erbach	532
Brandau, Kr. Darmstadt	988	Raibach, Kr. Dieburg	565
Breitenbrunn, Kr. Erbach	577	Rai-Breitenbach, Kr. Erbach	532
Ernsthofen, Kr. Darmstadt	573	Richen, Kr. Dieburg	624
Georgenhausen, Kr. Dieburg	632	Rimhorn, Kr. Erbach	648
Gronau, Kr. Bergstraße	679	Rohrbach, Kr. Darmstadt	586
Hainstadt, Kr. Erbach	843	Schneppenhausen, Kr. Darmstadt	934
Hering, Kr. Dieburg	540	Schwanheim, Kr. Bergstraße	686
Kirch-Brombach, Kr. Erbach	993	Sickenhofen, Kr. Dieburg	756
Kirschhausen, Kr. Bergstraße	977	Stockheim, Kr. Erbach	509
Kleestadt, Kr. Dieburg	801	Unter-Ostern, Kr. Erbach	527
Krumbach, Kr. Bergstraße	676	Weiten-Gesäß, Kr. Erbach	894
Langen-Brombach, Kr. Erbach	789	Wembach, Kr. Darmstadt	636
Nieder-Klingen, Kr. Dieburg	657	Wiebelsbach, Kr. Dieburg	901
Nieder-Modau, Kr. Darmstadt	967	Winterkasten, Kr. Bergstraße	768
Niedernhausen, Kr. Dieburg	636	Zeilhard, Kr. Dieburg	882
Ober-Kinzig, Kr. Erbach	524		
			<u>24 701</u>

Größenklasse von 1001 bis 2000 Einwohner

Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955	Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955
Altheim, Kr. Dieburg	1 183	Lengfeld, Kr. Dieburg	1 876
Braunshardt, Kr. Darmstadt	1 007	Lindenfels, Kr. Bergstraße	1 975
Brensbach, Kr. Dieburg	1 397	Lützel-Wiebelsbach, Kr. Erbach	1 586
Elmshausen, Kr. Bergstraße	1 274	Messel, Kr. Darmstadt	1 689
Eschollbrücken, Kr. Darmstadt	1 227	Mümling-Grumbach, Kr. Erbach	1 068
Fehlheim, Kr. Bergstraße	1 123	Neustadt, Kr. Erbach	1 169
Gadernheim, Kr. Bergstraße	1 119	Nieder-Beerbach, Kr. Darmstadt	1 233
Gundernhausen, Kr. Dieburg	1 677	Ober-Beerbach, Kr. Darmstadt	1 006
Habitzheim, Kr. Dieburg	1 185	Sandbach, Kr. Erbach	1 710
Hahn, Kr. Darmstadt	1 619	Seckmauern, Kr. Erbach	1 306
Hambach, Kr. Bergstraße	1 805	Semd, Kr. Dieburg	1 301
Hergershausen, Kr. Dieburg	1 075	Spachbrücken, Kr. Dieburg	1 537
Heubach, Kr. Dieburg	1 293	Steinbach, Kr. Erbach	1 915
Klein-Gerau, Kr. Groß-Gerau	1 634	Ueberau, Kr. Dieburg	1 549
Klein-Umstadt, Kr. Dieburg	1 170	Wersau, Kr. Dieburg	1 060
Klein-Zimmern, Kr. Dieburg	1 328	Worfelden, Kr. Groß-Gerau	1 525
Langstadt, Kr. Dieburg	1 017	Zell, Kr. Erbach	1 138
Leeheim, Kr. Groß-Gerau	1 756		
			<u>48 532</u>

209

Größenklasse von 2001 bis 5000 Einwohner

Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955	Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955
Alsbach, Kr. Darmstadt	2 525	Groß-Rohrheim, Kr. Bergstraße	3 058
Babenhausen, Kr. Dieburg	4 432	Hähnlein, Kr. Darmstadt	2 055
Bad König, Kr. Erbach	3 529	Höchst, Kr. Erbach	3 670
Bickenbach, Kr. Darmstadt	2 782	Jugenheim, Kr. Darmstadt	2 918
Biebesheim, Kr. Groß-Gerau	4 522	Nauheim, Kr. Groß-Gerau	4 482
Büttelborn, Kr. Groß-Gerau	3 048	Reichenbach, Kr. Bergstraße	2 457
Crumstadt, Kr. Groß-Gerau	2 264	Reichelsheim, Kr. Erbach	2 561
Dornheim, Kr. Groß-Gerau	2 518	Reinheim, Kr. Dieburg	3 931
Einhausen, Kr. Bergstraße	3 056	Schaafheim, Kr. Dieburg	3 302
Eppertshausen, Kr. Dieburg	2 884	Seeheim, Kr. Darmstadt	4 135
Erfelden, Kr. Groß-Gerau	2 041	Stockstadt, Kr. Groß-Gerau	3 291
Erzhausen, Kr. Darmstadt	3 434	Traisa, Kr. Darmstadt	2 181
Fränk.-Crumbach, Kr. Dieburg	2 349	Weiterstadt, Kr. Darmstadt	4 038
Goddelau, Kr. Groß-Gerau	4 072	Wixhausen, Kr. Darmstadt	3 460
Gräfenhausen, Kr. Darmstadt	2 834	Wolfskehlen, Kr. Groß-Gerau	2 130
Groß-Bieberau, Kr. Dieburg	3 090	Zwingenberg, Kr. Bergstraße	3 425
			<u>100 474</u>

Größenklasse von 5001 bis 20 000 Einwohner

Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955	Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955
Biblis, Kr. Bergstraße	5 100	Heppenheim, Kr. Bergstraße	13 242
Dieburg (Hessen)	8 704	Lorsch, Kr. Bergstraße	8 503
Erbach-Stadt	5 404	Michelstadt, Kr. Erbach	6 134
Gernsheim, Kr. Groß-Gerau	6 614	Münster, Kr. Dieburg	5 186
Griesheim, Kr. Darmstadt	12 392	Nieder-Ramstadt, Kr. Darmstadt	5 434
Groß-Gerau	10 681	Ober-Ramstadt, Kr. Darmstadt	7 589
Groß-Umstadt, Kr. Dieburg	5 886	Pfungstadt, Kr. Darmstadt	11 722
Groß-Zimmern, Kr. Dieburg	6 427	Roßdorf, Kr. Darmstadt	5 261
			<u>124 279</u>

Größenklasse von 20 001 bis 50 000 Einwohner

Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955
Bensheim, Kr. Bergstraße	23 643

Die Gemeinden im Einflußbereich der Stadt Darmstadt
nach ihrer wirtschaftlichen Struktur¹⁾

Gewerbliche Gemeinden

(Mehr als 55 % der Beschäftigten sind in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten)

Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955	Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955
Alsbach, Kr. Darmstadt	2 525	Klein-Zimmern, Kr. Dieburg	1 328
Babenhauseu, Kr. Dieburg	4 432	Bad König, Kr. Erbach	3 529
Bensheim, Kr. Bergstraße	23 643	Lautern, Kr. Bergstraße	454
Biblis, Kr. Bergstraße	5 100	Lichtenberg, Kr. Dieburg	466
Bickenbach, Kr. Darmstadt	2 782	Lindenfels, Kr. Bergstraße	1 975
Biebesheim, Kr. Groß-Gerau	4 522	Lorsch, Kr. Bergstraße	8 503
Brensbach, Kr. Dieburg	1 397	Messel, Kr. Darmstadt	1 689
Dieburg	8 704	Michelstadt, Kr. Erbach	6 134
Elmshauseu, Kr. Bergstraße	1 274	Mümling-Grumbach, Kr. Erbach	1 068
Eppertshauseu, Kr. Dieburg	2 884	Münster, Kr. Dieburg	5 186
Erbach-Stadt	5 404	Nauheim, Kr. Groß-Gerau	4 482
Erlenbach, Kr. Bergstraße	242	Neustadt, Kr. Erbach	1 169
Eschollbrücken, Kr. Darmstadt	1 227	Nieder-Kainsbach, Kr. Erbach	484
Gadernheim, Kr. Bergstraße	1 119	Nieder-Ramstadt, Kr. Darmstadt	5 434
Gernsheim, Kr. Groß-Gerau	6 614	Ober-Ramstadt, Kr. Darmstadt	7 589
Goddellau, Kr. Groß-Gerau	4 072	Pfungstadt, Kr. Darmstadt	11 722
Griesheim, Kr. Darmstadt	12 392	Reichelsheim, Kr. Erbach	2 561
Groß-Bieberau, Kr. Dieburg	3 090	Reichenbach, Kr. Bergstraße	2 457
Groß-Gerau	10 681	Reinheim, Kr. Dieburg	3 931
Groß-Umstadt, Kr. Dieburg	5 886	Roßdorf, Kr. Darmstadt	5 261
Groß-Zimmern, Kr. Dieburg	6 427	Sandbach, Kr. Erbach	1 710
Heppenheim, Kr. Bergstraße	13 242	Seidenbuch, Kr. Bergstraße	210
Heubach, Kr. Dieburg	1 293	Steinbach, Kr. Erbach	1 915
Höchst, Kr. Erbach	3 670	Stockheim, Kr. Erbach	509
Hoxhol, Kr. Darmstadt	210	Stockstadt, Kr. Groß-Gerau	3 291
Jugenheim, Kr. Darmstadt	2 918	Winterkasten, Kr. Bergstraße	768
Kirch-Beerfurth, Kr. Erbach	406	Zell, Kr. Erbach	1 138
Kirch-Brombach, Kr. Erbach	993	Zwingenberg, Kr. Bergstraße	3 425
			<u>225 537</u>

¹⁾ Nach Hessen-Atlas, Hrsg.: Landesplanung des Hessischen Ministerpräsidenten, Bearbeiter: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden 1952, Karte 22.

Landwirtschaftliche Gemeinden

(Mehr als 55 % der Beschäftigten sind in landwirtschaftlichen Betrieben)

Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955	Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955
Afföllerbach, Kr. Erbach	288	Klein-Rohrheim, Kr. Groß-Gerau	271
Allertshofen, Kr. Darmstadt	188	Knoden, Kr. Bergstraße	89
Allmendfeld, Kr. Groß-Gerau	567	Kolmbach, Kr. Bergstraße	289
Altheim, Kr. Dieburg	1 183	Krumbach, Kr. Bergstraße	676
Annelsbach, Kr. Erbach	72	Langstadt, Kr. Dieburg	1 017
Asbach, Kr. Dieburg	407	Langwaden, Kr. Bergstraße	174
Balkhausen, Kr. Darmstadt	354	Laudenau, Kr. Bergstraße	284
Beedenkirchen, Kr. Bergstraße	533	Leeheim, Kr. Groß-Gerau	1 756
Berkach, Kr. Groß-Gerau	479	Langen-Brombach, Kr. Erbach	789
Billings, Kr. Dieburg	243	Linnenbach, Kr. Bergstraße	179
Birkert, Kr. Erbach	147	Lützelbach, Kr. Darmstadt	320
Bockenrod, Kr. Erbach	151	Meßbach, Kr. Dieburg	108
Böllstein, Kr. Erbach	282	Mitlechtern, Kr. Bergstraße	350
Brandau, Kr. Darmstadt	988	Mittershausen, Kr. Bergstraße	271
Breitenbrunn, Kr. Erbach	577	Momart, Kr. Erbach	341
Dusenbach, Kr. Erbach	41	Neunkirchen, Kr. Darmstadt	113
Eberbach, Kr. Erbach	50	Neutsch, Kr. Darmstadt	205
Ellenbach, Kr. Bergstraße	447	Nieder-Kinzig, Kr. Erbach	361
Erbach, Kr. Bergstraße	311	Nieder-Klingen, Kr. Dieburg	657
Ernsthofen, Kr. Darmstadt	573	Nonrod, Kr. Dieburg	88
Eulsbach, Kr. Bergstraße	51	Ober-Beerbach, Kr. Darmstadt	1 006
Fronhofen, Kr. Erbach	52	Ober-Kainsbach, Kr. Erbach	420
Forstel, Kr. Erbach	64	Ober-Kinzig, Kr. Erbach	524
Frankenhausen, Kr. Darmstadt	263	Ober-Klein-Gumpen, Kr. Erbach	95
Frau-Nauses, Kr. Dieburg	59	Ober-Klingen, Kr. Dieburg	769
Fürstengrund, Kr. Erbach	453	Ober-Nauses, Kr. Dieburg	151
Gersprenz, Kr. Erbach	223	Ober-Ostern, Kr. Erbach	367
Glattbach, Kr. Bergstraße	187	Raibach, Kr. Dieburg	565
Gronau, Kr. Bergstraße	679	Raidelbach, Kr. Bergstraße	91
Groß-Gumpen, Kr. Erbach	273	Rai-Breitenbach, Kr. Erbach	532
Groß-Rohrheim, Kr. Bergstraße	3 058	Richen, Kr. Dieburg	624
Habitzheim, Kr. Dieburg	1 185	Rimbach, Kr. Erbach	648
Hainstadt, Kr. Erbach	843	Rodau, Kr. Bergstraße	290
Harpertshausen, Kr. Dieburg	361	Rodau, Kr. Dieburg	371
Hassenroth, Kr. Erbach	463	Rohrbach, Kr. Darmstadt	586
Hembach, Kr. Erbach	75	Schannenbach, Kr. Bergstraße	126
Herchenrode, Kr. Darmstadt	113	Schlierbach, Kr. Dieburg	432
Höllerbach, Kr. Erbach	304	Schlierbach, Kr. Bergstraße	339
Hochstädten, Kr. Bergstraße	358	Schloß-Nauses, Kr. Dieburg	40
Igelsbach, Kr. Bergstraße	28	Schwanheim, Kr. Bergstraße	686
Kleestadt, Kr. Dieburg	801	Semd, Kr. Dieburg	1 301
Klein-Bieberau, Kr. Dieburg	238	Seidenbach, Kr. Bergstraße	49
Klein-Gumpen, Kr. Erbach	256	Übertrag:	36 567

Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955	Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955
Übertrag:	36 567	Wembach, Kr. Darmstadt	636
Steinau, Kr. Dieburg	215	Weiten-Gesäß, Kr. Erbach	894
Unter-Ostern, Kr. Erbach	527	Wersau, Kr. Dieburg	1 060
Wald-Amorbach, Kr. Erbach	330	Winkel, Kr. Bergstraße	116
Wald-Erlenbach, Kr. Bergstraße	288	Worfelden, Kr. Groß-Gerau	1 525
Wallbach, Kr. Erbach	195		
Webern, Kr. Dieburg	81		<u>42 434</u>

Gewerblich-landwirtschaftliche Mischgemeinden

(45 bis 55 % der Beschäftigten sind in landwirtschaftlichen bzw. nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten)

Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955	Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955
Einhausen, Kr. Bergstraße	3 056	Klein-Umstadt, Kr. Dieburg	1 170
Erbach-Dorf, Kr. Erbach	360	Lengfeld, Kr. Dieburg	1 876
Etzen-Gesäß, Kr. Erbach	376	Nieder-Modau, Kr. Darmstadt	967
Fränk.-Crumbach, Kr. Dieburg	2 349	Niedernhausen, Kr. Dieburg	636
Hambach, Kr. Bergstraße	1 805	Pfaffen-Beerfurth, Kr. Erbach	532
Hergershausen, Kr. Dieburg	1 075	Schaafheim, Kr. Dieburg	3 302
Hering, Kr. Dieburg	540	Sonderbach, Kr. Bergstraße	343
Hummetroth, Kr. Erbach	346	Wiebelsbach, Kr. Dieburg	901
Kirschhausen, Kr. Bergstraße	977		<u>20 611</u>

Arbeiterwohngemeinden

(Die Beschäftigten betragen weniger als 60 % der Erwerbspersonen. Bei allen anderen Gemeinden 60 % und mehr)

Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955	Gemeinde:	Einwohner am 31. 12. 1955
Braunshardt, Kr. Darmstadt	1 007	Nieder-Beerbach, Kr. Darmstadt	1 233
Büttelborn, Kr. Groß-Gerau	3 048	Ober-Modau, Kr. Darmstadt	498
Crumstadt, Kr. Groß-Gerau	2 264	Pfirsched, Kr. Erbach	195
Dornheim, Kr. Groß-Gerau	2 518	Schneppenhausen, Kr. Darmstadt	934
Eich, Kr. Darmstadt	145	Seeheim, Kr. Darmstadt	4 135
Erfelden, Kr. Groß-Gerau	2 041	Sickenhofen, Kr. Dieburg	756
Erzhausen, Kr. Darmstadt	3 434	Seckmauern, Kr. Erbach	1 306
Fehlheim, Kr. Bergstraße	1 123	Spachbrücken, Kr. Dieburg	1 537
Georgenhausen, Kr. Dieburg	632	Traisa, Kr. Darmstadt	2 181
Gräfenhausen, Kr. Darmstadt	2 834	Ueberau, Kr. Dieburg	1 549
Gundernhausen, Kr. Dieburg	1 677	Waschenbach, Kr. Darmstadt	388
Hähnlein, Kr. Darmstadt	2 055	Weiterstadt, Kr. Darmstadt	4 038
Hahn, Kr. Darmstadt	1 619	Wixhausen, Kr. Darmstadt	3 460
Hetschbach, Kr. Erbach	426	Wolfskehlen, Kr. Groß-Gerau	2 130
Klein-Gerau, Kr. Groß-Gerau	1 634	Zeilhard, Kr. Dieburg	882
Lützel-Wiebelsbach, Kr. Erbach	1 586		<u>53 727</u>
Malchen, Kr. Darmstadt	462		

ANHANG 2

Gemeinde-Fragebogen

I. Gebiet und Bevölkerung

1. Wieviele Einwohner hatte die Gemeinde?
1861 1920 1930 17. 5. 1939
13. 9. 1950 31. 12. 1953 31. 12. 1955
2. Wie groß war die Fläche der Gemeinde:
1885 17. 5. 1939 13. 9. 1950
3. Wieviele Haushalte gab es in der Gemeinde?
am 13. 9. 1950 (Volkszählung)
4. Wieviele Heimatvertriebene wohnen in der Gemeinde?
a) am 13. 9. 1950 b) am 31. 12. 1955
5. Wieviele Evakuierte aus den umliegenden Großstädten wohnen in der Gemeinde?
a) im Jahre 1946 b) am 13. 12. 1955
6. Gibt es in der Gemeinde Unterlagen über die Alterszusammensetzung der Bevölkerung aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg?
7. Wie verteilte sich am 13. 9. 1950 die Bevölkerung auf die Altersklassen?
0 — weniger als 6 Jahre
6 — weniger als 15 Jahre
15 — weniger als 20 Jahre
20 — weniger als 65 Jahre
65 und mehr
8. Wie verhalten sich heute die Anteile der Konfessionen in der Gemeinde?
a) Wie war es vor 50 Jahren?
9. Wie verteilen sich die Sitze im Gemeinderat?
10. Was waren die Wahlergebnisse?
a) bei der letzten Kommunalwahl
b) bei der Bundestagswahl vom 15. 9. 1957

II. Das wirtschaftliche Leben in der Gemeinde

1. Welche Berufsstände überwiegen heute in der Gemeinde?
(Arbeiter — Bauern — Handwerker — Beamte und Angestellte — Selbständige
Gewerbetreibende)
2. Können Sie Angaben für die Verteilung der Erwerbspersonen machen?
a) Industrie und Handwerk Land- und Forstwirtschaft Handel —
Geld — Versicherungs- und Verkehrsgewerbe Öffentliche Dienst-
leistungen
- b) Von der Wohnbevölkerung waren
Selbständige Mithelfende Familienangehörige Beamte und
Angestellte Arbeiter Selbständige Berufslose
Auspendler Einpendler
3. Wie war es vor 30 Jahren (1928)?
Wie war es vor 50 Jahren (1908)?
Wie war es um 1885?

4. Nimmt die Zahl der Pendelwanderer zu oder ab?
5. Nach welchen Arbeitsorten gehen die Pendelwanderer?
6. Wieviele nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten gibt es in der Gemeinde?
7. Bestehen in der Gemeinde Gewerbebetriebe mit mehr als zehn Beschäftigten?
 - a) Welche
 - b) Was produzieren sie
8. Bestehen in der Gemeinde Unternehmen des Fremdenverkehrsgewerbes?
Wie groß ist etwa die Bettenzahl für Fremde?
9. Besteht ein durch langjährige Tradition mit dem Namen der Gemeinde eng verbundener Handwerkerstand besonderer Richtung (z. B. Steinhauer, Geigenbauer usw.)?
10. Wieviele Vollbauernstellen gibt es in der Gemeinde?
 - a) In welche Größenklassen können sie eingereiht werden?
0,5 bis unter 5 ha 5 bis unter 20 ha 20 ha und mehr
11. Gibt es in der Gemeinde noch viele Nebenerwerbslandwirte (also Arbeiter, Angestellte und Handwerker, selbständige Gewerbetreibende, Flurschützen und Kirchendiener), die in ihrer Freizeit noch eigenes Ackerland mit einer Fläche von mehr als 0,5 ha bebauen?
12. Wieviele Vollbauern gab es vor 50 Jahren?
13. Nimmt die Zahl der Vollbauern weiterhin ab?
14. Was ist nach Ihrer Ansicht hierfür die Ursache?
15. Hat die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden nach dem Krieg zugenommen?
Auf welchem Gebiet?
16. Gibt es im Bereich der Gemeinde genug Einzelhändler, um den normalen Bedarf der Einwohnerschaft zu decken?
17. Oder wird außerhalb gekauft?
 - a) Was
 - b) Wo
18. a) Gibt es Ärzte in der Gemeinde? Wieviele
b) Fachärzte Wofür
19. Gibt es in der Gemeinde Mietwohnungen?
 - a) Etwa wieviele
 - b) Wie hoch ist etwa die qm²-Miete

III. Öffentliche Einrichtungen und kommunale Dienste

1. Wieviele und welche hauptamtliche Bedienstete hatte die Gemeinde?
 - a) laut Haushaltssatzung 1956/57
 - b) laut Haushaltssatzung 1939/40
 - c) um die Jahrhundertwende
2. Besteht eine zentrale Trinkwasserversorgung für die Gemeinde?
3. Ist die Gemeinde an die Gasversorgung angeschlossen?

4. Woher bezieht die Gemeinde ihre elektrische Energie?
5. Besitzt die Gemeinde öffentliche Abwässeranlagen?
 - a) Zu welchem Anteil sind die Privathäuser der Gemeinde an dieses Kanalnetz angeschlossen?
6. Ist die Straßenbeleuchtung ausreichend?
7. Besitzt die Gemeinde von ihr unterhaltene Parkanlagen?
8. Besitzt die Gemeinde Sportanlagen?
 - Welche?
9. Gibt es in der Gemeinde ein Dorfgemeinschaftshaus?
10. Besitzt die Gemeinde in eigener Regie betriebene Kindergärten oder Kindertagesstätten?
11. Welche Krankenhäuser stehen den Gemeindegliedern zur Verfügung?
 - a) Wie weit sind sie entfernt?

IV. Kultur- und Bildungswesen

1. Wieviele schulpflichtige Kinder besuchen die Grundschulen der Gemeinde?
2. Wieviele Klassenräume stehen zur Verfügung?
3. Wurde nach dem Krieg eine Schule gebaut/erweitert?
4. Bestehen Pläne für den Schulbau?
5. Mit welchen Mitteln sollen sie verwirklicht werden?
6. Wieviele Lehrkräfte unterrichten?
7. Gibt es eine Mittelschulklasse?
8. Gibt es eine Volkshochschule oder etwas Ähnliches?
9. Werden fortbildende Vorträge gehalten?
10. Wie wirkt sich hierbei die Unterstützung der Gemeindeverwaltung aus?
11. Gibt es eine gemeindeeigene Bibliothek, ein gemeindeeigenes Museum?
12. Wurde die Geschichte der Gemeinde jemals niedergeschrieben und als Broschüre oder Buch herausgebracht?
 - a) Wann und von wem?
13. Wieviele Vereine gibt es in der Gemeinde?
 - a) Welche Arten?
 - b) Wieviele Mitglieder haben sie?
 - c) Werden sie finanziell von der Gemeinde unterstützt?

V. Verkehr

1. In welchem Zustand befinden sich nach Ansicht des Bürgermeisters die Dorfstraßen?
2. Wurden in den letzten Jahren Straßenbauarbeiten vorgenommen?
 - a) Mit welchen Mitteln?
 - b) In welcher Höhe?

3. Sind weitere Straßenbauarbeiten notwendig?
4. Wieviele Kraftfahrzeuge (auch Traktoren und Schlepper) sind in der Gemeinde gemeldet?
5. Wie ist der Zustand der Verkehrswege zur nächsten Großstadt?
a) Zur Kreisstadt?
6. Liegt die Gemeinde an Bundesstraßen?
7. Wie weit ist es bis zur Autobahn?
8. Hat die Gemeinde Anschluß an die Bundesbahn?
9. Welche Omnibuslinien berühren die Gemeinde?
a) Wem gehören die Omnibusunternehmen?
10. Wie könnten die Verkehrsverbindungen zur nächsten Großstadt verbessert werden?
11. Wo befindet sich das nächste Bankinstitut?

VI. Finanzwesen

1. Was war die Haupteinnahmequelle der Gemeinde?
a) 1938
b) 1913
c) 1870
2. Was halten Sie von der Einführung einer Personalsteuer?
3. Wie kann nach Ihrer Meinung die Finanzlage der Gemeinde gebessert werden?

Literaturverzeichnis

A) Monographien und Lehrbücher

- Ackermann, Johannes Georg*: Die Entwicklung und berufliche Gliederung der Bevölkerung im nördlichen Starkenburg in den letzten 150 Jahren, Arbeiten der Anstalt für Hessische Landesforschung an der Universität Gießen, Geographische Reihe, Hrsg. F. Klute, Heft 8, Gießen 1932.
- Barocka, Hans*: Kommunalpolitik und kommunale Finanzwirtschaft, Frankfurt am Main 1958.
- Baumert, Gerhard*: Jugend der Nachkriegszeit, Lebensverhältnisse und Reaktionsweisen, Darmstadt 1952.
- Beck, Hansjürg*: Der Kulturzusammenstoß von Stadt und Land in einer Vorortgemeinde, Zürich 1952.
- Borée, Friedrich*: 10 Jahre Arbeit der Wiederaufbau GmbH Darmstadt, Darmstadt 1960.
- Bühler, Otto u. Most, Otto*: Die Finanzlage der Ruhrgebietsstädte, Jena 1932.
- Büttner, Heinrich*: Die landwirtschaftlichen Betriebsformen im Ried, an der Bergstraße und im vorderen Odenwald in ihrer geographischen Bedingtheit, in: Rhein-Mainische Forschungen, Frankfurt 1934.
- Calmes, Heinrich*: Das wirtschaftliche Einzugsgebiet der Stadt Mainz, Diss. (staatsw.), Gießen 1934.
- Christaller, Walter*: Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933.
- von Dietze, C., Rolfes, M., Weippert, G.*: Lebensverhältnisse in kleinbürgerlichen Dörfern, Hamburg und Berlin 1953.
- Erzberger, Mathias*: Reden zur Neuordnung des deutschen Finanzwesens, Berlin 1919.
- Freckmann, Erwin* (Bearbeiter): Der Gewerbesteuerausgleich in Hessen, Heft 367 des Vorschriftenverzeichnisses für die Gemeindeverwaltung in Hessen. Stuttgart 1956.
- Geiger, Theodor*: Soziale Umschichtungen in einer dänischen Mittelstadt, Bd. 1, 2, Kopenhagen 1951.
- George, Henry*: Fortschritt und Armut, Neuauflage: Düsseldorf 1959.
- Gerardi, Alfred*: Kunden in jedem Haus, Düsseldorf 1959.
- Gerloff, Wilhelm*: Die öffentliche Finanzwirtschaft, Frankfurt 1942.
- von Gneist, Rudolf*: Geschichte und heutige Gestalt der Ämter und des Verwaltungsrechts in England, 2. Bd., 2. Aufl., Berlin 1866/67.
- Gross, Herbert*: Der Handel geht neue Wege, Düsseldorf 1957.
- Grüneisen, Karl-Günther*: Landbevölkerung im Kraftfeld der Stadt Darmstadt 1952.
- Hallenbeck, Wilbur C.*: American Urban Communities, New York 1951.
- Hess, G.*: Wandlung im Leben eines bayerischen Dorfes durch Krieg und Nachkriegszeit, in: Archiv der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Bd. 4, Hannover 1949.
- Hesse, Paul*: Grundprobleme der Agrarverfassung, Stuttgart 1949.

- Hoffmann, J. G.*: Die Lehre von den Steuern, Berlin 1840.
- Hoiberg, Otto C.*: Exploring the small city community, University of Nebraska Press, 1955.
- Horster, Robert*: Die Reform des deutschen Gemeindesteuersystems, Berlin 1958.
- Ipsen, Gunther* und Mitarbeiter: Standort und Wohnort, Ökologische Studien aus der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, in: Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums, Nordrhein-Westfalen, Dortmund 1957.
- Kiehn — Möllenberg — Schrewe*: Wirtschaft und Schule, Darmstadt 1954.
- Klent, Hermann*: Die Stadt Hanau und ihr Umland, eine geographische Untersuchung, Heft 24 der Rhein-Mainischen Forschungen des Geographischen Instituts der Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1940.
- König, René*: Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, Hamburg 1958.
- Kötter, Herbert*: Struktur und Funktion von Landgemeinden im Einflußbereich einer deutschen Mittelstadt, Darmstadt 1952.
- Kühne, Georg*: Die Stadt Kamenz in den Beziehungen zu ihrem Hinterland, Heft 12 der Dresdener Geographischen Studien, Dresden 1937.
- Lindemann, Klaus A.*: Behörde und Bürger, das Verhältnis zwischen Verwaltung und Bevölkerung in einer deutschen Mittelstadt, Darmstadt 1952.
- Lösch, August*: Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, II. Auflage, Jena 1944.
- Lynd, Robert S.*: Middletown in Transition, A Study in Cultural Conflicts, New York 1937.
- Maccario, Ruth*: Die verkehrsmäßige Erschließung eines städtischen Siedlungsraumes und seines Hinterlandes (durchgeführt am Beispiel Darmstadt), Diss., vorgelegt bei der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Marburg, (Manuskript), Marburg 1951.
- Mausolff, Anneliese*: Gewerkschaft und Betriebsrat im Urteil der Arbeitnehmer. Darmstadt 1952.
- Mayer, Otto*: Deutsches Verwaltungsrecht, 3. Auflage, München 1924, II. Bd.
- Michel, Georg Karl*: Die Entwicklung der Bevölkerung und ihre berufliche Gliederung im südlichen Starkenburg in den letzten 150 Jahren, Arbeiten der Anstalt für Hessische Landesforschung an der Universität Gießen, Geographische Reihe, Hrsg. F. Klute, Heft 7, Gießen 1930.
- Michel, Pierre*: Pfaffenhofen, L'évolution des rapports fonctionnels entre un petit centre urbain et la campagne voisine, Centre de Documentation Universitaire, Paris 1954.
- Morgan, A. E.*: The Small Community, New York 1942.
- Most, Otto*: Wirtschaft und Gemeinde, in: Schriften der volkswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Jena 1926.
- Müller, Josef*: Ein deutsches Bauerndorf im Umbruch der Zeit, Sulzthal in Mainfranken, Würzburg 1939.
- Ders.: Strukturwandel des Dorfes, in: Material- und Nachrichtendienst der Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände, Darmstadt, 7. Jg., Nr. 77, 1. Dezember 1956.
- Muntze — Schlempp*: Kommentar zur Hessischen Gemeindeordnung, Bad Homburg v. d. H. und Berlin 1954.
- Nöll von der Nahmer, Robert*: Der volkswirtschaftliche Kreditfonds, Versuch einer Lösung des Kreditproblems, Berlin 1934.

- Peter, Hans*: Lehrbuch der Verwaltung, Heidelberg 1949.
- Pfannschmidt, Martin*: Vorentwürfe zu einem Stadt- und Landes-Planungsgesetz und zu einem Bodenbewertungs- und Bodenwertsteuergesetz (Manuskript), 1955.
- Popitz, Johannes*: Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinde, Berlin 1932.
- Priebe, Hermann*: Wer wird die Scheunen füllen? Sozialprobleme der deutschen Landwirtschaft, Düsseldorf 1955.
- Reinhold, F.*: Der Landkreis Darmstadt, Eine Strukturanalyse (Manuskript), Darmstadt 1951.
- Riehl, Heinrich Wilhelm*: Die bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart 1861.
- Roscher, Wilhelm*: System der Finanzwirtschaft, Stuttgart 1886.
- Rüstow, Alexander*: Ortsbestimmung der Gegenwart, Bd. I, Zürich 1950.
- Rumpf, Max*: Deutsches Bauernleben, Stuttgart 1936.
- Schäffle, Albert*: Die Grundsätze der Steuerpolitik, Tübingen 1880.
- Schilling, Maria*: Analytische Untersuchung der wirtschaftlichen und kulturellen Einflußsphäre der Stadt Darmstadt, Darmstadt 1935.
- Spengler, Oswald*: Der Untergang des Abendlandes, Zweiter Band; Welthistorische Perspektiven, München 1922.
- Stahl, Franz*: Wirtschaftserschließung, ein Finanzausgleichsproblem, Schulbeispiel Ostbayern, hrsg. im Auftrag der Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Bayern, Leiter: Geheimrat Professor Adolf Weber, München 1955.
- Teiwes, Gerhard*: Der Nebenerwerbslandwirt und seine Familie im Schnittpunkt ländlicher und städtischer Lebensform, Darmstadt 1952.
- Terhalle, Fritz*: Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin 1948.
- Wagner, Adolph*: Finanzwissenschaft, 2. Aufl., Leipzig 1890.
- Weippert, G.*: Die gegensätzliche Lage des Landvolkes, in: Archiv der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Hannover 1950, Heft 4.
- von Wiese, Leopold*: Das Dorf als soziales Gebilde, Leipzig 1928.
- Wurzbacher, Gerhard*: Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart 1954.
- Zimmermann, Carle C.*: The Changing Community, New York 1938.

B) Artikel und Beiträge in Sammelwerken und Zeitschriften

- Bickel, Wilhelm*: Artikel „Ertragsteuern“, in: Hdw. der Finanzwissenschaft, 2. Aufl., 2. Bd., 1956.
- Böhm, Otto*: „Über die Zulässigkeit von Hand- und Spanndiensten“, in: Der Gemeindetag, Mühlheim/Main, Heft 12, Dezember 1957, S. 254 ff.
- Boustedt, Olaf*: „Die Stadt und ihr Umland“, in: Raumforschung und Raumordnung, Bonn, Heft 1, 1953, S. 20 ff.
- Delvos, Hubert*: „Mehr Ausgaben bei weniger Einnahmen“, in: Das Parlament, Bonn, Nr. 43, 24. Oktober 1956, S. 4.
- Egger, Martin*: „Die Integration eines Dorfes im sozialen Wandel“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1956, Sonderheft 1: Soziologie der Gemeinde, S. 65 ff.

- Elster, Ludwig*: Artikel „Gemeindefinanzen“, in: *Hdw. der Staatswissenschaften*, 4. Aufl., Jena 1927.
- Ernst, Werner*: „Baulandsteuer höchst bedenklich?“, in: *Bundesbaublatt*, Wiesbaden, Heft 8, August 1959, S. 383.
- Dresbach, August*: „Veränderungen und Unterschiede“, in: *Das Parlament*, Bonn, Nr. 43, 24. Oktober 1956, S. 2.
- Engel, Ludwig*: „Bürger und Gemeinde in Staat und Gesellschaft, Grundsätze sozial-demokratischer Kommunalpolitik“, Vortrag, abgedruckt in: *Die Selbstverwaltung, Zeitschrift des Deutschen Landkreistages*, Bonn, Heft 10, Oktober 1958, S. 275.
- Gotthardt, Rudolf*: „Die Beteiligung der Bürgerschaft an der Verwaltung“, in: *Der Gemeindetag*, Mühlheim/Main, Heft 2, Februar 1957, S. 45 f.
- Harbrücker, Siegfried*: „Umfang und Ursache der Verschuldung der Gemeinden“, in: *der Gemeindetag*, Mühlheim/Main, Heft 6, Juni 1956, S. 146.
- Klüber, Hans*: „Der Indusctrickreis“, in: *Raumforschung und Raumordnung*, Bonn, Heft 1, 1954, S. 75 ff.
- König, René*: Artikel „Gemeinde“, in: *Lexikon der Soziologie*, Hrsg.: René König, Frankfurt 1958.
- Köttgen, Arnold*: Artikel „Selbstverwaltung“, in: *Hdw. der Sozialwissenschaften*, 6. Bd.
- Meynen, E., u. Hoffmann, F.*: „Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland“, in: *Geographisches Taschenbuch*, Wiesbaden 1954/55, S. 418 ff.
- Nöll von der Nahmer, Robert*: Artikel „Kredit, öffentlicher“, in: *Hdw. der Sozialwissenschaften*, 6. Bd.
- Reinhold, Kurt W.*: „Mit einem Fuß auf dem Acker“, in: *Junge Wirtschaft*, Bonn, Nr. 9, September 1957, S. 397 ff.
- Schmidt*: „Das Anliegerbeitragsrecht in Hessen“, in: *Der Gemeindetag*, Mühlheim/Main, Heft 2—4, Februar—April 1958, S. 28—35, S. 63—71, S. 88—91.
- Schmoller, Gustav*: „Theorie und Praxis der deutschen Steuerreform in Reich, Staat und Gemeinde“, in: *Schmollers Jahrbuch*, Bd. 5, 1881.
- Schneider, Heinrich*: Rede auf der Jahresversammlung des Hessischen Landkreistages am 6. Juni 1957 in Waldeck, in: *Der Gemeindetag*, Mühlheim/Main, Heft 7/8, Juli/August 1957, S. 139.
- Ders.: Rede vor der Mitgliederversammlung des kommunalen Schadenausgleichs, „Gemeindliche Zusammenarbeit“, in: *Der Gemeindetag*, Mühlheim/Main, Heft 11, 1958, S. 197.
- Seidel, Johannes*: „Kommunaler Finanzausgleich und Steuerverbund in Hessen“, in: *Der Gemeindetag*, Mühlheim/Main, Heft 1, Januar 1957, S. 5 ff.
- Sirp, E.*: „Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland, Ergebnisse und Versuche im Kölner Raum“, in: *Bericht zur Deutschen Landeskunde*, Hrsg.: Bundesanstalt für Landeskunde und Zentralarchiv für Landeskunde von Deutschland, Remagen, Bd. 14, April 1955, S. 38—46.
- Stahl, Franz*: „Notstandsgebiete und Finanzausgleich“, in: *Raumforschung und Raumordnung*, Bonn, Heft 1, 1958, S. 39 ff.
- von Unruh, Georg-Christoph*: „Probleme der dörflichen Selbstverwaltung“, in: *Die Selbstverwaltung, Organ des Deutschen Landkreistages*, Bonn, Heft 3, März 1957, S. 95.

Weiss, Hans: „Die Industrialisierung auf dem Lande, Bericht über eine Gemeindestudie aus der Schweiz“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1956, Sonderheft 1: Soziologie der Gemeinde, S. 51 ff.

Ohne Verfasser: Stichwort „Nebenerwerbsbetriebe“, Pareys Landwirtschafts-Lexikon, Hrsg.: L. W. Riese, Hamburg und Berlin 1957, Bd. II, S. 86.

C) Artikel und Zeitungen

Dresbach, August: „Zurück zu Miquel?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/Main, Nr. 1, 2. Januar 1958, S. 2.

Etzel, Franz: „Volkseinkommen und Gemeinschaftsbedürfnisse“, Vortrag aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Instituts Finanzen und Steuern am 24. Juni 1959, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 111, 25. Juni 1959, S. 1117 ff.

Ders.: „Subventionen im Bundeshaushalt, Antwort des Finanzministers auf die Kleine Anfrage der Fraktion der DP“, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 137, 31. Juli 1959, S. 1397 ff.

Korff, Hans Clausen: „Straßenbaufinanzierung auf neuen Wegen“, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 195, 21. Oktober 1959, S. 1981 ff.

Lerner, Franz: „Bäuerliche Kleinbetriebe veröden“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, Nr. 275, 24. November 1956, S. 36.

Siebecke, Horst: „Vergebliche Suche nach Einsamkeit“, in: Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main, Nr. 15, 18. Januar 1958, S. 33.

Ohne Verfasser: „Gemeindetag fordert Rechtsschutz für Bürgermeister“, in: Rüsselsheimer Echo, Rüsselsheim, Nr. 292, 17. Dezember 1957, S. 4.

Ohne Verfasser: „Wechseleinwirkung zwischen Stadt und Land“, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 13, 21. Januar 1959, S. 120.

Ohne Verfasser: Der Steuerzahler, Bad Wörishofen, „Baulandsteuer höchst bedenklich“, Heft 6, Juni 1959, S. 81.

Ohne Verfasser: „Förderung der Industrialisierung von Klein- und Mittelstädten“, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 193, 17. Oktober 1959, S. 1956.

Ohne Verfasser: „Normenkontrollklage gegen Brandschutz“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, Nr. 27, 2. Februar 1960, S. 11.

Ohne Verfasser: „Zulassungsfreiheit für alle Ärzte“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, Nr. 71, 24. März 1960, S. 1.

Ohne Verfasser: „Unser Dorf soll schöner werden“, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 105, 8. Juni 1960, S. 105.

Ohne Verfasser: Zahlreiche Meldungen und Berichte auf den Lokalseiten der sechs Bezirksausgaben des Darmstädter Echo.

D) Protokolle und Stenographische Berichte

Adenauer, Konrad: Regierungserklärung am 29. Oktober 1957, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Stenographischen Berichte, Bd. 39, 1.—16. Sitzung, 1957/58, S. 19 und 21.

Dresbach, August: Gedanken zur kommunalen Finanzverfassung, Vortrag vor der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e. V., in: Tagungsprotokoll Nr. 11 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Neuordnung der Finanzpolitik, Ludwigsburg 1958, S. 40.

- Etzel, Franz*: Etatrede am 9. Dezember 1958, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Bd. 42, Stenographische Berichte, 41.—60. Sitzung, 1958/59, S. 2815.
- Halstenberg, Friedrich*: Bericht des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Köln, in: „Die Stadt und ihr Umland“, Protokoll des Internationalen Kongresses für Wohnungswesen und Städtebau, Wien 1956, S. 96.
- Internationaler Gemeindeverband*: Die große Stadt und die kleine Gemeinde. Bericht für den Wiener Kongreß 15. bis 20. Juni 1953, Den Haag 1953.
- Müller, Josef*: Niederschrift über die Tagung Stadt und Umland am 6. Mai 1954 im Rathaus der Stadt Offenbach am Main (Manuskript).
- Stücklen, Richard*: Rede in der Mittelstandsdebatte des Bundestages am 16. Dezember 1955, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 27, 108. bis 121. Sitzung, 1955, S. 6471.
- Zinn, Georg August*: Regierungserklärung am 19. Januar 1955, Verhandlungen des Hessischen Landtages, Wiesbaden, 3. Wahlperiode, Stenographischer Bericht über die 3. Sitzung am 19. Januar 1955, S. 20.
- Ders., Regierungserklärung am 28. Januar 1959, Verhandlungen des Hessischen Landtages, Wiesbaden, 4. Wahlperiode, Stenographischer Bericht über die 3. Sitzung am 28. Januar 1959, S. 18.

E. Denkschriften, Richtlinien und Gutachten

- Bund der Steuerzahler e. U.*: Sofortmaßnahmen bei der Gewerbesteuer, aus der Reihe der Einzeldarstellungen des Bundes der Steuerzahler e. V., Hrsg.: Präsidium des Bundes für Steuerzahler e. V., Nr. 28, Stuttgart 1956.
- Ders., Tendenzen der allgemeinen Grundsteuererhöhung, Grundsätzliche Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler, Baden-Württemberg e. V., Gedrucktes Merkblatt, vertrieben von der Pressestelle des Bundes, Stuttgart, Manuskript abgeschlossen am 20. April 1959.
- Bundesminister für Wirtschaft*: Richtlinien für die Aufstellung der Regionalen Förderungsprogramme des Bundes im Haushaltsjahr 1959 vom 1. Juni 1959, BAnz, Nr. 111, 13. Juni 1959, S. 2 f.
- Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände*: Vorschläge zur Verbesserung der kommunalen Finanzen, Denkschrift der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände, Köln-Marienburg 1958.
- Deutsche Bundesbank*: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 11, Nov. 1959.
- Deutscher Gemeindetag*: Finanzpolitische Grundsätze des Deutschen Gemeindetages, Ergebnisse der Uracher Tagung am 29. April 1958, Bad Godesberg 1959.
- Deutscher Industrie- und Handelstag*: Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1956/57 des Deutschen Industrie- und Handelstages, Feste Währung — gesunde Wirtschaft.
- Deutscher Städtetag*: Gewerbesteuersenkung?, Köln-Marienburg 1956.
- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung*: „Industrie aufs Land“, in: Schriften des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Köln 1953.
- Hessischer Minister des Innern*: Vorläufiger Raumordnungsplan für das Land Hessen, Region Starkenburg, Hrsg.: Der Hessische Minister des Innern, Landesplanung, Wiesbaden 1957.

Institut „Finanzen und Steuern“: Am Rande des Defizits, Heft 57, Bd. 1 der Schriften des Instituts „Finanzen und Steuern“, Bonn 1959.

Sachverständigen-Kommission beim Bundesministerium des Innern: Bericht der Sachverständigen-Kommission für die Vereinfachung der Verwaltung beim Bundesministerium des Innern, Bonn 1960.

Wissenschaftlicher Beirat des BdF: Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim BdF, Beilage zum BAnz, Nr. 194, 9. Oktober 1959.

Wissenschaftlicher Beirat beim BdW: Gutachten vom Januar 1955 bis Dezember 1956, Göttingen 1957.

F. Statistische Unterlagen

Hessische Staatskanzlei: Hessen-Abc, hrsg. vom Hessendienst der Staatskanzlei, Wiesbaden 1958.

Hessischer Ministerpräsident, Landesplanung: Der Hessenatlas, bearbeitet im Hessischen Statistischen Landesamt, Wiesbaden 1952, Karte 22.

Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden: Statistische Berichte vom 28. März 1956 und 28. September 1959: „Bevölkerungsentwicklung“. Dass., Hessische Gemeindestatistik 1958, Wiesbaden 1959.

Institut für Demoskopie Allensbach am Bodensee: Pressedienst vom 19. Oktober 1959, „Großstadt oder Dorf: Wo ist das Leben schöner?“

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland, 1957/1958/1959.

Dass., „Wanderung nach Gemeindegrößenklassen“, in: Wirtschaft und Statistik, Stuttgart, Heft 3, März 1958, S. 157—1960, und „Das Heil- und Pflegepersonal im Jahre 1958“, in: Wirtschaft und Statistik, Stuttgart, Heft 11, November 1959, S. 613 bis 615.

Statistisches und Wahlamt der Stadt Darmstadt: „Ergebnisse der Pendlerauszählungen“, Statistische Mitteilungen der Stadt Darmstadt vom 14. Mai 1958, S. 1 ff.

G. Gesetze und Verordnungen

Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946, Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaates Bayern, S. 333.

Verfassung des Landes Hessen vom 18. Dezember 1946, GVBl., S. 229.

Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz, S. 209.

Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950, Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 127.

Vorläufige Niedersächsische Verfassung vom 13. April 1951, Gesetz- und Verordnungsblatt Niedersachsen, S. 103.

- Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie mit dazugehöriger Instruktion, Behuf der Geschäftsführung der Stadtverordneten bei ihren ordnungsmäßigen Versammlungen, vom 19. November 1808, Sammlung der für die Königlichen Preussischen Staaten erschienenen Gesetze und Verordnungen von 1806 bis zum 27. Oktober 1810, als Anhang zu der seit dem Jahre 1910 edierten Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten (GS), Berlin 1822, S. 324.
- Kommunalabgabengesetz (KAG) vom 14. Juli 1893 (GS, S. 152).
- Hessisches Gesetz, die Bäche und die nicht ständig fließenden Gewässer betreffend, vom 30. Juli 1887, in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1889, Hess. Reg.-Bl., S. 758.
- Einkommensteuergesetz vom 29. März 1920, RGBl. I, S. 359.
- Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Finanzausgleichsgesetz) vom 23. Juni 1923, RGBl. I, S. 494.
- Gesetz über das Straßenbauwesen in Hessen vom 15. Juli 1926, Reg.-Bl. Nr. 15, S. 261.
- Gesetz über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung (Straßenneuordnungsgesetz) vom 26. März 1933, RGBl. I, S. 243.
- Reichsbewertungsgesetz vom 16. Oktober 1934, RGBl. I, S. 1035.
- Steueranpassungsgesetz vom 16. Oktober 1934, RGBl. I, S. 925.
- Gewerbsteuergesetz vom 1. Dezember 1936, RGBl. I, S. 979.
- Grundsteuergesetz vom 1. Dezember 1936, RGBl. I, S. 986.
- Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen vom 1. Dezember 1936, RGBl. I, S. 961.
- Drittes Änderungsgesetz vom 31. Juli 1938, RGBl. I, S. 966.
- Zweckverbandsgesetz vom 7. Juni 1939, RGBl. I, S. 979.
- Gesetz über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen (Aufbaugesetz) vom 25. Oktober 1948, GVBl.¹⁾, S. 139.
- Erstes Wohnungsbaugesetz vom 24. April 1950, BGBl. I, S. 83.
- Gesetz zur Änderung des Grundsteuergesetzes vom 10. August 1951, BGBl. I, S. 519.
- Hessische Gemeindeordnung (HGO) vom 25. Februar 1952, GVBl., S. 11.
- Gewerbsteuergesetz vom 30. April 1952, BGBl. I, S. 270.
- Schulkostengesetz vom 10. Juli 1953, GVBl., S. 126.
- Bundesfernstraßengesetz vom 6. August 1953, BGBl. I, S. 903.
- Gewerbsteuergesetz in der Fassung vom 21. Dezember 1954, BGBl. I, S. 473.
- Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955, BGBl. I, S. 565.
- Gesetz über den Gewerbesteuerausgleich zwischen Betriebsgemeinden und Wohngemeinden vom 23. April 1956, GVBl. S. 99.
- Gesetz über Schuldendiensthilfe für den Bau von Trinkwasser- und Abwasseranlagen vom 17. Mai 1956, GVBl., S. 105.
- Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs (FAG) vom 30. Mai 1956, GVBl., S. 107.
- Zweites Wohnungsbaugesetz (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) vom 27. Juni 1956, BGBl. I, S. 523.

¹⁾ GVBl, wenn nicht erläutert, immer: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen.

- Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes vom 5. Oktober 1956, BGBl. I, S. 786.
- Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Artikels 106 des Grundgesetzes vom 24. Dezember 1956, BGBl. I, S. 1077.
- Neufassung des Badgesetzes vom 1. Juli 1957, GVBl., S. 77.
- Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs (FAG) in der Fassung vom 27. März 1958, GVBl., S. 43.
- Straßenbaufinanzierungsgesetz vom 28. März 1960, BGBl. I, S. 201.
- Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960, BGBl. I, S. 341.
- Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 23. Juni 1960, BGBl. I, S. 389.

H. Drucksachen, Urteile, Hinweise

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung, Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode, Drucksache 480 vom 29. April 1954, Begründung B, „Die Entwicklung des Finanzausgleichs in Deutschland“, S. 17 ff.
- Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung der kleineren und mittleren Betriebe des gewerblichen Mittelstandes, Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, Drucksache 698 vom 27. November 1958.
- Entwurf eines Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht vom 6. August 1959, Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, Drucksache 1234.
- Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung, Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, Drucksache 1540 vom 14. Januar 1960.
- Landesrechnungshof zu Dorfgemeinschaftshäusern, Hessischer Landtag, 4. Wahlperiode, Drucksachen Abteilung I, Nr. 100, Bemerkungen und Denkschrift zur Haushaltsrechnung des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1956, S. 65: „Dorfgemeinschaftshäuser“.
- Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 9. November 1955, VC 228 (54), Deutsches Verwaltungsblatt Nr. 5/56, S. 163: „Herkömmlichkeit von Hand- und Spanndiensten“.
- Entscheidung der Revisionsverhandlung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 5. Juni 1959 (Aktenzeichen des Urteils: BVerwG VII C 83.57). Betr.: Rechtswidrigkeit von Steuernachlässen ohne gesetzliche Grundlage.
- Literatur zur Abgrenzung von Stadt und Umland, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Hrsg.: Bundesanstalt für Landeskunde, Zentralarchiv für Landeskunde in Deutschland, Remagen, Bd. 14, April 1955, S. 195.

Lebenslauf

Am 1. Juli 1928 wurde ich, Kurt Werner Reinhold, als Sohn des Georg Reinhold und dessen Ehefrau Marie, geb. Wenner, in Groß-Gerau geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und der Realgymnasien in Mainz und Heppenheim legte ich 1947 die Reifeprüfung ab. Danach trat ich als Volontär in die Redaktion des „Darmstädter Echo“ ein; ab Winter 1948 studierte ich zwei Semester an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt. Am 1. August 1949 wurde ich Nachrichtenredakteur des „Darmstädter Echo“, am 1. Januar 1951 Chef vom Dienst. Von September 1951 bis September 1952 folgte ein einjähriger Studienaufenthalt in den USA. Danach setzte ich mein Studium an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz fort. Am 18. Mai 1955 legte ich die Prüfung für Diplom-Volkswirte ab. Seit dieser Zeit bin ich wieder als Chef vom Dienst beim „Darmstädter Echo“ und — freiberuflich — als Wirtschaftsjournalist tätig. Am 27. Februar 1961 bestand ich die mündliche Doktor-Prüfung.

